

## 17. Juni 1953 – Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte

- 17. Juni 1953:  
Ursachen, Verlauf und Folgen
- Arbeiteraufstand oder  
Volkserhebung?
- 17. Juni 1953 und die Bürger-  
rechtsbewegung in der DDR
- 50 Jahre deutschlandpolitische  
„Lebenslüge?“



<b>ZU DIESEM HEFT</b>	5	<b>INFORMATIONEN</b>	
<b>SCHWERPUNKTE</b>		Meldungen	67
<i>Burghard Ciesla</i>		Aus dem AdB	81
Die Kraftprobe – der 17. Juni 1953 Ursachen, Verlauf und Folgen	6	Personalien	94
<i>Ulrich Mähler</i>		Bücher	95
Der 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand oder Volkserhebung?	13	Markt	110
<i>Theo Mechtenberg</i>		<b>STICHWORTREGISTER</b>	114
Der 17. Juni 1953 im Spiegel der Literatur	18	<b>IMPRESSUM</b>	121
<i>Hans-Jochen Tschiche</i>			
Zwei verschiedene Paar Schuhe. Der 17. Juni 1953 und die Bürgerrechts- bewegung in der DDR	25		
<i>Peter Leibenguth-Nordmann</i>			
Fünfzig Jahre deutschlandpolitische „Lebenslüge“? Zum Stellenwert des „17. Juni“ in der westdeutschen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik	31		
<i>Christoph Meyer</i>			
Des Gedenkens gedenken	43		
<i>Bernhard Schalhorn</i>			
Die getrennte deutsche Vergangenheit zum gemeinsamen Thema machen. Von Ausstellungen über die DDR vor 1990 zur Präsentation des 17. Juni 1953 als gesamtdeutsches Thema – ein Praxisbericht der Ost-Akademie Lüneburg	49		
<i>Andreas Wagner</i>			
Das Jahr 1953 im regionalen Gedächtnis: Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern	56		
<b>ADB-FORUM</b>			
<i>Johannes Schillo</i>			
„Dialog der Kulturen“ Hat der zivilgesellschaftliche Diskurs noch eine Chance?	62		





„Am 17. Juni gingen wir segeln“, teilte *Patrick Süskind* in einem 1990 im *SPIEGEL* veröffentlichten Essay mit, in dem er seine Ratlosigkeit angesichts der Dynamik des Einigungsprozesses nach der Wende 1989 bekundete. Wer – wie auch ich – zur Generation von *Patrick Süskind* gehört, erlebte den 17. Juni 1953 als Kleinkind

und wuchs mit der deutschen Teilung auf. Die Zweistaatlichkeit war für uns sozusagen der „Normalfall“, auch wenn uns „Nachgeborenen“ am 13. August 1961 die brutale Zementierung der innerdeutschen Grenze erstmals bewusst machte, was diese Teilung den Menschen antat. Aber der überwiegende Teil von uns fand sich damit ab und akzeptierte sie als Konsequenz des von der eigenen Nation angezettelten und verlorenen Krieges. Die Wiedervereinigungsrhetorik, mit der wir im Westen jährlich am 17. Juni konfrontiert wurden, erreichte uns nicht mehr. Wir hielten sie angesichts der aktuellen politischen Realität des Kalten Krieges für anachronistisch. Wir haben uns aber geirrt.

Trotz aller politischen Bemühungen im Westen, den 17. Juni 1953 im Bewusstsein der Bevölkerung wach zu halten, erlahmte irgendwann das Interesse daran. Die Ignoranz gegenüber den nun fünfzig Jahre zurückliegenden Vorgängen verbindet uns mit den Ostdeutschen, die allerdings andere Gründe dafür hatten, zu vergessen oder zu verdrängen, was im Juni 1953 in ihrem Teil des gespaltenen Deutschland geschah. „Noch nicht einmal die Opposition der achtziger Jahre achtete dieses Datum. Ich schäme mich nachträglich dafür“, antwortete *Marianne Birthler* dem *TAGESSPIEGEL* auf die Frage, ob die Menschen in der DDR nicht auch stolz sein könnten auf diesen Tag.

Ob *Marianne Birthler* Recht behält mit ihrer im selben Interview geäußerten Hoffnung, „dass sich die Menschen dieses Datum aneignen wollen“? Die vielen Gedenkveranstaltungen, Rundfunk- und Fernsehdokumentationen, Ausstellungen und Zeitzeugenberichte zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 geben dazu Anlass. Und auch wir wollen mit

diesem Heft zur Erinnerung an einen Aufstand beitragen, mit dem Menschen in Deutschland gegen Willkürherrschaft protestierten und für freie Wahlen, Demokratie und Einheit demonstrierten. Die politische Bildung engagiert sich bei dem Versuch, diesen in Vergessenheit geratenen Teil der Nachkriegsgeschichte im kollektiven Gedächtnis zu verankern. In den Beiträgen dieses Heftes werden die Vorgänge vom Juni 1953 vergegenwärtigt und mit Blick auf die Gegenwart interpretiert. Es wird an die Formen des Gedenkens in Westdeutschland und die Wahrnehmung der Ereignisse in der DDR erinnert. Und es wird beispielhaft dargestellt, wie sich politische Bildung an diesem Erinnerungsprozess beteiligt hat und wie sie ihn unter veränderten Bedingungen mitgestaltet.

Die mit Gewalt im Juni 1953 niedergeschlagene Revolte gehört zu den demokratischen Traditionsbeständen, von denen es in Deutschland nur so wenige gibt. Die Menschen in der DDR haben sich die Demokratie erkämpft, während sie den Menschen im Westen geschenkt oder verordnet wurde. Es ist nach fünfzig Jahren an der Zeit, diesen Beitrag zur Geschichte der Demokratie in Deutschland endlich zu würdigen.

Noch ein paar Hinweise in eigener Sache: Mit dieser Ausgabe erscheint die „Außerschulische Bildung“ in einem neuen Gewand. Die Struktur blieb erhalten, aber das Erscheinungsbild wurde überarbeitet. Wir hoffen, dass Sie das neue Layout zu überzeugen vermag.

Mit diesem Jahrgang erfolgt aber auch eine Erhöhung der Bezugspreise, auf die wir im vergangenen Jahr wegen der Umstellung auf den Euro verzichtet haben. Es ist die erste Erhöhung seit über zehn Jahren und wir finden sie maßvoll. Die Kosten für die Herstellung der „Außerschulischen Bildung“ werden durch die Verkaufserlöse sowieso nur zu einem kleinen Teil gedeckt. Und beim Vergleich mit anderen Zeitschriften werden Sie feststellen, dass Sie eine trotz Preiserhöhung immer noch ausgesprochen günstige Zeitschrift erhalten. Ich hoffe auf Ihr Verständnis.

*Ingeborg Pistohl*

## Die Kraftprobe – der 17. Juni 1953

Ursachen, Verlauf und Folgen

Burghard Ciesla<sup>1</sup>

Der Juni-Aufstand von 1953 war eine Kraftprobe zwischen der Bevölkerung und den Herrschenden in der frühen DDR. Die historische Forschung bezeichnet das Ereignis als die erste Legitimationskrise im sowjetischen Herrschaftsbereich und sie sieht den Aufstand als eine entscheidende Zäsur der DDR-Geschichte an. Die Bezeichnung *17. Juni 1953* ist aber auch eine Art Chiffre, die verdeckt, dass sich der Aufstand schon viel früher abzuzeichnen begann und die Folgen bis zum Ende der DDR reichten. Immerhin fragte der Staatssicherheitsminister der DDR, Erich Mielke, am 31. August 1989: „Ist es so, daß morgen der 17. Juni ausbricht?“<sup>2</sup>

Inzwischen liegt der *17. Juni 1953* ein halbes Jahrhundert zurück, aber nach wie vor gibt es Kontroversen um die Interpretation des Ereignisses. Durch die Öffnung der DDR-Archive wurden ab 1990 zwar eine Vielzahl Forschungsergebnisse zu diesem Thema vorgelegt, aber es zeigen sich immer noch eine Reihe weißer Flecken, Legenden und Irrtümer. Der vorliegende Beitrag geht abrisstartig auf Hintergründe, unmittelbare Ursachen, den Aufstand selbst und dessen Folgewirkungen ein.

### Hintergründe und Ursachen

Dem *17. Juni 1953* lag „ein ganzes Ursachenbündel“ zugrunde. Als Hauptursache wird allgemein die II. Parteikonferenz der SED (9. – 12. Juli 1952) angesehen. Auf dieser Konferenz beschloss die SED den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Doch der Aufbaubeschluss war nur Ausdruck der konsequenten Umsetzung von Entscheidungen, die Anfang April 1952 in Moskau getroffen wurden. Vom 29. März bis zum 10. April 1952 weilte dort die SED-Führung zu Gesprächen bei *Stalin*. Auf zwei Sitzungen, am 1. und 7. April, traf man in Moskau weitreichende Entscheidungen, die wiederum die erste Existenzkrise der DDR, den *17. Juni 1953*, herbeiführten. Konkret sollte der Aufbau einer 300 000-Mann-Armee und einer gewaltigen Rüstungsindustrie erfolgen. Darüber hinaus galt es, die innerdeutsche Grenze abzuriegeln und den Ausbau der staatlichen Strukturen der DDR unter stalinistischen Vorzeichen beschleunigt voranzutreiben. Die vorgegeben Zielsetzungen

lauteten Anfang April 1952: Streitkräfte, Kollektivierung auf dem Lande, zentrale Planwirtschaft und der Aufbau des Sozialismus.

Weshalb aber eine solche Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt? Zur Beantwortung der Frage muss man bis in das Jahr 1950 zurückgehen: Am 25. Juni 1950 brach der erste *heiße Krieg im kalten*

Krieg aus. In Korea stießen die beiden Machtblöcke direkt aufeinander. Mit Blick auf die nordkoreanischen Erfolge und das massive Eingreifen der Chinesen in der Anfangsphase des Krieges wurde in Washington und in Bonn befürchtet, dass im Konfliktfall Westeuropa auf ähnliche Weise überrollt werden könnte. Moskau und Ostberlin sahen demgegenüber in der Beteiligung von Truppen der USA und der UNO auf Seiten Südkoreas die Generalprobe des Westens für einen Angriff auf die DDR. Aufgrund des Korea-Krieges begann man in Bonn in geheimen Gesprächen über die Remilitarisierung der Bundesrepublik nachzudenken. Von großer Bedeutung war hierbei der von französischer Seite im Oktober 1950 unterbreitete Vorschlag, eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG)<sup>3</sup> zwischen Frankreich, Italien, den Benelux-Staaten und der Bundesrepublik zu bilden, um auf einen möglichen kommunistischen Überfall in Europa vorbereitet zu sein. Bestärkt wurde die Bundesregierung bei ihren Wiederaufrüstungsbemühungen zugleich durch den schon erreichten Grad der Remilitarisierung in der DDR, wo die Gesamtpersonalstärke der bewaffneten Streitkräfte Ende 1950 bei mehr als 50 000 Mann lag. Hinzu kamen etwa 30 000 Grenz- und Transportpolizisten (Stand 1951), rund 60 000 Schutz-

### Remilitarisierung in Ost und West

polizisten sowie die in der DDR befindlichen sowjetischen Besatzungstruppen in einer Gesamtstärke von schätzungsweise 400 000 Mann. Im Vergleich dazu fiel das bewaffnete Potential der Bundesrepublik deutlich geringer aus: Ende 1951 gab es kasernierte Militäreinheiten in einer Stärke von 9 000 Mann. Die Zahl der Polizisten lag bei etwas mehr als 100 000 und die Truppenstärke der drei westlichen Besatzungstreitkräfte hatte insgesamt etwa eine ähnliche Größenordnung wie die der sowjetischen Truppen in der DDR. Im Westen und im Osten wurde aufgrund des Korea-Krieges jedenfalls davon ausgegangen, dass der eigene

1 Der Beitrag folgt der Einführung des Verfassers aus „Freiheit wollen wir“. Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition, Berlin 2003. Bis auf wörtliche Zitate wird die verwendete Literatur am Ende des Beitrages aufgeführt.

2 Zitiert nach Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 40/1994, S. 20.

3 Die Verteidigungskoalition scheiterte jedoch im August 1954, da die französische Nationalversammlung eine Ratifizierung des am 27. Mai 1952 unterzeichneten EVG-Vertrages ablehnte.

Machtbereich für einen kommenden militärischen Konflikt besser gerüstet sein müsse.

In der Propaganda beteuerten beide Seiten freilich immer wieder, dass sie unter bestimmten Bedingungen dazu bereit wären, ein gemeinsames und entmilitarisiertes Deutschland zu schaffen. Im Rahmen der so genannten „Deutschland-Note“ erklärten sich zuerst die Sowjetunion (10.03.1952) und dann auch der Westen dazu bereit, hierüber zu verhandeln. An ein Zustandekommen glaubte aber niemand ernsthaft. In der Realität besaßen für die Bundesregierung die beabsichtigte Unterzeichnung des „Deutschlandvertrages“, durch den die Westmächte die Bundesrepublik in eine beschränkte Souveränität entlassen wollten, und der Beitritt zur EVG oberste Priorität. Für die SED-Führung war wiederum mehr oder weniger klar, dass eine Übertragung der „antifaschistisch-demokratischen“ Ord-

**Keiner glaubte ernsthaft an das Zustandekommen eines gemeinsamen entmilitarisierten Deutschland**

bauen. Im April 1952 wurden hierfür dann in Moskau die entscheidenden Weichen gestellt.

Nach der Rückkehr der SED-Führung kam es zur konsequenten Umsetzung der Moskauer Entscheidungen in der DDR. Neben den Aufrüstungsvorbereitungen wurden die Planungen für die Umstrukturierung der bestehenden bewaffneten Verbände, die Auflösung der Länderstruktur und die Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze vorangetrieben. Als die Bundesrepublik am 26. Mai 1952 den Deutschlandvertrag mit den Westmächten unterzeichnete, reagierte die SED-Führung umgehend mit der „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie“ zu Westdeutschland. Entlang der fast 1 400 Kilometer langen deutsch-deutschen Grenze ließ die SED-Führung eine fünf Kilometer breite Sperrzone errichten und erklärte die Zonengrenze zur Staatsgrenze. Anfang Juni 1952 nahm dann die Kollektivierung der Landwirtschaft ihren Lauf und am 1. Juli 1952 entstand die Kasernierte Volkspolizei (KVP) als „getarnte“ Armee aus der bestehenden so genannten „Hauptverwaltung Ausbildung“. Zudem wurden 1952 mehr als 80 % der Industrieproduktion von volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben erzeugt, d. h. die „sozialistische Eigentumsform“ dominierte die wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse. Für die SED-Führung waren damit im Sommer 1952 die Voraussetzungen geschaffen, um mit dem Aufbau

des Sozialismus zu beginnen. Als eine erste Maßnahme nach dem Aufbaubeschluss wurde dann auch mit Wirkung vom 23. Juli 1952 die Länderstruktur aufgelöst und an deren Stelle wurden Bezirke gebildet. Die traditionellen föderalen Strukturen ersetzte die SED damit durch eine zentralistisch geleitete Verwaltungsstruktur.

Doch schon im Herbst 1952 geriet das Sozialismusprojekt in eine Schieflage: Es zeigten sich massive Versorgungsprobleme, die sich in den folgenden

Monaten weiter verschärften. In der Bevölkerung baute sich eine gefährliche Sockelunzufriedenheit auf. Verursacht wurde diese Lage durch mehrere Faktoren: So traf die Wirtschaft besonders die bevorzugte Behandlung der Rüstungsbereiche unvorbereitet. Es kam zum massiven Entzug von Arbeitskräften und viele Betriebe wurden mit unvorhergesehenen Zusatzaufgaben konfrontiert, die wiederum zur Stornierung von Aufträgen für den zivilen Sektor führen. Parallel dazu wurden der Wirtschaft weiterhin erhebliche Kapazitäten durch die Reparationslieferungen an die Sowjetunion entzogen und infolge des wachsenden Kollektivierungsdrucks verließen seit Ende 1952 verstärkt Bauern ihre Höfe und das Land. Generell hatte die Wirtschaft mit erheblichen Schwierigkeiten durch die Konzentration auf die Schwerindustrie und die Einführung der planwirtschaftlichen Strukturen zu kämpfen.

Weiter ungünstig gestaltete sich die Lage durch den Kampf gegen die vermeintlichen inneren und äußeren Feinde. Es kam zur gezielten Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen wie privaten Unternehmern, Einzelbauern und selbstständigen Gewerbetreibenden. Um aus der schwierigen Wirtschaftslage herauszukommen, erhöhte die SED im Frühjahr 1953 die Preise und forderte gleichzeitig höhere Arbeitsleistungen. Die Bevölkerung reagierte mit einer massenhaften Flucht in den Westen.

Von großer Bedeutung war der Tod *Josef W. Stalins*, da mit dem Machtwechsel in Moskau auch ein Politikwechsel im sowjetischen Herrschaftsbereich verbunden war. So leiteten die Nachfolger Stalins Veränderungen in der Deutschlandpolitik ein. Ein erstes Signal hierfür war die formelle Auflösung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in der DDR am 28. Mai 1953. Analog zu den Strukturen bei den

**Mit dem Tod Stalins war ein Politikwechsel im sowjetischen Herrschaftsbereich verbunden**

**Mit dem Tod Stalins war ein Politikwechsel im sowjetischen Herrschaftsbereich verbunden**

verbunden war. So leiteten die Nachfolger Stalins Veränderungen in der Deutschlandpolitik ein. Ein erstes Signal hierfür war die formelle Auflösung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in der DDR am 28. Mai 1953. Analog zu den Strukturen bei den

Westmächten wurde das Amt eines „Hohen Kommissars“ geschaffen. Veränderungen in der Deutschlandfrage waren aber nur möglich, wenn zugleich die Verhältnisse in der DDR hinsichtlich des repressiven SED-Kurses und der wirtschaftlichen Krisensituation Veränderungen erfuhren. Deshalb lag Anfang Juni 1953 ein Maßnahmenpapier „zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“ vor, das am 2. Juni 1952 vom Ministerrat der UdSSR als Verfügung beschlossen wurde. Zur Verkündung des Maßnahmenkatalogs wurde eine dreiköpfige SED-Delegation (*Walter Ulbricht, Otto Grotewohl* und *Fred Oelßner*) nach Moskau beordert. Eindringlich forderte die Kreml-Führung am 3. Juni 1953 eine schnelle und grundlegende politische Kehrtwendung in der DDR. Was *Stalin* Anfang April 1952 auf den Weg gebracht hatte, riefen nun seine Nachfolger zurück. Es galt, das Tempo beim Aufbau des Sozialismus deutlich zu drosseln und viele politische Überspitzungen zurückzunehmen.

Nach der Rückkehr der kleinen SED-Delegation aus Moskau wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung und zur Stärkung der Rechtssicherheit im Land eingeleitet. Gleichzeitig kam es zum Eingeständnis von Fehlern. Die Preisgestaltung und die Steuerregelungen für Gewerbetreibende, die drastischen Ablieferungsforderungen gegenüber den Einzelbauern, aber auch die Repressalien gegen die Kirche wurden bedauert und als fehlerhafte Politik bezeichnet. Zur Wiedergutmachung sollte nun eine Reihe von Sofortmaßnahmen eingeleitet werden, die nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche wie das Bildungswesen, Strafvollzug, die Finanzen, die Sozialversicherung, die Kirche, die Lebensmittelversorgung und die Landwirtschaft betrafen. Darüber hinaus sollte den DDR-Bürgern, die in den Westen gegangen waren, die Möglichkeit der straffreien Rückkehr und Rückgabe ihres Eigentums geboten werden. Ein wesentlicher Punkt fehlte jedoch: Die Rücknahme der administrativen Normerhöhungen vom 28. Mai 1953. Durch diesen Beschluss war kurz zuvor eine allgemeine zehnpromzentige Normenerhöhung angeordnet worden, die auf eine Lohnsenkung in gleicher Höhe hinauslief.

Am 11. Juni 1953 kam es zur offiziellen Verkündung des „Neuen Kurses“ der SED. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Bei der Kirche und den Bauern war ein allgemeines Aufatmen zu verzeichnen gewesen. Mancher SED-Funktionär verstand demgegenüber die Welt nicht mehr. All die Dinge, für die er monatelang agitiert hatte, galten auf einmal nicht mehr. Generell hatte die SED mit ihrem Fehlereingeständnis erstmals öffentlich Schwäche ge-

zeigt und viele hielten nun die Zeit für gekommen, ihrem Unmut, der sich in den Monaten der „blinden Repression“ aufgestaut hatte, endlich freien Lauf zu lassen.

## Der Aufstand

Am 17. und 18. Juni 1953 hatte es in hunderten Ortschaften der DDR Streiks, Demonstrationen, Proteste, Belagerungen und Straßenkämpfe gegeben. Die Initialzündung hierfür war die offizielle Verkündung der zehnpromzentigen Normerhöhung vom 28. Mai 1953 gewesen. Für die Arbeiter des ersten „Arbeiter- und Bauernstaates“ erschien es geradezu höhnisch, dass mit dem „Neuen Kurs“ bei allen Bevölkerungsschichten eingelenkt wurde und die seit Monaten als unversöhnliche „Feinde“ des Volkes bezeichneten Privaten, Pfarrer, „Großbauern“ und „Republikflüchtigen“ nun über Nacht wieder gute Staatsbürger geworden waren. Es sah so aus, als ob die Arbeiter allein die Rechnung für die politischen Fehler der SED-Spitze bezahlen sollten. Als am 16. Juni 1953 in der FDGB-Zeitung *Tribüne* die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen noch einmal aus-

**Es sah so aus, als ob die Arbeiter die Rechnung für die Fehler der SED-Spitze bezahlen sollten** drücklich als „in vollem Umfang richtig“<sup>4</sup> bezeichnet wurden, war der Siedepunkt zuerst bei den Bauarbeitern in

Ostberlin erreicht. Aus den Demonstrationen in Ostberlin entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit ein landesweiter Flächenbrand. Neuere Forschungen lassen aber auch erkennen, dass es des Berliner Signals gar nicht so sehr bedurft hätte. An vielen Orten im ganzen Land war es bereits vor den Berliner Ereignissen zu Arbeitsniederlegungen und kurzzeitigen Streiks gekommen.

Die Unruhen in Ostberlin wurden durch den Einsatz sowjetischer Truppen und Panzer gegen Mittag des 17. Juni 1953 unter Kontrolle gebracht. Das sowjetische Militäraufgebot war in Ostberlin gewaltig. Insgesamt wurden dort drei sowjetische Divisionen mit 600 Panzern eingesetzt. Ein Großteil der in Ostberlin und in der DDR zum Einsatz gebrachten sowjetischen Verbände kam direkt aus dem Manöver, d. h. sie waren für den Ernstfall bestens gerüstet. Es wurde scharf geschossen und an den wichtigen Straßenkreuzungen sowie um Regierungs- und Parteigebäude herum fuhren Panzer auf, brachte man Geschütze in Stellung und wur-

4 *Otto Lehmann*, Zu einigen schädlichen Erscheinungen bei der Erhöhung der Arbeitsnormen, in: *Tribüne* vom 16.6.1953.



den Maschinengewehrstellungen errichtet: Der Ostteil Berlins glich mit 20 000 sowjetischen Soldaten und Offizieren sowie 15 000 Mann regulärer Polizei und KVP einem riesigen Heerlager.

Weitere Schwerpunkte des Aufstandes gab es vor allem in den Industriestandorten und Industrieregionen der DDR. Zu nennen sind unter anderem Brandenburg, Cottbus, Dresden, Gera, Görlitz, Jena, Halle, Leipzig und Magdeburg. Die Taktik der massiven Einschüchterung durch sowjetisches Militär verfehlte in der Bevölkerung nicht ihre Wirkung. Der Einsatz der sowjetischen Truppen beendete den Aufstand,

**Es galt das Kriegsrecht** bevor er richtig begonnen hatte. Die sowjetische Besatzungsmacht verhängte in fast 80 Prozent der Land- und Stadtkreise der DDR den Ausnahmezustand. Es galt das Kriegsrecht. Dadurch wurde erstmals auf einprägsame Weise erkennbar, dass die SED unbedingt den bewaffneten Schutz der Sowjetunion für ihre Machterhaltung benötigte. Ohne das massive Eingreifen des sowjetischen Militärs wäre die Herrschaft der SED im Juni 1953 mit großer Wahrscheinlichkeit zusammengebrochen.

In wie vielen Städten und Gemeinden es nach dem 16. Juni 1953 insgesamt Demonstrationen und Streiks gegeben hat, ist bis heute ungeklärt. Die Angaben darüber schwanken zwischen mehr als 270 bis weit über 500 Ortschaften. Überall im Land waren neben den Forderungen nach der Rücknahme des Normbeschlusses und sozialen Verbesserungen sehr schnell auch politische Forderungen nach freien Wahlen, Sturz der Regierung und der Wiedervereinigung Deutschlands laut geworden. Für die SED-Führung hatte die Bevölkerung völlig unerwartet die Machtfrage gestellt. Es wird geschätzt, dass zwischen 500 000 und 1,5 Millionen Menschen an den Unruhen im ganzen Land aktiv beteiligt waren. Auch ist bis heute ungeklärt, wie viele Opfer der 17. Juni 1953 genau gefordert hat. In den verschiedenen Veröffentlichungen wird die Zahl der Toten von 23 bis hin zu mehr als 300 Personen angegeben. Mit hoher Wahrscheinlichkeit lag die Zahl der Erschossenen oder auf andere Weise ums Leben gekommenen Demonstranten aber irgendwo zwischen 50 und 125. Die Zahl der verletzten Demonstranten wird landesweit auf rund 400 Personen geschätzt. Auf Seiten der Polizei wurden 368 Verletzte gezählt. Aufgrund des 17. Juni 1953 kam es zu einer Verhaftungswelle im ganzen Land: Bis zum 30. Juni 1953 wurden mehr als 6 000 Menschen verhaftet und rund 1 600 davon verurteilt.

Doch was war der 17. Juni 1953 eigentlich? Eine Revolte, ein Aufstand, ein Putsch oder gar eine Revolution? Wer heute immer noch von einer von „Imperialisten“ angezettelten Revolte oder einem vom Westen organisierten „faschistischen“ Putsch spricht, verkennt die Zusammenhänge und ignoriert, dass eine solche Charakterisierung angesichts der seit 1990 vorliegenden neueren Forschungen nicht mehr haltbar ist.

**Die Mächtigen im Osten wie im Westen waren vom Aufstand überrascht**

Für die SED stand bis zum Ende der DDR außer Frage, dass es sich beim Juniaufstand um den vom Westen inszenierten Tag X gehandelt hat. Doch die Mächtigen des Westens waren vom Ausbruch des Aufstandes genauso überrascht wie die im Osten. Immerhin wurde sowohl die Berliner Operationsbasis der CIA (BOB) als auch die deutsche CIA-Mission in Frankfurt am Main durch die Ereignisse buchstäblich „kalt erwischt“. Die in der Literatur zu findende Geschichte, wonach die CIA in Berlin an die Aufständischen Waffen verteilen wollte, wird durch neue Forschungen nicht bestätigt. Der Chef der deutschen CIA-Mission erfuhr vom Aufstand in Ostberlin jedenfalls aus der Abendzeitung.

Wer den 17. Juni 1953 als Revolution charakterisiert, muss aber auch nach dem Programm und den Anführern fragen. Die Zeitzeugenberichte und die überlieferten Akten zeigen aber übereinstimmend, dass der 17. Juni spontan und ohne Vorbereitungen ausgebrochen war. Wer den Aufstand als Charakteristikum wählt, sieht sich mit der Frage nach der Art des Aufstandes konfrontiert: War es ein Arbeiteraufstand oder ein Volksaufstand? Der Streit hierüber erscheint aus heutiger Perspektive mühselig, da das Aufbegehren Ausdruck der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise war. In den Tagen zwischen dem 11. und 17. Juni 1953 kamen außerdem zwei Bewegungen zusammen: Einerseits gab es den seit Monaten bestehenden großen Unmut unter den Arbeitern; andererseits erwartete die Mittelschicht nach dem verkündeten Kurswechsel vom 11. Juni 1953 eine umgehende Umsetzung der versprochenen Maßnahmen. Deshalb gab es neben den Protesten in den Betrieben auch Widerstand auf Seiten der Mittelschicht in den Dörfern und Städten.

**Aus dem Arbeiterprotest wurde ein Volksaufstand**

Während in Ostberlin beispielsweise der Aufstand von den Bauarbeitern ausgelöst wurde, begann der Protest im Bezirk Cottbus unter den Bauern des Kreises Jessen. Insgesamt kann gelten, dass mit dem Verlassen der Betriebe aus dem Ar-

beiterprotest im ganzen Land ein Volksaufstand wurde.

## Folgen

Wie schon deutlich gemacht, rollte nach dem 17. Juni 1953 eine Verhaftungswelle über das Land. Der Großteil der Festnahmen wurde von der Polizei und der Staatssicherheit vorgenommen. Außer den offiziellen Bekanntmachungen über standrechtliche Erschießungen gibt es jedoch über die genauen Aktivitäten der sowjetischen Besatzungsmacht bislang nur wenig gesicherte Erkenntnisse.

Bei der SED-Führung herrschte zudem große Angst vor einer neuerlichen Eskalation der Situation. Besonders rechnete man mit dem Einsickern von Agenten und „feindlichen“ Provokateuren. Die befürchteten massiven Sabotageakte und Anschläge blieben aber aus. Dafür „regnete“ es vor allem auf die brandenburgischen Bezirke (Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus) umso mehr politische Flugblätter.

Zum großen Problem wurde für die SED-Herrschaft das große Lebensmittelpaket-Hilfsprogramm der Amerikaner, das am 27. Juli 1953 anlief. Es war für die US-Regierung eine günstige Gelegenheit, damit zugleich von der Kritik an der recht passiven Reaktion des Westens auf den 17. Juni 1953 abzulenken. Die Amerikaner übergaben der Bundesregierung Lebensmittelpakete für DDR-Bürger zur Verteilung in den Westsektoren Berlins. Die Aktion sollte drei Wochen bis zum 15. August dauern. Allein am ersten Tag wurden mehr als 100 000 Pakete abgeholt, bis zum dritten Tag stieg die tägliche Übergabe auf 200 000 Pakete. Mitte August waren fast 2,6 Millionen Pakete verteilt. Aufgrund des überwältigenden Erfolges startete man am 28. August das Programm noch einmal und verlängerte es bis zum 3. Oktober. In dieser Zeit gingen insgesamt 5,5 Millionen Pakete an Menschen aus Ostberlin und der DDR. Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, *Ernst Reuter*, beschrieb die Paketaktion als „eine Fortsetzung des 17. Juni mit anderen Mitteln“.

Die SED schickte in die Schwerpunktgebiete des 17. Juni zudem in den Wochen danach Instruktoren und Agitatoren, um

**Version vom „Tag X“** die Version des vom Westen gesteuerten „faschistischen Putsches“ („Tag X“) zu verbreiten. In der Bundesrepublik wurden die Planungen für einen „Tag X“ übrigens nie geleugnet. Dort ging

man davon aus, dass die DDR auf kurz oder lang von selbst politisch und wirtschaftlich zusammenbrechen würde. Für diesen Tag wollte man in Bonn vorbereitet sein, um den Osten Deutschlands dann wieder in einen gesamtdeutschen Staat zu integrieren. Unter dieser Prämisse hatte das „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ einen Planungsstab eingerichtet, der damit befasst war, Maßnahmen und Varianten der Eingliederung auszuarbeiten.

Die Staatssicherheit erhielt nun den Auftrag, im Rahmen der Kampagne über die Weststeuerung des 17. Juni die Aktivitäten westlicher Geheimdienste und der Bundesrepublik aufzudecken. Doch bereits im November 1953 musste der Staatssicherheitsdienst selbstkritisch einräumen, „dass es uns bis jetzt noch nicht gelungen ist, nach dem Auftrag des Politbüros die Hintermänner und die Organisatoren des Putsches vom 17. Juni festzustellen. Es ist uns bisher nicht gelungen, diesen Auftrag zu erfüllen.“<sup>5</sup> Ein Beweis konnte nie erbracht werden.

Der 17. Juni beschäftigte die Staatssicherheit in den Folgejahren regelmäßig, da die Bundesregierung am 4. August 1953 das „Gesetz über den Tag der deutschen Einheit“ verabschiedete und damit den 17. Juni 1953 zu einem gesetzlichen Feiertag beförderte hatte. Die Herrschenden in der DDR wurden damit regelmäßig bis zum Ende der DDR an ihre Bankrotterklärung erinnert. Das führte dazu, dass für diesen Tag stets besondere Vorkehrungen getroffen wurden, um „Provokationen“ abzuwenden. Alljährlich mussten nun besondere Alarm- und Einsatzpläne für die Tage um den 17. Juni erarbeitet werden.

Wie schon das Zitat des Staatssicherheitsministers *Mielke* am Anfang des Beitrages verdeutlicht, haben die Erfahrungen des 17. Juni 1953 die SED-Führung bis zuletzt beeinflusst. Doch am Ende der DDR wollten *Honecker* und seine Anhänger nicht den Fehler von vor 36 Jahren wiederholen. Damals hatte man sich, gedrängt von Moskau, zur Korrektur der politischen Linie entschlossen. Die Regierung hatte nachgegeben, was von der Bevölkerung als Schwäche angesehen wurde. Bildhaft gesprochen flog 1953 dadurch der Deckel vom Kessel, der unter Überdruck stand. Im Sommer 1989 erinnerte sich die SED-Spitze daran, dass man in den Juni-Tagen 1953 dem politischen Ende ins Auge geblickt hatte. Die Lehre, die man daraus zog,

<sup>5</sup> Zitiert nach *Karl Wilhelm Fricke/Roger Engemann*, „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 114.

war: Niemals Schwäche zeigen, keine Fehlerdiskussionen, egal ob richtig oder falsch, immer hart bleiben. Die Starrheit, mit der 1989 die SED-Führenden an ihrem System festhielten, war nicht nur Altersstarrsinn, sondern maß-

### 1989 gelang die Kraftprobe

geblich auch dem 17. Juni 1953 geschuldet, den die führenden Genossen

nie vergessen hatten. Nur eines war 1989 grundlegend anders: Gorbatschows Reformen sorgten dafür, dass keine sowjetischen Panzer rollten. Diesmal gelang die Kraftprobe.

### Verwendete und weiterführende Literatur

*Egon Bahr*, Zu meiner Zeit, 2. Auflage, München 1996

*George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy*, Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997

*Arnulf Baring*, Der 17. Juni 1953, Köln/Berlin 1965

*Arnd Bauerkämper*, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, Köln/Weimar/Wien 2002

*Inge Bennewitz/Rainer Potratz*, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, 3. aktualisierte Auflage, Berlin 2000

*Tobias Böhm/Siegfried Heimann/Andreas Mahall/Dietmar Schiller*, Studie zu den Ereignissen des 17. Juni 1953. Grundlage für die Errichtung eines Denkmals zur Würdigung der Opfer des Arbeiteraufstandes, Berlin 1995

*Willy Brandt*, Erinnerungen, Zürich 1990

*Torsten Diedrich*, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991

*Torsten Diedrich*, Das Jahr 1952 – Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR, in: *Falco Werkentin* (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 33-52

*Torsten Diedrich*, DDR-Grenzausbau 1952, in: *Militär-geschichte* 2/2002, S. 16-21

*Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke*, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956, Berlin 2001

*Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann*, „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953-1956, Berlin 1998

*Roman Grafe*, Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945 bis 1990, Berlin 2002

*Manfred Hagen*, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992

*András B. Hegedüs/Manfred Wilke* (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“ – 17. Juni 1953 in der DDR – Ungarische Revolution 1956, Berlin 2000

*Rudolf Herrnstadt*, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von *Nadja Stulz-Herrnstadt*, Reinbek bei Hamburg 1990

*Stefan Heym*, Nachruf, Berlin 1990

*Dierk Hoffmann/Karl-Heinz Schmidt/Peter Skyba*, Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961, München/Zürich 1993

*Beate Ihme-Tuchel*, Die DDR, Darmstadt 2002

*Jeremy Isaacs/Taylor Downing*, Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte, 1945-1991, München 2001

*Eckhard Jesse*, War die DDR totalitär? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 40/1994

Juni-Aufstand. Dokumente und Berichte über den Volksaufstand in Ostberlin und in der Sowjetzone, hrsg. vom *Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen*, 2. erweiterte Auflage, Bonn o. J.

*Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Helmut Zwahr* (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994

*Rainer Karlsch*, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993

*Volker Koop*, Der 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003

*Detlef Kotsch*, Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin 2001

*Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wolle*, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001

*Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1996

*Otto Lehmann*, Zu einigen schädlichen Erscheinungen bei der Erhöhung der Arbeitsnormen, in: Tribüne vom 16.6.1953

*Michael Lemke*, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln/Weimar/Wien 2001

*Kai-Uwe Merz*, Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959, München 1987

*Sigrid Meuschel*, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992

*Armin Mitter/Stefan Wolle*, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1995

*Christian F. Ostermann*, „Die beste Chance für ein Rollback“? Amerikanische Politik und der 17. Juni 1953, in: *Christoph Kleßmann/Bernd Stöver* (Hrsg.), 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999

*Christian F. Ostermann*, Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the first major upheaval behind the Iron Curtain, Budapest/New York 2001

*Leonid Potschiwalow*, Kogda sowestnje podtschinas prikazu, in: *Literaturnaja gazeta* No.23 (5705), 10.6.1998, S. 14

*Wolfgang Ribbe*, Berlin 17. Juni 1953, Berlin 1993

*Jürgen Ritter/Peter Joachim Lapp*, Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, Berlin 1997

*Konrad Scherf/Hans Viehrig* (Hrsg.), Berlin und Brandenburg auf dem Weg in die gemeinsame Zukunft, Gotha 1995

*Elke Scherstjanoi*, Die sowjetische Deutschlandpolitik nach dem Tod Stalins 1953. Neue Dokumente

aus dem Archiv des Moskauer Außenministeriums, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3/1998, S. 497–549

*Jens Schöne*, „Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.“ Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53, in: *Falco Werkentin* (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 71-94

*Dietrich Staritz*, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, München 1995

*Rolf Steininger*, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Band 2: 1948-1955, erweiterte Neuauflage, Frankfurt a. M. 1997

*Bruno Thoß* (Hrsg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947-1952, München 1994

*Armin Wagner*, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953-1971), Berlin 2002

*Hermann Weber*, Die DDR 1945-1990, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2000

*Falco Werkentin*, Die Politik der SED nach der 2. Parteikonferenz im Juli 1952, in: *Falco Werkentin* (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 53-70

*Gerhard Wettig*, Die Stalin-Note vom 10. März 1952 in der internationalen Politik, in: *Falco Werkentin* (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 12-32



*Dr. Burghard Ciesla ist freischaffender Historiker und Autor, u. a. arbeitet er in Projekten des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam. Er lebt in Berlin.  
E-Mail: Ciesla97@aol.com*

## Der 17. Juni 1953 – Arbeiteraufstand oder Volkserhebung?

Ulrich Mählert

Ulrich Mählert geht in diesem Beitrag der Frage nach, welche Bedeutung der 17. Juni 1953 in der west- und der ostdeutschen Interpretation hatte und wie er politisch bewertet wurde. Auch in der gesamtdeutschen Diskussion nach 1989 war man sich über den 17. Juni nicht einig, wurde um die Deutungshoheit gekämpft. Die Kontroverse spitzte sich auf die Frage zu, ob es sich bei den Ereignissen im Juni 1953 um einen Arbeiteraufstand oder eine Volkserhebung gehandelt habe. Ulrich Mählert begründet, weshalb er im Aufstand von 1953 einen Vorläufer von 1989 sieht.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 hat seinen Platz in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur noch nicht gefunden. Mit dem 3. Oktober 1990 galt der vormalige westdeutsche „Tag der deutschen Einheit“ als verzichtbar. Dieser war spätestens in den achtziger Jahren von vielen Zeitgenossen als „Bundesbadetag“ verspottet worden. Demgegenüber wurde der Aufstand von der SED bis 1989 als „faschistischer Putsch“ denunziert. Ist das massenhafte Aufbegehren gegen die zweite deutsche Diktatur allein Sache der Ostdeutschen – ein Datum von regionalgeschichtlicher Bedeutung?

### Die Fakten

Wie konnte es 1953 zu einer Erhebung kommen, die in der deutschen Geschichte ohne Vorbild war? Scheinbar aus dem Nichts heraus gingen am 17. Juni 1953 überall in der DDR die Menschen massenhaft auf die Straße. Dem war am Vortag ein Demonstrationszug Berliner Bauarbeiter vorausgegangen. Die Nachricht hatte sich dank westlicher Radiosender wie ein Lauffeuer in der gesamten DDR verbreitet. Die harten Fakten dieses Aufstandes wurden vom Berliner Historiker *Ilko-Sascha Kowalczyk* akribisch recherchiert und sind rasch berichtet: Rund eine Million Menschen hatte sich zwischen dem 16. und 21. Juni in rund 600 Städten und Gemeinden der DDR an Streiks, Demonstrationen oder Kundgebungen beteiligt. In über 1 000

### Vom sozialen Protest zur politischen Manifestation

Betrieben oder Genossenschaften ruhte die Arbeit. Rund 160 öffentliche Gebäude wurden gestürmt, zum Teil verwüstet. Aus zwölf Haftanstalten kamen ca. 1 400 Häftlinge frei. Was als sozialer Protest begann, hatte sich bereits am 16. Juni in Berlin zu einer politischen Manifestation entwickelt. Am 17. Juni 1953 formulierten die Menschen allerorts auch soziale Forderungen. Doch es waren die politischen Forderungen der Demonstranten, die die SED-Diktatur

herausforderten und in ihren Grundfesten erschütterten. Am frühen Nachmittag des 17. Juni 1953 war die zweite deutsche Diktatur de facto gestürzt. Es bedurfte sowjetischer Panzer, um den Aufstand niederzuschlagen. Am 17. bzw. 18. Juni 1953 hatten die Sowjets in mehr als dreiviertel aller Land- und Stadtkreise den Ausnahmezustand ausgerufen. Wäre das sowjetische Militär in den Kasernen geblieben, hätte die SED ihre von Moskau geliehene Macht nicht wieder erlangen können.

### Die Opfer

Unterschiedliche Schätzungen sprechen von 50 bis 125 Personen, die während des Aufstandes im Kugelregen der sowjetischen Truppen, von KVP-Einheiten oder des MfS starben. 18 Personen wurden von den Sowjets standrechtlich erschossen. Bis zu 20 SED-Mitglieder, MfS- bzw. VP-Angehörige sollen von den Aufständischen getötet worden sein. Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden zehn- bis fünfzehntausend Aufständische verhaftet. Davon wurden etwa 2 000 durch ostdeutsche und 1 000 durch sowjetische Gerichte verurteilt. Die Mehrzahl wurde zu einem Strafmaß zwischen ein und fünf Jahren, etwa 100 Personen zu mehr als fünf Jahren verurteilt. Darunter lauteten vier Urteile auf „lebenslänglich“. DDR-Gerichte verhängten vier Todesstrafen, von denen zwei vollstreckt worden sind. Die letzten Verfahren fanden im Januar 1955 statt. 1969 verließ der letzte wegen seiner Beteiligung am 17. Juni 1953 verurteilte Gefangene die Gefängnismauern.

### Die Ursachen

Der Westen wurde vom Aufstand und dessen Ausmaß nicht minder überrascht als die SED. Dies galt auch für jene Agenturen, die von den Amerikanern oder in deren Auftrag geführt wurden und die seit einigen Jahren Planspiele für die Befreiung Osteuropas vom Kommunismus entwickelten, mehr oder weniger dilettantisch Agentennetze aufgebaut hatten und vor allem Propagandamaterial nach Ostdeutschland geschleust hatten. Zweifellos hatte die Berichterstattung des RIAS dazu beigetragen, die Nachricht über die Berliner Streikbewegung

### Die SED schürte den Klassenkampf gegen die eigene Bevölkerung

in der DDR zu verbreiten. Doch der Aufstand war weder das Ergebnis westlicher Rundfunkberichterstattung noch einer wie auch immer gearteten Agententätigkeit. Es war die SED, die als willige Handlungsgehilfin

der Sowjetunion in den Jahren zuvor den Klassenkampf gegen die eigene Bevölkerung geschürt hatte und die anders als die Sowjets nicht erkannte, dass dieser selbst geschürte gesellschaftliche Hexenkessel vor der Explosion stand. 1952 hatte sie den „Aufbau des Sozialismus“ beschlossen. Damit einher ging nicht nur die Kollektivierung der Landwirtschaft, sondern auch der Aufbau einer Armee und der dazugehörigen Rüstungsindustrie. Diese Politik ging zu Lasten des privaten Konsums und wurde von einer militanten Propaganda und einer Serie von politischen Prozessen begleitet.

De facto eskalierte die vom SED-Apparat im Sommer 1952 eingeleitete „Verschärfung des Klassenkampfes“ zum Jahreswechsel 1952/53 zu einem Krieg gegen die gesamte Bevölkerung. Denn auch die Arbeiterschaft blieb von dieser Entwicklung keineswegs verschont. Mit Einsparungen und Plädoyers zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität allein hatte sich der zusätzliche Finanzbedarf ebenso wenig decken lassen wie durch die immer drückenderen Steuer- und Abgabelasten für den Mittelstand. So setzte die SED-Führung in ihrer Not zunehmend auf Preissteigerungen, strich Subventionen und erhöhte die Akkordsätze, was die Lebensverhältnisse der Arbeitnehmerhaushalte massiv verschlechterte.

Solange die SED-Bürokratie mit dem von ihr instrumentalisierten Sicherheits- und Justizapparat und der sowjetischen Besatzungsmacht im Rücken selbstgewisse Stärke demonstrierte, blieb den Menschen in der DDR nur ein Weg, um dem – zum Teil existenziellen – politischen und ökonomischen

**Flucht vor politischem und ökonomischem Druck**

Druck zu entgehen: die Übersiedlung oder gar die Flucht nach Westdeutschland. Hatten im Verlauf des Jahres 1952

rund 182 000 DDR-Bürger ihrem Staat für immer den Rücken gekehrt, stieg die Zahl der Flüchtlinge bereits in den ersten vier Monaten des Jahres 1953 auf über 120 000 an.

Mitte Mai beschloss das ZK der SED eine zehnpromzentige Normenerhöhung mit entsprechenden Lohn einbußen. Die Stimmung in der Bevölkerung erreichte ihren Siedepunkt. Immer mehr Meldungen über tätliche Auseinandersetzungen zwischen erbosten Bürgern und allzu forschen Funktionären gingen bei der Parteiführung ein. Die Zahl derjenigen, die die DDR für immer verließen, stieg weiter an.

Trotz ihres Überwachungs- und Spitzelapparates verkannte die SED die Situation völlig. Von den Berichten aus Ostdeutschland aufgeschreckt, zitierte

der Kreml die SED-Führung Anfang Juni nach Moskau, wo sie aufgefordert wurde, von der „Forcierung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR“

**Kreml forderte SED zur Einstellung des Klassenkampfes auf**

Abstand zu nehmen. Der Klassenkampf auf dem Lande, gegen die Handwerker und Christen war einzustellen. Gleichzeitig

versprach man, die Rüstungslasten der DDR zu mindern, um die wirtschaftliche Misere zu entspannen. Am 9. Juni formulierte das SED-Politbüro ein Kommuniqué, mit dem ein „neuer Kurs“ angekündigt und „eine Reihe von Fehlern“ eingeräumt wurden. Doch mit dem am 11. Juni veröffentlichten Kommuniqué wurde die Normerhöhung nicht zurück genommen. Für die SED ein folgenschwerer Fehler. Aus den Berichten, die von der Parteibasis an die SED-Führung weitergeleitet wurden, ging hervor, dass die Bevölkerung den abrupten Kurswechsel als Bankrotterklärung der Einheitspartei verstand.

In jenen Junitagen war die SED erstmals für alle sichtbar in die Defensive geraten. Das Eingeständnis von Fehlern desorientierte insbesondere jene in der eigenen Anhängerschaft, die in den Monaten zuvor die Parteilinie oft rücksichtslos vertreten hatten. Einen Tag, bevor das Kommuniqué veröffentlicht wurde, war den Bauarbeitern in Ostberlin erstmals die Lohntüte mit den verminderten Akkordlöhnen ausgegeben worden. In dieser Situation, da die SED-Führung einerseits Schwäche zeigte, andererseits die Löhne derjenigen kürzte, in deren Namen sie doch angeblich herrschte, besannen sich die Arbeiter ihrer eigenen Kraft: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm dies will!“ Zwar war das Streikrecht in der DDR-Verfassung festgeschrieben, tatsächlich hatte zunächst die sowjetische Besatzungsmacht und später die SED alles – wenn auch mit wechselndem Erfolg –

**Gewerkschaftliche Traditionen lebten fort**

versucht, um Streiks in Ostdeutschland zu verhindern. Doch die gewerkschaftlichen Traditionen hatten nicht nur in den Köpfen der älteren Arbeiter fortgelebt, die sich noch gut an die Arbeitskämpfe in der Weimarer Republik erinnerten. Auch die Jungarbeiter hatten in den Jahren zuvor beobachten können, wie in Westberlin Arbeiter und Angestellte für ihre Forderungen erfolgreich in den Ausstand gegangen waren.

**Die Dimensionen des Aufstands**

Was in Ostberlin als wilder Arbeitskampf begann, wurde über Nacht zum Auslöser eines politischen

Aufstandes, in dem der Ruf nach Freiheit, nach dem Rücktritt der Regierung und freien Wahlen die sozialen Forderungen in den Hintergrund drängte. Wie eingangs geschildert, beschränkte sich der Aufstand nicht auf einige wenige Zentren, sondern erfasste in seiner Breite nahezu die gesamte DDR.

Für jene, die den Aufstand – gleich auf welcher Seite der Barrikade – erlebt hatten, war das Ereignis mit einem Schock verbunden, der lange nachwirkte. Selbstkritische Töne, die unmittelbar nach dem Aufstand in der Parteiführung anklangen, sollten nicht lange vorhalten. Kurze Zeit später wurde *Max Fechner*, einstmals Sozialdemokrat und bis dahin DDR-Justizminister, seines Amtes enthoben, angeklagt und verurteilt, weil er den streikenden Arbeitern zugesichert hatte, diese würden nicht

#### **SED-Doppelstrategie: Zuckerbrot und Peitsche**

zur Rechenschaft gezogen werden. Die SED erklärte den Aufstand zu einem von außen gesteuerten „faschistischen Putschversuch“ und ließ sich von dieser Denunziation auch dann nicht beirren, als die Staatssicherheit im Dezember 1953 einräumen musste, dass weder Hintermänner noch Organisatoren des „Putsches“ vom 17. Juni ermittelt werden konnten. Die SED-Führung hatte erleben müssen, dass ihr offenkundig nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung feindlich gegenüberstand, sondern sie sich noch nicht einmal auf die Mitglieder der eigenen Partei, geschweige denn ihrer Massenorganisationen verlassen konnte. Aus dieser traumatischen Erfahrung resultierte fortan eine Doppelstrategie: Einerseits galt es, die Bevölkerung durch „Zuckerbrot“ zu neutralisieren und andererseits durch die „Peitsche“ einzuschüchtern. Und so wurde der Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit sowie anderer bewaffneter Organe zeitgleich mit dem Versuch begleitet, durch Lebensmittelimporte, Unterhaltungsangebote und einen nachlassenden politischen Druck die Gesellschaft zu befrieden. Auch wenn die SED-Verlautbarungen der folgenden Jahrzehnte einen anderen Eindruck erweckten: Die Parteiführung glaubte wohl selbst nicht mehr daran, die Menschen wenn nicht durch Überzeugung, so doch zumindest durch Agitation und Propaganda einerseits und durch die sozialistische Umgestaltung der „Basis“ andererseits für den sozialistischen Aufbau gewinnen zu können. Sieht man von einer gegenläufigen Phase Ende der fünfziger Jahre ab, sollten fortan soziale und konsumtive Wohltaten – die in der Ära Honecker auf Pump finanziert wurden – Loyalität stiften. Eine Loyalität, über die das MfS im Verborgenen wachen sollte. Und es ist mehr als bezeichnend, dass *Erich Mielke* Ende August 1989,

als 36 Jahre nach dem Juniaufstand sich erneut in der ganzen DDR Opposition gegen das SED-System artikuliert, auf einer Dienstberatung seine Mitarbeiter verunsichert fragte: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Für jene, die 1953 auf die Barrikaden gegangen waren oder als verunsicherte Zaungäste die Niederschlagung des Aufstandes miterlebt hatten, lautete die schockierende Lektion, dass die SED-Diktatur gegen den Widerstand der Sowjetunion nicht aus eigener Kraft überwunden werden konnte. Als in der Folgezeit deutlich wurde, dass die DDR dauerhaft in das sowjetische Machtsystem eingegliedert bleiben sollte und die meisten Menschen ihre Hoffnungen auf eine Einigung der einstigen Alliierten in der deutschen Frage verloren, blieb nur noch die Flucht nach Westdeutschland, um sich den Zumutungen der SED-Diktatur dauerhaft zu entziehen. Zwischen 1953 und 1961 wählten mehr als zwei Millionen Menschen diesen Weg. Und so lässt sich die Entscheidung der SED-Führung, im August 1961 die Berliner Mauer zu bauen und den letzten Weg nach Westen zu verschließen, ohne einen Rückgriff auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 nicht erklären.

#### **Die westdeutsche und gesamtdeutsche Reaktion auf den 17. Juni 1953**

Die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland reagierte auf die Juniereignisse zwischen Elbe und Oder weithin in Übereinstimmung. Bereits am 3. Juli 1953 beschloss der Bundestag, den 17. Juni in Erinnerung an den Aufstand in der DDR fortan als „Tag der deutschen Einheit“ zu begehen. Jahr für Jahr sollte an das Ereignis und dessen Teilnehmer erinnert werden, damit das Staatsziel der Vollendung der deutschen Einheit nicht in Vergessenheit gerät. Dieser nahezu Partei übergreifende Konsens – einzig die KPD hatte sich die Lesart der SED zum Aufstand zu Eigen gemacht – ließ dennoch unterschiedliche Deutungen des Aufstandes zu. Für *Konrad Adenauer*, der mit seiner CDU im September 1953 siegreich aus den Wahlen zum zweiten Bundestag hervor gehen sollte, war der Aufstand eine Bestätigung seiner Politik sowie seiner Überzeugung, dass die deutsche Einheit in Freiheit nur in einer Verankerung Deutschlands im Westen zu erreichen war. Die Sozialdemokraten hoben den Anteil der Arbeiter hervor, die an der Spitze des Aufstandes für Einheit und Freiheit gestanden hätten.

In den ersten Jahren nach dem 17. Juni 1953, als zum Jahrestag in Westdeutschland unter erheblicher Anteilnahme der Bevölkerung Mahnfeuer an der innerdeutschen Grenze angezündet wurden und Millionen von Anstecknadeln mit dem Brandenburger Tor verkauft wurden, war in aller Regel vom gescheiterten Volksaufstand die Rede. Erst mit zunehmender zeitlicher Distanz, als die Emotionen nachließen und sich der 17. Juni einen festen Platz im Freizeitverhalten der bundesdeutschen Bevölkerung erobert hatte, war in den spärlicher werdenden Publikationen zum Ereignis mehr und mehr vom „Arbeiteraufstand“ die Rede. Kontroversen mit größerem Nachhall lösten diese Bewertungsfragen vor 1989 ebenso wenig aus wie in den Jahren bis 1993, als der vierzigste Jahrestag des Aufstandes erstmals eine breitere Aufmerksamkeit im vereinten Deutschland auf das Ereignis lenkte. Der 17. Juni selbst wurde seit 1991 nicht mehr als Feiertag begangen, war er doch zugunsten des neuen Tags der deutschen Einheit, dem 3. Oktober, wieder ein normaler Werktag geworden. Dies – nebenbei bemerkt – war keine glückliche Entscheidung des gesamtdeutschen Parlaments, hätte doch der 17. Juni anders als der 3. Oktober dazu beigetragen, daran zu erinnern, dass der Wille zur Einheit und Freiheit in Ostdeutschland damals nur durch Gewalt unterdrückt werden konnte. Die deutsche Geschichte ist nicht reich an Beispielen kollektiven Muts gegen eine diktatorische Obrigkeit. An ein solches Beispiel wäre es auch in Westdeutschland wert zu erinnern! Der Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober war das staatsrechtliche Ergebnis eines revolutionären Prozesses, der im Juni 1953 unterbrochen und im Herbst 1989 vollendet wurde. Das Datum des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik war jedoch ein mehr oder minder willkürlich gewählter Termin. In den Debatten aus Anlass des 40. Jahrestages des Aufstandes spielten derlei Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle. Die damals noch beträchtlichere Öffentlichkeit, die für die Geschichte der deutschen Teilung interessiert werden konnte, bekam vielmehr eine Diskussion präsentiert, die nach einem weiteren Jahrzehnt absurd anmutet. Mit Schärfe wurde plötzlich debattiert, ob der 17. Juni 1953 nun ein Volksaufstand, ein Arbeiteraufstand oder gar eine – wenn auch gescheiterte – Revolution gewesen sei. Sich für die eine oder andere Lesart zu entscheiden, kam bald einem politischen Glaubensbekenntnis gleich. *Armin Mitters* Einführung in den lesenswerten Sammelband „Der Tag X – 17. Juni 1953“, der von ihm, *Ilko-Sascha Kowalczyk* und *Stefan Wolle* 1995 herausgegeben wurde, resümiert die damalige Debatte aus der Sicht derer, für die der 17. Juni wenigstens ein Volksauf-

stand, aber noch viel mehr eine gescheiterte Revolution war. Dabei fällt die Verbissenheit auf, mit der hier auf beiden Seiten um die Etikettierung gekämpft wurde.

### **Der Kampf um die Deutungshoheit der DDR-Geschichte**

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurde der Kampf um die Deutungshoheit zur DDR-Geschichte in einer tagespolitisch aufgeheizten Situation geführt, so dass die Art und Weise, wie mancher Konflikt ausgetragen wurde, den Eindruck erweckte, es würde über die Lufthoheit über den Stammtischen gekämpft. Ehemalige Historiker der SED, die vor 1989 zur Diffamierung des 17. Juni 1953 durch die eigene Partei mindestens geschwiegen hatten, waren durchaus daran interessiert, soziale Forderungen wie auch die Arbeiterschaft in den Mittelpunkt des Aufstandes zu stellen, war doch offenkundig, dass das Etikett „Volksaufstand“ die Illegitimität des eigenen Systems aufs Neuerliche verdeutlicht hätte. Für konservative Historiker der alten Bundesrepublik, die vor 1989 in der linksliberal geprägten westdeutschen DDR-Forschung kaum Gehör fanden, bot sich die Möglichkeit, endlich Deutungsmacht zu gewinnen und die 1983 angekündigte geistig-moralische Wende endlich auch in der deutschen Zeitgeschichte zu schaffen. Die alten Kämpen der westdeutschen DDR-Forschung erschauerten angesichts der Vehemenz der Diskussion und klammerten sich nicht selten an lieb gewonnene Interpretationen, die es doch stets zu hinterfragen gilt. Doch jenseits des politischen Tageskampfes sowie des Versuchs einzelner Strömungen in der DDR-Forschung, die Deutungshoheit über den Aufstand zu erlangen, spielte bei vielen, die sich in dieser Frage engagierten, noch ein anderer Gedanke eine Rolle: Wenn es „nur“ ein Arbeiteraufstand gewesen sein sollte, stünde er für eine einzelne Erscheinung in der (ost)deutschen Geschichte. Ein Volks-

**Volksaufstand wäre  
Vorläufer von 1989  
gewesen**

aufstand, gar eine Revolution, hingegen knüpft an 1848 und 1918 an und wäre – wie vom Au-

tor hier vertreten – ein Vorläufer von 1989. Damit ist die für das ostdeutsche Selbstbewusstsein wichtige Botschaft verbunden, die politisch-didaktisch auch erwünscht ist, dass sich das (ostdeutsche) Volk gegen Unterdrückung und Diktatur aufgelehnt hat, wenn es dafür die Möglichkeit sah, mit oder ohne Erfolg – je nachdem, wie die inneren und äußeren Umstände gelagert waren. Den Ostdeutschen wird damit eine wesentlich größere histori-



sche Rolle zugeschrieben, als wenn es sich „nur“ um einen Arbeiteraufstand gehandelt hätte.

Zum fünfzigsten Jahrestag des Aufstandes steht zu hoffen, dass die Debatte in versachlichter Form geführt werden wird. Vermutlich konnte die Diskussion vor zehn Jahren auch deshalb so scharf geführt werden, weil wie so oft erst die Summe der Einschätzungen eine Annäherung an das historische Ereignis erlaubt. Abgesehen davon, dass es wohl kaum eine Massenerhebung in der jüngeren Geschichte gibt, die lupenrein einer sozialen Schicht zugeordnet werden könnte, würde es ebenso zu kurz greifen, den 17. Juni 1953 allein als Arbeiteraufstand zu bezeichnen, wie ihn als einen genuinen Volksaufstand zu charakterisieren. Im Untertitel der beeindruckenden Publikation von *Gerhard Beier* zum 17. Juni heißt es: „Bauleute gingen voran“. Und der leider inzwischen verstorbene Privatgelehrte zieht aus seinen umfangreichen Studien die Schlussfolgerung: „Es war ein Arbeiteraufstand, eine proletarische Revolution“, was ihn nicht daran hinderte, eine Seite weiter vom „Volksaufstand“ zu sprechen. Zwei von drei in der DDR verhafteten Demonstranten waren nach der Statistik der Repressionsorgane Arbeiter, weitere 13 Prozent waren Angestellte. Eine verschwindend geringe Minderheit bildeten selbstständige Handwerker, Klein- oder Großbauern, Unternehmer. Doch mit derlei Zahlenmaterial den Nachweis führen zu wollen, es habe sich letztlich doch um einen Arbeiteraufstand gehandelt, griffe zu kurz. Was als wilder Arbeitskampf begann, wurde am 16. Juni zu einem Arbeiteraufstand, der sich am 17. Juni 1953 in der Tat zu einem Volksaufstand entwickelte. Die

#### **Streikende Arbeiter waren der Motor der Bewegung**

waren. Ihre schiere Zahl, die in den Betrieben fortwirkenden gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Traditionen lieferten die kritische Masse, die erforderlich ist, um zu massenhaften Aktionen überzugehen. Seite an Seite mit den Arbeitern demonstrierten Angestellte, Hausfrauen, Jugendliche, aber auch Vertreter des Mittelstandes. In der Tat beschränkte sich die Ablehnung der SED-Diktatur nicht auf eine soziale Schicht. Jene, die in den 600 Städten und Gemeinden auf die

Beiträge zu einem neuen Sammelband dokumentieren erneut, dass streikende Arbeiter der Motor der Bewegung

Straße gingen, waren auf sich allein gestellt. Der Westen, allen voran die USA, wollte trotz aller Propaganda der „Befreiungspolitik“ den Dritten Weltkrieg nicht für die Freiheit der Ostdeutschen wagen. Der RIAS hatte durch seine Berichterstattung dazu beigetragen, dass sich die Kunde vom Ausstand der Bauarbeiter in der ganzen DDR verbreitete, doch auch er konnte und wollte nicht der Kristallisationspunkt der Erhebung sein. Die Aufständischen zwischen Rostock, Jena und Görlitz waren sich in dem einig, was sie ablehnten und was sie forderten. Doch es fehlte an einer republikweiten revolutionären Untergrundorganisation, um das Vorgehen zu vereinheitlichen und zielgerichtet zu organisieren. Ob es einer solchen gelungen wäre, der sowjetischen Intervention erfolgreich zu begegnen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Und so war der 17. Juni 1953 eine genuine Volkserhebung, ohne politische Führer, ohne Programm oder Konzept, einzig allein aus dem Impetus heraus, der in jenen Tagen auf Transparenten zu lesen war oder skandiert wurde: „Wir wollen freie Menschen sein!“

#### **Weiterführende Literatur:**

*Gerhard Beier*: Wir wollen freie Menschen sein. Der 17. Juni 1953: Bauleute gingen voran. Köln 1993

*Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle* (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54. Berlin 1995

*Ilko-Sascha Kowalczyk*: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Vorgeschichte, Ablauf, Folgen. Bremen 2003

*Ulrich Mählert* (Hrsg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand und seine Vorgeschichte. Bonn 2003



*Dr. Ulrich Mählert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Aufarbeitung der DDR-Diktatur und dort zu erreichen unter der Adresse Otto-Braun-Straße 70-72, 10178 Berlin;  
E-Mail: MaehlertU@stiftung-aufarbeitung.de*

## Der 17. Juni 1953 im Spiegel der Literatur

Theo Mechtenberg

Am Beispiel ausgewählter Werke zeigt Theo Mechtenberg in diesem Beitrag auf, wie der 17. Juni 1953 in der deutschen Literatur seinen Niederschlag fand. Es ist sicher kein Zufall, dass sich mit diesem Thema vornehmlich Autoren und Autorinnen auseinander gesetzt haben, die in der DDR lebten und die Ereignisse aus eigener Anschauung kannten. Dass sie daraus unterschiedliche Schlussfolgerungen zogen und auch unterschiedliche literarische Formen der Verarbeitung fanden, wird aus den hier wiedergegebenen Zitaten und der Interpretation des Autors deutlich.

„Seht! Über Stalins Grab die Taube kreist,  
Denn Stalin: Freiheit – Stalin: Frieden heißt!  
Und aller Ruhm der Welt wird Stalin heißen!  
Laßt uns den Ewig-Lebenden lobpreisen!“

Diese von *Johannes R. Becher* verfasste Apotheose des am 5. März 1953 an einem Gehirnschlag verstorbenen sowjetischen Diktators findet sich neben weiteren Huldigungen sozialistischer Hofdichter im Aprilheft der *Neuen deutschen Literatur*. Zwei Monate später formierten sich die Berliner Bauarbeiter auf jener breiten Allee, die Stalins Namen trug, zu einem Protestmarsch ins Zentrum der Stadt und lösten damit einen auf das ganze Land übergreifenden Aufstand aus.

### Zur Einordnung der Ereignisse

Das ein halbes Jahrhundert zurückliegende Ereignis ist heute wissenschaftlich weitgehend erforscht. Über die damalige Stimmung in der Bevölkerung, die Vorgeschichte des Aufstands, den Verlauf der tagelangen Unruhen, die Repressionen, den Zusammenhang mit internen Machtkämpfen in Ostberlin und Moskau sowie über die westlichen Reaktionen weiß man nach Öffnung der Archive bestens Bescheid.

50 Jahre nach den Ereignissen in jenem Frühsommer fragen wir, ob es zwischen ihnen und dem 9. November 1989 einen Zusammenhang gibt, und,

#### Zusammenhang zwischen 17. Juni und 9. November?

wenn ja, in welchem Sinn. Immerhin handelt es sich um die erste Erschütterung des sozialistischen Systems nach

dem Zweiten Weltkrieg, der in der Folgezeit, wengleich nicht mehr in der DDR, sondern in anderen „Bruderländern“, weitere Unruhen folgten. Das legt einen Traditionsstrang nahe, der allerdings keineswegs gradlinig verlief.

Auch wenn der Deutsche Bundestag bereits am 4. August 1953 den 17. Juni gesetzlich als „Tag der deutschen Einheit“ bestimmte und damit eine Interpretationsvorlage lieferte, so entsprach diese Proklamation doch weder der am Vorrang der Westintegration gegenüber der Wiedervereinigung orientierten Politik *Adenauers*, noch lässt sich die Komplexität des 17. Juni auf einen Ausdruck des Einheitswillens der DDR-Bevölkerung reduzieren. Die Zusammenhänge sind komplizierter.

Der damalige Aufstand legte eine tiefgreifende soziale und politische Krise des DDR-Systems offen, die unter dem Einsatz sowjetischer Panzer nicht wirklich bewältigt wurde. Vielmehr wurden ihre wahren Ursachen durch die verordnete Legende eines „faschistischen Putsches“ verdrängt, so dass die Krise unter der Oberfläche weiter schwelte. Der

#### Durch sowjetische Panzer wurde Krise des Systems nicht wirklich bewältigt.

Preis für Verdrängung und Legendenbildung waren ein bis weit in die Partei hineinwirkender Glaubwürdigkeitsverlust sowie verstärkte, am

Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit ablesbare Repressionsmechanismen. Damit wurde eine Weichenstellung vollzogen, die in der Folge in der DDR den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Krise zu Krise verschärfen musste und mit dem schließlichen Zusammenbruch des Systems den Weg zur deutschen Einheit frei machte. Dass sich dieser Weg am 17. Juni eröffnete, ist freilich erst im Rückblick erkennbar. Für einen DDR-Bürger jener Zeit gehörte sehr viel dazu, sich nach der Niederschlagung des Aufstands und angesichts der Passivität des Westens die Hoffnung auf die Einheit Deutschlands zu bewahren.

In der Autobiographie eines Zeitzeugen, des damaligen Mitglieds der Berliner Bezirksleitung der SED *Heinz Brandt*, der später seiner Verhaftung durch die Flucht in die Bundesrepublik zuvorkam und 1961 von Agenten der Staatssicherheit in die DDR verschleppt, zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt und drei Jahre später in den Westen entlassen wurde, findet diese Vorüberlegung mit folgenden Sätzen eine Bestätigung: „Der 17. Juni ist nicht erzählbar. Drüben nicht und hier schon gar nicht. Jede Seite ist an ihrer speziellen Legende, keine an der Wahrheit interessiert.“<sup>1</sup>

<sup>1</sup> *H. Brandt*, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, München 1967, S. 274.

## Von der Schwierigkeit, die Wahrheit zu schreiben

In der Tat hat der 17. Juni bis heute in der erzählenden Literatur keine befriedigende Bearbeitung gefunden. Den Autoren im westlichen Deutschland fehlte die unmittelbare Erfahrung der komplexen Wirklichkeit des Volksaufstands, und ihren Kollegen in der DDR war entweder der Blick auf die Realität durch ideologische Verblendung versperrt oder es war ihnen klar, dass die systeminternen Repressionsmechanismen schon dafür sorgen würden, dass die Wahrheit nicht ans Licht kam. So haben jene Literaten, die – so gut es ging – zum System Distanz hielten, es vorgezogen, lieber zu schweigen. Wer dagegen zur Feder griff, dem hatte der Sekretär des Schriftstellerverbandes der DDR, der Genosse Kurt Barthel, kurz Kuba genannt, mit seinem im *Neuen Deutschland* veröffentlichten unsäglichen Pamphlet *Wie ich mich schäme* die Richtung gewiesen: „Als wenn man mit der flachen Hand ein wenig Staub vom Jacket putzt, fegte die Sowjetarmee die Stadt rein. Zum Kämpfen hat man nur Lust, wenn man die Ursache dazu hat, und solche hattet ihr nicht. Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen.“ Und in Anspielung auf die verhängte Ausgangssperre heißt es gleich anschließend: „Ihr aber dürft wie gute Kinder um neun Uhr abends schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der deutschen Volkspolizei. Schämt ihr euch so, wie ich mich schäme? Da werdet ihr sehr viel und sehr gut mauern und künftig sehr klug handeln müssen, ehe euch diese Schmach vergessen wird.“

Kuba bestreitet den Bauarbeitern das Recht auf ihren Protest, verhöhnt sie, redet zu ihnen wie zu unmündigen Kindern und ermahnt sie mit kaum versteckter Drohung zu künftigem Wohlverhalten. Doch einer antwortete dem Sekretär des Schriftstellerverbandes – Bert Brecht. Seine in der DDR viel zitierten Verse *Die Lösung* enden mit einer provozierenden Frage:

„Nach dem Aufstand des 17. Juni  
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbandes  
In der Stalinallee Flugblätter verteilen,  
Auf denen zu lesen war, daß das Volk  
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe  
Und es nur durch verdoppelte Arbeit  
Zurückerobern könne. Wäre es da  
Nicht doch einfacher, die Regierung

Löste das Volk auf und  
Wählte ein neues?“<sup>2</sup>



© Suhrkamp Verlag

Bertold Brecht

Das Gedicht zeigt einen unverkennbar ironischen Ton. Doch was meint Brecht mit seinem in Frageform gefassten Vorschlag, die Regierung möge das Volk auflösen und ein anderes wählen? Ein Volk lässt sich weder auflösen noch wählen, wohl aber eine Regierung.

Intendierte Brecht diese Umkehrung? Wenn ja, dann gewiss nicht im Sinne demokratischer Wahlen nach westlichem Verständnis. Dafür war Brecht zu sehr Marxist und als solcher von der Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse im Prozess der Geschichte überzeugt. Und eben dieses revolutionäre Element erkannte er im Protestmarsch der Bauarbeiter. „In all ihrer Richtungslosigkeit und jämmerlichen Hilflosigkeit“ – schreibt er in seinem *Arbeitsjournal*<sup>3</sup> – habe sich die „aufsteigende Klasse“ zu Wort gemeldet. Eine „Begegnung, wenngleich in Form eines Faustschlags“, aber eben doch ein „Kontakt“. Der 17. Juni hätte – so Brecht – für die Partei ein heilsamer Schreck sein können. Ein Schreck war er wohl, ein heilsamer indes nicht. Seine *Buckower Elegien* verraten seine resignative Grundstimmung nach dem 17. Juni. Das Motto lautet:

„Ginge da ein Wind  
Könnte ich ein Segel stellen.  
Wäre da kein Segel  
Machte ich eines aus Stecken und Plane.“<sup>4</sup>

## Die Vergeblichkeit eines Einzelkämpfers

In seinem Roman *Auf der Suche nach Gatt* zeichnet Erik Neutsch das Bild des Redakteurs Gatt, der am 17. Juni auf dem Weg zur Arbeit vom Aufstand überrascht und, als Parteigenosse erkannt, tötlich angegriffen wird. In der Redaktion angelangt,

2 B. Brecht, *Gedichte*, Berlin (Ost) 1975, S. 396.

3 Vgl. Brecht-Werkausgabe, Bd. 2, S. 1009.

4 B. Brecht, *Gedichte*, a. a. O., S. 395.

sucht er die Kollegen dazu zu bewegen, sich auf der Straße den Demonstranten zu stellen. Vergeblich. Die zentrale Anweisung der Partei lautet, sich nicht öffentlich zu zeigen. Als Gatt dennoch auf seiner Meinung beharrt, wird er von seinem Vorgesetzten zurechtgewiesen:

„‘Was soll Deine Disziplinlosigkeit?’, schalt er. ‘Jeder an seinem Platz. Unser ist die Zeitung.’ Gatt antwortete: ‘Willst Du Dich hier verstecken? Draußen ist unser Platz. Auf der Straße. Tausend Kommunisten als Agitatoren zwischen die Menge, und sie läuft auseinander.’ Weißbecher winkte ab. Voller Erregung schritt er im Korridor auf und ab, und nur seine Stimme bewahrte eine aufreizende Ruhe. ‘Du irrst. Du hast nicht den Überblick. Das würde Bürgerkrieg bedeuten, unnützes Blutvergießen. Darauf wartet der Feind, um nicht nur uns, sondern um Europa aufzurollen... Ich bin besser informiert, verlaß dich drauf.’“<sup>5</sup>

Erik Neutsch bringt hier etwas zur Sprache, was in der DDR-Propaganda schamvoll verschwiegen wurde: dass die Partei am 16./17. Juni in der Öffentlichkeit kaum präsent war. Der von Brecht ersehnte

**Die Partei war in den Junitagen öffentlich kaum präsent**

Kontakt kam nicht zustande. Allerdings liefert Neutsch durch den Mund von Weißbecher für dieses Verhalten eine

Rechtfertigung, die den revolutionär gesonnenen Gatt allerdings nicht davon abhält, sich auf eigene Faust den Auseinandersetzungen auf der Straße zu stellen. Er wird bei dem Versuch, einen Lastwagen, der einen Polizeioffizier zu Tode schleift, zum Halten zu bringen, vom Beifahrer kaltblütig niedergeschossen: „Als er auf dem Pflaster lag, inmitten der Straße, prasselten immer noch Kugeln auf ihn nieder. Im Fallen aber sah er, dass auf dem breiten, leeren Fahrdamm ein Panzer heranrollte. Mein Leben ist hin, denke ich noch. Aber die Revolution ist gerettet.“<sup>6</sup>

Nicht die Partei, nicht der revolutionäre Einzelkämpfer haben die „Revolution“ gerettet, sondern die sowjetischen Panzer. Was ist das – so muss man fragen – für eine „Revolution“, die durch die Panzer einer Besatzungsmacht gerettet wird?

**Der 17. Juni – ein Aufleben des Faschismus?**

In einem Brief an den Verleger Peter Suhrkamp vom 1. Juli 1953 schildert Brecht seine am 16. und 17. Juni 1953 gewonnenen Eindrücke. Darin spielen Assoziationen an die Nazizeit eine ziemliche Rolle. Brecht spricht von „brutalen Gestalten der Nazizeit, die man seit Jahren in Haufen nicht mehr hatte auftreten sehen und die doch immer dagewesen waren.“<sup>7</sup>

Man mag sich fragen, worauf Brecht und eine ganze Reihe ähnlich argumentierender DDR-Autoren ihre Beobachtungen stützten. Schließlich behauptete keiner von ihnen, die Demonstranten seien mit Hakenkreuzfahnen durch die Straßen gezogen. Offenbar machten sie sich die Sache zu einfach, indem sie bei Ausschreitungen, die es fraglos gegeben hat, „Faschisten“ am Werk sahen. Eine derartige Denkweise entsprach dem ideologischen Feindbild der DDR, die sich *per definitionem* als antifaschistisch verstand und – im Umkehrschluss – in jedem Angriff auf ihre „Ordnung“ eine Attacke von „Faschisten“ vermutete.

**Die Legende vom „faschistischen Putsch“**

Zur Legende eines „faschistischen Putsches“ trug auch

Stephan Hermlin mit seiner 1954 veröffentlichten Erzählung *Die Kommandeuse* bei. Dem Stoff liegt eine wahre Begebenheit zugrunde – die Befreiung der inhaftierten KZ-Aufseherin Eva Dorn. Nach Niederschlagung des Aufstands wurde sie erneut verhaftet und in einem Wiederholungsprozess zum Tode verurteilt, was einem Justizmord gleichkommt. Prozess und Todesurteil dienten dem Regime dazu, die offizielle Version eines faschistischen Putsches zu untermauern.



Stephan Hermlin

Hermlin verbindet in seiner Erzählung Außen- und Innenwelt. Bei der aus der Haft befreiten Kommandeuse weckt der Aufstand die brutalen Bilder der NS-Vergangenheit. Sie hofft, bald wieder ihre schmucke SS-Uniform anziehen und ihren Dienst

5 E. Neutsch, Auf der Suche nach Gatt, München 1974, S. 80f.

6 Ebd., S. 84.

7 Hier zitiert nach H. Mohr, Der 17. Juni als Thema der Literatur in der DDR. In: *Deutschland Archiv* 6/1978, S. 600.

versehen zu können. So beschwört *Hermlin* die angeblich mit dem Aufstand verbundene faschistische Gefahr.

### Konzentration auf Teilaspekte



Christa Wolf

Einige Autoren kommen in ihren Werken auf den 17. Juni eher beiläufig zu sprechen und begnügen sich mit einer Darstellung von Teilaspekten. Dass dabei ein episodenhafter Bezug nicht unbedingt zu einer Verfälschung des Geschehens führen muss,

zeigt *Christa Wolfs* Roman *Nachdenken über Christa T.*: „Liebe Schwester, schrieb Christa T. im Frühsommer '53. Wann – wenn nicht jetzt? ... Wann soll man leben, wenn nicht in der Zeit, die einem gegeben ist... Mir steht alles fremd wie eine Mauer entgegen. Ich taste die Steine ab, keine Lücke... Eine Kälte in allen Sachen. Die kommt von weit her, durchdringt alles. Dann fühlt man sie nicht mehr. Verstehst Du, was ich meine?“<sup>8</sup>

Der Hinweis auf den 17. Juni bleibt subtil und ist doch ein Zeugnis für eine existenzielle Erschütterung. Bei manchen, die die Ereignisse jenes Frühsommers bewusst erlebt haben, mögen sie eine tiefgehende Veränderung des Lebensgefühls ausgelöst haben, eine Verunsicherung, eine innere Kälte, vor der es nur um den Preis einer Verdrängung ein Entrinnen gab. Der Text zielt mit der abschließenden Frage auf die Bereitschaft, die Ereignisse des 17. Juni mit einem sensibilisierten Empfinden an- und aufzunehmen.

Diese Art literarischer Verarbeitung des 17. Juni ist in der DDR-Literatur allerdings eher selten. In der Regel kommen die Autoren über eine die Ereignisse verkürzende, tendenziöse Darstellung nicht hinaus. So etwa, wenn *Brigitte Reimann* in ihrer Erzählung *Das Geständnis* den „Tag X“ zum Tag der Wahrheit macht, an dem jeder weiß, wo Freund und Feind stehen und sich entsprechend verhalten

8 *Christa Wolf*, *Nachdenken über Christa T.*, Darmstadt 1969, S. 90f.

9 Vgl. *Brigitte Reimann*, *Die Frau am Pranger*. *Das Geständnis*. *Die Geschwister*. Drei Erzählungen, Berlin (Ost) 1969, S. 169.

kann.<sup>9</sup> Ähnlich in *Anna Seghers* Roman *Das Vertrauen*. In ihm wird der 17. Juni als Tag parteitreuer Bewährungsprobe geschildert. Schauplatz des Geschehens ist ein Industriebetrieb, in dem ein engagierter Parteigenosse Streik und Demonstration verhindert und man mit dem Konflikt ohne den Einsatz sowjetischer Panzer fertig wird.<sup>10</sup> Das ist eine von der Wahrheit weit entfernte parteiliche Schönfärberei.

In *Hermann Kants Impressum* löst die Betrachtung eines Fotos die Erinnerung an den 16. Juni aus. Auf dem Bild ist der Minister *Fritz Andermann* zu erkennen – ein fiktiver Name, der unschwer als *Fritz Selbmann* auszumachen ist, Schriftsteller und als Minister für die Schwerindustrie zuständig. Er lehnt arg bedrängt an einem Pfeiler. Ein Schnappschuss, für die Zeitung bestimmt, der aber „für keine Öffentlichkeit“ taugte, „nicht vorzeigbar“, eine „Verschlußsache“. Der Held *Andermann* am Pfeiler. Eine Assoziation des heiligen Sebastian? Ein sozialistischer Fast-Märtyrer, der sich dem Hass der Masse aussetzt und mit knapper Not dem Tod entrinnt. Ein Bild, das zur Reflexion anregt und die Erzählperson David zu einer wenig schmeichelhaften Selbsterkenntnis gelangen lässt:

„Später bot sich die Versuchung an, sich bedeutend zu denken in diesen Minuten, als einen Mutskerl gegen versuchten Mord, als einen Bewußtseinshelden im Augenblick der bösesten Unvernunft, als Ersatzmann für den bedrängten Genossen – aber hier widerstand David, so gern er sich auch mit heroischem Zierrat hätte versehen lassen. Er wußte zu genau, daß er vom Vorsatz freigewesen war, daß ihn etwas getrieben hatte, und allenfalls ließ er gelten, daß er sich in die richtige Richtung hatte treiben lassen. Damit beschied er sich, tat es nicht ohne Mühe, aber beschied sich und war auch so ganz zufrieden, weil er wußte, wieviele andere sich auch nur hatten treiben lassen, aber nicht in die richtige Richtung.“<sup>11</sup>

Auf dem Hintergrund des Sich-treiben-lassens hebt sich der arg bedrängte, in Stich gelassene Genosse Minister ab. Er ist mit seinem Mut und seiner Opferbereitschaft der wahre „Bewußtseinsheld“, die Verkörperung des berechtigten Führungsanspruchs der Partei „im Augenblick der bösesten Unvernunft“. Darauf zielt der von *Kant* komponierte Text. Und *Kant* geht noch einen Schritt weiter, indem er als Konsequenz die harte Parteilinie rechtfertigt, wie sie fünf Wochen nach dem 17. Ju-

10 *Anna Seghers*, *Das Vertrauen*, Berlin (Ost) 1968, S. 353.

11 *Hermann Kant*, *Das Impressum*, Darmstadt 1972, S. 447.

ni vom 15. ZK-Plenum der SED beschlossen wurde. In *Impressum* heißt es dazu:

„Aber die Hoffnung sollte es lange schwer haben gegen die Erfahrung dieses Junitages. Die Enttäuschung machte auf Jahre die Augen schmal, machte die Sinne überscharf, machte die Fäuste hart, schmälerte das Vertrauen; die Erinnerung hämmerte: Achtung, Fritz Andermann, aufpassen, Obacht geben, wachsam bleiben, Übermut tut selten gut, Voreile wird bestraft, nur keine Vertrauensseligkeit, nur kein fauler Liberalismus, keine Romantik, der Kampf ist nicht zu Ende, wir sind noch nicht so weit, dieses können wir uns noch nicht erlauben, jenes dürfen wir noch nicht gestatten, der Schein kann trügen, noch einmal hinsehen, noch einmal überprüfen, noch etwas abwarten, den Vorwurf der Enge nicht fürchten, wenn das heißt: dem Feind keinen Fußbreit Boden und jenem Junitag nie wieder eine Chance.“<sup>12</sup> Besser kann man das ganze Arsenal an Argumenten zur Begründung eines die Bürger in Unmündigkeit haltenden Überwachungsstaates kaum formulieren. Genutzt hat es am Ende, wie wir wissen, nichts.

Im Gegensatz zu *Kants* Darstellung beschreibt *Fritz Selbmann* ganz ohne Heroismus seine Situation vor dem Regierungssitz als einen harmlosen, fast lächerlichen Vorgang: „Endlich unterbrach sich der Redner, er sah nach unten zu den Männern hin, die mit ihm aus dem Haus gekommen waren. Man rief ihm von dort unten etwas zu, und er stieg endlich von dem Tisch herunter. Wieder bildete sich die Gasse bis zur Tür des Hauses, und die Leute von der Regierung gingen ins Haus zurück. Zwei Männer brachten den Tisch hinter ihnen her und dann wurde die große Tür wieder geschlossen.

Dem Abzug der Regierungsleute folgte plötzliche Stille. Ein älterer Mann, der neben Heinz Lorenzen stand, sagte ruhig, und es klang beinahe wie befriedigt:

‘Na, dann können wir ja nach Hause gehen. Die Vorstellung ist zu Ende.’

Ein anderer fügte sachlich hinzu:

‘Außerdem ist im Betrieb jetzt Feierabend und in der Freizeit wird nicht demonstriert.’<sup>13</sup>

### Fünf Tage im Juni

*Stefan Heyms* Roman *Fünf Tage im Juni*<sup>14</sup> konnte erst zwei Jahrzehnte nach den Ereignissen erschei-

nen und dazu in einem westdeutschen Verlag. Jahrelang hat er sich vergeblich um eine Veröffentlichung seines Romans im eigenen Land bemüht. Rund 50 Persönlichkeiten des geistigen und politischen Lebens in der DDR hatte *Heym* Anfang der 60er Jahre sein Manuskript zugesandt und teils zustimmende, überwiegend aber ablehnende Kritik erfahren. Die Kulturfunktionäre versagten ihm das Imprimatur. Noch 1988 zählte *Fünf Tage im Juni* zu den 13 Titeln, die auf der Leipziger Buchmesse nicht ausgestellt werden durften, wobei das Verbot von einer speziellen Einsatzgruppe des Staatssicherheitsdienstes überwacht wurde.<sup>15</sup>

Der erzählende Charakter des Romans tritt hinter einem protokollartigen Bericht zurück, durch den der Autor, beginnend mit dem 13. Juni, zu erklären versucht, wie es zu dem Arbeiteraufstand kommen konnte. Dabei bleibt *Heym* bemüht, der Komplexität der Ereignisse Rechnung zu tragen und die Grenze zwischen den berechtigten Forderungen der Arbeiter und ihr Übergleiten in Provokationen deutlich zu markieren. Der Roman besitzt damit eine gewisse Realitätsnähe, was seine Stärke, aber auch seine Schwäche ist. Er leistet eine literarische Aufarbeitung eines zeitgenössischen, für die deutsche Geschichte bedeutsamen Stoffes; das ist viel, aber für ein Werk der Literatur nicht genug. In der Beschreibung der Geschehnisse und Konflikte, aber auch in der Charakterisierung der handelnden Personen ist der Roman zu reportagehaft. Wer jedoch über die Literatur einen Zugang zum Verständnis des 17. Juni sucht, dem dürfte die Lektüre dieses Romans von einigem Nutzen sein. Der Autor vermittelt ein relativ differenziertes Ursachegeflecht. Das Buch räumt, ohne Einflüsse des Westens zu leugnen, mit der Legende eines „faschistischen Putsches“ auf. Der Roman enthält eine ganze Reihe von Elementen, die für ein Verständnis der Ereignisse von Bedeutung sind: die wachsende Verbitterung der Bevölkerung über den forcierten „Aufbau des Sozialismus“, insbesondere über die Normerhö-



Stefan Heym

12 Ebd., S. 451.

13 *F. Selbmann*, Anhang den Tag vorher betreffend. In: *St. Heym* (Hrsg.), *Auskunft*, München 1974, S. 144f.

14 *Stefan Heym*, *Fünf Tage im Juni*, Gütersloh 1974.

15 Vgl., Sicherheitsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1996, S. 297f.

hungen; den unvermittelt verkündeten „Neuen Kurs“, der innerhalb der Partei desorientierend wirkte und die Erbitterung der Arbeiter steigerte, weil als einzige Maßnahme die Normerhöhung nicht rückgängig gemacht worden war; den Machtwechsel in Moskau; die Agitation westlicher Agenten, die in dem Roman gleichfalls eine, wenn auch nicht die zentrale Rolle spielt; die Isolation der Partei von den Massen, die der Protagonist, der Betriebsgewerkschaftssekretär *Witte*, zu überwinden trachtet, wobei er vorsätzlich die Parteidisziplin verletzt. Kernaussage des Romans ist der unlösbare Konflikt des Gewerkschafters, der daran scheitert, das Vertrauen der Arbeiter zu ihm mit der Parteidisziplin in Einklang zu bringen.

### Späte Erinnerung

Zum Abschluss noch zwei in ihrer Art sehr unterschiedliche Beispiele aus dem Bereich der Memoirenliteratur:

In seiner Lebenserinnerung *Durch die Erde ein Riß* widmet *Erich Loest* dem für ihn folgenreichen 17. Juni zwei umfangreiche Kapitel. Am Tage selbst war er, das Parteiabzeichen in der Tasche, auf den Berliner Straßen, wengleich erfolglos, unterwegs, um die Demonstranten in Diskussionen zu verwickeln und von ihrem Vorhaben abzubringen. Am Ende kehrte er „niedergeschlagen, geschlagen“ ins Haus des Schriftstellerverbandes zurück. Wirksamer als seine Bemühungen waren da schon die „Gewittergüsse“, die über Berlin hereinprasselten und „Demonstranten in Haustüren und U-Bahn-Schächte“ trieben, „daß sie nicht wieder zusammenfanden.“ Ihnen spricht *Loest* eine „geschichtsbildende Rolle“ zu.<sup>16</sup>

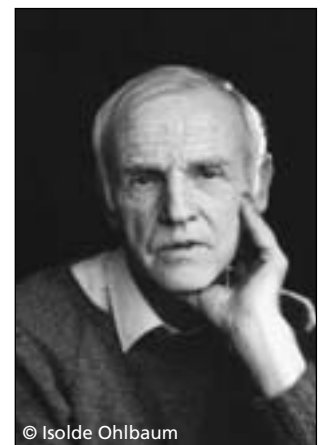


Erich Loest

Schlimmer als die Ereignisse selbst waren für den Autor die politischen Nachwehen des 17. Juni. Unmittelbar nach den Ereignissen meldeten sich selbst höhere Parteifunktionäre zu Wort und forderten eine offene Ursachendiskussion und das Eingeständnis eigener Fehler. „Aber wenige Tage später ging es mit

dem Beschönigen und Vertuschen wieder los. (...) Es schien beinahe so, als ob nur Provokateure auf den Straßen gewesen seien. Die Folge war, daß sich die Arbeiter, die für eine anständige Sache demonstriert hatten, mit den Faschisten in einen Topf geworfen fühlten. Die Proportionen wurden verschoben...“<sup>17</sup> Gegen diese Akzentverlagerung wehrt sich *Loest* mit einem am 4. Juli im *Börsenblatt* erschienenen Beitrag *Elfenbeinturm und Rote Fahne*. Die Provokateure hätten kein so leichtes Spiel gehabt, „wenn nicht von allen führenden und leitenden Organen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik Fehler von zum Teil ernstem Ausmaß begangen worden wären. Die Zeit, diese Fehler zu untersuchen, ist jetzt gekommen...“<sup>18</sup> Was dann allerdings kam, war der „Fall Loest“, wie der Autor sein IX. Kapitel betitelt: die Beschuldigung, sich mit diesem Artikel selbst als „Provokateur“ entlarvt zu haben, der Ausschluss aus dem Leipziger Bezirksverband, ein Parteiverfahren, am Ende ein halbherziger Kompromiss, durch den zwar der Ausschluss aus dem Verband zurückgenommen, ihm selbst aber eine „Rüge“ erteilt wurde, die selbstverständlich in seine Kaderakte Eingang fand. So kam es denn, dass nach *Loest*' Verhaftung vier Jahre später der Vernehmer eine ganze Woche „auf den 17. Juni und die Sitzungen im Verband danach“ verwandte, und „natürlich lag 'Elfenbeinturm und Rote Fahne' auf dem Tisch.“<sup>19</sup> *Loest* verbrachte dann „sechs Jahre, vier Monate und zwanzig Tage“ für Nichts und wieder Nichts in einer Bautzener Zelle.<sup>20</sup>

Vor derlei Ungemach blieb *Günter de Bruyn* bewahrt. Er, der nie einen Funken Sympathie für das System aufgebracht hatte, sich aber auch nicht in der Rolle des Widerständlers sah, erlebte den 17. Juni vor allem als Beobachter: „Ratlosigkeit glaubte ich in den Gesichtern lesen zu können. Man war weit marschiert, um dort, wo man oft genug jubeln müssen, zu protestieren, aber keine Tribüne war da, vor der man den Zorn über Arbeitsnormen, Versorgungsmängel und Unfreiheit hätte herausschreien kön-



© Isolde Ohlbaum

Günter de Bruyn

17 Ebd., S. 219.

18 Ebd., S. 216.

19 Ebd., S. 327.

20 Ebd., S. 354.

16 *Erich Loest*, *Durch die Erde ein Riß*. Ein Lebenslauf, Hamburg 1981, S. 202f.

nen...“<sup>21</sup> Er erlebt die Szene vor dem Regierungsgebäude, wo Minister *Selbmann* niedergeschrien wurde, wird von der Masse mitgezogen und fühlt sich „eingekeilt zwischen Menschenleibern, von Ekel gepeinigt“ und seiner „Freiheit beraubt“.<sup>22</sup> Er sieht, wie Menschen verhaftet und auf Lastwagen verladen werden, „während aus einem Lautsprecherwagen Aufrufe und Befehle verlesen wurden, in denen auch von Standgerichten die Rede war. Angst war in allen Gesichtern, auch in denen der Polizisten, aber größer noch war der Zorn.“<sup>23</sup> Der Abend des 17. Juni endet für *de Bruyn* mit einer

21 *Günter de Bruyn*, Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. 1996, S. 45f.

22 Ebd., S. 47.

23 Ebd., S. 50.

Fußwanderung, bei der er über die zwei Seelen in seiner Brust nachsinnt, „deren eine die revolutionäre Erregung der Massen mitgemacht hatte, während die andere durch Ordnungswidrigkeit gekränkt worden war. Dabei war ich ganz illusionslos geblieben. Keinen Moment hatte ich einen Erfolg des Aufstandes erwartet...“<sup>24</sup>



*Dr. Theo Mechtenberg ist Vorsitzender des Gesamteuropäischen Studienwerkes und dort erreichbar über die Anschrift Südfeldstraße 2-4, 32602 Vlotho. E-Mail: info@gesw.de*

24 Ebd., 42

### **Die hier und auf den Seiten 30 und 55 dokumentierten Zeitzeugenberichte wurden zusammengestellt von Karin Schatzberg, ESTA – Thüringen**

„Wir hatten damals kein Fernsehen und kein Telefon, nur das Radio. Der Sender RIAS berichtete schon von Unruhen in Berlin. Von Kollegen erfuhren wir, dass in Jena auch schon Pflastersteine geflogen waren und Fahnen verbrannt wurden. Angeblich waren die Kumpels der WISMUT (Uranerzabbau in Ronneburg/Gera, Anm. der Interviewerin) auch daran beteiligt. Sie wären mit Spitzhacken aufmarschiert.

Die Unruhen dauerten auch nach dem 17. Juni noch an. Offiziell wurde immer gesagt, dass Kräfte aus dem Westen die Arbeiter aufgewiegelt hätten. Aber es herrschte so starker politischer Druck, die Normen in der Landwirtschaft waren sehr hoch – gerade deshalb waren wir sehr erstaunt, dass Wismut-Kollegen beteiligt sein sollten, denn die hatten schon die Lebensmittelkarten mit der Zuteilung „A“ für Schwerarbeiter, hatten mehr Urlaub und bekamen reichlich Schnaps. Sowieso waren sie bei der Versorgung mit technischen Gütern bevorzugt. Dann hörten wir, dass in Berlin Panzer auffuhren – für uns war klar, dass da die Russen ihre Hand im Spiel hatten. Danach ging die Säuberungsaktion los, es wurden viele eingesperrt. Unsere Zeitungen „Das Volk“, „Volkswacht“, „Geraer Beobachter“ und „Neustädter Kreisbote“ berichteten wenig.

Eigentlich ging es uns danach besser: wir durften einmal jährlich für uns schlachten: die „Hungersau“ nannten wir das. Wir bekamen nun Zucker und Butter, Raucherkarten und Seifenkarten. In den Dörfern wurde noch mehr „schön gesprochen“ – wir hielten uns mit unserer Meinung zurück. Wir hatten Glück, denn eigentlich waren wir mit dem Mohn-, Tabak-, Gemüse- und Getreideanbau Selbstversorger. Es gab im gleichen Jahr bei der Ernte und beim Dreschen mehr Kontrollen!

Die Russen? Ja, da waren welche in Neustadt an der Orla, in Saalfeld, Jena und Gera – von denen haben wir hier nichts bemerkt. Die Partei, die SED, hat auch versucht, hier auf den Dörfern mehr Fuß zu fassen, aber es gab bei uns nur vier Parteimitglieder (von ca. 300 Einwohnern, Anm. d. Interviewerin) und da wurde auch keiner angeschwärzt. Was wir nicht verstanden haben: Hier war der Aufstand und da drüben im Westen haben sie den Feiertag gekriegt!“

*Erinnerungen einer Landwirtin und späteren Konsumverkäuferin (Jahrgang 1936) und eines Landwirts (Jahrgang 1934) aus den Heidedörfern in Thüringen, Saale-Orla-Kreis*



## Zwei verschiedene Paar Schuhe

Der 17. Juni 1953 und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR

Hans-Jochen Tschiche

Hans-Jochen Tschiche beschreibt die Entwicklung in der DDR und im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten vor und nach dem 17. Juni 1953. Er geht der Frage nach, ob es eine Kontinuität zwischen dem damaligen Volksaufstand und der späteren Bürgerbewegung in der DDR gegeben habe. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der ökonomischen Lage wurden damals durch die sowjetische Armee ebenso brutal zerstört wie die Hoffnungen auf ein Gesamtdeutschland. Erst 1968 wieder habe man an die Möglichkeit der Reformierbarkeit des real existierenden Sozialismus geglaubt. Die spätere Opposition in der DDR sei eine Minderheit gewesen, die das Land reformieren wollte, ohne den status quo zwischen Ost und West in Frage zu stellen. Im vereinten Deutschland habe sie keine Rolle mehr gespielt.

### Die politischen Voraussetzungen in der DDR

Am 17. Juni 2003 jährt sich der Volksaufstand des Jahres 1953 zum 50. Mal. Der 17. Juni war in der DDR ein vergessener Tag. In der ehemaligen Bundesrepublik hatten die Sonntagsredner ihre hohe Zeit. Aber für die normale Bevölkerung war

#### In der DDR ein vergessener Tag

er ein zusätzlicher sommerlicher Feiertag, der die Bäder und die Biergarten füllte, wenn das Wetter es erlaubte. Daher ist es verständlich, dass jene Tage im Juni neu in Erinnerung gerufen werden. Allerdings sollten wir uns nicht verführen lassen, Linien zu 1989 auszuziehen, die es so nie gegeben hat. Dann würde Geschichtsklitterung Pate stehen und der besondere geschichtliche Ort verschwände in plakativen Behauptungen. Die Oppositionellen der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts in der DDR waren mehrheitlich am 17. Juni 1953 Kinder oder noch gar nicht geboren. Es gibt tief greifende Unterschiede zwischen dem Widerstand in der Spätzeit der DDR und dem Volksaufstand der frühen Jahre des ostdeutschen Teilstaates. Es gibt weder biografische Berührungspunkte der Akteure, noch hatten sie die gleichen Zielsetzungen.

Das zarte Pflänzchen der Parteiendemokratie hatte 1946 in der sowjetisch besetzten Ostzone bei den Landtagswahlen gerade noch überlebt. CDU,

#### Parteiendemokratie hatte gerade noch überlebt

LDPD und SED traten gesondert zu den Wahlen an. Zwar war die Vereinigung von SPD und KPD unter unglaublichem Druck am 21./22.04.1946 bereits vor dem Wahltag erfolgt, aber die bürgerlichen Parteien

konnten noch eigene Listen aufstellen. Am 20. Oktober 1946 fanden die Kreis- und Landtagswahlen statt. In den Landesparlamenten von Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen erhielten die SED 4 658 483 und die CDU und LDPD zusammen 4 808 121 Stimmen. Nur die Vertreter der an der Wahl beteiligten VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) und des Kulturbundes sicherten der SED die Macht in vier ostdeutschen Landesregierungen.<sup>1</sup> Im fünften ostdeutschen Land, nämlich in Sachsen-Anhalt, gab es sogar einen bürgerlichen Ministerpräsidenten.

Aber der Kalte Krieg, der die Siegermächte spaltete, sollte auch das Nachkriegsdeutschland spalten. Die Sowjetunion war zur Weltmacht aufgerückt

#### Frontlinien mitten durch Deutschland

und hatte ihren politischen Einfluss bis in die Mitte Europas ausgedehnt. Ihr deutsches Besatzungsgebiet war für sie das westliche Bollwerk des siegreichen sowjetischen Sozialismus gegen den zum Untergang verurteilten Kapitalismus. Aus ihrer Sicht setzte er sich in den Besatzungszonen der westlichen Siegermächte in Deutschland fest. So zogen sich mitten durch Deutschland die Frontlinien des Kalten Krieges. So wie die Westmächte das politische Klima in Westdeutschland prägten, bestimmte das politische Interesse der Sowjets Ostdeutschland. Es war nur folgerichtig, dass 1949 die beiden Teilstaaten entstanden.

Die Einbeziehung der DDR in den Ostblock sollte vor allem durch weitere Strukturveränderungen und die Angleichung des politischen und wirtschaftlichen Systems an die neu entstandenen Volksdemokratien in Ostmitteleuropa nach dem Vorbild der Sowjetunion erfolgen. Mit dem bürgerlich-demokratischen und kapitalistischen System sollte endgültig gebrochen werden. Auf der II. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juli 1952 wurde mit der Parole vom „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ das Signal für diesen Weg gegeben. *Walter Ulbricht*, Generalsekretär der SED, erklärte unter lang anhaltendem Beifall der Konferenzteilnehmer, das Zentralkomitee der SED schlage vor, „dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird“.<sup>2</sup> Woher der Wind künftig wehen sollte, machte sein

1 *Hermann Weber*: Kleine Geschichte der DDR. Edition Deutschlandarchiv 1980, S. 37

2 Protokoll der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 9. – 12. Juli 1952 in Berlin. Berlin (Ost) 1952, S. 58

Schlusswort deutlich: „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt.“<sup>3</sup>

**Die Umsetzung des sowjetischen Modells**

Die SED wurde zur ideologischen Großmacht ausgebaut, die sich anmaßte, die ganze Welt zu erklären. *Louis Fürnberg* textete 1948 die Parteihymne, in der sie wie ein mythologisches Wesen erscheint

**Bürgerliche Parteien wurden Claqueure der SED**

Es heißt da: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht, Genossen, es bleibt dabei, denn wer für das Recht kämpft,

hat immer Recht gegen Lüge und Heuchelei.“ Damit wurden die ehemaligen bürgerlichen Parteien ausschließlich zu Claqueuren für die Heilslehre der SED. Zugleich wurde die Sozialisierung in der Wirtschaft und in der Landwirtschaft vorangetrieben. Die Massenflucht aus dem Arbeiter- und Bauernstaat, wie die Herrschenden das sowjetische Protektorat nannten, schwoll an. Die ideologische Gleichschaltung und der wirtschaftliche Umbau wurden öffentlich als Portal zum kommunistischen Paradies gepriesen. Die Kirchenverfolgung begann. Pastoren wurden verhaftet. Freizeitheime der Jugendarbeit wurden enteignet. Die Junge Gemeinde galt als Organisation des Klassenfeindes. Diakonische Einrichtungen wurden vom Staat übernommen. Die Länder wurden aufgelöst. Kurz und gut, die SED versuchte mit allen Mitteln, das sowjetische System nachzubauen. Wer sich widersetzte, verschwand spurlos.

**Wer sich widersetzte, verschwand spurlos**

Von Rechtsstaatlichkeit konnte noch nicht einmal in Ansätzen die Rede sein.

Zwar war am 18./19.03.1949 auf der Tagung des so genannten deutschen Volksrates die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verabschiedet worden, die Demokratie und Freiheitsrechte der Bevölkerung zusicherte. Aber sie war nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurde. Die Wahrung der Macht der Parteioberen war allem anderen nachgeordnet. Demokratischen Zentralismus nannte man die Herrschaft der Oligarchen.

Gleichzeitig waren die Verantwortlichen bemüht, die desolante Wirtschaftslage als Folge der Kriegszerstörungen und der Reparationsleistungen an die Sowjetunion zu verbessern. Der volkseigene Sektor in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Handel und Finanzen sollte entscheidend weiterentwickelt werden. Trotz vieler Versprechungen war

der Lebensstandard außerordentlich gering. Während in Westdeutschland das Wirtschaftswunder

**Mangelwirtschaft war tägliche Erfahrung.**

an Fahrt gewann, gehörte im Osten die Mangelwirtschaft zur täglichen Erfahrung. Fett,

Fleisch und Zucker waren 1952/53 immer noch rationiert. Deshalb musste unbedingt die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Die rücksichtslose Umsetzung des sowjetischen Modells in Ostdeutschland ließ die permanente Unzufriedenheit in der Bevölkerung weiter wachsen.

**Der neue Kurs**

Am 5. März 1953 starb *Stalin*. Die führenden Genossen waren schockiert. Sie wussten nicht, wie es weiter gehen würde. Sie gelobten zunächst, dass sie *Stalins* Vermächtnis in der DDR fortsetzen wollten. *Ulbricht* schrieb: „Der größte Mensch unserer Epoche ist dahingeschieden.“<sup>4</sup> Aber die neue Führung in Moskau verlangte eine Änderung der Politik in der DDR. Der forcierte Sozialisierungskurs sollte aufhören und der Umgang mit dem Klassenfeind und den westlichen Mächten sollte flexibler werden. Darum beschloss das Politbüro des Zentralkomitees der SED am 9. Juni 1953 einen neuen Kurs. Im Text der Verlautbarung hieß es: „Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, dass seitens der SED und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie z. B. die Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkarten der Bevölkerung, über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in verschärften Methoden der Steuererhebung usw. Die Interessen solcher Bevölkerungsteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Intelligenz wurden vernachlässigt. Bei der Durchführung der erwähnten Verordnungen und Anordnungen sind außerdem ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. Eine Folge war, dass zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.“<sup>5</sup> Die erstaunte Bevölkerung rieb sich die Augen. Am 11. Juni erklärte die Regierung, sie wolle alles besser machen. Keine Zwangsmaßnahmen mehr gegen Selbstständige und Intelligenz, Steigerung der Konsumgüterproduktion, Bemühungen um die Annäherung der

4 Einheit, 8.Jahrgang, Sonderheft März 1953, S.358

5 Beschluss der Politbüros des ZK der SED vom 9.6.1953, zitiert bei *Hermann Weber* a.a.O., S.68

3 Ebenda S.154

beiden deutschen Staaten. Neuer Kurs auf der ganzen Linie, nur der Arbeiterschaft wurden keine Zugeständnisse gemacht.

**Der Arbeiterschaft wurden keine Zugeständnisse gemacht** Die 10%ige Normerhöhung in Industrie und Bauwesen wurde nicht zurückgenommen. Noch am 16. Juni verteidigte die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ dieses Vorhaben als richtig. Das war das auslösende Moment für den Streik der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee.

Von der Arbeiterschaft ging der Aufruhr aus und breitete sich in den industriellen Zentren aus. Daraus entwickelte sich am 17. Juni 1953 der Volksaufstand in der gesamten DDR, in dessen Verlauf es zu Streiks und Demonstrationen an mehr als 500 Orten in der DDR kam. Dieser Aufstand war nicht von langer Hand geplant. Er entwickelte sich spontan und stellte zuerst wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter auf.

### Vertiefung der Spaltung Deutschlands

Die Spaltung Deutschlands deutete sich schon seit 1946 an. Aber sie wurde nicht als lang wirkende Folge des zweiten Weltkrieges erkannt. Die Hoffnung auf die Einheit Deutschlands erschien immer noch als realer Traum. Die Teilung des Landes hielten viele in Ost und West für eine vorübergehende Panne, aber nicht für ein geschichtliches Faktum.

**Die westlichen Alliierten garantierten der Sowjetunion ihren Machtbereich** Noch war die Grenze in Berlin offen. Aber der 17. Juni zeigte, wohin die Geschichte laufen sollte. Als die SED die Kontrolle über ihr Herrschaftsgebiet verlor, fuhren die sowjetischen Panzer auf. Sie sicherten an Stelle der machtlosen Bonzen in Ostdeutschland das sowjetische Imperium. Der Ausnahmezustand wurde ausgerufen, es kam zu Standgerichten und Erschießungen. Tausende wurden eingesperrt. Die westlichen Alliierten hielten still, so wie später 1956 in Ungarn. Sie garantierten der Sowjetunion ihren Machtbereich. Für die Freiheit der Ostdeutschen und der übrigen sowjetischen Satellitenstaaten ließen sie die Worte und nicht die Waffen sprechen. Um der Menschenrechte Willen wollte der Westen kein atomares Inferno riskieren. Die Sowjetunion war auf dem Höhepunkt ihrer Macht.

Aber noch hatte die DDR eine offene Grenze nach Westberlin. Der desolate wirtschaftliche Zustand des Landes und das ideologische Trommelfeuer

veranlassten viele Bürgerinnen und Bürger, dem Staat den Rücken zu kehren. Von 1949 bis 1961 gingen 2 686 942 Menschen in den Westen<sup>6</sup>. Die Reste der bürgerlichen Eliten waren auf der Flucht, gut Ausgebildete suchten im anderen Teil Deutschlands eine Chance. Im Frühjahr 1960 zwang das Regime die Bauern in die Kollektivierung. Der Staat drohte zu kollabieren. Es musste etwas geschehen. Bei vielen Menschen in der DDR entstand im Sommer 1961 der Eindruck,

**Das letzte Schlupfloch wurde geschlossen** dass das letzte Schlupfloch zum Westen in Berlin geschlossen werden

könnte. Am 15. Juni danach gefragt, erklärte *Ulbricht*, offensichtlich wünsche der Klassenfeind, dass die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR eine Mauer aufrichten sollten. „Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“<sup>7</sup> Am 13. August war es dann soweit. *Ulbricht* hatte gelogen und die Mauer wurde gebaut. Der Traum einer sozial gerechten Welt war für alle Augen sichtbar zu einem großen Internierungslager verkommen.

Und doch machte sich in der Bevölkerung eine gewisse Erleichterung breit. Die permanente Unruhe, der Verlust hochqualifizierter Fachkräfte waren gestoppt. Viele hofften, dass die zu erwartende äußere Stabilisierung auch eine innenpolitische Entkrampfung bringen würde. Die wüste Rechtlosigkeit der frühen Jahre war zu Ende. Das System wurde berechenbarer und die Bevölkerung richtete sich darauf ein. Die DDR blieb zwar ein ideologischer Tendenzbetrieb, wer sich aber öffentlich anpasste, konnte relativ unbehelligt in seiner privaten Nische seinen Interessen leben. Die blanke Angst beherrschte nicht ihren Alltag.

### Von der Revolution zum sozialistischen Biedermeier

So wurde aus der Flamme der Revolution, aus dem Aufbegehren gegen das Unrecht dieser Welt ein graues Einerlei, das von Spießern beherrscht wurde. Längst waren die Revolutionäre von einst zu zynischen Machthabern geworden. Sie mutierten zu ängstlichen und heimtückischen Duckmäusern. Sozialis-

<sup>6</sup> Hermann Weber a.a.O., S. 103

<sup>7</sup> Hermann Weber a.a.O., S. 103

tischer Biedermeier nannte *Kurt Bartsch* die kuschelige Ecke, in der die Träger der Macht, ihre Hörigen und die Gehorchenden sich eingerichtet hatten.

„Zwischen Wand- und Widersprüchen  
 machen sie es sich bequem.  
 Links ein Sofa, rechts ein Sofa,  
 in der Mitte ein Emblem.  
 Auf der Lippe ein paar Thesen,  
 Teppiche auch auf dem Klo.  
 Früher häufig Marx gelesen.  
 Aber jetzt auch so schon froh.  
 Denn das „Kapital“ trägt Zinsen:  
 Eigenes Auto. Außen rot.  
 Einmal in der Woche Linsen.  
 Dafür Sekt zum Abendbrot.  
 Und sich noch betroffen fühlen  
 von Kritik und Ironie.  
 Immer eine Schippe ziehen,  
 doch zur Schippe greifen nie.  
 Immer glauben, nur nicht denken  
 und das Mäntelchen im Wind.  
 Wozu noch den Kopf verrenken,  
 wenn wir für den Frieden sind?  
 Brüder, seht die rote Fahne  
 hängt bei uns zur Küche raus.  
 Außen Sonne, innen Sahne –  
 nun sieht Marx wie Moritz aus.“<sup>8</sup>

Unter diesen Bedingungen wächst keine weltoffene, kritische, demokratische Gesellschaft und mündige Bürgerinnen und Bürger werden eher als Störenfriede, denn als Leben spendende Kraftzentren angesehen. Die Mächtigen und die Ohnmächtigen einte ein Wunsch, sie wollten in Ruhe gelassen werden.

**Zerstörte Hoffnung  
 im Prager Frühling**

Zwischenzeitlich keimte immer wieder Hoffnung auf, eigentlich gegen alle Erfahrungen, dass ein lebendiges Gemeinwesen entstehen könnte. 1968 war eine solche Station. Viele blickten voller Erwartung auf den Prager Frühling. Freiheitsrechte und soziale Gerechtigkeit sollten gemeinsam das gesellschaftliche Leben bestimmen. Ein Ziel wuchs aus der eigenen linken Tradition. Für einen Augenblick schien es so, dass nicht erst der siegreiche Kapitalismus Veränderungen herbeiführen würde. Manche glaubten, der real existierende Sozialismus der Bürokraten und Spießbürger sei reformierbar. Aber noch einmal schickte die Sowjetunion ihre Panzer. Sie zermalmten Menschen und Hoffnungen.

8 *Kurt Bartsch*: Sozialistischer Biedermeier; In: Zwiebelmarkt – Komisches und Satirisches aus drei Jahrzehnten – Gedichte; Eulenspiegel Verlag 1978, S. 232

**Die Geburtsstunde der Bürgerbewegungen**

Und doch war der Truppenaufmarsch zugleich die Geburtsstunde der Bürgerbewegungen in den sowjetischen Satellitenstaaten. Es waren nicht die Massen, die jetzt aufstanden. Nicht das Volk erhob sich wie 1953 in der DDR oder 1956 in Ungarn. Nicht Reformkommunisten widersprachen gemeinsam mit dem Volk der sowjetischen Hegemonie wie 1968 in der Tschechoslowakei. Es waren winzige Gruppen, in der Regel Intellektuelle, gesellschaftlich isoliert und verfolgt, die ängstlich und unerschrocken zugleich den Mächtigen widersprachen. Die Väter der *Solidarność* und der *Charta 77* waren die geistigen Väter und Mütter der DDR-Opposition in den 80er Jahren.

Nach 1968 verwandelte sich die politische Großwetterlage in Europa. Im Oktober 1969 bildete sich in Bonn eine sozialliberale Regierung unter *Willy Brandt*. Er redete in seiner Regierungserklärung von zwei Staaten in Deutschland, die füreinander nicht Ausland sind, aber die eines gerechten Miteinanders bedürfen. Auf dem Boden Deutschlands in den Grenzen von 1970 sei die Nation in zwei Staaten und das besondere Besatzungsgebiet Berlin gegliedert, erklärte die Bundesregierung im Januar jenes Jahres. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde in ein Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Es begann die berühmte Politik des Wandels durch Annäherung, deren Architekten *Egon Bahr* und *Willy Brandt* waren.

**Wandel durch  
 Annäherung**

*Brandt* traf sich mit *Willy Stoph* in Erfurt. Die Bundesregierung bemühte sich, von den Nato-Partnern unterstützt und von der Opposition im eigenen Lande heftig beföhdet, um die Entspannung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Ostblock. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und ihre Schlussakte (1975) sorgten für Entspannung zwischen beiden Machtblöcken und zur offiziellen Anerkennung von Menschenrechten durch den Ostblock.

In der DDR hatte in dieser Zeit ebenfalls ein Machtwechsel stattgefunden. Im Mai 1971 trat *Walter Ulbricht* nicht ganz freiwillig zurück. *Erich Honecker* wurde sein Nachfolger. Mit ihm verband sich die Hoffnung, dass durch eine verbesserte Sozial- und Wirtschaftspolitik und eine liberalere Haltung gegenüber den Künstlern und Intellektuellen die Kluft zwischen der Bevölkerung und der Führung überbrückt werden könnte. Der später einsetzende KSZE-Prozess verstärkte noch diese Erwartungen. Aber auch der neue Machthaber verfiel bald

### Hoffnungen auf den Machtwechsel in der DDR

der illusionären und doktrinären Politik des real existierenden Sozialismus. 1976 gab es einen gewaltigen Krach mit den Literaten. *Wolf Biermann* war ausgewiesen worden. Der Staat reagierte hektisch und nervös. Eine der berüchtigten Eiszeiten im kulturellen Leben brach aus. Und die wirtschaftliche Lage blieb bejammernswert. Devisen waren Mangelware. Was nicht niet- und nagelfest war, wurde zu Westgeld gemacht. Sogar alte Pflasterungen wurden verkauft. Der Volksmund dichtete: „Ach wär ich doch ein Pflasterstein, dann könnt ich schon im Westen sein.“

Trotz aller Entspannungen wurde weiter gerüstet. Als in den 80er Jahren die atomare Aufrüstungsspirale sich erneut drehte, entstand im Westen eine mächtige Friedensbewegung. Auch in der DDR regte sich Widerspruch. Unter den Dächern der Kirche sammelten sich Oppositionelle. Sie waren eine verschwindende Minderheit. Die Staatssicherheit redete von etwa 3000 bis 5000 Leuten bei 16 Mio. Einwohnern. Sie wollten den atomaren Rüstungswahn beider Großmächte stoppen. Im

### Oppositionelle unter den Dächern der Kirche

Land stritten sie für Emanzipation, Ökologie und Menschenrechte. Es war kein spontaner Aufstand, der sich hier Luft verschaffte. Eine Minderheit brach das öffentliche Schweigen zu den Problemen der sozialistischen Welt. Sie wollten das Land reformieren und rechneten mit einem längeren Zeitraum. Die Abschaffung der DDR war nicht ihr Thema, nicht aus Opportunität, sondern aus Überzeugung. Erst nach dem Ende der DDR wurde sichtbar, dass die politischen Ziele der Oppositionellen sehr unterschiedlich waren.

Ich jedenfalls war ein linker Überzeugungstäter und habe für eine reformierte DDR gefochten. Wer

an ihrem Bestand rüttelte, gefährdete den Frieden. Davon war nicht nur ich überzeugt. Die Teilung Europas schien uns nicht aufhebbar und die Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten unmöglich. Wir meinten, wer Frieden und Entspannung wollte, dürfte nicht am Status quo rütteln.

Wir ahnten nicht, dass in Europa die Nachkriegsgeschichte zu Ende gegangen war. Als sich im Oktober 1989 die Demonstrationen in der DDR in Bewegung setzten, glaubten die Oppositionellen, dass sie die Sprecher des Volkes seien. „Keine Gewalt und Reformen!“ riefen sie und die Massen

### Die Nachkriegsgeschichte war zu Ende

jubelten ihnen zu. Als die rat- und kopflosen Mächtigen der DDR die Mauern öffneten, merkte die Opposition plötzlich, dass das Volk einem anderen Traum anhing. Es rief nicht mehr: „Wir sind das Volk!“, sondern sie schrieten: „Wir sind ein Volk!“ Die Menschen in der DDR wollten den westlichen Wohlfahrtsstaat und das sofort. Dieser hastige Aufbruch in die westliche Welt hat lange nicht alle Wünsche erfüllt und zu vielen Enttäuschungen geführt. Aber bei diesen Ereignissen spielte die DDR-Opposition schon keine Rolle mehr. Sie ist ein Relikt der vergangenen Nachkriegszeit. Sie war eine der Ursachen, die das Tor in ein anderes Europa öffneten. Im vereinten Deutschland hat sie keine Rolle mehr gespielt.



*Hans-Jochen Tschiche, evangelischer Theologe, arbeitete zuletzt als Leiter der Evangelischen Akademie Magdeburg. Er war Mitbegründer des Neuen Forums, Abgeordneter der Volkskammer und Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt.*

„Ich erlebte den Tag in Halle an der Saale. Wir hatten am 17. Juni keine Vorlesung, warum, weiß ich nicht mehr. Meine Wirtin weckte mich und erzählte von Demonstrationen in der Innenstadt. Straßenbahnen verkehrten wohl nur noch unregelmäßig. Ich setzte mich aufs Fahrrad und fuhr zum Marktplatz. Dort herrschte bereits reges Treiben.

Die Angestellten des Rathauses hatte man eingeschlossen. Sie befanden sich überwiegend auf dem Flachdach und jubelten den Massen zu. Straßenbahnen passierten den Marktplatz mit großen Transparenten „Butter statt Kanonen“, „Freiheit für die Presse“, „Freiheit für die politischen Gefangenen“.

Die Mundpropaganda rief zu einer Demonstration auf dem Hallmarkt auf. Dieser liegt unmittelbar unterhalb des Marktplatzes. Bis auf den letzten Platz gefüllt, lauschten die Menschen den Rednern auf der natürlichen Steintribüne oberhalb des Platzes. Es sprachen Arbeiter aus den Betrieben, die eine allgemeine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage forderten und die auch das Privileg der herrschenden SED-Partei kritisierten. Wiedervereinigungsparolen oder ähnliche Forderungen, zum Beispiel Abzug der Roten Armee, gab es nicht.

Ein Redner verkündete, dass eine große Demonstrationsskolonne aus Richtung Leuna nach Halle unterwegs sei. Plötzlich fielen einige Schüsse. Es handelte sich wohl um Warnzeichen irgendwelcher Polizisten, von denen man keine in Uniform sah, aber die Schüsse brachten Ängste. Ich befand mich hinter der Tribüne an der Kirche. Als es knallte, versuchte ich, Schutz zwischen den Stabilisierungspfählern der Außenkirchenwände zu finden. Das Intermezzo dauerte aber nicht lange. Ich begab mich dann in die Große Steinstraße. Hier lag in einer Seitenstraße ein Gefängnis. Man versuchte dort einzudringen, was auch gelang, aber alle Insassen suchten nicht gleich die Freiheit, sie blieben skeptisch.

Natürlich gewann auch der Pöbel an Gewicht. So begannen solche Leute die Schaufenster der staatlichen Geschäfte einzuschlagen. Ein junger, revolutionärer Arbeiter, das Hemd halb offen, kletterte auf einen Haussims, hielt sich an einem Eisengeländer fest und rief in die Menge: „Leute, zerstört nicht die Läden und deren Fenster, wir brauchen diese morgen und später. Bleibt friedlich, ihr Spiel ist bald aus, sie müssen sowieso krepieren.“ Mein Weg führte mich dann zum Steintor. Hier befand sich das Verwaltungsgebäude der SED. Die Postenkette vor dem Gebäude hatte sich längst aufgelöst. Demonstranten warfen Akten, Büsten und Bilder aus den Fenstern. Der Wind zerstreute das Papier im weiten Umkreis. Autos wurden angehalten, die Insassen kontrolliert, es gab damals nur wenige PKW. Handelte es sich um Insassen, die mit der SED zu tun hatten, jagte man diese aus dem Fahrzeug.

Ich hatte gerade im 1. Studienjahr in den Vorlesungen über Marxismus-Leninismus gelernt, welche Merkmale oder welche Maßnahmen nötig seien, um eine begonnene Revolution erfolgreich zu Ende zu führen. Mir war den ganzen Tag bewusst, dass dieser Aufstand im Keim stecken bleiben musste. Lenin führte aus: Für eine erfolgreiche Revolution muss eine einheitliche Führung existieren. Man muss sofort versuchen, alle Kommunikationsmittel in die Hände zu bekommen. In unserem Fall, das Nachrichtenwesen – also Telefon, Rundfunk – und das Transportwesen. Für ein Gelingen mit Durchsetzung der Forderungen musste in erster Linie die Besatzungsmacht gewonnen werden. Für mich stand an diesem Tage fest, dass bald alles vorbei sein wird, wenn die Russen kommen. Damals gab es noch lange nicht so viele Rotarmisten im DDR-Gebiet wie später. In Halle zeigte sich bis zum späten Nachmittag kein einziger russischer Soldat. Die kasernierte Volkspolizei blieb abwartend in ihren Kasernen.

Dann, gegen 16 Uhr, erschienen die ersten motorisierten Rotarmisten. Teils auf LKWs oder Motorrädern mit Beiwagen blickten verstaubte Russen auf das Geschehen, sie erschienen uns ratlos, aber einer ihrer Offiziere rief als Kommandant den Ausnahmezustand aus. Alles war vorbei in Halle.

Mein Hauswirt hatte an diesem Tage wohl ziemlich lautstark mit einigen Funktionären diskutiert und dabei seine Unzufriedenheit über das Regime zum Ausdruck gebracht. Solche Leute wurden in den folgenden Tagen gesucht, um sie zu inhaftieren. Man nannte sie Rädelführer. Als er von der Verhaftungswelle hörte, setzte er sich gleich in den Zug nach Berlin und floh in den Westen. Vielen aber gelang dieser Schritt nicht mehr.

Der Bevölkerung hatten die kurzen Tage der Demonstrationen eine gewisse ‚Freiheit‘ gebracht, das heißt: Angekündigte Maßnahmen der Normerhöhung sowie Preisanhebungen wurden fallen gelassen. Man durfte auch leichter mit einer Genehmigung in den Westen reisen. Das alles unter der Lenin-Devise: ‚Ein Schritt zurück und später zwei Schritte vor!‘ So kam es dann auch. Als man alles fester im Griff glaubte und hatte, wurde die Schraube wieder angezogen.

Das Geschehen wurde dann von der SED so dargestellt, als hätte der Westen alles angezettelt. Das stimmte keineswegs, denn weder Rundfunk noch Flugblätter des Westens forderten die Massen auf, den Aufstand weiterzuführen. RIAS brachte lediglich die Tatsachen der Ereignisse. Die westlichen Alliierten wussten genau, dass ohne die Russen in dieser Hinsicht gar nichts gehen würde.“

*Agraringenieur (Jahrgang 1929) aus einem Dorf bei Magdeburg/Sachsen-Anhalt*

## Fünfzig Jahre deutschlandpolitische „Lebenslüge“?

Zum Stellenwert des „17. Juni“ in der westdeutschen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik

Peter Leibenguth-Nordmann

Auf den folgenden Seiten rekapituliert Peter Leibenguth-Nordmann, wie nach dem 17. Juni 1953 über den „Tag der deutschen Einheit“ in öffentlichen Reden, in der Publizistik und in den Medien Westdeutschlands verhandelt wurde. Dabei verweist er auch auf die theoretischen Implikationen, die den aktuellen historischen Diskurs bestimmen. Die Bedeutung des 17. Juni 1953 in der politischen Kultur der alten Bundesrepublik veränderte sich mit den Zielen, denen die westdeutsche Politik folgte. Peter Leibenguth-Nordmann zeichnet die Linien dieser Politik nach und macht deutlich, wie sich die Feiertagsrhetorik immer mehr von der Realpolitik entfernte. Deutschlandpolitische Bildung fand gegen den Zeitgeist statt. Der Prozess der Wiedervereinigung der deutschen Teilstaaten sei indes noch nicht abgeschlossen und bleibe eine Herausforderung auch für die politische Bildung.

Good bye, siebzehnter Juni, möchte man, in Anspielung auf den Kultfilm des Jahres 2003<sup>1</sup> ausrufen: Nostalgische Reminiszenz an die „gute alte DDR“, Anlass zum Nachdenken über eine – so oder so<sup>2</sup> – verdrängte Realität: Wie dieses Kino-Erlebnis, so könnte auch die 50. Wiederkehr des 17. Juni gleichermaßen Abschied wie Vergegenwärtigung bedeuten: Abschied von einer Wiedervereinigungs-Rhetorik, wenn nicht gar Lebenslüge<sup>3</sup> der westdeutschen Deutschlandpolitik, die dem „Tag der deutschen Einheit“ lange Zeit, auch über 1990 hinaus, anhaftete<sup>4</sup> – und Vergegenwärtigung seiner tatsächlichen Bedeutung für die Geschichte Ostdeutschlands, als Baustein im noch zu errichten-

den Haus der „wieder vereinigten“ deutschen Nationalgeschichte.<sup>5</sup>

Der zweifellos herausragende Stellenwert des „Volksaufstands“<sup>6</sup> für die DDR – und ersten antistalinistischen Erhebung in der Krisengeschichte des Realsozialismus<sup>7</sup> – wird in anderen Beiträgen dieses Hefts thematisiert; auf diesen Seiten geht es um die auf den Juni-Gedenktag fokussierte Rede von der „Wiedervereinigung“<sup>8</sup>, um ihren Platz in der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik der ‚alten‘ Bundesrepublik, weniger um ihren realpolitischen Rang im Kontext der Bonner Deutschlandpolitik.<sup>9</sup> Zugespielt auf die Reden und Beiträge zum „Tag der deutschen Einheit“<sup>10</sup> soll sein Stellenwert für die deutschlandpolitische und historische „Bildung“<sup>11</sup> der Bundesdeutschen durch die Jahrzehnte hindurch überprüft werden. Vielleicht ergeben sich hierbei auch ein paar Einsichten hinsicht-

---

5 Im vorliegenden Beitrag wird, abgesehen von wenigen abschließenden Bemerkungen, ausschließlich die westdeutsche Seite betrachtet.

6 *Manfred Hagen*, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992, hebt, aufgrund seiner Untersuchung der städtischen und der (früher übersehenen) Aktionen auf dem Lande drei Merkmale des Juniaufstands hervor: „schlagartige Ausbreitung“, „massenhafte Beteiligung“ und „rasante Zuspitzung“.

7 Dazu die Tagung der Berliner Arbeitsstelle des *Instituts für Zeitgeschichte* und des *Potsdamer Zentrums für zeithistorische Forschung*.

8 Nach Auffassung des Autors ist die auch heute nicht selten unreflektierte Verwendung des Terminus (etwa für die Ereignisse vom 09.11.89 bis 03.10.1990) Teil des hier zu analysierenden Problems.

9 Natürlich ist die Wiedervereinigungs-Rhetorik Teil dieser Politik, das lässt sich auch im Folgenden nicht immer säuberlich auseinander halten; aber der Akzent liegt auf der politischen Kultur. – Zur aktengestützten Aufarbeitung, vor allem der Zeit bis zur ostpolitischen Wende, zuletzt: *Wolfgang Schmidt*, *Kalter Krieg, Koexistenz und Kleine Schritte*. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001; *Daniela Taschler*, *Vor neuen Herausforderungen*. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969), Düsseldorf 2001.

10 Äußerungen zu vergleichbaren Anlässen (13. August, Debatten zur Lage der Nation u.a.) werden, allerdings keineswegs systematisch, einbezogen. Der Artikel erhebt nicht den Anspruch einer abschließenden Beurteilung des Themenkomplexes.

11 „Bildung“ in des Wortes doppelter Bedeutung: Bild-Entstehung und (dazu weiter unten) politische Bildung.

---

1 Am 3. April haben, ein Novum der deutschen Parlamentsgeschichte, 200 Bundestagsabgeordnete den Film „Good Bye, Lenin!“ im „Kino International“ auf der Karl-Marx-Allee (Ausgangspunkt der Revolte vom 17. Juni!) gemeinsam gesehen (Bericht der Süddt. Ztg. v. 05.04.2002).

2 Die unterschiedlichen Reaktionen auf den Film zeigen erneut, dass von gemeinsamer deutscher Reflexion der Nachkriegsgeschichte längst noch nicht die Rede sein kann.

3 Von einer „eher konservativen Lebenslüge, wonach die Wiedervereinigung immer das vorrangige Ziel bundesdeutscher Politik dargestellt habe“, spricht *Edgar Wolfrum*, *Geschichte als Waffe*, Göttingen 2001 (künftig: *Wolfrum, Waffe*), S. 133; ob die These von der Lebenslüge zutrifft, ist eine Frage dieses Beitrags.

4 *Thomas Schmid*, *Staatsbegräbnis*. Von ziviler Gesellschaft, Berlin 1990, S. 103: Über die deutsche Frage sei von ganz links bis zur FAZ „ein äußerst wirkungsvolles Tabu“ verhängt worden.

lich der Debatte um die mentale ‚Vorgeschichte‘ des 3. Oktober 1990: War die Lösung, „die den Deutschlandmachern als einzige eingefallen ist“<sup>12</sup>, womöglich Folge einer bestimmten, dominanten Deutschland-Rhetorik und des darin zum Ausdruck kommenden DDR-Bildes?<sup>13</sup>

### Revolution gegen Terror und für Vereinigung

17. Juni 1953: Im Osten, nach der blutigen Niederschlagung durch die sowjetischen Panzer, offiziell totgeschwiegen, jedoch unterschwellig „eine traumatische Erfahrung – für die politische Führung, die ‚ihrem‘ Volk nie mehr traute, und für dieses Volk“<sup>14</sup>. In der noch jungen Bundesrepublik wurde rhetorisch und argumentativ sogleich, draufgesattelt: „Es war eine Revolution gegen den Terror..., es war aber auch eine Revolution für die Vereinigung Deutschlands“, stimmte Gräfin *Dönhoff* in einem weithin beachteten ZEIT-Artikel (25. Juni 1953) die deutschlandpolitische Oberstimme im Chor der Interpreten an.<sup>15</sup> Und der Berliner Bundestagsabgeordnete *Willy Brandt* skizzierte, in der Debatte zur Einführung des Juni-Feiertags drei Wochen danach, die Grundzüge der oppositionellen Deutung des Aufstands „in der Zone“: Zeige dieser doch, dass „dem Arbeiter die gesamtdeutsche Haut näher ist als das kleineuropäische Hemd“.<sup>16</sup>

Gleichsam vom ersten Tage an mutierten Arbeiteraufstand und Revolte gegen das noch nicht konso-

liidierte SED-Regime<sup>17</sup> zum Kristallisationskern ‚nachholender‘ nationaler und demokratischer Legitimation einer notorisch „verspäteten Nation“ (*Helmuth Plessner*), deren vielfach beklagter und hinterfragter, von den glücklicheren Entwicklungspfaden der ‚westlichen‘ Nationen abweichender „Sonderweg“<sup>18</sup> (fast) nur unvollendete oder gescheiterte Revolutionen<sup>19</sup> kannte; deren im ganzen geglückter zweiter Anlauf zur Demokratie, wie schwerlich zu bestreiten, letztlich der militärischen Befreiung durch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, der 1945 in Potsdam dekretierten Entnazifizierung und „reeducation“ zu verdanken ist und erst in zweiter Linie der dann – unter günstigen Umständen des Kalten Krieges und des „Wirtschaftswunders“ zum Zuge kommenden – freiheitlichen Tradition der deutschen Geschichte.<sup>20</sup>

17 Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass „der Kampf für bessere Lebensbedingungen und politische Freiheiten... überall mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch freie Wahlen verknüpft“ war, wie *Ilse Spittmann* mit Verweis auf die „immer noch gültige Analyse“ von *Arnulf Baring* (1957) zum 40. Jahrestag konstatiert (s. Anm. 14). S. 636 – hier aber kommt es auf die Gewichtung an. – Zum heutigen Stand der Forschung knapp der Lexikonartikel von *Karl-Wilhelm Fricke*, in: *Lexikon der deutschen Geschichte 1945-1990*, hrsg. von *Michael Behnen*, Stuttgart 2002, S. 527-30.

18 Zusammenfassend zu diesem weiterhin unverzichtbaren Interpretationsansatz: *Hans-Ulrich Wehler*, *Sonderwegdebatte*, in: *Lexikon* (wie Anm. 17), S. 531-34; vgl. auch *Heinrich August Winkler*, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1 (1806-1933), München 2002, S. 2: „Warum es zur Herrschaft Hitlers kam, ist immer noch die wichtigste Frage der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.“ Aber, fügt er hinzu, „daneben steht seit 1990 eine andere Frage: Warum fand die deutsche Frage ihre Antwort in der Wiedervereinigung?“

19 Die revolutionären Anfänge der deutschen Demokratie zur Zeit der Französischen Revolution wurden erst später ‚wieder entdeckt‘ (s. nächste Anm.); der Mainzer Revolutionär *Georg Forster* im Jahre 1792: die Deutschen seien „als Nation noch minderjährig“ (*Histor. Zeitschr.* 274, 2002, S. 356), den Zusammenhang von Nationsbildung und revolutionärer bzw. emanzipatorischer ‚Erfolgsgeschichte‘ vorwegnehmend.

20 Diese Tradition der parlamentarischen Demokratie durchzog als „schwarz-rot-goldener“ Faden die 1971 (100 Jahre Reichsgründung!) eröffnete Ausstellung „Fragen an die Deutsche Geschichte; *Gustav W. Heinemann*, Adenauers deutschlandpolitischer Gegner von 1950, hat später als Bundespräsident vor allem die ‚basisdemo-kratischen‘ Vorfahren der Bundesrepublik in geschichtspolitischer Absicht ins Gedächtnis gerufen. – Auf Belege für die hier und später knapp gestreiften historischen Zusammenhänge muss verzichtet werden, ganze Bibliotheken wären anzuführen.

12 *Schmid*, *Staatsbegräbnis* (wie Anm. 4), S. 101

13 Natürlich gibt es eine Fülle weiterer Aspekte und Fragen; so wirft etwa *Wilfried Loth* (Hrsg.), *Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit*, Berlin 1994, Einleitung S. 26, die „zutiefst moralische Frage“ auf: Wer oder was trage die Verantwortung für das Schicksal der DDR-Bevölkerung, die „einseitig für die Sünden der Vergangenheit und die Niederlage von 1945 zu büßen hatte“?

14 *Ilse Spittmann*, *Zum 40. Jahrestag des 17. Juni, Deutschland Archiv* (künftig: DA), 26, 1993, S. 636; vgl. u. a. *Charles S. Meier*, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, dt. Ausgabe Frankfurt/M 1999, mehrfach, zum Trauma des 17. Juni in den Augen von Staatsführung und Sicherheitskräften, vor allem im Herbst 1989, als Begriff für den ‚schlimmsten Fall‘.

15 Zitiert bei *Wolfrum*, *Waffe* (wie Anm. 3), S. 81

16 Zitiert von *Bernd Faulenbach* auf der Tutzingener Tagung im September 2002, s. Tagungsbericht, DA 36, 2003, S. 129; die Bundestagsdebatte fand am 3. Juli 1953 statt.



## Konträre Traditionsbildungen

Der „17. Juni“, zelebriert als „politisches Hochamt“ der alten Bundesrepublik<sup>21</sup>, bot sich offenbar „für konträre Traditionsbildungen geradezu an“<sup>22</sup>, hierin durchaus vergleichbar mit anderen markanten Eintragungen im ‚deutschen Kalender‘: 18. März (1848), 23. Mai (1949), 11. August (1919), 3. Oktober (1990), 9. November (1918, 1938, 1989). Im Unterschied zu ‚glücklicheren Nationen‘ – man denke an Frankreich und den 14. Juli<sup>23</sup>, man denke an Polen<sup>24</sup> – tun wir Deutschen uns bekanntlich mehr als schwer: Die heutige ‚Konkurrenz‘ zwischen dem (traditionslosen) „Tag der Deutschen Einheit“ (in üblichen Kalendern mit großem D) und dem „als Gedenktag erhalten“ gebliebenen<sup>25</sup> 17.06. (in handelsüblichen Kalendern nicht mehr verzeichnet) ist dafür irritierender Beleg.

Bevor diese ‚Vereinnahmung‘ des bundesdeutschen Feier- und Gedenktages weiter verfolgt wird, soll wenigstens in aller Kürze auf die theoretischen Implikationen und Begriffe eingegangen werden. Seit einigen Jahren prägt die mit „Ge-

dächtnis und Erinnerung“<sup>26</sup> befasste Dimension des geschichtlichen Diskurses und – allgemein – der politischen Kultur den Büchermarkt und die Feuilletons. Die Geschichtswissenschaft interessiert sich, im Gefolge der sog. kulturalistischen Wende<sup>27</sup>, also der Abkehr von überwiegend gesellschaftsgeschichtlicher Forschung<sup>28</sup>, mit anhaltend hoher Aufmerksamkeit für das, was die jeweiligen Zeitgenossen „in den Köpfen“ hatten. Das hat Konsequenzen für die historische Forschungspraxis<sup>29</sup>, aber auch Auswirkungen auf die politische Bildung und den Geschichtsunterricht.<sup>30</sup>

„Geschichtsbewusstsein“ als Teil des individuellen Sozialisationsprozesses, das war schon länger Thema der Geschichtsdidaktiker.<sup>31</sup> Neu hinzugekommen ist das Augenmerk auf die Geschichtskultur (analog zur – begrifflich unpräziseren – politischen

21 *Süddt. Zeitung*, 11.04.2003, Bericht über die in Anm. 7 erwähnte Veranstaltung mit Verwunderung über das „unbegreifliche Manko“, dass in einer Tagung zum 17. Juni die Bonner Republik nicht erwähnt wurde.

22 *Wolfrum*, Waffe (wie Anm. 3), S. 81

23 Der Mythos des Bastillesturms prägt weiterhin die politische Kultur Frankreichs, trotz der gewissen Ernüchterung durch die historisierende Einordnung der ‚Großen Revolution‘ durch *François Furet*.

24 Zur Persistenz des polnischen Nationalgefühls, das sich an historischen Daten festmacht, die jede/r Pole/in kennt, die ältere, wohl noch gültige Erklärung von *Nora Koestler*, Widerstand und Solidarität: Die Diskussion um den polnischen „Sonderweg“, *Geschichte u. Gesellschaft* 13, 1987, S. 6-21, Zitat S. 13: „...Fähigkeit zu Widerstand und militanter Solidarität. Obgleich die Wurzeln dieser Haltung in den Freiheits- und Gleichheitsidealen der polnischen Adelsnation zu suchen sind, so (habe sich) die polnische Gesellschaft als ganze erst als Nation (begriffen), als sie...von fremden Mächten unterdrückt wurde.“ Vgl. *Norman Davies*, Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000.

25 *Ilse Spittmann*, Tag der deutschen Einheit, in: *Werner Weidenfeld, Rudolf Korte* (Hrsg.), Handwörterbuch der deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 660-67. Zitat 667 (der Beitrag bringt eine denkbar knappe Geschichte und Würdigung des Juniaufstands).

26 *Nicolaus Pethes/Jens Ruchatz* (Hrsg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek 2001; das nützliche Nachschlagewerk enthält zwar einen Beitrag zum „Geschichtsbewusstsein“ (S. 223-28), die Lemmata Geschichtskultur oder -politik indes sucht man vergebens.

27 Dazu der Eröffnungsvortrag auf dem Leipziger Historikertag 1994 von *Wolf Lepenies*, Von der Geschichte zur Politik der Mentalitäten, *Histor. Zeitschr.* 261, 1995, S. 673-94; ferner *Georg G. Iggers*, Zur „Linguistischen Wende“ in Geschichtsdanken und in der Geschichtsschreibung, *Geschichte u. Gesellschaft* 21, 1995, S. 557-70; *Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996; *Peter Schöttler*, Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“?, *Geschichte u. Gesellschaft* 23, 1997, S. 134-51; *Ingrid Gilcher-Holthey*, Plädoyer für eine dynamische Mentalitätsgeschichte, *Geschichte u. Gesellschaft* 24, 1998, S. 476ff.

28 Führender Vertreter ist der Gründer und spiritus rector der „Bielefelder Schule“, *Hans-Ulrich Wehler*, dessen mehrbändige Deutsche Gesellschaftsgeschichte (bisher Bd. 1-3, zeitlich bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs reichend, München 1987, 1995) die Möglichkeiten, aber auch Grenzen dieses historiographischen Zugangs exemplarisch aufzeigt.

29 Dazu nur eine Bemerkung aus der Feder des führenden deutschen Mediävisten *Johannes Fried*, *Histor. Zeitschr.* 275, 2002, S. 288: „Es gibt kein reines Wahrnehmen ohne Deutung, keine irgendwie geartete Erfassung eines Phänomens an sich. Wahrnehmung ist immer Deutung.“ (Ein Appell, die ‚Tugenden‘ des Historismus weiterhin ernst zu nehmen, worum sich – hoffentlich – auch dieser Beitrag bemüht!).

30 Besonders interessant die Gründung des *Arbeitskreises deutscher Archivpädagogen*, die sich um die Vermittlung ihrer Archivüberlieferungen im Schulunterricht bemühen; im Juni 2003 veranstaltet die *Europäische Staatsbürger-Akademie* in Bocholt eine erstmalige „Europäische Tagung Archivpädagogik“.

31 Vgl. u.a. *Karl-Ernst Jeismann*, „Geschichtsbewusstsein“. Überlegungen zur zentralen Kategorie eines neuen Ansatzes der Geschichtsdidaktik, in: *Hans Süßmuth* (Hrsg.), Geschichtsdidaktische Positionen, Paderborn 1980, S. 199-222.

Kultur), verstanden als „Gesamtbereich der ‚Erinnerungsarbeit‘ einer Gesellschaft“<sup>32</sup>. Von diesem, in Deutschland vor allem im Zuge der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ der NS-Diktatur<sup>33</sup> entfaltenen gesellschaftlichen Diskurs – seit 1990 ergänzt und weiterentwickelt aus Anlass der „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur<sup>34</sup> – ist begrifflich zu unterscheiden die „Bewältigung“ resp. „Aufarbeitung“ als Teil der Politik: „Nicht nur in obrigkeitsstaatlichen Regimen oder in Diktaturen wird eine solche Geschichtspolitik betrieben“, schreibt der Darmstädter Historiker *Edgar Wolfrum*.<sup>35</sup> „Auch in demokratischen...Gesellschaften erkennt man schnell einen permanenten, interessen geleiteten Kampf um die Benennungsmacht.“<sup>36</sup>

Wer Beispiele für Geschichtspolitik sucht, denke an den mit pseudohistorischen Argumenten geführten polnisch-westdeutschen ‚Kalten Krieg der Worte‘ um die ethnische Struktur der früheren deutschen Ostgebiete bzw. neupolnischen Westgebiete<sup>37</sup>, und – näher an unserem Thema – an den jahrzehntelangen innerdeutschen Konkurrenzkampf um ‚Erbe und Tradition‘ als Legitimationsgrundlage der deutschen ‚Teilnationen‘.<sup>38</sup> Geschichte wurde hier – teilweise auch von westdeutschen Historikern or-

chestriert – in besonders augenfälliger Weise „als Waffe im Kalten Krieg...eingesetzt“.<sup>39</sup>

Der Streik der Bauarbeiter der Stalinallee kam sozusagen gerade zur rechten Zeit – innenpolitisch ging es um die erste Grundentscheidung der Bonner Republik, um die von *Adenauer* gegen die erbitterte Opposition der *Schumacher*-SPD („Kanzler der Alliierten“!), aber auch gegen den gesamtdeutschen Flügel der CDU selbst, durchgesetzte Westintegration<sup>40</sup>. Da bot der Kult um den 17. Juni sich doch „für konträre Traditionsbildungen geradezu an.“<sup>41</sup> „Der Streit um historische Symbole und Deutungen ist hier nichts anderes als ein von verschiedenen Kräften ausgetragener Kampf um politische Konzepte“.<sup>42</sup>

### Arbeit am nationalen Gedächtnis

Politische Bildung – als Alternative zu emotional aufrüttelnden, indes mehr oder minder simplifizierenden Filmen (Holocaust; Schindlers Liste) oder TV-Dokumentationen à la *Guido Knopp* – setzt seit langem, mindestens bei der schulischen und außerschulischen Jugendbildung<sup>43</sup>, auf die pädagogischen Vorzüge der Gedenkstättenarbeit, um dem

32 *Edgar Wolfrum*, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1053-89), *Geschichte und Gesellschaft* 24, 1998, S. 382-411. Zitat S. 383; vgl. auch ders., „Kein Sedantag glorreicher Erinnerung. Der Tag der Deutschen Einheit in der alten Bundesrepublik, Deutschland Archiv 29, 1996, S. 432-43 (beiden Aufsätzen verdankt dieser Beitrag eine Fülle von Hinweisen).

33 Dazu jüngst zusammenfassend: *Helmut König*, Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 2003; ferner *Peter Reichel*, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

34 „Aufarbeitung“: gemeint ist beides, der wissenschaftliche Diskurs und die geschichtspolitische Debatte.

35 Vgl. die zusammenfassende Darstellung: *Edgar Wolfrum*, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990., Darmstadt 1999

36 *Wolfrum*, Waffe, S. 6; vorher bereits: ders., Geschichtspolitik (s. Anm. 32)

37 Zu den weiter zurückreichenden Grundlagen jetzt: *Roland Gehrke*, Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkriegs. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche im Zeitalter des europäischen Nationalismus, Marburg 2001.

38 Auch hier ist die Literatur bereits „schwer zu überschauen“; zur fachhistorischen Dimension: *Sebastian Conrad*, Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan, 1945-1960, Göttingen 1999; *Martin Sabrow*, Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969, München 2001 (jeweils mit weiterer Literatur); eine ‚gesamtdeutsche‘ Darstellung zu diesem Kampf der Geschichtsbilder fehlt offenbar noch, vgl. aber knapp: *Felix Philipp Lutz*, Geschichtsbewußtsein, in: *Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1991, S. 348-56, sowie auch: *Sven Papcke*, Feindbilder: Antikommunismus und Antifaschismus, a.a.O., S. 309-14.

39 *Wolfrum*, Waffe, S. 71.

40 In der Geschichtsforschung geht der Streit weiter, unlängst aus Anlass der 50jährigen Erinnerung an die Stalin-Noten von 1952; neueste Literatur dazu in: *Jürgen Zarusky* (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002..

41 *Wolfrum*, Waffe, S. 81.

42 *Wolfrum*, Geschichtspolitik (wie Anm. 35), S. 384.

43 *Heidi Behrens-Cobet*, Erwachsene in Gedenkstätten – randständige Adressaten, Einführung zu: dies. (Hrsg.), Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedenkorten, Essen 1998, S. 8: „In der Literatur zur politischen Bildung sucht man weitgehend vergebens nach der Darstellung und Reflexion erwachsenenpädagogischer Prozesse in Gedenkstätten.“

Individuum im Dickicht des geschichtspolitischen Gestrüpps Durchblick und Aufklärung zu ermöglichen.<sup>44</sup>

Diese „Arbeit am nationalen Gedächtnis“<sup>45</sup> könnte, wie dem Aufruf „17. Juni – Orte des Erinnerns“ zu entnehmen, längerfristig die wichtigste Folge der Erinnerungsarbeit rund um den 17. Juni 2003 sein. Die Begründung der von einer ‚Crème de la crème‘ deutscher Politiker, Künstler und Historiker (von *Christine Bergmann* über *Karl-Wilhelm Fricke*, *Manfred Krug*, *Thomas Krüger* bis zu *Wolfgang Ullmann* und *Heinrich-August Winkler*) unterzeichneten Aufforderung jedenfalls klingt verheißungsvoll: „Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war eine gescheiterte Revolution. Dennoch steht er in der Tradition von 1848, 1918/19 und weist mit den Forderungen nach Demokratie und freien Wahlen auch auf 1989 hin.“<sup>46</sup> Gedächtnisorte<sup>47</sup>, nicht nur zum 17. Juni, sondern zur gesamten Nachkriegsgeschichte der deutschen Teilung, existieren in wahrhaft bedrückender Fülle.

„Je mehr ein Teil von Deutschland sich in einem der Blocksysteme verliert, um so tiefer und unheilvoller werden wir als Deutsche auseinandergerissen.“<sup>48</sup> Die Sorge um Deutschland, nicht zuletzt bei *Herbert Wehner*, der dem „Tag der deutschen Einheit“ den Namen gab<sup>49</sup>, prägte zweifellos die „Inszenierung des 17. Juni“<sup>50</sup> und stand Pate bei der Gesetz-

gebung (beinahe einstimmig, gegen die Stimmen der KPD-Abgeordneten, verabschiedet) zur Einführung des Feiertags als „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“. Dieses Postulat – erst durch gebetsmühlenartige Wiederholung in den kommenden Jahrzehnten zur Leerformel geronnen – wurde emotional unterlegt mit dem Hinweis auf ihre Märtyrer. In der Gedenkstunde des Bundestages am 21. Juni 1953 erklärte Bundespräsident *Theodor Heuss*: „Das war ein...unübersehbares Plebiszit. ...Ihr Blut hat den Mörtel mitgefestigt für das neue Haus einer deutschen staatlichen Einheit in Freiheit.“<sup>51</sup>

Die nüchterne Teilstaatsgründung brauchte, wie *Edgar Wolfrum* konstatiert, ein Symbol, das den Adenauerschen Spagat zwischen Wiedervereinigungsrede am Sonntag und werktäglicher Westpolitik absegnete. Indes: „An diesem einzigen Symbol der Bundesrepublik...schieden sich von Beginn an die Geister...“<sup>52</sup>

Für die Sozialdemokraten wurde der „Aufstand der Arbeiterklasse“ (*Willy Brandt* in der von häufigen Zwischenrufen unterbrochenen Rede<sup>53</sup>) zur „historisch munitionierte(n) politischen Waffe im Kampf gegen die Westintegration“<sup>54</sup> sowie – um, das Trauma von der Spaltung der Arbeiterklasse als Erklärung für den 30. Januar 1933 zu heilen – zur nachholenden „Schlacht gegen den Nationalsozialismus“, ja auch als nachträglicher Protest gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 verstanden.<sup>55</sup>

44 Das ist besonders fruchtbar natürlich an Orten, die an Diktatur-Opfer und Verbrechen beider Diktaturen auf deutschem Boden erinnern, nicht zuletzt auch, um die Unvergleichbarkeit der Regime aufzuzeigen; vgl. die Beiträge im Themenheft dieser Zeitschrift (AB 2/2000), u.a. *Heidi Behrens-Cobet*, Erinnerungskultur im Wandel – was kann politische Bildung beitragen? (S. 176-76) und *Michael Schwandt*, Entwicklungen in der Gedenkstättenpädagogik (S. 182-86) – es geht dabei aber ausschließlich um NS-Gedächtnisorte.

45 *Aleida Assmann*, Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee, 1993.

46 abgedruckt in: *Deutschland Archiv* 35, 2002, S. 563.

47 Der Terminus ist hier im Wortsinne (wie bei *Behrens-Cobet*, Anm. 43) gemeint; davon zu unterscheiden sind die „Lieux de Mémoire“, die der französische Historiker *Pierre Nora* eingeführt hat (dazu gehören auch Bauten, Daten, Schriften etc.); vgl. die (nicht ganz überzeugende) deutsche Nachahmung: *François Furet/Hagen Schulze* (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., München 2001; *Wolfgang Hardtwig* (*Hist.Zeitschr.* 274, 2002, S. 389), kritisiert das „veraltete Tableau“ und die „nationalpolitische Verengung des deutschen Geschichtsbildes“.

48 *Gustav W. Heinemann* 1951, in: ders., Verfehlte Deutschlandpolitik, 1965.

49 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 387 Anm. 21.

50 a.a.O., S. 385.

## Kult um den verlorenen Nationalstaat

Vorherrschend indes – und prägend für die politische Kultur der Adenauer-Ära – wurde „ein reichhaltiger Kult um den verlorenen Nationalstaat.“<sup>56</sup> 1954, nach dem Scheitern der Berliner Viermächtekonferenz, wurde das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* gegründet<sup>57</sup>, dessen Aktivitäten von der Adenauer-CDU freilich bald misstrauisch begüßelt wurden. Unter seinem langjährigen Geschäftsführer *Wilhelm Wolfgang Schütz* (1911-2002)<sup>58</sup> und

51 *Wolfrum*, Waffe, S. 82.

52 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 385.

53 s.o. bei Anm. 16.

54 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 390

55 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 391 – dort auch die Positionen der übrigen Parteien.

56 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 395

57 Der Name des KUD beruht auf einem semantischen Kompromissvorschlag von *Theodor Heuss*.

58 Zum Tod von *Wilhelm Wolfgang Schütz*, *Deutschland Archiv* 35, 2002, S. 382/83

den im KUD dominierenden Politikern *Herbert Wehner* und *Johann Baptist Gradl* entwickelte sich das flächendeckend tätige Kuratorium indes immer mehr zu einem frühzeitigen Befürworter der Ostpolitik *avant la lettre*. 1967, im Memorandum „Was ist Deutschland?“ schrieb *Schütz*, die staatliche Existenz der DDR könne nicht mehr geleugnet werden, die Lösung der deutschen Frage sei nur im gesamteuropäischen Rahmen möglich.<sup>59</sup>

Der Schock des Mauerbaus am 13. August 1961 – zunächst trieb er, laut *Wolfrum*, „alle Formen der Ritualisierung der Nation...noch einmal zur vollen Blüte“<sup>60</sup> – veranlasste seit den sechziger Jahren zur deutschlandpolitischen Ernüchterung und, konsequenterweise, auch zur nachhaltigen Verunsicherung, was den Tag der „Einheit in Freiheit“ betraf. „Es wäre unehrlich, wollten wir verschweigen“, verlautbarte das *Bundespresseamt* am 20. Juni 1962, „dass dieser Tag nicht ohne Verlegenheit für uns ist. Die Ratlosigkeit wächst sogar von Jahr zu Jahr.“<sup>61</sup> Bundespräsident *Heinrich Lübke* verfügte ein Jahr später, der „nationale Gedenktag des deutschen Volkes“ solle fortan „still“ begangen werden. Als gesamtdeutsches Symbol, so *Wolfrums* Resümee, verschwand der 17. Juni zunehmend aus dem Bewusstsein der Zeitgenossen, die sich auf die adventliche nationale Pflicht (Päckchen und Kerzengedenken an die „Brüder und Schwestern“) beschränkte. Es wuchs indes die Bedeutung des Einheitstages für „die Selbstdefinition der Bundesrepublik“.<sup>62</sup> Die Erinnerung an die unvollkommene nationale Legitimation der (immer weniger als Provisorium wahrgenommenen) Bundesrepublik wurde der Feiertagsrhetorik mit ihren Tröstungen überantwortet.

Am 17.06.1981, zur Zeit der zweiten Aufgipfelung des Ost-West-Konflikts (sowjetischer Einmarsch in Afghanistan, NATO-Doppelbeschluss), erklärte der damalige Präsident des *Kuratoriums Unteilbares Deutschland*, *Johann Baptist Gradl*, im Bundestag: „In Wahrheit war der 17. Juni 1953 der Bankrott der sowjet-kommunistischen Nachkriegspolitik in Deutschland. Deutsche hatten der Welt gezeigt, dass es falsch ist, sie nur nach dem Nationalsozialismus zu beurteilen...und alle geschichtliche Erfahrung...zeigt, dass gewaltsame Spaltung eines selbstbewussten Volkes kein solides Fundament für einen gesicherten Frieden ist“.<sup>63</sup>

59 Konsequenter trat *Schütz* am Tage des Mißtrauensvotums gegen *Willy Brandt* (27.04.1972) der SPD bei.

60 *Wolfrum*, *Geschichtspolitik*, S. 395

61 Zitiert nach *Wolfrum*, „Kein Sedantag“ (wie Anm. 32), S. 432

62 *Wolfrum*, *Geschichtspolitik*, S. 401

63 Zitiert nach der Tagespresse (Archiv PLN).

### **Forderung nach Wiedervereinigung wurde im „Europa der Blöcke“ unglaublich**

Die Forderung nach „Wiedervereinigung“ im Sinne einer realpolitischen Zielsetzung war im verfestigten Europa der Blöcke zunehmend unglaublich geworden. Der später durch seine Rede zum 40. Jahrestag der „Befreiung“ als Repräsentant nüchterner, aber keinesfalls leidenschaftsloser Deutschlandpolitik über Deutschlands Grenzen hinaus berühmt gewordene *Richard v. Weizsäcker*, damals noch nicht politisch aktiv, schrieb bereits 1962 in einem ZEIT-Artikel: „Unsere derzeitige politische Zielsetzung – durch Wiedervereinigung zu Einheit und Freiheit – bringt uns diesem Ziel aber nicht näher.“<sup>64</sup> Die Realität fordere die Anerkennung der „Existenz zweier Teile Deutschlands“; die Hallstein-Doktrin habe faktisch „den Graben vertieft und zur Verselbständigung der Teile beigetragen“.

Publizisten wie *Helmut Lindemann* erklärten „die deutsche Nation (für) tot“.<sup>65</sup> Die Bonner Deutschlandpolitik sei „die Geschichte einer kollektiven Wirklichkeitsverleugnung, wie sie in der neueren Geschichte selten, ja vielleicht überhaupt ohne Beispiel ist“<sup>66</sup> – „im besten Fall ein Traum vom Unmöglichen, in den meisten Fällen schlichte Selbsttäuschung und gelegentlich wohl auch bewusste Irreführung“. Aber jetzt – im Horizont der neuen Politik – hätten die beiden deutschen Staaten...die Möglichkeit erhalten, zu einem fruchtbaren Nebeneinander und später vielleicht auch Miteinander zu gelangen“.<sup>67</sup>

### **Annäherung durch Wandel**

*Willy Brandts* innovative Deutschland- und Ostpolitik – vergleichbar mit *Adenauers* Westintegration der frühen fünfziger Jahre – prägte, neben dem innenpolitischen Aufbruch („mehr Demokratie wagen“) die „zweite formative Epoche“ der Bundes-

64 Zitiert nach *Richard von Weizsäcker*, *Die deutsche Geschichte geht weiter*, München 1985, S. 175; das folg. Zitat S. 177.

65 *Helmut Lindemann*, *Die Sache mit der Nation*, München 1970, S. 171.

66 *Helmut Lindemann*, *Überlegungen zur Bonner Deutschlandpolitik 1945-1970*, in: Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), *Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz*, München 1970, S. 62-82. Zitat S. 63, das folg. Zitat S. 82.

67 Wie Anm. 65.

republik.<sup>68</sup> Ihr deutschlandpolitischer Kern besteht in der Feststellung: „Wiedervereinigung“ im Sinne von Adenauers „Politik der Stärke“ ist passé; in der neuen „Politik der kleinen Schritte“ liegt fortan die einzig realistische Chance für eine (damals noch utopische) erneute Vereinigung der beiden ‚Hälften‘ Deutschlands.<sup>69</sup>

Die Formel hatte *Egon Bahr* geprägt, in der sicherlich bekanntesten Äußerung im Rahmen einer Akademietagung: Der Mauerbau sei ein Zeichen der Schwäche, der Angst und des Selbsterhaltungs-triebes des kommunistischen Regimes. Daher frage sich, „ob es nicht Möglichkeiten (gebe), diese durchaus berechtigten Sorgen graduell soweit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel wird...Das ist eine Politik, die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung. Ich bin fest davon überzeugt,“ so der ‚Vater‘ der deutschlandpolitischen Erneuerung, „dass wir Selbstbewusstsein genug haben können...Denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik.“<sup>70</sup>

Auf die Begleitmusik zur Strategie des „Wandels durch Annäherung“ einschließlich der Auswirkungen auf die Wiedervereinigungsrhetorik sei im Folgenden der Blick gerichtet: Zu Wort kommen einige (mehr oder minder meinungsprägende) Publizisten, Literaten, Historiker. Was der allmählich sich herausbildende neue Konsens für die weiterhin an der Grundgesetzpräambel ausgerichtete deutschlandpolitische Bildung bedeutete, soll abschließend kurz beleuchtet werden.

64 Zitiert nach *Richard von Weizsäcker*, Die deutsche Geschichte geht weiter, München 1985, S. 175; das folg. Zitat S. 177.

65 *Helmut Lindemann*, Die Sache mit der Nation, München 1970, S. 171.

66 *Helmut Lindemann*, Überlegungen zur Bonner Deutschlandpolitik 1945-1970, in: *Karl Dietrich Bracher* (Hrsg.), Nach 25 Jahren. Eine Deutschland-Bilanz, München 1970, S. 62-82. Zitat S. 63, das folg. Zitat S. 82.

67 Wie Anm. 65.

68 *Richard Löwenthal*, Prolog zu: *ders./Hans-Peter Schwarz* (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 11-23

69 Da es hier ausschließlich auf die Mentalitätsgeschichte ankommt, können die juristischen Schattenkämpfe um das „Deutschland in den Grenzen von 1937“ rechts liegen gelassen werden.

70 Die Tutzingener Rede findet sich in beinahe jeder deutschlandpolitischen Dokumentation.

## Akzeptanz der Zweistaatlichkeit?

Vorherrschend im deutschlandpolitischen Diskurs wurde die „Gruppe der ‚Zweistaatler‘“.<sup>71</sup> Nicht nur bei den jüngeren Generationen wurden Anzeichen der „Bi-Nationalisierung“ entdeckt. Selbst die SED-Presse, sonst auf Verschweigen der Juni-Ereignisse bedacht, amüsierte sich, unter der Schlagzeile „Baden gegangen“, über die „müde gewordenen Bundesrepublikaner“, die am sommerlichen Feiertag kurz vor Sommeranfang lieber ins Grüne fahren, als einem obsoleten Ritual zu folgen.<sup>72</sup>

Der Bonner Politikwissenschaftler *Carl Christoph Schweitzer* schrieb auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik 1976: „Allein schon unter pragmatisch-politischen Gesichtspunkten (gebe es) echte Zweifel..., an einem Begriff ‚deutsche Nation‘ festzuhalten.“ Der heutige Vorsitzende der *Aktion Gemeinsinn* knüpfte daran die Frage: „Wäre es...daher nicht politisch wie pädagogisch sinnvoller, nach einem neuen Begriff in Sachen Deutschland zu suchen, ...einem begrifflich und inhaltlich gänzlich neuen, umklammernden Band zwischen den beiden souveränen Staaten auf dem Boden des alten Deutschen Reiches?“<sup>73</sup>

Verantwortliche Politiker versuchen allenfalls gegenzusteuern. Zum 17. Juni 1978 mahnt Bundespräsident *Walter Scheel*, „die deutsche Einheit nicht durch eigene Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit zu verspielen“.<sup>74</sup> Der Minister für innerdeutsche Beziehungen (wie das früher ‚gesamtdeutsche‘ Ressort nun hieß) *Egon Franke* hatte bereits drei Jahre vorher für mehr Ehrlichkeit plädiert: Der 17. Juni sei für die Bundesrepublik, fern von jeder Anklage des SED-Staates, primär „Anlass zur Selbstprüfung“.<sup>75</sup>

71 *Wolfrum*, Waffe (wie Anm. 3), S. 131; das folg. Zitat S. 125.

72 *Wolfrum*, Geschichtspolitik, S. 401.

73 *Carl Christoph Schweitzer*, Nachwort zu: *ders.* (Hrsg.), Die deutsche Nation. Aussagen von Bismarck bis Honecker, 1976, S. 613 bzw. S. 616/17.

74 *Karlheinz Lau*, Die Behandlung der deutschen Frage in der Kultusministerkonferenz der Länder, *Deutschland Archiv* 29, 1996, S. 767.

75 *Wolfrum*, „Kein Sedantag“ (wie Anm. 32), S. 439. – Nur en passant kann hier an die sog. realistische Wende der DDR-Forschung erinnert werden, die unter Federführung von *Peter Christian Ludz* nicht zuletzt das DDR-Handbuch, hrsg. v. *Bundesmin.f. innerdt. Beziehungen*, 2 Bde., zuletzt Köln 1995, bearbeitet hat; vgl. den Überblick des Nestors der DDR-Forschung *Hermann Weber*, Historische DDR-Forschung vor und nach der deutschen Einheit, *Deutschland Archiv* 35, 2002, S. 937-43.

Die Kluft zwischen Realpolitik und Deutschlandrhetorik – sie vertiefte sich während der siebziger Jahre. *Peter Bender* rückblickend: „Die Wiedervereinigung wird heilig gesprochen, aber wer sich Gedanken über ihre Verwirklichung macht, wird wie ein Landesverräter behandelt.“<sup>76</sup>

*Hans Magnus Enzensberger*, intellektueller Seismograph bundesdeutscher Stimmungslagen über die Jahrzehnte, hatte bereits 1963, in seiner Darmstädter Rede, den Akzent auf die Selbstprüfung und -vergewisserung verlagert: „Mit wem und womit sind wir identisch? Das ist, wenn es so etwas überhaupt geben soll, die deutsche Frage.“<sup>77</sup> Konsequenter fordert er vier Jahre später, „von der deutschen Frage Urlaub zu nehmen“.<sup>78</sup> „Der illusionäre Charakter der Bonner Politik“ – es war die Zeit der Großen Koalition unter dem ‚wandelnden Vermittlungsausschuss‘ *Kurt Georg Kiesinger* – liege „derart auf der Hand, dass man sich schämt, darüber weitere Worte zu verlieren.“

Eine Wieder- oder Neuvereinigung Deutschlands komme auch im Blick auf die – seit dem Frankfurter Auschwitz-Prozess 1962 wieder bewusst werdende – deutsche Schuld nicht mehr infrage, so vor allem *Günter Grass*, der seine Ablehnung der „Einheit ohne Einigkeit“ auch bis 1989/90 nicht abschwächt.<sup>79</sup> Rückblickend schreibt der Literaturnobelpreisträger: „In Reden und Aufsätzen habe ich mich seit Mitte der sechziger Jahre gegen die Wiedervereinigung und für eine Konföderation ausgesprochen.“<sup>80</sup> Das Verbrechen Völkermord schließe „einen künftigen Einheitsstaat aus. „Das Einheitsgebot gehört auf den Müllhaufen der Geschichte“.

Deutschland, so der Kölner Autor *Dieter Wellershoff* 1979 an prominenter Stelle<sup>81</sup>, sei „ungreifbar

geworden, ein Gemurmel von Stimmen aus der Vergangenheit, eine vielgestaltige Erinnerung, die sich verflüchtigt.“ Andere Autoren, vor allem *Martin Walser*, warnen angesichts einer ‚verfassungspatriotischen‘ Akzeptanz der Bundesrepublik vor einem möglichen deutschlandpolitischen Schlussstrich: „Wir alle haben auf dem Rücken den Vaterlandsleichnam,...den sie zerschnitten haben, dass wir jetzt in zwei Abkürzungen leben sollen...Wir dürfen, sage ich vor Kühnheit zitternd, die BRD so wenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offenhalten.“<sup>82</sup>

Auf dem Hintergrund der Entspannungspolitik wurden Feiern am „Tag der deutschen Einheit“ zunehmend fragwürdig. Man versuchte sich aus der Verlegenheit zu retten, indem man ihm einen zeitgemäßen Sinn verlieh, etwa mit der These, am 17. Juni 1953 sei ein „Grundstein für Helsinki“ gelegt worden!<sup>83</sup> Das änderte sich in den achtziger Jahren; statt eher geschäftsmäßiger Debatten wurden zum „Tag der deutschen Einheit“ nun wieder Festreden gehalten.<sup>84</sup>

### Nachdenken über die Einheit der Nation

„Wie aber soll das Bewusstsein deutscher nationaler Einheit und der Wille dazu in der westlichen Teilnation erhalten bleiben“, leitartikelte der FAZ-Herausgeber *Johann Georg Reißmüller*, wenn es nicht belebt werde. „Gedenktage wie der 17. Juni und der 13. August sind dafür unersetzliche Gelegenheiten. Sie dürfen nicht verschwiegen oder beiseite geschoben, sondern müssen mit Engagement begangen werden.“<sup>85</sup> Auch *Richard v. Weizsäcker* hatte in der Debatte zum 17. Juni 1980 an die „Verantwortung für uns Politiker“ erinnert, zumal „in

76 *Peter Bender*, Die deutsche Frage bleibt Realität, DIE ZEIT, 02.03.1979.

77 Zitiert nach: *Hans Magnus Enzensberger*, Deutschland, Deutschland unter anderm. Äußerungen zur Politik, Frankfurt/M. 1967, S. 17.

78 Originalbeitrag (1967), in: *ders.*, Deutschland, S. 37-48, Titel „Versuch, von der deutschen Frage Urlaub zu nehmen“; das folg. Zitat S. 42.

79 Vgl. vor allem seine Rede vor den Fraktionen der Grünen und des Bündnis 90 am Vorabend der Vereinigung gemäß Art. 23 GG: „Ein Schnäppchen namens DDR, in: *ders.*, dass. Letzte Reden vorm Glockengeläut, Frankfurt/M. 1990, S. 39-60

80 *Günter Grass*, Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, DIE ZEIT, 09.02.1990, zitiert nach: *Grass*, Ein Schnäppchen namens DDR, S. 10, die folg. Zitate S. 16 u. 17.

81 *Dieter Wellershoff*, Deutschland – ein Schwebezustand, in: *Jürgen Habermas* (Hrsg.), Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, Bd. 1: Nation und Republik, Frankfurt/M. 1979, S. 77.

82 *Martin Walser*, Rede am 30.08.1977, von ihm selbst zitiert in: *ders.*, Über Deutschland reden (Münchner Rede v. 30.10.1988), in: *ders.*, dass., Frankfurt/M. 1988, S. 89.

83 Sozialdemokr. Pressedienst vom 16.06.1978: *Wolfrum*, „Kein Sedantag“ (wie Anm. 32), S. 440.

84 *Wolfrum*, „Kein Sedantag“, S. 441: „Bereits vor der Wende im Herbst 1982 fand ein Gezeitenwechsel statt.“

85 FAZ 13.08.1981, Archiv PLN.

den Bevölkerungen beider deutscher Teilstaaten...ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit lebendig (sei), das sich auf die deutsche Nation als ganzer bezieht.“<sup>86</sup>

In seinem umfassenden Debattenbeitrag im September 1982 – die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses galt freilich fast ausschließlich der bevorstehenden innenpolitischen „Wende“ und der Rede *Genschers* – holte der CDU-Politiker als einziger Redner weit aus: Die deutsche Teilung sei einerseits „geschichtlich gesehen, mehr als eine Momentaufnahme“, das lehre der nüchterne Blick auf die Entscheidungen der Siegermächte 1945 und das Scheitern aller bisherigen Versuche, sie zu überwinden. Aber, fährt *Weizsäcker* fort, „wer sie zum Dauerzustand erklärt, hat die geschichtliche Wahrheit wahrscheinlich nicht auf seiner Seite.“<sup>87</sup>

In derselben Rede geht der spätere Bundespräsident auch auf den Streit um die Geschichtsbilder ein: Bemerkenswert seien die „jüngsten Anstrengungen“ der DDR, neben *Thomas Münzer* und *Karl Marx* auch *Martin Luther*, *Friedrich den Großen* (! so Honecker) und sogar *Königin Luise* in die eigene Tradition zu integrieren. „Es findet eine Aneignung der deutschen Nationalgeschichte statt..., beinahe ein Alleinvertretungsanspruch.“ „Die Menschen drüben“, fährt der frühere Berliner Regierende Bürgermeister fort, „haben manchmal eine klarere Vorstellung von ihrer Identität als manch einer bei uns. Sie fühlen sich...als DDR-Bürger ... und als Deutsche...Wenn jemand bei uns meint, wir seien die Deutschen, im Gegensatz zu ihnen, dann allerdings tritt er ihnen zu nahe. ‚Deutschland gegen DDR‘, wie es zuweilen im Sport und anderwärts heißt, das ist ein wahres Unding.“ (Beifall bei allen Fraktionen)<sup>88</sup>

Die Warnung war wohl nicht unberechtigt, wie ein cursorischer Blick auf Positionen führender westdeutscher Historiker zeigt, die ja, als Propheten der Vergangenheit, von Berufs wegen ‚zuständig‘ sind. *Wolfrum* spricht, pointiert doch nicht unzutreffend, von der „Westintegration der bundesdeutschen Geschichtsschreibung“ bereits in den fünfziger Jahren. „Europadiskurs und Abendlandidee bewirkten gleichsam eine historiographische Westverschiebung von Berlin nach Bonn.“<sup>89</sup> Bei der „De-

komposition der deutschen Nation“ hätten seine Zunftgenossen, so *Wilfried Loth* selbstkritisch, mitgewirkt. Das Gros seiner Kollegen seien „nicht nur Interpreten, sondern gleichzeitig Kinder des Kalten Krieges“ gewesen.<sup>90</sup>

Hatte *Theodor Schieder*, damals gewiss einer der führenden und einflussreichsten Neuzeithistoriker, in seiner Festrede (1964)<sup>91</sup> den 17. Juni als „säkulares Datum“ zum „Tag unserer geschichtlichen Rehabilitation als Nation“ erklärt, so setzte bei zahlreichen Fachgenossen bald das große Umdenken ein. „Wir begehen immer wieder den Fehler zu glauben, dass für die Deutschen nur der Nationalstaat von 1871 als Lösung der deutschen Frage möglich sein darf. Ist denn ein deutscher Bund...nicht auch ein deutscher Nationalstaat?“, orakelte *Wolf D. Gruner* 1982.<sup>92</sup> Mit melancholischem Ausblick beschließt *Thomas Nipperdey* sein opus magnum: „Es ist ein Kernpunkt der Tragik deutscher Geschichte, dass sich die Deutschen als politische Nation nur durch Teilung haben konstituieren können... Das Gefühl der Trauer – jenseits allem Revisionismus – über diesen tragischen Weg der deutschen Geschichte kann einen bis heute ergreifen.“<sup>93</sup>

Unter dem Titel „Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?“ stellt der Kieler *Emeritus Karl Dietrich Erdmann* „Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung“ an. Ein von ihm betreutes Projekt zur „deutschen Geschichte unserer Zeit“ werde die „Entfaltung deutscher Vielfalt“ (einschließlich Österreichs!) thematisieren.<sup>94</sup> Und zwei Jahre vor dem Mauerfall formuliert *Hagen Schulze*, der deutsche Nationalstaat könne „keineswegs das

86 *Weizsäcker*, Geschichte (wie Anm. 64), S. 234 f.

87 *Weizsäcker*, Geschichte, S. 264, vgl. auch die Vorbemerkung; das folg. Zitat S. 267

88 *Weizsäcker*, Geschichte, S. 268 f.

89 *Wolfrum*, Waffe, S. 84

86 *Weizsäcker*, Geschichte (wie Anm. 64), S. 234 f.

87 *Weizsäcker*, Geschichte, S. 264, vgl. auch die Vorbemerkung; das folg. Zitat S. 267

88 *Weizsäcker*, Geschichte, S. 268 f.

89 *Wolfrum*, Waffe, S. 84

90 *Wilfried Loth* (Hrsg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994, Einleitung – nach der Rezension in: *Deutschland Archiv* 28, 1995, S. 1328.

91 Archiv PLN; auf die neuere Diskussion um *Schieders* Verstrickung in die NS-Volkstumspolitik kann hier nicht eingegangen werden.

92 *Wolf D. Gruner*, Der Deutsche Bund – Modell für eine Zwischenlösung, Politik und Kultur 9, 1982, S. 42.

93 *Thomas Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1800-1866, 1983, S. 791.

94 *Karl Dietrich Erdmann*, Titel seiner Vorlesung zum eigenen 75. Geburtstag, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 36, 1985, S. 671-83. Zitate S. 673 u. 676.

alleinige Richtmaß deutscher Geschichte“ sein.<sup>95</sup> In heute seltsam anmutender Argumentation fährt er fort: „Wäre dies der Fall, gäbe es die deutsche Geschichte erst frühestens seit der Zeit, in der der Nationalstaat ein klar beschriebenes Ziel war, also nicht vor Beginn des 19. Jahrhunderts.“ Nicht ganz zu Unrecht warnte der Göttinger Historiker *Rudolf von Thadden* seine Kollegen: Sie sollten sich „nicht als Geschichtsbildlieferanten betätigen...Gewalt-sam vereinfachte Identitätskonstruktionen (seien) noch gefährlicher als Enthalt-samkeit. Wenn entgegen aller Wahrscheinlichkeiten heute lebenden Menschen die Möglichkeit suggeriert wird, sich...in einheitsnationalen Konzeptionen oder Deutungen der Geschichte wiederzufinden, könnte es zur Flucht aus der Geschichte kommen.“<sup>96</sup>

### Der Westen war sich selbst genug

„Die Mehrheit der Bundesbürger“ – einschließlich der Historiker – „verhielt sich wenig anders als die Mehrheit der Politiker. Beinahe nichts, was in den letzten drei Jahren die Ostdeutschen bei ihren Landsleuten enttäuscht, ist neu“, konstatiert *Peter Bender* 1993. „Die Westdeutschen waren immer überzeugt, dass sie Deutschland seien und die anderen nur die ‚Zone‘ oder DDR.“ Schuld seien nicht zuletzt „auch die Sportreporter und -redaktionen, denen jahrzehntelang nicht beizubringen war, dass sie Millionen Ostdeutsche beleidigten, wenn sie die westdeutschen Mannschaften als die deutschen Mannschaften anpriesen...Zu den treuesten Helfern Ulbrichts und Honeckers gehörten die Vergesslichkeit und Gleichgültigkeit der Westdeutschen.“<sup>97</sup>

„Den Brüdern und Schwestern...wurden längst keine Kerzen mehr ins Fenster gestellt. Eine emsige Systemvergleichsforschung malte vielmehr aus, dass es ihnen gar nicht viel schlechter ging als den Westdeutschen...Die Wiedervereinigung jedenfalls verblasste zur Nostalgie irgendwie altbackener Nationalträumer.“ So fasst, ebenfalls post festum, *Sven Papcke* die uns allen noch erinnerliche communis opinio der achtziger Jahre zusammen.<sup>98</sup> Für die meisten war der 17. Juni in der Tat nichts ande-

res als mancher christliche Feiertag, dessen Sinn man ebenfalls nicht mehr verstand. Die *Illustrierte „Stern“* forderte 1987: „Schafft den 17. Juni ab!“ Die „Wiedervereinigung“ sei längst zur Lebenslüge der Bundesrepublik geworden. Niemand glaubt mehr daran...“<sup>99</sup>

### Nation ist, was Nation sein will

Mit Ausnahme der leitenden Staatsmänner – und der deutschlandpolitischen Bildung, muss hier wohl eingeworfen werden. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* postulierte, in Anlehnung an *Renans* Nationsthese, in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation 1981: „Die deutsche Nation wird weiterbestehen, solange die Menschen...das wollen.“<sup>100</sup> Berlins Regierender Bürgermeister v. *Weizsäcker* eröffnete die Gedenkveranstaltung zur 50. Wiederkehr des unseligen 30. Januar 1983 mit der Bemerkung: „Folge der Nazi-Herrschaft war die Teilung. Aber die letzte Antwort auf die politische Struktur Zentraleuropas ...hat die Geschichte damit noch nicht gegeben.“<sup>101</sup> Vier Jahre danach sekundierte sein späterer Nachfolger *Eberhard Diepgen*: „Die Rangfolge...ist klar: Freiheit geht vor Einheit.“<sup>102</sup> Aber: „Nation ist, was Nation sein will.“ Entscheidend sei der politische Wille derer, die zusammengehören wollten.“ Zwei Jahre vor dem Mauerfall fügt er hinzu: „Ich bin überzeugt, dass wir in Deutschland in den vor uns liegenden Jahren eine große nationale Debatte bekommen werden, auf die die wenigsten geistig vorbereitet sind.“ Welchen Beitrag konnte die deutschlandpolitische Bildung hierzu leisten? Was hat sie bewirkt? Konnte sie den „mainstream“ beeinflussen? Immerhin zwei Drittel (aber auch nicht mehr!) der Westdeutschen verstanden im Jahre 1987 unter Deutschland ausschließlich die Bundesrepublik.<sup>103</sup>

99 Zitiert bei *Wolfrum*, „Kein Sedantag“, S. 442.

100 FAZ 10.04.1981, Archiv PLN.

101 *Weizsäcker*, Geschichte, S. 167 (Einführungsrede zur Veranstaltung im Reichstag am 30.01.1983).

102 *Eberhard Diepgen*, in: *Europa-Archiv* 42, 1987, S. 72.

103 *Helmut Berschin*, Deutschlandbegriff im sprachlichen Wandel, in: *Weidenfeld/Korte*, Handwörterbuch, (wie Anm. 25), S. 146; zu beachten aber auch die Feststellung, dass eine ähnliche Mehrheit dagegen war, die Grundgesetz-Präambel zu streichen. – Die folgenden Bemerkungen können nicht mehr sein als mehr oder minder subjektive Eindrücke. Abgesehen von den politischen Stiftungen (s. Anm. 110 ff.) sind offenbar noch keine (selbst)kritischen Reflexionen der eigenen Tätigkeit, weder von Bildungseinrichtungen, noch von damals zuständigen staatlichen Stellen, veröffentlicht worden.

95 *Hagen Schulze*, Gibt es überhaupt eine deutsche Geschichte?, Berlin 1987, S. 101.

96 *Rudolf von Thadden*, Zwei deutsche Staaten – zwei Geschichten?, *Das Parlament* 20/21, 1986, hier zitiert nach: L'80, Sept. 1986, S. 47.

97 *Peter Bender*, Adenauer, Erhard, Kiesinger und die DDR, DIE ZEIT 11.06.1993, Schlusssatz; vgl. auch ders., Die vier Deutschlands meines Lebens, *Deutschland Archiv* 35, 2002, S. 639-46.S

98 Art. in: *Das Parlament* 06.09.1996 (Archiv PLN).



Auf der Grundlage der KMK-Empfehlung „Die deutsche Frage im Unterricht“ aus dem Jahre 1978<sup>104</sup> mit dem Auftrag, „bei der Jugend das Bewusstsein von der deutschen Einheit und dem Willen zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit wachzuhalten“, zielte die vom innerdeutschen Ressort und vom *Gesamtdeutschen Institut* finanziell vergleichsweise gut ausgestattete Bildungsarbeit staatlicherseits darauf ab, „die deutsche Frage offenzuhalten“.<sup>105</sup>

Was aber, so muss mit Blick auf das heutige deutsche Problem weitergefragt werden, wurde getan, um der Entfremdung der Menschen entgegenzuwirken? Schließlich hatte *Peter Schneider* schon 1982 in literarischer Verkleidung dazu aufgefordert, „die Mauer im Kopf einzureißen.“<sup>106</sup> Bekanntlich hielten bereits in der Mitte der 70er Jahre über zwei Drittel der westdeutschen jüngeren Generation das Wort Vaterland für problematisch und verneinten ein positives Nationalgefühl.<sup>107</sup> Ein drastisches Beispiel erzählt *Irene Böhme* über den Besuch einer Berliner in Bayern: „Berlin, das liegt irgendwo kurz vor dem Ural, vermuten manche Leute hierzulande.“<sup>108</sup>

### Mit politischer Bildung der Entfremdung entgegenwirken

Hier konnten Schülerreisen und Jugendbegegnungen fraglos etwas „bewirken“. Nicht untypisch dürfte dieses Resümee über die Reise einer Abiturklasse sein: „Diese Grenze ist nicht normal. Ich habe mich vor dieser Reise nie ‚geteilt‘ gefühlt. Aber jetzt ist die andere Hälfte aus ihrem diffusen Nebel aufgetaucht. Wir bekamen auf der Hinfahrt die Frage gestellt: Fühlt ihr euch mit den

DDR-Bürgern als ein Volk? Wir wiesen die Frage ab...Auf der Rückfahrt antworteten fast alle mit Ja.“<sup>109</sup>

„Ein Thema scheint der Aufmerksamkeit der deutschen und ausländischen Politikwissenschaftler so gut wie entgangen zu sein: die Rolle der Stiftungen in der Deutschlandpolitik...ein auch „weiterhin offenes...vernachlässigtes Thema.“<sup>110</sup> In für die praktische Bildungsarbeit nützlichen Publikationen, mit Seminaren in (West)Berlin, Studienfahrten in die DDR und weiteren Aktivitäten haben die parteinahen Stiftungen „auch deutschlandpolitisch Leistungen (erbracht), zu denen keine andere Institution fähig gewesen wäre“.<sup>111</sup> *Gerd Langguth*, damals Geschäftsführender Vorsitzender der *Adenauer-Stiftung*: „Sich verstehen – voneinander lernen – zusammenfinden“, das Motto einer Ausstellung zum „Alltag in der DDR“ (1988), habe vor und nach der Wende „für unsere deutschlandpolitische Arbeit leitmotivischen Charakter.“<sup>112</sup>

Die Wirkung politischer Bildung zu ‚messen‘, ist – die Praktiker wissen’s – kaum möglich; folglich muss man nach heutiger Kenntnis auf die Frage, welche Rolle denn die Arbeit der Bildungseinrichtungen beim „Offenhalten“ der deutschen Frage gespielt habe, mit *Fontanes* altem *Briest* antworten: „Das ist ein weites Feld...“

Im Unterschied zu den DDR-Deutschen, so der Nationalismus-Forscher *Peter Alter*, „erinnerte sich die westdeutsche Bevölkerung angesichts der politischen Ereignisse seit 1989 nur zögernd an den Auftrag des Grundgesetzes...Die deutsche Einheit wurde im Oktober 1990 hergestellt – nicht so sehr deshalb, weil dies der leidenschaftliche Wunsch der westdeutschen Teilnation war.“<sup>113</sup>

104 Sie löste die bis dahin gültige Ostkunde-Empfehlung aus dem Jahre 1956 ab; vgl. *Karlheinz Lau*, Die Behandlung der deutschen Frage in der Kultusministerkonferenz der Länder, *Deutschland Archiv* 29, 1996, S. 766-69.

105 *Günther Rüter*, Politische Bildung und politische Kultur im vereinigten Deutschland, in: *aus politik und zeitgeschichte*, B 34/1995, S. 4.

106 *Peter Schneider*, Der Mauerspringer, zitiert in: *Karl-Rudolf Korte*, Art. Schriftsteller, in: *Weidenfeld/Korte*, Handwörterbuch, S. 580

107 *Mary Fulbrook*, in: *Deutsche Vergangenheiten*, 1999, S. 289/90.

108 *Irene Böhme*, Wir hier drüben. Die DDR als Vergleichsgesellschaft, in: *Werner Weidenfeld* (Hrsg.), *Politische Kultur und deutsche Frage*, Köln 1989, S. 222-30. Zitat S. 226.

109 *Juliane Köhler*, „Wie in einem alten Film“, *DIE ZEIT* 15.01.1982, S. 41.

110 *Swetlana W. Pogorelskaja*, Die parteinahen Stiftungen und die Deutschlandpolitik, *Deutschland Archiv* 35, 2002, S. 401-12. Zitate S. 401 u. 402.

111 *Pogorelskaja*, Stiftungen, S. 411; vgl. auch *Melanie Piepen-schneider*, Art. Jugendaustausch, in: *Weidenfeld/Korte* (wie Anm. 100), S. 406 ff.

112 *Gerd Langguth*, „Sich verstehen – voneinander lernen – zusammenfinden“. Die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bilanz und Perspektiven, *Deutschland Archiv* 27, 1994, S. 163-68. Zitat S. 165

113 *Peter Alter*, Art. Nationalbewußtsein, in: *Weidenfeld/Korte*, Handwörterbuch, S. 486-93. Zitat S. 491; vgl. *ders.* (Hrsg.), *Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens*, München 1994, Einleitung, S. 15-35.

Bei Auflösung des *Gesamtdeutschen Instituts* Ende 1991 resümierte sein Präsident *Detlef Kühn*: „Im Grunde muss man sagen, in den letzten 15 Jahren haben wir politische Bildungsarbeit wider den Zeitgeist gemacht.“<sup>114</sup> Die Hoffnung von *Willy Brandt* – erstmals 1958 (!) bei der Eröffnung eines Berliner U-Bahn-Teilstücks formuliert, „dass eines Tages zusammengesetzt sein wird, was zusammengehört“<sup>115</sup> – sie ist auch 45 Jahre danach noch keineswegs in Erfüllung gegangen.

Entgegen den Erwartungen manch klugen Beobachters von außerhalb – *Milovan Djilas* 1979: „Ich glaube fest daran, dass es eines Tages zu einer Wiedervereinigung Deutschlands kommen wird.“<sup>116</sup> – hatten die Westdeutschen sich, als die Mauer fiel, mehrheitlich von ihren Landsleuten abgewandt. Welche Rolle hierbei der 17. Juni spielte, wird auch weiterhin eine Frage bleiben. Was die Realitäten angeht, so gilt sicherlich das Urteil von *Ilse Spittmann* beim Gedenktag vor zehn Jahren: „Hier, nicht erst nach der Mauer, nahm das Auseinanderleben der Deutschen seinen Anfang.“<sup>117</sup>

Hinsichtlich der Geschichtskultur der Bundesrepublikaner und wohl teilweise auch der Geschichtspolitik<sup>118</sup> steht der Vorwurf der politischen Lebenslüge ‚im Raum‘. *Willy Brandt*, der deutsche Staatsmann, dem die zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten führende Politik deutscherseits am meisten zu verdanken ist, hat bekanntlich die insbesondere zum 17. Juni regelmäßig ertönende Wiedervereinigungsrhetorik als „Lebenslüge“, als „große Illusion der deutschen Nachkriegsgeschichte“ bezeichnet.<sup>119</sup>

In seiner „Berliner Lektion“ (11.09.1988) hat er das begründet und – angesichts der „Verwirrung der Begriffe“ – nach dem 3. Oktober nochmals erläutert: „Aus Einheit wurde Wiedervereinigung. Als ob die Geschichte und die europäische Wirklichkeit für uns eine Anknüpfung an das Bismarck-Reich

bereithielten.“ 1988 habe er gesagt<sup>120</sup>, so *Willy Brandt*, durch den kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, wurde die ‚Wiedervereinigung‘ zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“ Durch die Briefe zur deutschen Einheit<sup>121</sup> sei „der Wunsch der Deutschen nach Selbstbestimmung“ erneuert worden.

Nach dem Bonmot von *Barbara Tuchman*, Zeitgeschichte sei „Geschichte die noch qualmt“, ist für abschließende Wertungen die Zeit noch nicht „reif“. Indes sollte die abwägende und ein Stück weit auch verteidigende Betrachtung des „Visionärs und Realisten“ *Brandt* mindestens diejenigen nachdenklich machen, die den Terminus „Wiedervereinigung“ im Zusammenhang mit dem längst noch nicht abgeschlossenen Prozess der Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilnationen verwenden. Die „Neukonstitution der Nation als politische Solidar- und Willensgemeinschaft“<sup>122</sup> bleibt auch nach der 50. Wiederkehr des 17. Juni 2003 eine Herausforderung für die politische Bildung.



Dr. Peter Leibenguth-Nordmann ist Leiter der Europäischen Umweltakademie der ESTA (Europäische Staatsakademie) in Bocholt und dort erreichbar unter der Anschrift Europa-Institut Bocholt, Adenauerallee 59, 46399 Bocholt, E-Mail: esta-eua@t-online.de

114 Das dpa-Interview zitiert nach: *Süddt.Zeitung*, 31.12.1991.

115 Nach SFB-Feature v. 11.08.1958, *SFB-Archiv*, vgl. *Deutschland Archiv* 33, 2000, S. 447.

116 DIE WELT 29.10.1977 (Archiv PLN)

117 *Spittmann*, Jahrestag (wie Anm. 14), S. 636.

118 Das gilt vor allem für die bis heute üblichen Versuche, „von *Adenauer* bis *Kohl*“ eine glatte Kontinuitätslinie zu konstruieren, aber sicherlich auch für manche Apologie auf Seiten der Linken.

119 Die einzelnen Nachweise jetzt bequem greifbar bei *Peter Merseburger*, *Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002, S. 830 ff.

120 Brief an den CSU-Vorsitzenden *Theo Waigel*, nach Bericht der FAZ v. 15.12.1990 (Archiv PLN).

121 Um der historischen Wahrheit willen sei hinzugefügt: diese Briefe verdanken ihre Entstehung vor allem der damaligen CDU/CSU-Opposition, ohne die die Ostverträge nicht ratifiziert worden wären.

122 *Langguth*, *Bildungsarbeit* (wie Anm. 112), S. 167.

## Des Gedenkens gedenken

Christoph Meyer

Christoph Meyer schildert den Tag der Deutschen Einheit, wie er in Erinnerung an den Aufstand am 17. Juni 1953 bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989 jährlich in Westdeutschland begangen wurde. Auch wenn die zahlreichen Aktionen und Kundgebungen im Lauf der Jahre keinen Anklang mehr fanden und der Anlass für das Gedenken zunehmend in Vergessenheit geriet, habe man auf der Grundlage der Feiertagsrhetorik doch 1989 noch über einen Fundus an nationalen Parolen und Denkfiguren verfügt. Der nationale Appell der Politiker zur Einheit Deutschlands habe dadurch bei der Bevölkerung genügend Resonanz gefunden. Seine Bedeutung hatte der Tag der Deutschen Einheit auch und gerade im Erhalt und in der Weiterentwicklung eines gesamtdeutschen Bewusstseins.

### 50 Jahre „Tag der deutschen Einheit“

50 Jahre 17. Juni 1953, das sind nicht nur 50 Jahre Arbeiter- bzw. Volksaufstand in der DDR und Ost-Berlin, sondern das sind auch 50 Jahre „Tag der deutschen Einheit“, also 50 Jahre deutscher Nationalfeiertag. Denn am 3. Juli 1953 beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen aller Parteien außer der KPD die Einführung des Feiertags am 17. Juni. Von *Herbert Wehner* (SPD, 1906-1990), dem langjährigen Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, stammt die Bezeichnung „Tag der deutschen Einheit“. Und diese gilt auch heute noch für den 3. Oktober.

**Feiertag 17. Juni heute fast vergessen** Der 17. Juni als Feiertag ist heute weitgehend vergessen, und diese Geschichte interessiert kaum jemanden. Das habe ich am eigenen Leibe schmerzhaft erfahren müssen. 1997 habe ich eine Dissertation über das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* veröffentlicht, in der ich auf über 180 Seiten minuziös die Bemühungen dieser Organisation nachgezeichnet habe, den nationalen Feiertag zum nationalen Demonstrationstag zu machen.<sup>1</sup> Dabei habe ich umfassende Quellenbestände ausgewertet, zum großen Teil erstmals. Ich habe in meiner Untersuchung festgestellt, dass die Aktionen zum und am 17. Juni in den späten 50er und in den 60er Jahren die wahrscheinlich größten Kundgebungen in der Geschichte der alten Bundesrepublik waren. Das Buch war

eng bedruckt, und es hatte viele Fußnoten. Aber so sind wissenschaftliche Arbeiten nun einmal. Das Desinteresse, das meinen Forschungsergebnissen auch seitens der zeitgeschichtlichen Forschung entgegengebracht wurde, muss noch andere Gründe haben. Ich vermute: Das Buch teilt das Schicksal seines Gegenstandes. Der 17. Juni als nationaler Demonstrationstag geriet in Vergessenheit, er interessiert niemanden. Und das liegt insbesondere daran, dass mit der Erinnerung an den 17. Juni in der alten Bundesrepublik so viele Erinnerungen an vergebliche Bemühungen und unerquickliche Debatten verbunden waren. Den Zeitgenossen wurde dies spätestens Ende der sechziger Jahre peinlich, und die Nachgeborenen erfuhren demzufolge gar nicht erst davon.

Sie erfuhren nicht von der „Fahnenstafette der deutschen Jugend zur Zonengrenze“, von Mahnfeuern und Fackelmärschen, öffentlichen Kundgebungen landauf, landab, mit eigens aus Berlin eingeflogenen Rednern. Das massenhafte Tragen der Abzeichen mit dem Brandenburger Tor geriet ebenso in Vergessenheit wie das alljährliche Überfliegen einer brennenden Grubenlampe aus dem Helmstedter Kohlrevier zur Kundgebung vor dem Berliner Rathaus Schöneberg am Abend des 17. Juni.

Warum sollten sie auch nicht in Vergessenheit geraten? Wozu soll sich eine Gesellschaft an Dinge erinnern, die ihr eher peinlich sind oder die ihr einmal peinlich waren? Nun ja, unbedeutende Dinge müssen wir nicht unbedingt erinnern. Aber war oder ist die Geschichte des nationalen Feiertags 17. Juni in der alten Bundesrepublik unbedeutend? Sie ist es nicht, und im Jahr 2003 ist sie es aus mindestens zwei Gründen nicht:

### Das Scheitern der offiziellen Gedenkroutine

Erstens: Die nationale Demonstration zum und am 17. Juni hatte immer zum Inhalt, die Ereignisse des Aufstands von 1953 ins Licht zu rücken, sie politisch zu bewerten, sie den Heranwachsenden zu vermitteln, der Opfer zu gedenken, kurz: das unfassbare Geschehen jener Tage zu vergegenwärtigen. Genau dies geschieht auch in diesem Jahr, wenn der Feiertag sich zum 50. Mal jährt.

Zahlreiche Institutionen, größtenteils im offiziellen Bereich angesiedelt, nehmen das Jubiläum zum Anlass, es zum Thema verschiedenster Veranstaltungen und Projekte zu machen. Beispiele: Die „Niederlassung Philatelie“ der Deutschen Post AG gibt eine „exklusive Loseblattsammlung“ unter dem Motto „Kampf um Freiheit – 17. Juni 1953“

<sup>1</sup> *Christoph Meyer*: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland 1954-1972, Landsberg am Lech 1997.

heraus. Das Leipziger Büro der *Friedrich-Ebert-Stiftung* richtet im Mai sein XIV. Bautzen-Forum unter dem Titel „Der 17. Juni

**Jubiläum ist Anlass zu verschiedensten Veranstaltungen und Projekten**

1953 – Widerstand als Vermächtnis“ mit zahlreichen Zeitzeugen aus. Die Dresdner CDU fordert die Umbenennung einer Straße in „Straße des 17. Juni“. Die *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* ermuntert „die Mittler der politischen Bildungsarbeit, der Wissenschaft und Publizistik, Geschichtsvereine und Schulen, Film- und Ausstellungsmacher, Programmkinos, aber auch die Medien“ dazu, „sich des 50. Jahrestags des Aufstands vom 17. Juni 1953 auf vielfältige Weise anzunehmen“. Dazu zählt ein Wettbewerb zur Erstellung von TV-/Kino-Spots und Plakaten. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat gemeinsam mit dem *Deutschlandfunk* und dem *Zentrum für zeitgeschichtliche Forschung Potsdam* eine eigene Internet-Webseite zum 17. Juni 1953 eingerichtet und bittet ebenfalls um Mitwirkung. Die „*Arbeitsgruppe '50. Jahrestag des 17. Juni 1953 in Leipzig'*“ bereitet ebenso wie der *Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR* eine Ausstellung vor, die Kör-

berstiftung ruft Jugendliche zu einem Schreibwettbewerb auf. Einen Schülerwettbewerb führt die Landeshauptstadt Schwerin zusammen mit der *Landeszentrale für politische Bildung* durch. Das *Stadtarchiv Forst* (Brandenburg) sucht Zeitzeugen, die *Konrad-Adenauer-Stiftung* führt eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen durch.

Die Aufzählung könnte weiter und weiter gehen. Die *Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt* konnte für ihr Bundesland allein bereits im Februar 2003 auf 61 Veranstaltungen zum Thema 17. Juni 1953 hinweisen. Schon ein

**Deutliches Übergewicht an Veranstaltungen in den neuen Bundesländern**

kursorischer Blick auf die Liste aller Aktivitäten macht deutlich: Es gibt ein deutliches Übergewicht von Veranstaltungen in den neuen Bundesländern; in den Altbundesländern scheint das Interesse auch der potenziellen Veranstalter deutlich geringer zu sein. Das hängt sicherlich zusammen mit dem objektiv in der ehemaligen DDR noch vorhandenen Interesse an einer Aufarbeitung der Ereignisse des 17. Juni 1953. Der Westen dagegen hat diese Aufarbeitung hinter sich bzw. meint, sie schon lange hinter sich zu haben.



Fahnenstaffel deutsche Jugend

In der Tat: Ähnliche und gleichartige Aktionen wie heute zum 50. Jahrestag des Aufstands wurden zum Tag der deutschen Einheit in der alten Bundesrepublik auch schon durchgeführt. Und noch viel mehr: Insbesondere in der Hochphase von den späten 50er bis Mitte der 60er Jahre bildete sich ein regelrechter Feiertagskanon heraus, wobei die staatliche Feierstunde im Bundestag noch vergleichsweise unbedeutend war. Zu den Aktivitäten zum 17. Juni zählten zwischen 1960 und 1967 die „Fahnenstaffeln der deutschen Jugend zur Zonengrenze“. Sie starteten bereits mehrere Wochen vor dem Feiertag. Etappenweise transportierten 25 Jugendliche ein Spruchband „Unteilbares Deutschland“, die Fahnen der deutschen Länder sowie eine Pergamentrolle mit Geleitworten und Sinnsprüchen zur deutschen Einheit an verschiedene Punkte der innerdeutschen Grenze. In vielen Orten fanden Übergabekundgebungen statt, an denen sich eine große Zahl von Bundesbürgern beteiligte. Aktiv sollen nach Angaben der Veranstalter jeweils zwischen 30.000 und 70 000 Kinder und Jugendliche an der Stafette teilgenommen haben. Die Zahl der Zuschauer wurde jeweils auf etwa eine halbe Million geschätzt.

Das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* gab jährlich ein Merkblatt zur Organisation des Tages der deutschen Einheit heraus. Am Vorabend des 17. Juni leuchteten vielerorts, vor allem an der innerdeutschen Grenze, Mahnfeuer von den Höhen. Im Rahmen von Vorabendkundgebungen wurden Fackelmärsche durchgeführt. Am Feiertag selbst marschierten Verbände, Vereine und Trachtengruppen auf. Chöre sangen, Orchester spielten, und Jugendliche hielten Gedichtvorträge. Filme und Theaterstücke zur deutsch-deutschen Problematik wie „Stacheldraht und Nesselkraut“ wurden aufgeführt oder auch Ausstellungen mit gesamtdeutscher Thematik präsentiert. Das Kuratorium organisierte im gesamten Bundesgebiet Einsätze von Kundgebungsrednern aus Berlin.

Den Abschluss der Kundgebungswelle bildete eine Großveranstaltung in West-Berlin. Hier sprachen der Regierende Bürgermeister (also zwischen 1958 und 1966 *Willy Brandt*) und ein prominenter Politiker aus der Bundesrepublik. Anfang der sechziger Jahre waren es weit über 100 000 Menschen, die sich am frühen Abend des 17. Juni vor dem Schöneberger Rathaus versammelten. Natürlich wurde die Veranstaltung im Fernsehen übertragen. Im Vorfeld des Feiertages bot das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* seine Anstecknadeln mit dem Brandenburger Tor an. Bis Mitte der sechziger Jahre wurden insgesamt über 33 Millionen Abzeichen abgesetzt.

### Keine allgemeine Zufriedenheit mit dem Tag der deutschen Einheit

Allen diesen Anstrengungen zum Trotz stellte sich nie eine allgemeine Zufriedenheit mit dem Tag der deutschen Einheit ein. Die Kommentatoren der Presse, die Politiker und viele der Aktiven bemängelten die Beteiligung an den Veranstaltungen. Sie legten ihr Augenmerk nicht auf die beachtlichen Teilnehmerzahlen (eine zeitgenössische Statistik liegt nur für das Jahr 1960 vor, sie kommt auf 876 500 Teilnehmer, die Millionengrenze dürfte in den Folgejahren bis einschließlich 1964 überschritten worden sein). Sie bemängelten vielmehr, dass die große Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung den Aktionen fernblieb und am Feiertag lieber ins Grüne fuhr. „Einheit in Freizeit“ titelte der *„Spiegel“* im Juni 1960 und spottete: „Sogar der Bonner Prominenz fiel es nicht leicht, den Zwiespalt – hie politische Gesinnungsmache, hie langes Wochenende – zu überbrücken, doch gelang es am Ende, Freiheit und Freizeit in Einheit herzustellen: Innenminister *Gerhard Schröder* zum Beispiel ließ sich als 17.-Juni-Redner in den Rhön-Luftkurort Hilders, Schatzminister *Wilhelmi* in den Rhein-Wein-Ort Rudesheim verpflichten.“ Der Feiertag geriet als „Bundesbadetag“ zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik.

Ab Mitte der sechziger Jahre stagnierte die Beteiligung an den Aktionen, um dann kontinuierlich zurückzugehen. Im Wechselspiel von meteorologischen Zufällen (35 °C am 17. Juni 1966), der

### Demonstrationstag passte nicht zur Entspannungspolitik

einsetzenden Jugendrevolte und verstärkten Diskussionen um eine Abschaffung des Feiertages wurden die Aktionen am 17. Juni zerrieben. Der nationale Demonstrationstag wurde politisch zunehmend überflüssig, denn die Demonstration gegen die DDR, für die der Feiertag allein schon aufgrund seines Anlasses ein Ärgernis war, passte nicht in den Rahmen der Entspannungspolitik. Die Aktionen wurden gegen Ende der sechziger Jahre aufgegeben. Auch das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* verlegte sein Engagement in den siebziger Jahren weg vom Demonstrativen hin zu politischer Bildung, auch mit Bezug auf den 17. Juni.

Die Geschichte des nationalen Demonstrationstags 17. Juni ist auch in der Bundesrepublik zunächst die Geschichte seines Scheiterns.

Dieses Scheitern ist auch nicht weiter bedauerlich. Handelte es sich bei den Kundgebungen doch im wesentlichen um von den Honoratioren der jewei-

ligen Ebene, von Bürgermeistern, Schullehrern, Partei- und Vertriebenenfunktionären, Gewerkschaftern und anderer Lokalprominenz, also von oben nach unten organisierte Maßnahmen. Auf Kundgebungen zum 17. Juni sprach ein Politiker vor der und für die Zuhörerschaft. Die Meinung der Bevölkerung war auf Schweige- und Fackelmärschen nicht gefragt. Daher gelang es nicht, mit der Feiertagsroutine am 17. Juni eine „Volksbewegung“ in Szene zu setzen.

Von oben nach unten organisiertes, offizielles Gedenkhandeln, das kann aus der Geschichte des 17. Juni in der alten Bundesrepublik gefolgert werden, führt oft zum

**Der Wille zum Gedenken muss von unten kommen**

Gegenteil des Angestrebten: Die Bevölkerung wendet sich ab. (So erging es ja am Ende

auch der DDR mit ihren offiziellen Gedenktagen, allen voran dem 1. Mai.) In einer Demokratie muss auch der Wille zum Gedenken von unten kommen bzw. eine starke Resonanz im Dialog mit der Bevölkerung haben. Sonst erstarrt das Gedenken in hoher Routine.

**Die langen Linien des nationalen Bewusstseins**

Der zweite Grund dafür, das Gedenken an den 17. Juni in der alten Bundesrepublik nicht für unbedeutend zu halten, liegt in seinen langfristigen Wirkungen auf das nationale Bewusstsein. Der 17. Juni 1953 war eben nicht nur ein Fanal für die DDR, er war auch immer wieder Anlass dazu, im Westen an das Ziel der Wiedervereinigung zu erinnern. Der Feiertag prägte das Bewusstsein der westdeutschen Bevölkerung auf lange Sicht.

Auf zehntausenden Kundgebungen erinnerten die Redner immer wieder an den Aufstand von 1953.

**Für die „Menschen in der Sowjetzone“ sprechen**

Wesentlicher Punkt der Bewertung war dabei die Feststellung, es habe sich um eine Bekundung des Freiheitswillens der

Bevölkerung, um einen Aufstand gegen ein unerträgliches Zwangssystem gehandelt. Daraus wurde abgeleitet, dass die DDR ein „illegitimes Gebilde“ sei, und es folgte für die Redner der Anspruch, dass die Bundesrepublik für die „Menschen in der Sowjetzone“ sprechen könne.

„Die Menschen stürzten sich auf die Bastionen des verhaßten Regimes, sie stürmten an vielen Orten Zuchthäuser und Gefängnisse, um die politischen Gefangenen zu befreien“, so schilderte Staatsse-

cretär *Franz Thedieck* den Aufstand am 16. Juni 1958 in Bonn. Ein niedersächsischer Redner sagte am 17. Juni 1966: „In vielen Städten gehen die Agitationslokale der Nationalen Front in Flammen auf, politische Gefangene werden aus den Gefängnissen befreit. Höhepunkt in Berlin ist der Augenblick, als das Sinnbild der Unterdrückung, die rote Fahne, von dem Brandenburger Tor geholt wird.“ Um so drastischer wurde dann die Niederschlagung des Aufstands geschildert: „Die Besatzungsmacht verkündet um 12 Uhr den Belagerungszustand. Das Feuer gegen deutsche Menschen wird von Wacheinheiten des Staatssicherheitsdienstes eröffnet. Mit Hilfe russischer Panzer wird der Wille des Volkes niedergewalzt.“

Eine kontroverse Diskussion darüber, ob es sich um einen Protest gegen die Verschlechterung der Lebenslage oder für die Abschaffung des kommunistischen Regimes gehandelt habe, gab es bei den Kundgebungen zum Tag der deutschen Einheit nicht. *Herbert Wehner* brachte in seiner Lübecker Rede zum 17. Juni 1956 einen breiten Konsens zum Ausdruck, als er es als Motivation der Aufständischen bezeichnete, „daß sie als freie Menschen in einem vereinigten Deutschland leben wollten“. Der Aufstand als „Willenskundgebung für die Einheit und Freiheit Deutschlands“ (Bundespräsident *Heinrich Lübke* am 17. Juni 1960) – auf diesen gemeinsamen Bezugspunkt konnten sich alle einigen. Die Frage, ob es sich um einen „Arbeiteraufstand“ oder „Volksaufstand“ gehandelt hatte, wurde vor diesem Hintergrund gar nicht diskutiert. Redner der CDU sprachen eher vom „Volksaufstand“, Redner der SPD verwendeten eher das Wort „Arbeiteraufstand“, was eben nicht an einer unterschiedlichen Einschätzung der Bedeutung des Aufstands lag, sondern daran, dass die SPD als alte Arbeiterpartei auf den Anteil der Arbeiterschaft besonders stolz war.

Bei den Kundgebungen zum 17. Juni ging es nicht um parteipolitische Kontroversen, sondern es handelte sich um Demonstrationen der gemeinsamen Verantwortung aller Parteien und Organisationen der Gesellschaft für das Schicksal der Nation, ebenso wie um das gemeinsame Bekenntnis zur Gegnerschaft gegenüber dem Kommunismus. Und es ging um das Bekenntnis zum bundesrepublikanischen Wiedervereinigungsnationalismus. Typisch für Kundgebungsbeiträge waren Äußerungen wie die folgende eines Redners auf einer regionalen Kundgebung am 17. Juni 1966: „Wenn wir selbst mit ganzer Seele die Wiedervereinigung wollen und all unser Denken und Handeln darauf einstellen, wenn wir pausenlos in die Gehirne der Staatsmänner und Völker den Gedanken einhämmern,



Bundespräsident Heinrich Lübke auf einer Kundgebung zum Tag der deutschen Einheit

dass der jetzige Zustand unerträglich ist, werden wir die Wiedervereinigung erreichen.“

Dies entsprach dem offiziellen Bild, das auch in zentralen Organen der politischen Bildung vertreten wurde. So titelte die Wochenzeitschrift „*Das Parlament*“ in ihrer Ausgabe vom 14. Juni 1961: „Heraus auf die Straße mit der Waffe des Protests! Denn die Welt will klare Beweise unserer Gesinnung“. Autor dieser Zeilen war *Wilhelm Wolfgang Schütz* (1911-2002), der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Der schleswig-holsteinische Justizminister *Bernhard Leverenz* meinte am 17. Juni 1958, ganz auf dieser Linie, das deutsche Volk werde die Einheit nicht wiedergewinnen, „wenn es nicht die Kraft und den Mut aufbringt, seinen Willen zur staatlichen Einheit vor aller Welt deutlich vernehmbar auszusprechen. Diesen Willen zu fördern, ist unter den heutigen Verhältnissen aber ein wesentlicher



*Das Parlament* vom 14. Juni 1964

Inhalt des Tages der Deutschen Einheit.“ Weiter hieß es im Text: „Die ganze Bundesrepublik sollte ein Kuratorium Unteilbares Deutschland sein!“

Dem Untergang des nationalen Demonstrationstags zum Trotz: Auf lange Sicht verfehlten diese Bemühungen ihr Ziel nicht gänzlich. Mir selbst, geboren 1966 und aufgewachsen in Nordwestdeutschland, keine Verwandten in der DDR, war

**Vor dem Sommer 1989 war die Eigenstaatlichkeit der DDR für uns eine Selbstverständlichkeit**

die deutsche Frage vor 1989/90 relativ egal. Der plötzliche nationale Umschwung in der öffentlichen Meinung und bei den meisten Politikern war mir wie vielen meiner

Generation weitgehend unverständlich. Vor dem Sommer '89 war die Eigenstaatlichkeit, die Anerkennung der DDR eine Selbstverständlichkeit gewesen, wer immer die Perspektive der deutschen Wiedervereinigung diskutierte, galt unter Studenten in Westdeutschland als Exot. Mit der Ausreisewelle und erst recht nach dem Fall der Mauer und dem Umschwenken der Demonstranten in der DDR von der Parole „Wir sind **das** Volk“ zu „Wir sind **ein** Volk“ veränderte sich auch das Verhalten der bundesdeutschen Medien und Politiker. Am Anfang kam im Westen der Antikommunismus zurück, und nach dem Mauerfall der Wiedervereinigungsnationalismus.

Dabei konnte auf die Vorstellungen von Deutschland und von der deutschen Einheit, die auf Kundgebungen zum 17. Juni in den fünfziger und sechziger Jahren verbreitet worden waren, zurückgegriffen werden. Das galt insbesondere für die Angehörigen der älteren Generation.

Ein prominentes Beispiel hierfür ist der berühmte Ausspruch von *Willy Brandt*: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. Mit diesem Satz mar-

### Wende vom Befreiungsprozess zum Prozess der staatlichen Einigung

kierte der Ehrenvorsitzende der SPD und ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin die Wende vom Befreiungsprozess der DDR

zum Prozess der staatlichen Einigung Deutschlands. Wie die nationale Rhetorik an der Wende zu den neunziger Jahren insgesamt hatte auch dieser Ausspruch seine Wurzeln in den fünfziger und sechziger Jahren.

*Herbert Wehner* hatte in seiner Rede am 17. Juni 1956 die Zuhörer ermahnt, danach zu streben, „Zusammengehöriges wieder sinnvoll zusammen zu fügen“. *Brandt* selbst sagte am 17. Juni 1958: „Hier muss – ich wiederhole es immer wieder – sinnvoll wieder zusammengefügt werden, was sinnlos auseinander gerissen wurde“, und kündigte damit selbst seinen Spruch von 1989 an. Bundespräsident *Heinrich Lübke* erhöhte im Jahr 1963 die Bedeutung des 17. Juni symbolisch, indem er den Tag zum „Nationalen Gedenktag des deutschen Volkes“ proklamierte. Diese Proklamation endete mit den Worten: „Wir sind ganz gewiß: Was zusammengehört und zusammen war, wird auch wieder zusammenkommen.“ Und das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* stellte seinen Aufruf zu den Aktionen des 17. Juni 1964 unter das Motto „Wir gehören zusammen.“

Das Beispiel zeigt: Es gab 1989 noch einen breiten Fundus von nationalen Parolen, Formeln und Denkfiguren, wie sie in der Feiertagsrhetorik des 17. Juni geprägt worden waren. Sie waren durch den Niedergang der Feiertagsroutine, die Folgen von „1968“ und durch die Normalisierung der deutschen Teilung auf seiten der Bundesrepublik lediglich verschüttet, aber nicht so sehr, als dass vor allem Politiker der älteren Generation sie nicht hervorholen konnten, als die Zeiten sich wandelten. Und sie waren immerhin so tief bei der westdeutschen Bevölkerung verankert, dass der nationale Appell der Politiker dort auf genügend Resonanz stieß, um zusammen mit dem lautstark

geäußerten Willen der Ostdeutschen erfolgreich die Mehrheit für die Einheit Deutschlands zu gewinnen.

Der Feiertag im Westen als Folge des Aufstands im Osten hatte seine Bedeutung auch und gerade im Erhalt und in der Weiterentwicklung eines gesamtdeutschen Bewusstseins. Auch daher lohnt es, des Gedenkens zu gedenken.

### Schlussfolgerung

Das offizielle Gedenken an den 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 wird nicht zu großen Bewusstseinsveränderungen in der Bevölkerung führen. Aber es gibt noch viele Geschichten, die sich die Deutschen in Ost und West zu erzählen haben, auch im Zusammenhang mit dem 17. Juni. Mir selbst fällt eine ganze Reihe von Aspekten ein, die sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch im zeitgenössischen politischen Denken unterbelichtet sind bzw. fehlen. Aber im Rahmen dieses Artikels gilt es sich zu beschränken und zu schließen: Wenn die politische Bildung den 17. Juni 2003 zum Anlass nimmt, sich intensiv mit dem Aufstand von 1953 zu beschäftigen, so ist dies begrüßenswert. Dabei geht es nicht um Indoktrination und die Verkündung von Wahrheiten *ex cathedra*. Jegliche partizipatorische Form der Auseinandersetzung, vor allem auf lokaler und regionaler Ebene in Ostdeutschland, ist begrüßenswert und förderungswürdig. Ein demokratisches Geschichtsbewusstsein wird nur dann entstehen bzw. dauerhaft gestärkt werden, wenn es von den Bürgerinnen und Bürgern selbst erarbeitet werden kann. Gedenken hilft gegen das Vergessen – aber nur wenn es der Form und dem Inhalt nach mit eigenständigem Denken verbunden ist.



Dr. Christoph Meyer ist Geschäftsführer des Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V., Kamenzer Straße 12, 01099 Dresden, <http://www.wehnerwerk.de>



## Die getrennte deutsche Vergangenheit zum gemeinsamen Thema machen

Von Ausstellungen über die DDR vor 1990 zur Präsentation des 17. Juni 1953 als gesamtdeutsches Thema – ein Praxisbericht der Ost-Akademie Lüneburg

Bernhard Schalhorn

Dr. Bernhard Schalhorn berichtet über Entwicklung und Einsatz von Ausstellungen, die von der früheren Ost-Akademie Lüneburg – jetzt Akademie für Ost-West-Kooperation – realisiert wurden. In allen hier beschriebenen Ausstellungen ging es um das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland, die gegenseitige Wahrnehmung und die Information über Verhältnisse und Ereignisse in der damaligen DDR, die Menschen in der ehemaligen Bundesrepublik nahe gebracht werden sollten. Dargestellt werden Konzeptionen und deren Umsetzung und bisherige Erfahrungen, die bei der aktuellen Ausstellung über den 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern zugrunde gelegt wurden.

Die Themen, die die Akademie damals behandelte, betrafen durchweg die Deutsche Frage und die DDR sowie deren internationale Einbettung. Als besonders geeignet erwies sich unter dem allgemeinen Blickwinkel des West-Ost-Vergleichs und wegen des westlichen Interesses das Thema Nationale Volksarmee/NVA der DDR. Besonderes Interesse galt der Wehrerziehung der DDR, den in der DDR nicht gelösten Fragen eines zivilen Ersatzdienstes, generell den engen ideologischen Vorgaben und der harten Realität des Wehrdienstes. Dieser Komplex war gut erschlossen und erschien daher für eine zusammenfassende Behandlung und für eine Präsentation außerhalb von Seminaren vor größerem Publikum besonders geeignet.

### Zum Medium Wanderausstellungen

Die *Lüneburger Akademie für Ost-West-Kooperation – Ost-Akademie* arbeitet seit Beginn der achtziger Jahre mit dem Medium Wanderausstellungen. Den Anstoß dazu gaben Fragen und Diskussionen mit Erwachsenen und Jugendlichen, die an deutschlandpolitischen Seminaren der Ost-Akademie teilnahmen. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung der Dozenten der Akademie mit dem Thema DDR und besonders mit deren Bild in der Bundesrepublik regte dazu an, nach zusätzlichen Möglichkeiten zu suchen, Themen und Fragen politischer Bildung einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Ziel war es, mit Wanderausstellungen mehr Menschen zu erreichen und vor allem Gruppen anzusprechen, die für Bildungsveranstaltungen in Form von Seminaren schwer zu gewinnen waren.

Eine besondere Chance sahen die Mitarbeiter in der Akademie darin, dass eine Ausstellung es erlaubte, alles was zum Zusammenhang eines Themas gehört, übersichtlich zusammen zu stellen.

**Komplizierte Sachverhalte werden auf einen Blick überschaubar**

Auch umfangreiche und kompliziertere Sachverhalte lassen sich auf einen Blick überschaubar machen. Das Nacheinander der Information

wird gleichsam synchronisiert. In diesem Zusammenhang können Informationen verdichtet und zugespitzt dargestellt, durch die Nutzung von Bildern, Grafiken und Texten anschaulich gemacht werden. Alle diese Überlegungen ließen sich reduzieren auf die einfache Forderung, dass es möglich sein müsste, ein DDR- oder Deutschland-Bild tatsächlich auch mit den Bildern einer Ausstellung zu vermitteln.

### Wanderausstellung über Militär in der DDR

Die erste Wanderausstellung der Ost-Akademie galt daher seit 1982 dem Militär der DDR, der NVA. Sie wurde von *Ernst Legahn*, der dieses Thema in der Akademie und als Gastreferent in der Bundeswehr bearbeitete, vorbereitet. Die Nachfrage war groß, die Akademie mit ihrer Ausstellung jeweils an verschiedenen Standorten vornehmlich Niedersachsens präsent. Das Thema selbst war spröde. Die Ausstellung hatte zudem den Mangel, dass sie in der Regel in oder in der Nähe von Kasernen aufgebaut wurde, also nicht in die volle Öffentlichkeit gestellt wurde. Das hing unter anderem damit zusammen, dass die Bundeswehr das größte Interesse daran hatte. Mit der Einbeziehung der Ausstellung in ihren Alltag trug sie ihrem Auftrag, die staatsbürgerliche Bildung der Wehrpflichtigen zu betreiben, auf eine attraktive Weise Rechnung. Für Nichtsoldaten waren viele Informationen zu professionell, eben zu ausschließlich auf Militärangehörige zugeschnitten.

Das *Niedersächsische Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten*, das sich in den Jahren der deutschen Teilung mit der Förderung von „deutschlandpolitischer Bildungsarbeit“ besonders hervortat, förderte diese Ausstellung.

### Wanderausstellung „Jugend in der DDR“: Das Konzept

Vom Hannoveraner Ministerium kam angesichts des großen Erfolgs der NVA-Ausstellung auch die Anregung, eine zweite Wanderausstellung herzustellen und zu betreuen. Vorgeschlagen wurde das

Thema „Jugend in der DDR“. Zielgruppen sollten diesmal Jugendliche sein. Damit war klar, dass von der NVA-Ausstellung nichts übernommen werden konnte. Die neue Ausstellung sollte sich in jeder Hinsicht von ihrer Vorgängerin unterscheiden, damit sie die Interessen westdeutscher Jugendlicher finden könnte. Das betraf sowohl die Sachverhalte des Alltags von Jugendlichen in der DDR, auf die einzugehen war, als auch die Wahrnehmung ihrer westlichen Altersgenossen. Besonders Fragen der ästhetischen Vermittlung mussten daher mit großer Aufmerksamkeit behandelt werden.



Titel des Ausstellungskatalogs

Das Ministerium und die Akademie wollten über den Ansatz der NVA-Ausstellung hinausgehen. Dieser erschien beiden als zu eng, zu sehr festgelegt auf konfrontative Behandlung der DDR. Sie wurde daher auch nicht weiter betrieben. Eine Ausstellung über die Jugend in der DDR konnte anders ansetzen. Zwar konnte sie einen Dialog zwischen den Jugendlichen in den beiden deutschen Staaten nicht ersetzen. Wohl aber konnte sie dialogisch angelegt sein.

Damit wurde auch den neuen Prioritäten in der deutschlandpolitischen Bildung in der Mitte der achtziger Jahre entsprochen, die andere Gegen-

**Neue Prioritäten in der deutschlandpolitischen Bildung**

stände stärker ins Auge fasste. Weiche Themen rückten in den Vordergrund, die eher geeignet zu sein schienen, das Interesse am „anderen Deutschland“ zu wecken und lebendig zu machen. Darauf zielten die Bemühungen auch des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten. „Alltag in der DDR“, „Jugend in der DDR“ – diese Themen in Verbindung mit der wachsenden Zahl von durch den Bund geförderten Jugendreisen in die DDR boten sich an, wenn die Neugier von Jugendlichen im Westen angestachelt werden sollte.

Demnach war sorgfältig darauf hinzuarbeiten, das Interesse an der anderen Seite nicht zusätzlich zu blockieren, sondern zu wecken und Bereiche aufzuzeigen, bei denen sich Jugendliche aus Ost und West etwas zu sagen haben könnten. Das erste Motto der Ausstellung wurde einer Rede *Christa Wolfs* entnommen: „Auch heute wachsen Kinder auf, in den beiden deutschen Staaten. Fragen wir uns denn ernst genug: Wie sollen die, wenn sie groß sind, miteinander reden? Mit welchen Wörtern, in was für Sätzen, in welchem Ton?“



Vor Bildern einer Ausstellung

Das zweite Motto, provokant auf der Eröffnungstafel der Ausstellung platziert, war einem Brief von „Karin aus der DDR, 18 Jahre“ entnommen: „Ich stelle mir vor, dass sich die Jugend drüben denkt, wir lassen uns alles gefallen, sind spießig, sagen zu allem ‚Ja und Amen‘ ... Eure Jugend drüben sieht zwar äußerlich unheimlich locker und frei aus, aber ich glaube, dass viele darunter nur ihre Hemmungen, Schwächen und Zukunftsängste verbergen ... Ich glaube, wenn sich die Jugend von uns und eure Jugend mal so im Großen treffen würden, würden sie bestimmt merken, dass sie gar nicht so verschieden sind, wie es immer behauptet wird ...“

Die Konzeption für die Wanderausstellung wurde von einem größeren Team in der Akademie vorbereitet und anschließend realisiert. Die Mitarbeiter waren mit der östlichen und der westlichen Situation Jugendlicher vertraut. So konnten sie sich zutrauen, auch für eine große Ausstellung zu diesem Thema sowohl verlässliche Informationen und entsprechende Illustrationen und Texte zusammenzustellen. Außerdem waren ihnen die Interessen der Jugendlichen in der Bundesrepublik bekannt. Das

#### **Jugend in der DDR hatte festen Platz im Seminarangebot der Akademie**

Aspekte der Situation Jugendlicher jenseits der innerdeutschen Grenze erörtert. Tages- und Mehrtagesfahrten in die DDR gehörten zu den regelmäßigen Programmpunkten der Veranstaltungen.

Thema „Jugend in der DDR“ hatte im Seminarangebot der Ost-Akademie einen festen Platz. Mit Schülern und Lehrkräften wurden die

#### **„Jugend in der DDR“: Erfahrungen mit der Ausstellung**

Nach fast zweijähriger Vorbereitung konnte die Ausstellung „Jugend in der DDR“ zu Beginn des Jahres 1987 eröffnet werden. Bei ihrer Schließung im Dezember 1989 war sie in acht Bundesländern gezeigt worden, Siebzigtausend Besucher hatten sie erlebt. Als richtig erwies sich die Überlegung, dass die Ausstellung größere Wirkung entfalten würde, wenn sie nicht in

Schulen, sondern publikumsnah in zentralen Gebäuden der gastgebenden Städte aufgebaut wurde. So blieb es nicht bei einem rein innerschulischen Ereignis. Vielmehr konnte überall da, wo dieses Konzept für die Präsentation sich vor Ort umsetzen ließ, die Öffentlichkeit in Bewegung gebracht werden.

Hauptzielgruppe waren Jugendliche, Schüler vor allem. Es gab jeweils Vorbereitungsveranstaltungen mit Lehrkräften, es gab eine durchgehende Betreuung, es gab Begleitprogramme (Filme, Musik, Lesungen). Das Thema sollte auf keinen Fall schwarz/weiß oder muffig erscheinen. Mit ehrlicher Darstellung sollte das Interesse der Jugendlichen hier für ihre deutschen Altersgenossen „drüben“ geweckt und – im besten Fall – die Gesprächsfähigkeit bei einer Begegnung zwischen beiden Seiten entwickelt werden.

Ein weiteres Ziel ließ sich ebenfalls erreichen: Man traf an den wechselnden Orten nicht nur junge Menschen vor den Tafeln, sondern auch Ältere. Es kam zu Gesprächen zwischen den Angehörigen verschiedener Generationen mit unterschiedlichen Deutschlandbildern und DDR-Erfahrungen und auch zu Begegnungen mit Gästen aus der DDR, meist Rentner auf Westreise.

#### **Der Beschleunigung war mit Nachträgen nicht mehr nachzukommen**

Die Akademie hatte die Fäden in der Hand: Sie resümierte die Ergebnisse und ergänzte, vervollständigte und aktualisierte die Ausstellung. Das ging so bis zum Herbst 1989. Als der Umbruch in der DDR sich immer mehr beschleunigte, war mit Nachträgen bald nicht mehr nachzukommen. Im Dezember 1989 liefen

Die Akademie hatte die Fäden in der Hand: Sie resümierte die Ergebnisse und ergänzte, vervollständigte und aktualisierte die Ausstellung.



Dr. Bernhard Schalhorn (li.) mit Ausstellungsbesuchern

die Tafeln Gefahr, durch immer mehr aktuelle Aufkleber überfrachtet zu werden: „Wehrerziehung – abgeschafft“, „Stabü“ – abgeschafft“ ... Im Dezember wurde die Wanderausstellung geschlossen.

Über die Ausstellung wurde viel geschrieben, Presse, Fernsehen und Radio nahmen Notiz. „Die DDR zum Thema machen“ hat *Gerhard Dolies* als Überschrift für seinen Aufsatz über „Erfahrungen mit der Wanderausstellung ‚Jugend in der DDR‘“ (in: *Deutsche Studien*, 35. Jg. 1987, S. 385-402) gewählt. Zusammen mit *Ludwig Fischer* war er verantwortlich für das Produkt und – ebenso wichtig – das Betreiben, die öffentliche Vermarktung der Wanderausstellung. Die Betreuer während der laufenden Ausstellung, darunter hervorzuheben die früh verstorbene *Rotraut Maahn*, erwiesen sich als unentbehrlich für deren Erfolg. Der Katalog zur Ausstellung, der in mehreren Auflagen erschien, ist auch heute, unter gänzlich veränderten Bedingungen, unverändert nutzbar (und kann von der Akademie noch in einigen Klassensätzen zur Verfügung gestellt werden).

### Erste Ausstellung zum Juni 1953

Als 1993, ein Vierteljahr vor dem 40. Jahrestag des 17. Juni 1953, der Präsident des Hessischen Landtags die Ost-Akademie darum bat, eine Ausstellung über die Juniwochen 1953 für den Hessischen Landtag vorzubereiten, waren die Mitarbeiter ganz unter dem Eindruck der positiven Resonanz auf die „Jugend-Ausstellung“ rasch interessiert. Die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge waren ihnen geläufig; in Seminaren und in wissenschaft-

### Seit 1990 war Juni 1953 auch Gesprächsthema mit Gästen aus den neuen Bundesländern

lichen Kolloquien war in der Akademie oft darüber gearbeitet worden. Seit 1990 konnte über den 17. Juni als in der DDR tabuisiertes Thema

auch mit Angehörigen verschiedener Generationen aus den neuen Bundesländern, die nun Gäste der Akademie waren, gesprochen werden.

Bis auf reproduktionsgeeignete Fotos war wiederum das gesamte notwendige Material in der Akademie vorhanden. Also stand der Aufgabe nichts im Weg. Verlockend war zudem die Chance, in der Ausstellung auf die engen Verbindungen einzugehen, die trotz der weit vorgeschrittenen politischen Auseinanderentwicklung von Ost- und West-Deutschland 1953 noch bestanden. Später waren der Westen und der Osten unterschiedlich mit den Ereignissen umgegangen.

Die Geschichtsschreibung und der Geschichtsunterricht behandelten die Ereignisse völlig gegensätzlich. Für die DDR-Führung war das, was sich in Ost-Berlin und in den Bezirken der DDR abspielte, die „Konterrevolution“.

### Gegensätzliche Darstellung der Ereignisse in Ost und West

Im Westen hingegen wurde ein differenziertes Bild vom schon wenige Wochen nach den Ereignissen vom Bundestag beschlossenen „Tag der deutschen Einheit“ vermittelt. Historiker und Politiker nahmen sehr gegensätzliche Bewertungen vor. Für die einen handelte es sich um einen Volksaufstand, für die anderen um Arbeiterproteste. Zwischen den Fronten standen die in den Westen geflohenen Zeitzeugen. Mochten die Darstellungen im Osten und im Westen auch völlig gegensätzlich sein, sie blieben doch aufeinander bezogen. Im absolut Gegensätzlichen war doch der Anspruch verbindend, die Wahrheit auch für die andere Seite auszusprechen, also eine gesamtdeutsche Position einzunehmen.

Die Ausstellung versuchte, die Ereignisse zu beschreiben, sie ins Bild zu bringen. Die Betrachter sollten in der in Lüneburg konzipierten und hergestellten Ausstellung Gelegenheit haben, einen Eindruck von der Spontaneität und der Massivität der Bewegungen am 17. Juni 1953 zu gewinnen. Aber nicht nur die Ereignisse selbst wurden angesprochen. Nebeneinander wurde der östliche und der westliche Umgang mit den Juni-Ereignissen dargestellt: Die Ausstellung sollte den Betrachtern einen Zugang zu den unterschiedlichen Interpretationen der beiden Seiten geben und das Gespräch darüber anregen, wo es Verbindendes gab und wo das Trennende in der Wahrnehmung der geteilten deutschen Nachkriegsgeschichte, die doch die eigene Geschichte war, einsetzte (vgl. dazu vom Verf.: *Unverhofftes Wiedersehen: Der 17. Juni 1953*, in: *Deutsche Studien*, 30. Jg. 1993, S. 3-10).

Geweckt werden sollte nicht nur die Neugier: Was ist wirklich geschehen und welche Bedeutung hatten die Ereignisse? Auch der Austausch über die unterschiedlichen Bilder, die jede Seite mit sich trug, sollte angestoßen werden. Und schließlich war auch daran gedacht, mit diesem Thema einen inzwischen im Osten wie im Westen fast unbekanntem Beitrag der Menschen in der DDR zur Geschichte Nachkriegs-Deutschlands ins Bild zu setzen. Dies erschien notwendig, weil die Wiedervereinigung nicht viel von dem übrig zu lassen schien, was das Leben in der DDR bis 1989 geprägt hatte.

Die Ausstellung wurde am 17. Juni 1993 im Wiesbadener Landtag eröffnet. Die Resonanz außer-

### **Kaum Resonanz außerhalb der Landtage**

halb des Landtags blieb allerdings gering. Es war sehr rasch klar, dass es eine Ausstellung in erster Linie für Landtagsbesuchergruppen bleiben würde, für die sie nur einen Punkt im Besichtigungsprogramm darstellte. Der Landtag war gewiss ein würdiger Ort, aber kein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens wie die meisten Räumlichkeiten, in denen die Ausstellung „Jugend in der DDR“ gezeigt werden konnte, kein Platz, an dem sich die Bilder und Texte in aller Öffentlichkeit darstellten. Begleitprogramme waren undenkbar, eine bildungspolitische Moderation nicht zu leisten. Die Zielgruppe der älteren Schüler konnte nicht in gleicher Weise angesprochen werden wie bei der Jugend-Ausstellung.

Das wurde auch in Erfurt und in Magdeburg nicht anders, wohin die Landtagspräsidenten von Thüringen bzw. Sachsen-Anhalt die Ausstellung im Herbst 1993 einluden. Sowohl Erfurt als auch Magdeburg waren Zentren des Geschehens in den Juniwochen 1953. Hier musste daher zusätzliches Material aufgenommen werden, zeitgenössische Bilder und Dokumente mussten erschlossen und in die Ausstellung integriert werden. Dazu wurde in den wichtigsten Landesarchiven recherchiert. Für Thüringen und für Sachsen-Anhalt entstanden schließlich eigene Ausstellungen, die jeweils mit der Wiesbadener Überblicksausstellung kombiniert wurden. Dank der Unterstützung der Archive konnte ein lebendiges Bild von den regionalen Stimmungslagen, den Ereignissen und der nachfolgenden Repression gezeichnet werden.

Die mit dem Brandenburgischen Landtag verabredete Präsentation der Wanderausstellung, die erneut eine Erweiterung, diesmal mit Tafeln über den 17. Juni 1953 in Brandenburg erfordert hätte, kam wegen fehlender Finanzmittel nicht mehr zustande. Auch der 1994/95 unternommene Versuch der Akademie, anderweitig Zuwendungen für den weiteren Betrieb der Ausstellung zu erhalten, scheiterte. Die *Bundeszentrale für politische Bildung* zeigte sich nicht interessiert, die Ausstellung zusätzlich zu den von ihr moderierten Wanderausstellungen zu übernehmen. Gelegentlich gab es Anfragen, aber keine Finanzierung für Transport und Aufstellung.

### **Gedenken an Mauerbau setzte neue Maßstäbe**

Frühzeitig 2001 nahm die Akademie die Bemühungen um eine Reaktivierung der seit 1993 nur den

eigenen Seminarteilnehmern zugänglichen Ausstellung auf. Inzwischen hatte sich die Interessenlage aber deutlich verändert. Der vierzigste Jahrestag des Mauerbaus war vielfach begangen und gewürdigt worden. Damit waren auch neue Maßstäbe für den Umgang mit dem 17. Juni entwickelt worden.

Der unterschiedliche Umgang mit dem 17. Juni 1993 und mit dem 13. August 2001 bei gleichem zeitlichen Abstand erklärte sich vor allem aus der viel deutlicheren Präsenz der „Mauer“ im Bewusstsein sowohl der Ost- als auch der Westdeutschen. Der 17. Juni 1953 war nach kurzer Zeit „erledigt“, eine abgeschlossene und wie es schien folgenlose Aktion. Der Tag verlor sehr rasch den Glanz für den Westen. In der DDR (schon gar in ihren östlichen Nachbarländern) wurde er totgeschwiegen oder verfälscht. Nach 1953 gab es nur ein Bild, das in der DDR über den 17. Juni Auskunft gab: Auf dem im Schulbuch und bei allen anderen Gelegenheiten abgedruckten Bild sah man das Columbushaus, 1953 „HO-Warenhaus“ am Potsdamer Platz, Ecke Lennéstraße, in Rauchwolken gehüllt. Mit diesem einzigen Bild wurde Geschichte umgeschrieben: Jedem Betrachter sprang ins Auge, dass hier nicht Arbeiter für ihre Rechte streikten, wie der Westen behauptete, sondern Saboteure und Hooligans am Werke gewesen waren. Die DDR-Geschichtspolitik hatte bezogen auf den 17. Juni 1953 Erfolg, bis heute wirkt die verzerrende Darstellung nach.

Mit der „Mauer“ war das Umschreiben nicht so einfach möglich. Vergessen ließ sie sich schon gar nicht, weder im Osten, noch im Westen Deutschlands. Mit dem Bauwerk wurde allen, die es nicht übersehen wollten, Tag für Tag die „stillgestellte Situation“ der Unfreiheit in der DDR vor Augen geführt. Die Erinnerung an die Öffnung der Mauer lenkte unweigerlich das Interesse auf deren Entstehung. Die Frage blieb offen. Hingegen galt der 17. Juni 1953 oberflächlich betrachtet als „in sich abgeschlossen“, als folgenlos. Das galt weithin, wiederum im Osten und im Westen.

### **Ein neues Ausstellungskonzept**

Der „Glanz“ der Veranstaltungen zum Mauerjubiläum, die Erfahrungen mit den 2001 realisierten Programmpunkten eröffneten nunmehr aber auch der Beschäftigung mit den Juni-Ereignissen ein weiteres Feld. Die Akademie nahm sich vor, erneut einen Beitrag zu leisten. Dabei ging sie nicht davon aus, dass ihre Ausstellung von 1993 technisch und inhaltlich unverändert bleiben könnte. Inzwischen gab es neue Dokumente, vor allem zusätzliche Fo-

tos, die einzubeziehen waren. In Mitteldeutschland gab es vorzügliche ortsbezogene Ausstellungen, die den 17. Juni berücksichtigten, oder sie waren sicher zu erwarten.

Damit wollte sie nicht konkurrieren. Auch wollte sie vermeiden, eine Ausstellung zu entwickeln und zu betreiben, die nur für das Jubiläumsjahr und nur für eher förmliche Anlässe wie 1993 die Präsentation in den Landtagen galt. Leitend waren für sie die Erfahrungen mit den Zielgruppen der Jugend-

**Statt in zentrale Orte  
in mittlere und kleinere  
Städte**

ausstellung einerseits, andererseits der bei der Jugendausstellung und bei der alten 17. Juni-Ausstellung 1993 leitende Gedanke, den innerdeutschen West-Ost-Brückenschlag anzuregen und zu unterstützen und schließlich die Idee, das Gespräch zwischen Älteren, darunter die unmittelbaren Zeitzeugen, und den Jüngeren anzustiften. Zudem dachte sie nicht daran, in die für die Behandlung des Themas zentralen Orte zu gehen, also nach Berlin, Halle, Leipzig, Jena oder nach Bonn. Mittlere und kleinere Städte sollten es sein. Hier sollte die neue Ausstellung der Akademie in Verbindung mit Schulen gebracht werden. Anzustreben war, dass im Vorlauf zur Ausstellung oder während der Präsentation das Thema 17. Juni im Unterricht behandelt würde. Im Idealfall sollten die Jugendlichen sich zusam-

mern. Sie läuft seit Mitte Februar 2003 in Mecklenburg-Vorpommern, eine identische Fassung seit Ende März in Niedersachsen. Das Vorhaben kam zu einem guten Ende, weil drei Einrichtungen sich zusammengetan haben, die über eine besondere Nähe zum Thema und außerdem über Kompetenz und Erfahrung mit politischer Bildung in der Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Vergangenheit verfügen. Die Akademie kann sich auf ihre lange Beschäftigung mit innerdeutschen Fragen und die Beschäftigung mit dem Medium Ausstellungen beziehen. Der Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Schwerin (*Jörn Mothes*) und die Dienststelle Lüneburg der Bundeszentrale für politische Bildung (*Dirk Hansen*) sind durch eigene Ausstellungen und Informationsveranstaltungen bzw. durch Zeitzeugengespräche und wissenschaftliche Konferenzen über die DDR an der Auseinandersetzung mit den prägenden Entwicklungen in der DDR beteiligt. In mehreren Sitzungen wurde das Konzept zwischen den drei Trägern abgestimmt. Sie legten sich darauf fest, dass der Schwerpunkt der von ihnen geplanten Wanderausstellung auf die Situation im Norden der DDR gelegt werden sollte. Sie sollte vornehmlich in Norddeutschland, sowohl im östlichen wie im westlichen Teil, gezeigt werden. Davon erwarten sie sich Anstöße zu Begegnungen und für gemeinsame west-östliche Projekte.



Startseite der Homepage zur Ausstellung

mentun und in Arbeitsgruppen die Ereignisse 1953 in ihrer Stadt, ihrem Kreis zusammenstellen, mit Zeitzeugen sprechen und die Ergebnisse in der Ausstellung präsentieren oder zusammentragen, was sie im Gedenkjahr zum Thema fänden. Somit würde sich die neu anzufertigende Wanderausstellung mit den lokalen Arbeitsergebnissen verbinden lassen. Die Ausstellung in Verbindung mit den Schulprojekten sollte in Schulen oder zentralen Gebäuden der Bevölkerung zugänglich sein. Ziel wäre es, das Gespräch über die eigene Vergangenheit und den Umgang mit ihr in Gang zu bringen.

Dieses Projekt hat sich realisieren lassen. Die Wanderausstellung über den „17. Juni 1953“ informiert über die Ereignisse in Mecklenburg und Vorpom-

An der Finanzierung war maßgeblich die Bundeszentrale für politische Bildung beteiligt, die die notwendigen Recherchen in Archiven, die Auswahl der Dokumente für die Ausstellungstafeln und die Herstellung des Fließtextes (wissenschaftliche Bearbeitung: Frau *Beatrice Vierneisel*) übernahm. Die Stiftung zur Aufarbeitung der Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR übernahm die Kosten für die Herstellung der Ausstellung, die Bundeszentrale wiederum deren Duplizierung für die Präsentation in Niedersachsen und für die Einrichtung der Website der Ausstellung [www.sieb-zehnter-juni.de](http://www.sieb-zehnter-juni.de).

Der Norden der DDR war in das Aufstandsgeschehen in geringerem Maße einbezogen als Ost-Berlin

und Mitteldeutschland. Die Ausstellung berücksichtigt die großen Demonstrationen im Süden und die kleineren im Norden. Im Weiteren aber geht sie auf die gespannte Situation der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in der DDR in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein. Sie endet mit einem Ausblick auf die frühen Reaktionen auf den 17. Juni im Westen – und einer leeren Tafel. Diese ist Jugendlichen zur Gestaltung überlassen: für die Ergebnisse ihrer historischen Bemühungen um Rekonstruktionen des 17. Juni in ihrer Umgebung, über Gespräche mit Zeitzeugen und über die Würdigung des 17. Juni in diesen Tagen.



Jugendliche Ausstellungsbesucher mit Infomaterial

## Die Kooperation

Für die Akademie stellt sich die Kooperation mit den beiden anderen Trägern als glückliche Fügung dar. Angesichts der komplizierter werdenden eige-

nen Finanzlage und der Notwendigkeit, nur Einnahmen generierende Aufgaben zu übernehmen, wäre sie überfordert gewesen, hätte sie wie bei den genannten früheren Ausstellungen – und bei einer deutsch-russischen Ausstellung über „Vergessene Kultur – Kirchen in Nord-Ostpreußen“ in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (der Katalogband ist unter dem gleichen Titel 1998 in Husum erschienen, 3. Aufl. 2000) – die Arbeit allein tragen müssen.

Es gibt ein gemeinsames Konzept und gut untereinander abgestimmte Verfahren, die beim Betrieb der Wanderausstellung zum Tragen kommen. Wie auch bei anderen im Alleingang aus finanziellen Gründen und wegen personeller Engpässe schwer zu realisierenden Projekten bewährt sich ein regionales Netzwerk, in diesem Fall die Verbindung zwischen unterschiedlichen Trägern in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Für die Beschäftigung mit dem 17. Juni 1953 ist die Zusammenarbeit zwischen Lüneburg und Schwerin von besonderer Symbolik. Die 1953 angesichts der Zonengrenzen und des Kalten Krieges nicht mögliche West-Ost-Zusammenarbeit wird in gewissem Sinne nachgeholt. Und auch der dialogische Ansatz kann nun seine Wirkung entfalten – zwischen West und Ost und auch den Angehörigen der verschiedenen Generationen in Deutschland mit ihren jeweiligen historischen Erfahrungen.



*Dr. Bernhard Schalhorn ist Leiter der Lüneburger Akademie für Ost-West-Kooperation-Ost Akademie und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten.  
Adresse: Herderstraße 1-11, 21335 Lüneburg,  
E-Mail: schalhorn@uni-lueneburg.de*

„Der Schreck saß uns in den Gliedern, auch das Entsetzen über die Regierung Ulbricht, die immer noch über Wiedervereinigung schwafelte. Gott sei Dank, dachten wir, dass die Russen nicht bei uns sind. Das schrieb auch unsere Zeitung, die Deister- und Weserzeitung. Für uns war es noch Kalter Krieg, obwohl wir befürchteten, dass daraus ein heißer Krieg werden könnte. Was würden die Amis und Engländer jetzt tun? Wir hörten doch nur von den Helden der Arbeit, den Vorbildern – bei denen ist nichts anders geworden, das war uns klar. Das System war noch so wie früher. Die Organisationen waren doch ähnlich denen der Nazizeit, die Jugendgruppen und so. Es hieß: Da darf man nicht alles sagen und schreiben – wie zur Nazizeit. Da drüben herrschte Gleichschaltung – es fehlte die Möglichkeit der Entwicklung. Wir bekamen moralische Unterstützung für unseren Weg, auch aus der Schweiz – während unserer Berufsausbildungszeit dort. In den Familien schlug die Nachricht am 17. Juni wie eine Bombe ein: die Russen schießen auf ostdeutsche Arbeiter. Das Bild von dem Panzer mitten auf dem Platz! Von den anderen Städten hörten wir erst später. Mit dem Gedenkfeiertag – das finden wir gut – zum Gedächtnis sollte er bleiben! Wir setzten damals unsere Hoffnung auf Gespräche von Adenauer mit Ulbricht. Eigentlich haben wir die Ostdeutschen wegen ihres Systems bedauert und die schwierige Versorgungslage!!! Deshalb haben wir vom Deutschen Frauenring auch ab `53 Päckchen nach drüben geschickt – wir waren irgendwie mit dem Aufschwung beschäftigt – wir hatten Arbeit.“

*Kindergärtnerin (Jahrgang 1929) und Hauswirtschafterin (Jahrgang 1932) aus Hameln/Niedersachsen*

## Das Jahr 1953 im regionalen Gedächtnis: Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Andreas Wagner

Anlässlich der 50. Wiederkehr des Aufstands vom 17. Juni 1953 finden auch in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Veranstaltungen statt. Dabei steht das Erinnern an den 17. Juni 1953 symbolisch für eine Würdigung von Opposition und Widerstand in der DDR und geht somit über das konkrete historische Datum weit hinaus. Fast 14 Jahre nach dem Sturz der SED-Herrschaft stellt sich zudem die Frage: Wie tief verwurzelt ist kritisch-reflektierendes Nachdenken über die jüngste Vergangenheit in Mecklenburg-Vorpommern?

### Historisch-politische Bildungsarbeit zur DDR-Geschichte

Seit dem friedlichen Sturz der SED-Herrschaft entsteht in den ostdeutschen Bundesländern eine neue plurale Erinnerungskultur. Über den Platz

#### In den ostdeutschen Ländern entsteht plurale Erinnerungskultur

und die Bewertung der DDR-Vergangenheit in dieser Erinnerungskultur gibt es noch keinen gesellschaftlichen Konsens. Eine Versachlichung der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit und ihre Verankerung in die kontinuierliche Arbeit von Einrichtungen, Vereinen und lokalen Erinnerungsinitiativen ist unübersehbar.<sup>1</sup> Dass sich unter vielen ehemaligen DDR-BürgerInnen angesichts psychischer Barrieren gegenüber der Frage nach dem eigenen Verhalten, manifester Ost-West-Asymmetrien und wachsender wirtschaftlicher Probleme der Rückblick auf die DDR verklärt hat, trifft auch auf Mecklenburg-Vorpommern zu. Dennoch sind das Interesse an Aufklärung und der Wunsch nach selbstbestimmter Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit nicht erloschen. Weiterhin gehen Anträge auf Einsicht in die Stasiakten in den drei Außenstellen der Bundesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern ein: 2001 insgesamt 7.923 Anträge auf Akteneinsicht, darunter 1.890 Wiederholungsanträge. Im gleichen Jahr ließen sich mehr als 1.300 Personen durch den Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern beraten.<sup>2</sup> Die Tage der offenen Tür in den Außenstellen

der Bundesbeauftragten in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin finden weiterhin großes Interesse. Unterschiedliche Bildungsträger – von den Volkshochschulen über die Stiftungen der politischen Bildung und kirchliche Einrichtungen bis zu Vereinen und Erinnerungsinitiativen – bieten Veranstaltungen zu sehr verschiedenen Aspekten der DDR-Geschichte an. Ängste, dass nach der Wahl einer SPD-PDS-Koalitionsregierung 1998 eine kritische und offensive Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte unterbleiben würde, haben sich nicht bestätigt.

Trotz verbreiteter politischer Vorbehalte und Widerstände gaben in Mecklenburg-Vorpommern

#### Impulse für die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit

Parlament, Regierung oder freie Träger immer wieder Impulse für die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit. Als einziges ostdeutsches Bundesland initiierte das Landesparlament in Ergänzung zur Bundestagsenquete eine eigenständige Enquetekommission unter dem Titel „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, die zwischen 1995 und 1997 wissenschaftliche Expertisen in Auftrag gab und öffentliche Anhörungen durchführte. Auch wenn der Auftrag, zur Versöhnung beizutragen, nicht erfüllt werden konnte, liegt in den veröffentlichten zehn Protokollbänden ein gewichtiger Beitrag zur historischen Aufarbeitung der Geschichte der drei DDR-Nordbezirke vor.<sup>3</sup>

Unterschiedliche Erinnerungsorte rufen wichtige Aspekte der regionalen Geschichte nach 1945 ins Gedächtnis: Bereits 1993 entstand der eindrucksvolle Gedenkort bei den Massengräbern in Fünfichen am Rande Neubrandenburgs. Mahnmal und Friedhöfe erinnern an die Toten des Kriegsgefangenenlagers 1939 bis 1945 und des sowjetischen Speziallagers 1945 bis 1948. 1998 begann zögerlich und unter teilweise grotesken Umständen die Arbeit des Dokumentationszentrums für die Opfer

#### Unterschiedliche Aspekte der regionalen Nachkriegsgeschichte

deutscher Diktaturen in Trägerschaft der Universität Rostock, zunächst nur an der Rostocker Arbeitsstelle. Dort arbeitet seit Oktober 1999 die Dokumentations- und Gedenkstätte der Bundesbeauftragten. Schließlich konnte am 6. Juni 2001 unter Regie der *Landeszen-*

1 Vgl. Bernd Faulenbach, Die Aufarbeitung des SED-Systems im Kontext der Debatte um die jüngere deutsche Geschichte, in: Annegret Stephan (Hrsg.), 1945 bis 2000. Ansichten zur deutschen Geschichte. Zehn Jahre Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945 bis 1989, Magdeburg 2002, S. 17-32.

2 Drucksache 3/3144 Landtag Mecklenburg-Vorpommern vom 4.10.2003, S. 8 f.

3 Andreas Fraude, Zur Arbeit der Enquete-Kommission in Mecklenburg-Vorpommern, in: *Zeitgeschichte regional* 1998, Heft 1, S. 72 f.



trale für politische Bildung die Außenstelle des Dokumentationszentrums in der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt am Schweriner Demmlerplatz ihre Arbeit aufnehmen. Diese Gedenkstätte erinnert an unterschiedliche Verfolgungskomplexe: NS-Justiz, Sowjetische Militärtribunale und DDR-Staatssicherheit.<sup>4</sup> Neben den Gedenkstätten in Schwerin und Rostock gibt es mehrere, qualitativ unterschiedliche Ausstellungen zur Geschichte des DDR-Grenzregimes (Schlagsdorf, Boizenburg, Rüterberg). In Bützow präsentiert das Heimatmuseum im Krumpfen Haus seit November 2002 eine Dokumentation zum politischen Missbrauch des Strafvollzuges. Anhand der lokalen Gefängnisgeschichte informiert die Ausstellung über politische Häftlinge und Haftbedingungen bis 1989.<sup>5</sup> Schließlich unterhält die Stadt Malchow im ehemaligen Kino ein Museum zum DDR-Alltag. Die Fachstelle für Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern beim *Politische Memoriale e. V.* bemüht sich um eine zeitperiodenübergreifende Vernetzung und Professionalisierung der Erinnerungsarbeit an den historischen Orten.

Das vielgestaltige Bildungsangebot profitiert von einer gewachsenen Zahl regionalgeschichtlicher Forschungen. Zur Vermittlung der Forschungsergebnisse in die Bildungsarbeit sowie zum pädagogischen Erfahrungsaustausch trägt die seit 1997 halbjährlich von der *Geschichtswerkstatt Rostock e. V.* herausgegebene Zeitschrift „*Zeitgeschichte regional*“ bei. Eine intensive Bildungsarbeit leisten die drei Außenstellen der *Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen* sowie mehrere Vereine, darunter verschiedene Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen. Seit dem Jahr 2000 gibt es bei der Landeszentrale für politische Bildung das Sonderprogramm „Pro Zivilcourage – Gegen Extremismus“, aus dem auch Bildungsprojekte zur ostdeutschen Nachkriegsgeschichte gefördert werden. Besondere Erwähnung verdient die Bildungsarbeit der Behörde des Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen. Aus den Erfahrungen der psycho-sozialen Betreuung von Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft speisen sich vielfältige Bildungs-

angebote zur SBZ/DDR-Vergangenheit.<sup>6</sup> Das Projekt „DDR im Schulunterricht“ hat zu einer spürbaren Verbesserung des schulischen Lernangebots beigetragen. Daneben betreut der Landesbeauftragte zwei (Wander-) Ausstellungen, publiziert Forschungsergebnisse und Materialien für die Bildungsarbeit und fördert zahlreiche Aktivitäten anderer Initiativen.<sup>7</sup> Der Rückblick verdeutlicht, dass in Mecklenburg-Vorpommern seit Mitte der 1990er Jahre neue institutionelle Pflöcke eingeschlagen

### Inhaltliche Fortschritte unterstützen aufklärende Erinnerungsarbeit

und inhaltliche Fortschritte gemacht wurden, die eine aufklärende Erinnerungsarbeit stützen und unumkehrbar machen, auch wenn wir von einer umfassenden öffentlichen Selbstverständigung noch weit entfernt sind.

Unbestreitbar besteht eine tiefe Kluft zwischen der verbreiteten Verklärung bzw. selektiven Wahrnehmung ostdeutscher Vergangenheit und dem Bemühen um eine kritische Auseinandersetzung. Diese Kluft verläuft quer durch alle im Landtag vertretenen Parteien, aber auch durch Vereine und Familien. Schmerzhaft zu Tage getreten sind im vergangenen Jahr die Defizite in der schulischen Bildungsarbeit.<sup>8</sup> Zu oft unterbleibt die Behandlung der SBZ/DDR-Vergangenheit, von einer flächendeckenden kritischen Reflexion und Thematisierung der dunklen Seiten der DDR-Geschichte in den Schulen sind wir trotz aller erreichten Fortschritte noch weit entfernt. Eine gemeinsam in Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern durchgeführte kleine Befragung zur „Prä-

4 Johannes Beleites, Eröffnung des „Dokumentationszentrums für die Opfer deutscher Diktaturen“ im ehemaligen MfS-Gefängnis am Schweriner Demmlerplatz am 6. Juni 2001, in: *Zeitgeschichte regional* 2001, Heft 2, S. 98 ff.; Zur Vorgeschichte vgl. Andreas Wagner, Neue Gedenkstätte eingeweiht: Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen, in: *Ebenda* 1998, Heft 2, S. 78 ff.

5 Andreas Wagner, Dokumentation zum politischen Missbrauch des Strafvollzuges in Bützow, in: *Zeitgeschichte regional*, 2002, Heft 2, S. 101 ff.

6 Vgl. die Veröffentlichungen und Bildungsprojekte des Landesbeauftragten zur Problematik der Arbeit des MfS unter Kindern und Jugendlichen sowie die Wanderausstellung zur Tätigkeit der Sowjetischen Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern. Jörn Mothes u.a. (Hrsg.), *Beschädigte Seelen. DDR-Jugend und Staatssicherheit*, Bremen 1996; Anne Drescher, *Haft am Demmlerplatz. Gespräche mit Betroffenen. Sowjetische Militärtribunale Schwerin 1945 bis 1953*, Schwerin 2001.

7 Einen Überblick geben die seit 1994 veröffentlichten Tätigkeitsberichte der Behörde. Sie sind auf der Homepage des Landesbeauftragten einsehbar: [www.mvnet.de/landesbeauftragter](http://www.mvnet.de/landesbeauftragter)

8 Auf die massive Kritik reagierte der damalige Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommerns, Prof. Peter Kauffold, mit einem Brief an alle GeschichtslehrerInnen vom 5. März 2002. Die Vermittlung von DDR-Geschichte stand im Mittelpunkt des Geschichtslehrtages am 3. April 2002 in Güstrow. Vgl. die Beiträge in: *Zeitgeschichte regional* 2002, Heft 1, S. 83 bis 87.

sens des Themas SBZ und DDR im Geschichtsunterricht und der außerschulischen Bildungsarbeit“ erbrachte für Mecklenburg-Vorpommern kritische Hinweise.<sup>9</sup> Große Defizite bestanden und bestehen im Bereich der Lehrerfort- und -weiterbildung. Nicht nur, dass ein qualifiziertes Angebot des *Landesinstituts für Schule und Ausbildung* fehlt, auch nutzen die LehrerInnen zu wenig die Bildungsangebote anderer Träger. Unter den 24 zurückgesandten Fragebögen fanden sich in 16 keine Angaben über besuchte Fortbildungsangebote zur DDR-Geschichte. Zwei Befragte verwiesen auf Fortbildungsveranstaltungen am Anfang der 1990er Jahre. Hier besteht nach wie vor ein Defizit in der Entwicklung eines auf die Schulpraxis zugeschnittenen dezentralen Angebots. Auf der anderen Seite erscheint es notwendig, LehrerInnen stärker zu motivieren, selbstständig nach Angeboten zu suchen und Verantwortung für die Qualitätssicherung ihres Unterrichts zu übernehmen. Die Befragung macht ebenfalls deutlich, dass für ein entfaltetes Methodenrepertoire und eine stärkere Anwendung von Gruppen- und Projektarbeit im Unterricht zumeist die organisatorisch-zeitlichen Voraussetzungen fehlen. Die Einbeziehung außerschulischer Lernorte zur DDR-Geschichte in den Unterricht gelingt nur selten. Auch in den Gedenkstätten und Museen ist mehr möglich als die Standardführung mit abschließender Diskussion. Werden Themen zur SBZ/DDR-Geschichte angesprochen, berichten die Befragten von einer sehr guten Resonanz unter den SchülerInnen. Das Festhalten an der chronologisch-umfassenden Vermittlung einer riesigen Stoffmenge im Geschichtsunterricht führt häufig zum Verzicht auf die jüngste Geschichte. Viele Geschichtskurse enden mit dem Mauerbau 1961, der Gründung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten 1949 oder sogar noch früher. Ebenso fiel in den ausgewerteten Fragebögen auf, dass Themen wie Staatssicherheit oder Opposition und Widerstand kaum oder gar nicht als eigenständige Themen im Geschichtsunterricht genannt werden. LehrerInnen nutzen für die Arbeit eine breite Palette von Material. Jedoch bezogen nur zwei LehrerInnen aus unserem Sample Zeitzeugen in den Unterricht ein. Auf ihre Wünsche befragt, rangierten didaktisch aufbereitetes lokal- und regionalgeschichtliches Material sowie Filme oder CD-ROM ganz oben.

9 Heidi Behrens/Andreas Wagner, Das Thema „SBZ/DDR“ im Geschichtsunterricht und in außerschulischen Bildungsveranstaltungen von Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, Ms. 2002. In Mecklenburg-Vorpommern schickten von den 128 angeschriebenen Schulen 24 ausgefüllte Fragebögen zurück.

## Das Jahr 1953 im Norden der DDR

Auch wenn die Proteste und Demonstrationen um den 17. Juni 1953 an den drei Nordbezirken der DDR nicht spurlos vorbei gingen, lagen die Zentren der Erhebung unbestreitbar in den industriellen Ballungsgebieten. In Rostock, Wismar und Stralsund kam es vor allem auf den Werften zu massiven Protesten, deren Übergreifen auf andere Betriebe und die Städte nur durch den Einsatz von Militär verhindert werden konnte. Während am 17. Juni im Rostocker Dieselmotorenwerk die Arbeit ruhte, legten am 18. Juni auch die Beschäftigten auf den Werften und in einigen Zulieferbetrieben die Arbeit nieder. Sowjetische Soldaten und ostdeutsche Kasernierte Volkspolizei hinderten die Werftarbeiter daran, in die Städte zu marschieren. Auf der Warnowwerft in Rostock-Warnemünde forderte die Belegschaft Korrekturen in der Normenfrage und soziale Verbesserungen, aber auch politische Veränderungen wie den Sturz der Regierung oder das Hissen der schwarz-rot-goldenen Fahne. Zugeständnisse nach den Verhandlungen sowie der massive Einsatz von Sicherheitskräften führten dazu, dass bereits am folgenden Tag die Produktion wieder aufgenommen wurde. Volkspolizei und Staatssicherheit verhafteten später im Bezirk Rostock 81 Personen, gegen 38 Personen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.<sup>10</sup> Ansonsten blieb die Situation in den landwirtschaftlich geprägten Gebieten der drei Nordbezirke an diesen Tagen relativ ruhig.

Die Fixierung auf das Datum verstellt jedoch den Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Folgen der SED-Politik nach der 2. Parteikonferenz im Juli

1952, der ein Schwenk in der sowjetischen Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 voraus-

ging. Die SED-Führung versuchte ihre Position mit einer forcierten Übertragung des sowjetischen Gesellschaftsmodells auf Ostdeutschland zu festigen. Sie begann mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, trieb den weiteren Abbau des privaten Gewerbes voran, ersetzte die Länder durch eine Bezirksstruktur, forcierte den Ausbau der Schwerindustrie und eine Militarisierung der DDR. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen wurden soziale Leistungen zurückgefahren, Normen erhöht und Löhne eingefroren. Die proklamierte Verschärfung des Klassenkampfes weitete die brutale Unterdrückung von Andersdenken-

10 BStU, MfS, SdM Nr. 249, Bl. 2-15; *Ostseezeitung* vom 17. Juni 1993, S. 9.

den oder einfach nur Unbequemen stark aus. Die Häftlingszahlen explodierten, in gleicher Geschwindigkeit wuchs die Fluchtwelle nach Westdeutschland.

Die Menschen im Norden wurden von den beschlossenen Maßnahmen unterschiedlich betroffen. Verwaltungsreform und soziale Einsparungen

### Auf- und Ausbau von Militärstandorten

wirkten sich flächen- deckend aus. Dagegen erreichte der Ausbau der Schwerindustrie vor allem die Wertstandorte und ihre Zulieferbetriebe. Die beschleunigte Remilitarisierung schlug sich im Auf- und Ausbau von Militärstandorten an der Ostseeküste nieder. Die kurzzeitig existierende Organisation „Dienst für Deutschland“ errichtete Lager für Tausende junge Leute im Nordosten der DDR.<sup>11</sup> In den landwirtschaftlich dominierten drei Nordbezirken sorgten der juristische und ökonomische Druck sowie der gewaltige Propagandaaufwand zum Eintritt in die LPG für Unruhe. Durch Enteignung oder Flucht verwaisten viele Höfe. Allein im IV. Quartal 1952 verließen 209 Klein- und Mittelbauern sowie 124 Großbauern den Bezirk Schwerin.<sup>12</sup>

Seit Ende Februar 1953 verbreitete die Enteignungswelle von Hotel- und Gaststättenbesitzern in

### Gastronomie kam in Staatseigentum

den Ostseebädern Angst und Schrecken. Unter dem Tarnnamen „Aktion Rose“ verhafteten Volkspolizei und Staatssicherheit 447 Personen, die überwiegend im Zuchthaus Bützow-Dreibergen eingesperrt und nach kurzer Zeit vor ein Sondergericht gestellt wurden. Andere konnten rechtzeitig in den Westen fliehen. Auf diese Weise kamen 440 Hotels und Pensionen sowie 181 Gaststätten, Wohnhäuser und Wirtschaftsbetriebe in Staatseigentum.<sup>13</sup>

Ebenfalls Anfang 1953 eskalierte der Konflikt zwischen Staat und Kirche. SED und FDJ erklärten die Junge Gemeinde zu einer „Feindorganisation“; viele Oberschüler wurden auch im Norden der DDR wegen ihres Glaubensbekenntnisses von den Schulen verwiesen. Die Evangelischen Studentengemeinden in Rostock und Greifswald sahen sich einem enormen Verfolgungsdruck ausgesetzt. In

einzelnen Schauprozessen verurteilte die DDR-Justiz kirchliche Mitarbeiter zu langjährigen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen.<sup>14</sup>

### Die Erinnerung an den 17. Juni nach 1990 in Mecklenburg-Vorpommern

Welche Ereignisse und Schicksale sind noch im regionalen Gedächtnis präsent oder müssen mühsam erst wieder bekannt gemacht werden? Trotz der

### Zeitzeugen und Spuren erinnern an Opfer von Verfolgung und Terror

Tabuisierung der Ereignisse in der DDR und der Mystifizierung in der alten Bundesrepublik ist im Osten die Vergangenheit sehr unmittel-

bar. Unter uns leben noch viele Zeitzeugen, erinnern Gebäude und andere Spuren an die Opfer von Verfolgung und Terror. Die Lebensgeschichten bezeugen unwiderlegbar juristische Willkür, Brutalität und ideologische Verblendung. Über ihre oft traumatischen Erlebnisse konnten die Betroffenen öffentlich erst nach 1989 erzählen. Zum Beispiel *Margarete Wegener*: Sie geriet als 25-jährige Katechetin der Kirchgemeinde Brüel in das Räderwerk der staatlichen Repression. Am 27. Februar 1953 verhaftet, sollte sie in den Verhören ihrem Glauben und der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit abschwören. Das Bezirksgericht Schwerin verurteilte sie wegen angeblicher „Kriegs- und Boykotthetze“ zu acht Jahren Zuchthaus. Eine Begnadigung öffnete ihr Ende Dezember 1955 die Gefängnistore der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen. Erst 1988 schrieb sie sich ihre schmerzvollen Erinnerungen von der Seele und konnte sie Anfang 1990 veröffentlichen.<sup>15</sup>

*Ilse Fridrich*, Eigentümerin des Kinderheims Forsteck im Ostseebad Kühlungsborn, wurde gemeinsam mit ihrer Mutter im Februar 1953 verhaftet, verurteilt und enteignet. Als „Wirtschaftsvergehen“ legten ihr die Richter den Kauf eines Mantels in Westberlin zur Last. Nach dem 17. Juni folgte die Kehrtwende: Die DDR-Justiz entließ Frau Fridrich aus dem Gefängnis Bützow-Dreibergen. Nach zähem Kampf erhielt sie das Haus „Forsteck“ zur Nut-

11 Vgl. *Michael Buddrus*, Die Organisation „Dienst für Deutschland“. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR, Weinheim 1994.

12 *Klaus Schwabe*, Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin 1995, S. 21.

13 *Falco Werkentin*, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997, S. 56 ff.

14 *Martin Onnasch*, Gefährliche Jugend? Zum sogenannten „zweiten Kirchenkampf“ in der pommerschen Kirche 1952/53, in: *Zeitgeschichte regional* 2002, Heft 2, S. 25 ff. Überblick zu den Ereignissen: *Hermann Wentker*, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 42. Jahrgang, 1994, S. 95-127.

15 *Margarete Wegener*, Meine schlimmen Jahre, in: *studienhefte zur mecklenburgischen kirchengeschichte* 1990, Heft 1, S. 20-38.

zung zurück, ihr Tischlereibetrieb blieb dagegen Volkseigentum. Jedoch durfte Frau Fridrich nicht mehr als Pädagogin in ihrem Kinderheim arbeiten, sondern nur noch als Wirtschaftsleiterin. Unter den restriktiven Bedingungen der Planwirtschaft ein privates Kinderheim durchzubringen, erwies sich als äußerst schwierig; so gab Ilse Fridrich 1978 auf und verkaufte an den Staat – der Endpunkt einer schleichenden Enteignung. Nach der deutschen Einheit erhielt sie zwar eine Entschädigung für die enteignete Tischlerei, aber den Restitutionsanspruch für das Heim lehnte das Gericht ab.<sup>16</sup> Einzelne Projekte bemühen sich sehr intensiv um die lebensgeschichtlichen Erinnerungen dieser Zeugen. Der NDR hat in eigenständigen Hörfunk- und Fernsehbeiträgen im Regionalprogramm sowie in Veröffentlichungen und auf CD's zur Verbreitung lebensgeschichtlicher Erinnerungen beigetragen.<sup>17</sup>

Blickt man auf den öffentlichen Umgang mit dem historischen Datum des 17. Juni 1953 in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 zurück, fällt auf, wie konturlos und sporadisch die Aktivitäten bisher blieben. Konjunktur hatte das Ereignis nur am „runden Jahrestag“ 1993. Die Ostseezeitung berichtete über die Proteste in Rostock, veröffentlichte Auszüge aus einem Tagebuch des Schiffbaustudenten Günther Hecking, der seine Erlebnisse auf der Warnowwerft am 18. Juni festgehalten hatte.<sup>18</sup> Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* gab eine vom Historiker *Klaus Schwabe* zusammengestellte Dokumentation über den 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern heraus. 1995 versuchte der VOS, mit einem Schweigemarsch zur Gedenktafel am ehemaligen Sitz der Staatssicherheit in Schwerin an den Aufstand des 17. Juni, aber auch an andere Opfer kommunistischer Gewalt zu erinnern. Die Sondersitzungen des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern zum 17. Juni im Jahr 1999 erreichten

keine größere Öffentlichkeit und blieben auch in der regionalen Berichterstattung im Schatten der Berliner Gedenkveranstaltungen. Einzelne Repressalien errangen eine größere Aufmerksamkeit wie die Zwangsausiedlungen an der Grenze von 1952 und die Aktion Rose. Der 2002 erfolgreich präsentierte Dokumentarfilm „Dann standen wir vor dem Nichts...“ über die Enteignungswelle an der Ostsee von *Reinhard Joksch* trug sehr zur Verbreitung des Wissens über die damaligen Ereignisse und ihre bis in die Gegenwart reichenden Folgen bei.<sup>19</sup>

Das Gedenken an die Opfer staatlicher Willkür und politischer Verfolgung, Wiedergutmachung zu leisten und den Opfern öffentliche Aufmerksamkeit entgegen zu bringen, gehört zu den in Auseinandersetzung mit der NS-Zeit entwickelten Standards unserer demokratischen politischen Kultur. Das Verstehen von historischen Zusammenhängen in der Bildungsarbeit verlangt aber auch nach Multiperspektivität und Fragen nach Gründen für das

**Standards für Gedenken und Auseinandersetzung**

Fortbestehen der SED-Herrschaft. Die Beschränkung auf Repression und Widerstand würde ein unvollständiges Bild erzeugen.

Für viele Menschen schuf der Aufbau einer Schwerindustrie, der Austausch der Eliten und die strikte Abgrenzung gegenüber der NS-Vergangenheit neue Lebensperspektiven und geistige Identifikationsangebote. Mit dem Auf- und Ausbau der Wertindustrie verbanden sich neue berufliche Perspektiven, der Elitenwechsel bot sozialen Aufstieg, breite Bevölkerungskreise erlangten erstmals Zugang zu einer Hoch- und Fachschulausbildung etc.<sup>20</sup> Dazu gehörte ein Mindestmaß von politischem Wohlverhalten; Repression und Willkür drohten permanent. Außerdem konnte man sich den Zumutungen immer noch durch Flucht in den Westen entziehen. Auch Fragen zum gegenseitigen Verhältnis der beiden deutschen Staaten und zum historischen Kontext des Datums gehören zur vielschichtigen Auseinandersetzung mit der Geschichte des 17. Juni, zu einer Erinnerungskultur, die nicht einem einfachen dichotomischen Weltbild erliegt und dennoch den Mut der Aktivisten und das Leid der Opfer öffentlich würdigt.

14 *Martin Onnasch*, Gefährliche Jugend? Zum sogenannten „zweiten Kirchenkampf“ in der pommerschen Kirche 1952/53, in: *Zeitgeschichte regional* 2002, Heft 2, S. 25 ff. Überblick zu den Ereignissen: *Hermann Wentker*, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 42. Jahrgang, 1994, S. 95-127.

15 *Margarete Wegener*, Meine schlimmen Jahre, in: *studienhefte zur mecklenburgischen kirchengeschichte* 1990, Heft 1, S. 20-38.

16 *Ernst-Jürgen Walberg/Thomas Balzer*, Erinnerungen für die Zukunft. Geschichten und Geschichte aus dem Norden der DDR, Bonn 1999, S. 88-103.

17 Vgl. CD Erinnerungen für die Zukunft, Schwerin 1996; Doppel-CD Über den Tag hinaus. Lieder und Collagen aus der Zeit des Aufbruchs 1989/90, Schwerin 1999.

18 *Ostseezeitung* vom 17. Juni 1993, S. 9.

19 Der Film kann mit einem Begleitheft bei der *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* in Berlin erworben werden.

20 Vgl. *Hanna Haack*, Aufsteiger in der Neptunwerft: Mobilität im Industriesystem der SBZ/DDR bis 1960, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2001, Heft 3, S. 424 bis 445.

Mehrere Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr sind Ausdruck eines konkreten, regional bezogenen Erinnerns.<sup>21</sup> Der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen bereitet für den 17. Juni eine Gedenkveranstaltung in Rostock vor. Im Gefängnisstandort Bützow arbeitet die Stadt in Kooperation mit der *Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Memoriale e. V.* und dem *Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen* an der Vorbereitung eines Treffens ehemaliger politischer Häftlinge aus den Jahren 1945 bis 1989. Viele andere Veranstaltungen wie Seminare, Vorträge und Lesungen thematisieren unterschiedliche Aspekte der Geschichte des Jahres 1953.

Der 17. Juni zählt zu den Schlüsseldaten der DDR-Geschichte, doch können junge Leute nur schwer etwas mit diesem Datum anfangen, wie der DDR-Geschichtstag der Stralsunder Schulen 2002 zeigte. Unter den zahlreichen Workshops fanden Themen wie Sport und Sportpolitik in der DDR, Stasi und

#### Unkenntnis über Schlüsseldatum der DDR-Geschichte

Jugendliche sowie Kirche in der DDR großes Interesse. Die mangelnde Resonanz auf den Workshop zum 17. Juni

erklärte sich auf Nachfrage durch einfache Unkenntnis. Diesem Nichtwissen versucht der Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen M-V mit einer kleinen Wanderausstellung zum 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern abzuwehren. Die Ausstellung bettet die regionale Geschichte des 17. Juni in einen breiten historischen Kontext ein. An sieben Stationen soll die Ausstellung zwischen Februar und Juni zur Beschäftigung mit der Vergangenheit motivieren. Die letzte Ausstellungstafel bleibt jeweils leer, um Platz für die Präsentation lokalgeschichtlicher Recherchen der SchülerInnen zu lassen. Außerdem erleichtert eine Begleitbroschüre mit Dokumenten zur regionalen Geschichte des Jahres 1953 die Einbeziehung in den Unterricht.

Auf eine Kooperation zwischen dem Projekt „Lehren und Lernen im Netzwerk Weiterbildung“ beim *Volkshochschulverband M-V* und *Politische Memoriale e. V.* ging eine Veranstaltungsreihe im März 2003 zum Dokumentarfilm über die Aktion Rose zurück. Veranstaltungen an sechs Orten trugen zur Popularisierung des Films bei und regten zu Gesprächen mit Zeitzeugen an. Zu der Reihe gehörte auch ein Seminar über pädagogische Zugänge zur



Schüler und Schülerinnen besichtigen die Wanderausstellung

Auseinandersetzung mit dem Jahr 1953 im Schulunterricht. Gemeinsam mit LehrerInnen suchten wir nach Anknüpfungspunkten in den Rahmenlehrplänen, inhaltlichen Bezügen und möglichen Lernformen. Eine Projektidee zur Einbeziehung des Films im Schulunterricht schloss die Veranstaltung.

Historisch-politische Bildung im dünn besiedelten Flächenland Mecklenburg-Vorpommern benötigt mobile Angebote zum schulischen und außerschulischen Lernen, die schnell abrufbar sind und auch in die Peripherie ausstrahlen. Lokale Spuren von großen gesellschaftlichen Entwicklungen nachzuweisen, erregt Aufmerksamkeit. Um Angebote landesweit abrufen zu können, ist eine gute Informationsarbeit und ein lebendiges Netzwerk von Initiativen notwendig. Dabei ist die Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit keine Aufgabe nur von historischen Vereinen bzw. Opferverbänden, sondern sollte zum Alltag gehören, gerade weil dieser Teil unserer Vergangenheit noch nicht wirklich vergangen ist. Gesprächsräume, in denen man mit Zeitzeugen diskutiert, einen Film oder eine Wanderausstellung zeigt, lassen sich überall finden. Für diese öffentliche Selbstverständigung über die eigene jüngste Vergangenheit sind kreative Ideen und Durchhaltevermögen gefragt, gerade nach runden Jahrestagen.



Dr. Andreas Wagner arbeitet als Historiker im *Politische Memoriale e. V.*, Fachstelle für Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern, und ist dort zu erreichen unter der Adresse Severinstraße 6, 19053 Schwerin; E-Mail: wagner-rostock@t-online.de

21 Einen Überblick zu weiteren geplanten Veranstaltungen verschiedener Bildungsträger und Landeseinrichtungen in: *Zeitgeschichte regional* 2002, Heft 2, S. 131 ff.

## „Dialog der Kulturen“

Hat der zivilgesellschaftliche Diskurs noch eine Chance?

Johannes Schillo

Johannes Schillo berichtet über einen Kongress, auf dem der Dialog der Kulturen im Mittelpunkt von Vorträgen und Diskussionen stand. Er stellt die dort vertretenen Positionen und Kontroversen vor und kommentiert sie unter der Fragestellung, welche Herausforderungen der außerschulischen politischen Bildung aus den auf dem Kongress erörterten Problemen und Aufgaben erwachsen.

Dass Schurkenstaaten, Diktatoren & Despoten – also die unliebsamen, unmaßgeblichen Herrschaften, die von maßgeblicher Seite auf der „Achse des Bösen“ verortet werden – nur die Sprache der Gewalt verstehen, ist heute breiter Konsens, der vom US-Präsidenten bis zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz reicht. Schlechte Zeiten für den Dialog, speziell den der Kulturen, mag man denken, zumal hier ja schon seit Jahren die Diagnose vom weltkriegsträchtigen „Clash of Civilizations“ das Feld behauptet. So schien der Bundeskongress Politische Bildung 2003 mit seinem Motto „Dialog der Kulturen: Politik, Gerechtigkeit, Menschenrechte“ von vornherein auf verlorenem Posten zu stehen – leicht im Abseits und neben den tagespolitischen Ereignissen, wie es der Profession gern vorgehalten wird.

Doch das war in Braunschweig nicht der Fall. Die rund 1 000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die auf *Einladung der Deutschen Vereinigung für politische Bildung (DVPB)* und der *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* vom 6. bis 8. März 2003 zum 9. Bundeskongress kamen, erlebten und führten eine engagierte, auf die gegenwärtigen Herausforderungen bezogene Auseinandersetzung, die nicht zuletzt demonstrierte, wie lebensnotwendig Politisierung für die politische Bildung ist. Daran anknüpfend hier einige Informationen und Überlegungen zum Stand der interkulturellen, Dialog orientierten Bildungsarbeit in schweren Zeiten.

### Kontroversen und Konsens

Die DVPB hatte bereits ihren 8. Bundeskongress zur politischen Bildung im Jahr 2000 (Potsdam, 16. – 18. März 2000) unter das Leitthema der Internationalisierung gestellt. Vorausgegangen war dem im September 1998 der Fuldaer Kongress der Bundeszentrale „Wege in die Zukunft“, der sich ebenfalls mit globalen Perspektiven beschäftigte, dabei allerdings konformistisch mit der Globalisierungs-Thematik umging und überhaupt – im Blick auf die ak-

tuelle Lage der Profession oder zeitgeschichtliche Fragen – einer harmonisierenden Dramaturgie folgte.<sup>1</sup>

Von einem solchen Ausweichen vor Kontroversen war in Braunschweig wenig zu spüren, wenn auch in einzelnen Fällen die Eindeutigkeit der Alternativen oder der Diskussionsverlauf zwischen den Kontrahenten zu wünschen übrig ließ. So stand die Sektion 8 unter der Überschrift „Demokratie lernen – eine wichtige Kontroverse“, zu der u. a. Prof. *Wolfgang Sander*, Prof. *Gerhard Himmelmann* und Prof. *Peter Massing* als Diskutanten geladen waren. Letzterer wurde dann in der Debatte durch Prof. *Gotthard Breit* vertreten, wobei das Statement bezeichnender Weise unter die offenere Fragestellung „Demokratie lernen und Politik lernen – ein Gegensatz?“ gerückt worden war.<sup>2</sup> Auch *Himmelmanns* Ausführungen gingen in die Richtung, dass hier weniger eine inhaltliche Kontroverse als eine unterschiedliche Akzentuierung, wenn nicht sogar ein Problem der Etikettierung vorliege. Dass das Wort „politische Bildung“ unguete Konnotationen mit sich führt, dass „Civic Education“ vielleicht besser klingt (zumindest für Angelsachsen), dass „Demokratie Lernen“ auf die zentrale Demokratie-Fähigkeit fokussiert oder den Bildungsbegriff auf den Lernbegriff verkürzt etc. – das alles sind uferlose Debatten, die man am besten pragmatisch beendet.

Oder die Sektion 4 widmete sich der Thematik „Grenzen der Freiheit – Gefahren der Sicherheit? Menschenrechte im Widerstreit“. Dr. *Bernd Grzeszick* legte die Notwendigkeit einer Einschränkung von Menschenrechten dar, die sich dann ergebe, wenn der moderne Staat das von ihm hergestellte Gewaltmonopol, d. h. die innere „Friedensordnung“, in Gefahr sehe: „Wird die Frie-

1 Zur Einführung des Globalisierungs-Diskurses in die politische Jugend- und Erwachsenenbildung und zu den Diskussionen in Fulda vgl. „Globalisierung und nationale Identität“ in AB 3/99, S. 315 ff. Ein kritischer Kommentar zum Fuldaer Kongress findet sich in AB 3-4/98, S. 400.

2 Arbeitsunterlagen, Statements und Referate des Braunschweiger Kongresses sind auf der Homepage der Bundeszentrale ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) einsehbar. Zu der besagten Kontroverse vgl. auch *Gotthard Breit/Siegfried Schiele* (Hrsg.), *Demokratie-Lernen als Aufgabe politischer Bildung*, Schwalbach/Ts. 2002. Dort ist *Peter Massing* mit dem Beitrag „Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen?“ vertreten.

densordnung des modernen Staates in ihrer Existenz bedroht, tritt deshalb die Bindung an die Menschenrechte zugunsten der Verteidigung der Friedensordnung zurück.“ (Thesen zur Sektion 4) Das ist schon ein prekärer Sachverhalt. Menschenrechte sollen staatliche Gewaltausübung begrenzen und stehen dabei immer in einem Spannungsverhältnis zu deren weit reichenden Ansprüchen. Doch selbst in dieser Polarität, als Gegenspieler der Staatsgewalt, verfügen sie nicht über eine Bestandsgarantie, sondern sind den staatlichen (Notstands-) Definitionen untergeordnet. So tauchte in der Debatte die Frage auf, ob sich die Demokratie nicht in ihren Sonntagsreden mit Titeln schmückt, die allein für Schönwetterperioden gelten und suspendiert werden, wenn es ernst wird.

Die Gegenrede unter dem Titel „Grund- und Menschenrechte in Gefahr?“ führte Prof. *Roland Roth* bzw. führte sie nicht, denn er wechselte die Ebene und fragte danach, ob die im Namen der Terrorismus-Abwehr vorgenommenen Einschränkungen der Bürgerrechte wirklich mehr Sicherheit bringen. Handelt es sich nicht eher um symbolische Politik? DVPB-Vorsitzender Prof. *K. Peter Fritzsche* machte in der Moderation auf diese Verschiebung aufmerksam, doch der Widerstreit wollte nicht recht gelingen. Roth, seit langem im *Komitee für Grundrechte* engagiert, bekannte sich apodiktisch zur Geltung der Menschenrechte, von denen sowieso jeder weiß, dass sie mit den feierlichsten Deklarationen in die Welt gekommen sind, und genau so, dass damit noch nichts über ihre praktische Reichweite ausgesagt ist. Gerade im realpolitischen Alltagsgeschäft werden sie – wie in *Grzeszicks* Legitimation vorgeführt – je nach staatlichem Bedarf modelliert und neu bestimmt.

Die anwesenden Politiklehrer brachten dies in der Diskussion als Glaubwürdigkeits-Problem des Unterrichts zur Sprache. Der Pädagoge bekennt sich vormittags zur absoluten Gültigkeit der Menschenrechte und legt die Schüler auf die demokratischen Werte fest; am selben Abend informieren die Fernsehnachrichten darüber, dass maßgebliche Persönlichkeiten die Möglichkeit der Folter ‚andenken‘ und dass dies statt auf einhellige Ablehnung auf viel Verständnis stößt. Resultat: Die jugendlichen Laien wundern sich, der Fachmann steht wieder einmal als weltfremder Idealist da.

Das Aufgreifen der deutschen Folter-Diskussion von Anfang 2003 (ausgelöst durch den Frankfurter Entführungsfall *Metzler*) sorgte für die selbstkritische Note in der Diskussion der Arbeitsgruppe, die sich sonst vor allem mit den US-Entwicklungen be-

fasste – Entwicklungen, die unübersehbar, so das Referat von Prof. *Margit Mayer*, an totalitäre Regime, aber auch an uramerikanische Traditionen wie

### **Unveräußerliche Grundrechte haben Status von abhängiger Variable**

die Hexenjagd der *McCarthy*-Ära erinnern. Mit dem deutschen Beispiel wurde grundsätzlich deutlich, dass die angeblich unveräußer-

lichen Grundrechte den Status einer abhängigen Variable besitzen. Auch ohne einen erkennbaren staatlichen Notstand finden bei Gelegenheit Vorstellungen Zuspruch, die auf Außerkräftsetzung von Menschenrechten zielen. Im vorliegenden Fall wurde das gesunde Volksempfinden freilich gebremst – von politischen Kalkulationen, die sich zwar gern der Aufregung ums Kinderschänden, -quälen etc. beim Ausbau des Überwachungsstaates bedienen, aber dann doch die förmliche Aufkündigung des Rechtszustandes für verfehlt, zumindest an dieser Stelle für verfrüht halten. Das war nämlich der Konsens der Experten-Diskussion: Sollte es in Deutschland zu einem Anschlag vom WTC-Kaliber kommen, dann sei es um die Bürgerrechte genau so schlecht bestellt – wie etwa, um ein krasses Beispiel zu nehmen, in den USA!

### **Politisierung der politischen Bildung**

Die Diskussion auf dem Kongress fächerte sich in gut zwei Dutzend Sektionen und Workshops auf, deren Podien entlang der fachlichen oder politischen Alternativen, die hierzulande zählen, prominent oder markant besetzt waren. Wichtig war dabei die politische Zuspitzung, die durch den Eröffnungsteil in den Kongressverlauf hineinkam.

Hier ist vor allem das einführende Referat von Prof. *Hans Küng* zum Thema „Weltpolitik und Weltethos – Zum neuen Paradigma internationaler Beziehungen“ zu nennen, das in der Braunschweiger Stadthalle von über 1.000 Zuhörern mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nun ist das von *Küng* betriebene „Projekt Weltethos“<sup>3</sup> nicht unbedingt dazu geeignet, die Auseinandersetzungen auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen, handelt es sich hier doch um den Versuch, auf höchster Ebene, also über allen Wolken schwebend, in einem Parlament der Weltreligionen gemeinsame sittliche Ma-

3 Siehe seine Veröffentlichung „Projekt Weltethos“, München 1990, zuletzt: „Weltpolitik und Weltethos – Status quo und Perspektiven“, Wien 2002. Seine aktuelle Position hat *Küng* auch in einem „*Spiegel*“-Interview (Nr. 12/03) dargelegt.

ximen zu formulieren, die dann dem Hauen und Stechen auf dem Globus Einhalt gebieten sollen.

Das Unterfangen leidet einerseits an einer religiösen Paradoxie, verlangt es doch von den Religionen, so *Küng* in seinem Vortrag, dass sie ihren Absolutheitsanspruch aufgeben („keine Religion ist

**Religionen müssen Absolutheitsanspruch aufgeben**

absolut im Recht, keine hat die ganze Wahrheit gepachtet“), also gerade das, was ihre Substanz ausmacht, in Frage

stellen (lassen). Religionen sind ja die alle menschliche Relativität übersteigende Hinwendung zum Absoluten, das sich im Gott des Islam, des Christen- oder Judentums offenbart – womit sich der religiöse Standpunkt dem Menschenwerk in seiner Endlichkeit und Bedingtheit enthoben weiß. Und genau das soll er laut *Küng* praktizieren und sich dabei zurücknehmen. Die geforderte Relativierung hat natürlich ihre ehrwürdige geistesgeschichtliche Tradition, was sie aber nicht besser macht. Letztlich zeigt sich hier, dass die funktionalistische Betrachtung der Religion – Hauptsache, der Mensch hat einen Halt im Meer der Kontingenz – inzwischen bei den Religionen selber angekommen ist: eine erstaunliche Verbindungslinie von *Karl Marx* und seinem Diktum über die Religion als „Opium des Volkes“ bis zum Trierer Bischof *Reinhard Marx*, der für die religiöse Vertiefung bzw. Überhöhung der Sittlichkeit damit wirbt, dass „ohne Ethik als Kitt in den Fugen ein gesellschaftliches Gefüge kaum halten“ kann.<sup>4</sup> Religion als Uhu plus der Gesellschaft? *Küng* selber dürfte übrigens der religiöse Absolutheitsanspruch nicht fremd sein. Der streitbare Theologe hat sich ja seinerzeit in der katholischen Kirche den Dissidenten-Status erworben, weil er mit der Hierarchie darüber in Streit geraten war, wer den Status der Unfehlbarkeit – also die logische Folge aus der Verfügung über Gottes Wort – für sich beanspruchen darf: der Papst, das Konzil oder

die Kirche als Ganzes, die dann wohl vor allem durch ihre Theologen spricht...

Andererseits leidet das projizierte Weltethos an seiner Luftigkeit – und das in einer Zeit, in der schon die Vereinten Nationen und das über ihnen schwebende Völkerrecht durch die realen weltpolitischen Machtverhältnisse, sprich den Weltherrschafts-Anspruch der USA, ihrer relativen Bedeutungslosigkeit überführt werden. So sind die Beschlüsse des Religions-Parlaments zwar in die Beratungen der UN eingebracht worden, doch hat die amerikanische Öffentlichkeit – auf dieses Indiz wies *Küng* besonders hin – von dem Vorgang überhaupt keine Notiz genommen, die Presse keine einzige Meldung dazu gebracht. Aus der Enttäuschung, dass das Weltethos ins Reich der frommen Wünsche herabgestuft wurde, speiste sich wohl zu einem guten Teil *Küngs* fulminante Anklagerede gegen die globale Hegemonialrolle der USA. Den Schlusspunkt der Rede bildete sein Plädoyer für eine neue Weltgemeinschaft, die sich (in Übereinstimmung mit der Weltethos-Erklärung des Religions-Parlaments) durch vier Prinzipien auszeichnen soll:

**Plädoyer für neue Weltgemeinschaft**

durch eine Kultur der Gewaltlosigkeit und der Ehrfurcht vor allem Leben, durch

eine Kultur der Solidarität und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, durch eine Kultur der Toleranz und ein Leben in Wahrhaftigkeit, durch eine Kultur der Gleichberechtigung und die Partnerschaft von Mann und Frau. Lauter Ziele, die – wie *Küng* ausführte – in Gegensatz zu dem fundamentalistischen Programm der Bush-Administration stehen.

*Küng* argumentierte transparent, engagiert und nach seinen Prämissen konsequent, um gegenüber dem herrschenden Unilateralismus elementare ethische Grundlagen der Weltpolitik zu behaupten. Wie immer man seine Begründungen, etwa die Bezugnahme auf das *Bellum-Justum*-Konstrukt, im Einzelnen beurteilen mag, er führte anschaulich vor Augen, was Aufgabe politischer Bildung ist: Er gab Kriterien dafür an die Hand, wie ein rationales politisches Urteil zu treffen ist, und führte die Aufgabe angesichts der brisanten Vorkriegssituation konkret durch. Auf dem gut besetzten Eröffnungspodium (*Marieluise Beck*, Prof. *Christian Hacke*, Prof. *Udo Steinbach*, Landesbischof *Friedrich Weber*) nahm der Politologe *Hacke* dazu tendenziell die Gegenposition ein, indem er versuchte, *Küngs* Ausführungen in die Ecke des „Moralisierens“ zu stellen. *Hacke* eröffnete sein Statement mit der Bemerkung: „Wohl selten habe ich mich so unsicher

4 *R. Marx*, „Grenzen und Chancen eines Dialogs der Religionen – Vom Miteinander der Kulturen aus christlicher Sicht“, in: *Erwachsenenbildung* 3/02. Der Aufsatz schafft im Anschluss an den Theologen *Karl Rahner* die Quadratur des Kreises, wenn er einen echten Dialog beschwört, in dem „gerade eine grundsätzlich universelle, sich absolut setzende Weltanschauung“, also der christliche „universale Anspruch“, zur Geltung kommen soll, wobei die absolut gesetzte Anschauung „sich allem öffnet und auch so den Grund des Neins des Gegners in sich selbst zu entdecken sucht und weiß, dass sie diesen Grund nur überwindet in ein volleres Ja, wenn sie ihm standhält und so sich selber wagt“ (*Rahner*).



gefühlte in der Einschätzung der Dinge wie in diesen Tagen und Monaten.“ Es war schon merkwürdig, dass der Politikwissenschaftler Hacke, der in verschiedenen Veröffentlichungen<sup>5</sup> auftrumpfend die „Unprofessionalität“ der rotgrünen Regionen gescholten hatte und als ausgewiesener US-Experte gilt, sich in der Pose des total Verunsicherten gefiel, also gemäß rotgrüner Politikrhetorik seine innere Zerrissenheit demonstrierte. Dies ist leider ein gängiger Diskussionsstil der „Mediokratie“: sich moralisch zu positionieren, als gewissenhafter Zeitgenosse in Szene zu setzen und so – ohne ein einziges Argument – die (US-) Kritiker der mangelnden Gewissenhaftigkeit zu überführen.

Mit *Küngs* Rede, die durch den Schlusspunkt der Veranstaltung, den Vortrag des arabischen, nach Deutschland emigrierten Schriftstellers Dr. *Rafik Schami*, passgenau ergänzt wurde, erhielt der Kongress eine deutliche Orientierung an den zur Zeit stattfindenden außen- und sicherheitspolitischen Kontroversen. Und diese stellen ja – ob nun im nationalen, innereuropäischen oder transatlantischen Verhältnis – das bisherige politische Koordinatensystem in Frage, so dass man getrost das oft inflationär gebrauchte Wort vom „Umbruch“ bemühen kann. Eine Provokation für die Bildungsarbeit sind sie allemal.

Die Anlage des Kongresses, für dessen Vorbereitung *Hanne Wurzel* in der *Bundeszentrale* verantwortlich zeichnete, entsprach damit der neuen Linie des bpb-Präsidenten *Thomas Krüger*, der entschieden daran arbeitet, die Aufgabe der politischen Bildung mit allen möglichen (vielleicht auch unmöglichen) Mitteln der modernen Mediengesellschaft bekannt zu machen. *Krüger* hält nichts davon, dass sich die Profession in schweren Zeiten brav aufführt und Konflikten aus dem Weg geht. Zur Eröffnung des Kongresses stellte er fest: „Es geht uns nicht um Gutmenschentum, das Unterschiede und Konflikte verneint.“ Das zielte eben auch auf die Tendenz, sich aus den großen Auseinandersetzungen heraus zu halten und Professionalität in einer neutralen Rolle zu suchen.

Dass politische Bildung heute massiv an Grenzen stößt, betonte DVPB-Vorsitzender *K. Peter Fritzsche* in seinem Eingangs-Statement und stellte die Frage: „Wieviel Dialog der Kulturen ist möglich an-

gesichts eines weltweiten Kampfes der Ökonomie?“ Hinzu kommt jetzt natürlich die weltweite Militarisierung. Dabei handelt es sich nicht um eine der üblichen Situationen, wie sie im Rahmen der politischen Konjunkturen immer wieder auftreten; es handelt sich um eine grundsätzliche Desillusionierung. Politische Bildung hat emphatisch und prinzipiell auf der Bedeutung der Zivilgesellschaft, des gesellschaftlichen Diskurses bestanden. Nun muss sie ihren Standpunkt finden, wo weltweit die Klarstellungen erfolgen, was vom kommunikativen Miteinander der Demokratie zu halten ist.

### Neue Bewegung?

Die Defensive, in der sich die Zivilgesellschaft heute befindet, ist offenkundig.<sup>6</sup> Angesichts der Militarisierungsschübe ist zu

#### Zivilgesellschaft in der Defensive

konstatieren, dass das großartige zivilgesellschaftliche Projekt, auf das politische Bildung gesetzt hatte, sich verflüchtigt. Feindbilder, Frontbildungen, Aus- und Abgrenzungen, in letzter Instanz: Gewalt bestimmen die große Politik. All dies sollte zu einer Neubesinnung der politischen Bildung führen, und vielleicht können hierbei die neu in Bewegung geratenen Szenen und Menschen, die sich um Frieden und globale Gerechtigkeit sorgen, einen Beitrag leisten. Bei den Braunschweiger Diskussionen stand ja im Hintergrund, dass kurz zuvor europaweit Millionen Menschen auf die Straße gegangen waren. In Deutschland war das – zumindest zu diesem Zeitpunkt – keine klassische Protestbewegung, sondern ein allgemeiner Aktivierungsprozess, den die politische Bildung aufmerksam beobachten und begleiten sollte. Die Verbindung von Bildung und Bewegung hat ja bereits früher eine wichtige Rolle gespielt.

Dabei verfügt die außerschulische Bildung natürlich über andere Möglichkeiten als die Schule. Dies

#### Mehr Beteiligung der außerschulischen Bildung an Grundsatzdebatten

war in Braunschweig nur am Rande Thema. Es zeigte sich wieder (und deutlicher als auf dem letzten Kongress), dass die DVPB im Kern eine Organisation von Politiklehrern und -lehrerinnen ist. Das schlug sich auch im Kongressprogramm nieder. So waren einige außerschulische Ausnahmen,

5 Vgl. seinen Aufsatz in der *Beilage zum Parlament* B 48/02. Die aktualisierte Neuauflage seiner Studie „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder“ ist im März 2003 erschienen.

6 Siehe auch „Politische Bildung und die neue Dimension des Terrors“ in AB 1/02.

etwa die Evangelischen Akademien und die *Politische Akademie Tutzing*, in Workshops oder der Moderation von Arbeitsgruppen vertreten – sowie ein paar Teilnehmer im Publikum. Dem Programm kann man deswegen freilich keinen Vorwurf machen, es bot reichhaltigen Diskussionsstoff, der auch für die Jugend- und Erwachsenenbildung Relevanz hatte. Es wäre zu wünschen, dass sich die pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Trägerbereich in Zukunft stärker an solchen Grundsatzdebatten beteiligen.

Dann lassen sich auch Brücken schlagen oder Fragen der Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen schulischer und außerschulischer Bildung diskutieren. Bei allen Unterschieden der beiden Bereiche bewegen sie sich ja an vielen Stellen aufeinander zu. Das gilt nicht nur für thematische Fragen und politische Herausforderungen, wie im Braunschweiger Kongressverlauf dokumentiert; das gilt für die strukturellen Prozesse (siehe die Debatten um Ganztagschule, um Bildung und Jugendhilfe) und auch für das konkrete pädagogische Handeln. So hat Prof. *Rainer Dollase* jüngst die „blutleeren Konzepte“ kritisiert, nach denen Lehrer nur noch als „Moderatoren von selbst regulierten Lernprozessen“ oder als „coole Unterrichtsmanager“ fungieren sollen, und dagegen gesetzt, dass „für qualitative Bildungsprozesse“ stets „die Person und ihre Eigenheiten“ nicht nur wichtig, sondern „das Entscheidende“ sind!<sup>7</sup> Jetzt ist die Schulpädagogik also beim „personalen Angebot“ angelangt, das in den Debatten der 70er Jahre als Spezifikum der Jugendarbeit herausgestellt wurde. (Wobei die Vorbildrolle des Erziehers wohl einer der ältesten Hüte der pädagogischen Diskussion, wahrscheinlich seit *Aristophanes’ „Wolken“*, ist.)

*Dollase* brachte seine Position auf erfrischende Weise in die Diskussion der Sektion 9 „Feindbilder in Deutschland“ ein und insistierte darauf, dass Pädagogen sich vor der Reduktion auf eine neutrale Moderatoren-Rolle hüten sollten. Gerade die Etikette der interkulturellen Begegnung und die grassierende political correctness führen ja dazu, dass pädagogische Bemühungen ständig darauf zu achten haben, ob sie nicht irgend jemandem zu nahe treten. *Dollase* plädierte eindeutig dafür, den Adressaten von Bil-

7 Siehe *R. Dollase*, „LehrerInnen und politische Bildung – Können ModeratorInnen von selbstregulierten Lernprozessen politische Bildung vermitteln?“, in *Kursiv* 4/02, 24ff.

dungsprozessen nahe zu treten. Sozialpsychologisch nennt sich das „De- und Rekategorisierung“ und verfügt über einen eigenen theoretischen Überbau. Doch verbergen sich hier einige klärungsbedürftige Punkte – angefangen von der Behauptung, es gebe „eine anthropologisch universale Disposition“ der Wir-Ihr-Unterscheidung, die das Substrat der Fremdenfeindlichkeit darstelle (so *Dollase* in seinem Thesenpapier), bis hin zu dem Widerspruch, dass in der persönlichen Interaktion eine multikulturelle Idylle eingeübt wird, während rassistische Potentiale die offizielle Politik bestimmen.

Zu dieser These vom „institutionellen Rassismus“, der den rechtsextremen Rand überflüssig mache, brachte Prof. *Siegfried Jäger* in der Sektion 9 zahlreiche Belege aus seiner (hochtrabend „Diskursanalyse“ genannten) Auswertung von Zeitungsartikeln bei. Die dadurch aufgeworfenen Fragen wären weiter zu klären. Festzuhalten ist aber zunächst, dass sich hier eine gemeinsame Problemstellung für die schulische und außerschulische Pädagogik zeigt, auch wenn der Auftrag der Staatsschule und die Trägerorientierung in der Jugend- oder Erwachsenenbildung jeweils andere Möglichkeiten des pädagogischen Agierens zulassen. Und es zeigt sich auch, dass trotz der immer wieder ermittelten Defizite bei politischem Wissen und Interesse (in Braunschweig etwa im Workshop 10 am Beispiel von Civic-Education- und Shell-Studie diskutiert) Jugendliche aktivierbar sind.

Einzelne Arbeitsgruppen stellten hierzu positive Erfahrungen vor, so der Workshop 5 („Keine Angst vor Nachbarn“), der von *Stefan Rappenglück* und *Eva Feldmann* von der Forschungsgruppe Jugend und Europa (CAP) geleitet wurde, wobei der Ansatz von CAP sich auf die Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung richtet. Im Hintergrund aber stand – jenseits der pädagogischen Einzelbeispiele – die allgemeine positive Erfahrung, dass sich eine breite Friedensbewegung herausbilden kann, wo sonst nur Passivität vermutet wird. Was freilich daraus wird, dass sich gesellschaftliche Potentiale rühren und dass gerade junge Menschen in Bewegung kommen, wird die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule praktisch mitzubestimmen haben.



*Johannes Schillo* ist Redakteur der Zeitschrift *Praxis Politische Bildung* und erreichbar unter der Anschrift Postfach 240162, 53154 Bonn, E-Mail: [schillo@t-online.de](mailto:schillo@t-online.de)

## Meldungen

### Haushalt 2003

Der Bundestag beschloss am 20. März nach dreitägigen Beratungen den Haushalt 2003, der Ausgaben in Höhe von insgesamt 248,2 Milliarden Euro vorsieht. Gegenüber dem Haushalt 2002 sinken die Ausgaben um 0,4 Prozent. Die Steuereinnahmen werden in diesem Jahr mit 203,3 Milliarden Euro veranschlagt.

Durch die Beratungen in den verschiedenen Ausschüssen wurden gegenüber dem von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf in einzelnen Etats erhebliche Änderungen vorgenommen. So wurde beispielsweise der Etat des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in diesem Jahr deutlich gesenkt. Auch in anderen Haushaltstiteln kürzte das Parlament die vorgesehenen Ausgabenansätze der Bundesregierung. Gleichwohl sind in einigen Haushaltstiteln gegenüber dem Vorjahr auch Steigerungen der Ansätze zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für die Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Gesundheit und soziale Sicherung, denen allerdings Ausgaben aus dem früheren Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zugefallen sind, das nach der Bundestagswahl im vergangenen Herbst aufgelöst wurde.

#### **Auswärtiges Amt und Innenministerium**

Erhöht wurden auch die Ansätze für das Auswärtige Amt, das im Haushaltsjahr 2003 etwa 73 Millionen Euro mehr ausgeben kann als 2002. Auch das Bundesministerium des Innern erfährt einen Zuwachs seiner Ausgaben gegenüber 2002 in einer Größenordnung von rund 349 Millionen Euro. Dieser Ausgabenzuwachs wird vor allem mit Mehraufwendungen in sicherheitsrelevanten

Bereichen begründet. Aber es soll auch mehr Geld für politische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt werden. Der Ausgaberahmen der Bundeszentrale für politische Bildung wird 2003 auf 38,39 Millionen Euro festgelegt, wobei sich die Ausgaben für politische Bildungsarbeit auf 18,23 Millionen Euro erhöhen. Die Mittel für Spätaussiedler, deutsche Minderheiten und Vertriebene wurden dagegen reduziert und betragen 126,26 Millionen Euro.

#### **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

Erheblich gekürzt wurde der Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das gegenüber 2002 rund 296 Millionen Euro weniger zur Verfügung hat. Sein Etat wurde 2003 auf 5,1 Milliarden Euro gekürzt. Doch trotz des Sparkurses wurde der Beitrag zum Deutsch-Französischen Jugendwerk um 3 Millionen Euro auf rund 13,23 Millionen Euro aufgestockt.

#### **Bundesministerium für Bildung und Forschung**

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung musste ebenfalls eine – allerdings geringfügigere – Kürzung seines Ausgabenvolumens hinnehmen. Die Bundesregierung hatte in ihrem Ansatz zwar noch Ausgaben in Höhe von 8,41 Milliarden Euro vorgesehen, jedoch wurden die Mittel im Laufe der parlamentarischen Beratungen um rund 40,78 Millionen Euro zusammengestrichen. Während die Deutsche Forschungsgemeinschaft zusätzlich einen Betrag in Höhe von rund 17,68 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf erhalten wird und auch mehr Geld für ein Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern zur Verfügung stehen wird, senkte das Parlament den deut-

schen Beitrag an die Europäische Weltraumorganisation EWO. Stattdessen wurden die Mittel für das nationale Weltraumprogramm aufgestockt. Auch wurden die Bafög-Mittel für Schülerinnen und Schüler erhöht, die nunmehr 370 Millionen Euro betragen. Die entsprechenden Zuschüsse an Studierende wurden um 2 Millionen Euro auf 435 Millionen Euro leicht angehoben.

#### **Haushaltsausschuss zu den Beratungen über den Haushalt des BMFSFJ**

Im Bericht des Haushaltsausschusses, der als Drucksache 15/574 vorgelegt wurde, wird zum Einzelplan 17 (Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) angemerkt, dass insbesondere die Ausgabebetitel für die Förderung von Modellprojekten zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern bzw. für die Förderung von Modellprojekten zur Beratung von Opfern bzw. potenziellen Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten in den neuen Bundesländern in den Beratungen umstritten waren. Die Fraktion der CDU/CSU hatte in der Einzelplanberatung beantragt, diese Titel komplett zu streichen, da an der Wirksamkeit der zugrunde liegenden Programme erhebliche Zweifel geäußert worden seien. Im Haushaltsausschuss fanden diese Anträge jedoch keine weitere Unterstützung. Die CDU/CSU-Fraktion hatte mit gleicher Begründung auch beantragt, im Bereich der Maßnahmen zur Jugendpolitik den Titelansatz für Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus, der im Etat mit einem Betrag von 10 Millionen Euro vorgesehen war, komplett zu streichen. Auch diesem Antrag war kein Erfolg beschieden.

**Position des Bundesrats**

Der Bundesrat billigte im April das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2003. Er stellte allerdings in einer kritischen Entschließung fest, dass sich die Bundesregierung beim Bundeshaushalt nach wie vor von zu optimistischen Wachstumsannahmen leiten lasse. Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute hätten die Wachstumsprognosen weiter gesenkt, so dass mit Rückwirkungen auf die Einnahmen wie auf den Ausgabenbedarf, insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes, zu rechnen sei. Der Bundesrat sehe daher mit Sorge, dass für das Jahr 2003 durch eine ungünstige Entwicklung im Bundesbereich erneut eine Überschreitung des EU-Defizitlimits drohe. Die im Bundeshaushalt eingeplante Neuverschuldung für 2003 werde wie im Jahr 2002 nicht ausreichen.

**Aus der Bundestagsdebatte**

In der dreitägigen Bundestagsdebatte wurden die Einzelpläne, darunter am 18. März die Einzelpläne 30 (Bundesministerium für Bildung und Forschung), 17 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und 06 (Bundesministerium des Innern) erörtert.

**Zum Haushalt des BMBF**

Die Diskussion über den Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde von der Auseinandersetzung über die Ergebnisse aus der PISA-Studie beherrscht. Die CDU/CSU-Fraktion warf der Bundesregierung vor, mit ihrer Forderung nach einheitlichen Bildungsstandards und dem Ausbau von Ganztagschulen einen Irrweg einzuschlagen. Die Regierung flüchte sich in der Bildungspolitik in Bereiche, in denen sie keine Kompetenz habe, und vernachlässige ihr Kerngeschäft, die Forschung. Auch

könne der Erfolg der Hochschulpolitik nicht an der Anzahl von Bafög-Empfängern gemessen werden, deren Höhe vielmehr Ausdruck des Versagens in der Wirtschaftspolitik sei.

Der Haushalt 2003 für das Bundesministerium für Bildung und Forschung sei gekennzeichnet durch Unzuverlässigkeit und mangelnde Langfristigkeit. Die Konsequenz daraus sei die Schließung von Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und der Verlust von Wissenschaftlerstellen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen betonten demgegenüber, dass seit 1998 ein neuer Schwung in Bildung und Forschung gebracht worden sei und die Mittel für diesen Bereich seither um mehr als 25 Prozent erhöht wurden. *Edelgard Bulmahn*, Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, bezeichnete insbesondere die Steigerung der Zahlen von Studienanfängern, vor allem in den naturwissenschaftlichen Bereichen, als einen Erfolg ihrer Hochschulpolitik.

**Zum Haushalt des BMFSFJ**

In der Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ging es um die Zukunft des Zivildienstes und jugendpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die CDU/CSU-Fraktion kritisierte die Programme der Bundesregierung, die mit ihrer „mittelstandsfeindlichen“ Politik eine Situation mit verursacht habe, die zur Abwanderung von Jugendlichen aus den neuen Bundesländern führe. Auf die Jugendarbeitslosigkeit reagiere sie mit Sonderprogrammen, die zur Erhöhung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche nur wenig beitragen könnten.

Kritisiert wurden auch die Förderprogramme gegen Rechtsex-

tremismus, die, wie der Anstieg von rechtsextremistischen Straftaten zeige, sich als unwirksam erwiesen hätten.

Von der FDP wurde angemahnt, dass die finanzielle Austrocknung des Zivildienstes soziale Einrichtungen in Planungsunsicherheit stürze. Notwendig seien Zukunftskonzepte für die Umgestaltung des Zivildienstes. Zudem ergebe sich das Problem der Pflichtdienstungerechtigkeit, wenn weitere Zivildienstplätze gestrichen würden und weniger als die Hälfte eines Geburtsjahrgangs von jungen Männern noch Wehr- oder Zivildienst ableisten werde.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Renate Schmidt*, verwies in der Debatte darauf, dass im zentralen Bereich der Familienpolitik nicht gespart werden müsse. Gekürzt werde auch nicht in der Frauenpolitik und im Bereich der Seniorenpolitik. Die Ministerin kündigte an, dass die Mittel des Kinder- und Jugendplans ebenfalls nicht geschmälert würden, zum Beispiel für die Projekte „Entwicklung und Chancen“, die vor allen Dingen für die arbeitslosen jungen Menschen verwendet werden sollten. Sie verteidigte den bisherigen Erfolg des von ihrem Hause aufgelegten Aktionsprogramms mit seinen drei Teilen Civitas, Entimon und Xenos gegen die Kritik der Opposition und verwies darauf, dass seit 2001 mit diesem Programm insgesamt rund 2750 Projekte, Initiativen und Maßnahmen gefördert wurden. Die Frage, wie durch Prävention und Intervention gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellung und entsprechend motiviertes Handeln vorgegangen werden könne, bleibe auf der Tagesordnung.

**Zum Haushalt des BMI**

Bei den Beratungen über den

Etat des Bundesministeriums des Innern ging es vor allem um die innere Sicherheit und die Zuwanderung. Fragen der politischen Bildung spielten nur am Rande eine Rolle. So führte die CDU/CSU-Abgeordnete *Dorothee Mantel* aus, dass es ein Alarmzeichen sei, wenn die Zentralen für politische Bildung nur einen einstelligen prozentualen Anteil der Bevölkerung erreichen. Die Wirksamkeit politischer Bildung hänge nachgewiesenermaßen auch von der Überparteilichkeit des Trägers ab. Die Programme der Bundesregierung zur politischen Bildung seien jedoch reine Klientelpolitik. Dazu verwies die Abgeordnete auf Zuwendungen der Bundeszentrale für politische Bildung an verschiedene Träger und auf deren Förderung bei Projekten gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie bestritt auch, dass Wettbewerbe, Feste und Events als taugliches Mittel der politischen Bildungsarbeit anzusehen seien. Politische Bildung solle vielmehr zu ihrem wahren Auftrag zurückkehren und die Grundlagen der Demokratie vermitteln.

AB-03-1

### **Kritik der Opposition am Aktionsprogramm gegen Rechts**

Bei den Haushaltsberatungen (siehe dazu Nachricht AB-03-1) wurde das Aktionsprogramm der Bundesregierung gegen Rechts von der Oppositionsfraktion CDU/CSU scharf kritisiert, die gefordert hatte, die Mittel für dieses Programm zu streichen. Sie bezog sich dabei auf ein Gutachten der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, das zu den bisherigen Wirkungen der Programme – Xenos, Entimon und Civitas – Stellung bezogen hatte. Der Autor der Studie hatte sich gegen seine Instrumentalisierung für die Zwecke der Opposi-

tionspolitik allerdings nachdrücklich verwehrt.

Das Aktionsprogramm mit seinen drei Teilen Xenos, Entimon und Civitas stand auch im Mittelpunkt einer Fragestunde im Deutschen Bundestag, die am 12. Februar 2003 stattfand. Der Abgeordnete *Reinhard Grindel* (CDU/CSU) wollte von der Bundesregierung wissen, ob die Feststellungen des Gutachtens zur Wirksamkeit der Programme zuträfen, und wie sie dafür sorgen wolle, dass die Mittel künftig zielgerichteter eingesetzt würden.

Die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gleichzeitig Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Intervention, *Marieluise Beck*, stand für die Bundesregierung Antwort.

#### **„Normale“ Jugendarbeit soll nicht ersetzt werden**

Sie betonte, dass die Bundesregierung mit dem Aktionsprogramm im Rahmen ihrer Anregungsfunktion Zeichen setzen, „normale“ Jugendarbeit damit jedoch nicht ersetzen wolle. *Reinhard Grindel* hatte mit Bezug auf den Wissenschaftler behauptet, die Zuwendungen seien vor allem in den neuen Ländern für Projekte der „normalen“ Jugendarbeit verwendet worden.

Nach Aussage von *Marieluise Beck* steht der Aspekt der Nachhaltigkeit auch bei der Förderung von Projekten aus dem Aktionsprogramm im Vordergrund. Allerdings müsse gesehen werden, dass Träger der Jugendarbeit wegen der Kürzung von Ländermitteln für die allgemeine Jugendarbeit geneigt seien, nunmehr aus anderen Programmen Mittel zu akquirieren. Das Aktionsprogramm sei jedoch begrenzt und es sei keine Förde-

rung der Bundesregierung auf eine Dauer von fünf, zehn oder 15 Jahren zu erwarten. Nach der Anschubphase werde sich zeigen, ob es vor Ort Träger gebe, die die Modelle in ihre Obhut nehmen und zu ihrer Verankerung beitragen wollten. Auch wenn allgemeine Träger der Jugendarbeit Projekte durchführten, mit denen sie zu einem demokratischen Gesellschaftsbild gegen Gewalt, Aggression und Fremdenfeindlichkeit beitragen, seien sie berechtigt, an diesen Programmen teilzunehmen.

#### **Besondere Berücksichtigung der Zielgruppe Haupt-/Realschüler**

Auf die Frage, wie vor allem Haupt- und Realschüler, denen besondere Anfälligkeit für Fremdenfeindlichkeit und Extremismus nachgesagt werde, mit den Programmen erreicht werden könnten, stellte *Marieluise Beck* fest, dass die gewünschte Zielgruppe der Haupt- und Berufsschülerinnen und -schüler überdurchschnittlich stark angesprochen worden sei. Auch in Zukunft werde bei der Förderung der Fokus auf Projekten liegen, die sich an diese Zielgruppen wendeten.

Es sei schwierig, zielgerichtet gerade jene Menschen durch politische Bildung zu erreichen, die man im Blick habe. Deshalb habe es eine Umsteuerung in Richtung allgemeines zivilgesellschaftliches Denken gegeben, um den Bereich der nichtauffälligen Jugendlichen nicht aus den Augen zu verlieren und sich nur auf die auffällig gewordenen Jugendlichen zu konzentrieren. Jedoch sollten die verschiedenen Ansätze der politischen Bildung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch in den Projekten der „akzeptierenden“ oder „aufsuchenden“ Jugendarbeit habe es viele gute Ansätze gegeben. Jedoch dürfe es keine Belohnung

für auffälliges Verhalten geben, indem Geld nur dann zur Verfügung gestellt werde, wenn ein rechtsextremer Anschlag verübt wurde.

Die Staatssekretärin nahm auch Bezug auf das im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes durchgeführte Programm „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, das 2001 als Vorläufer des Programms Entimon realisiert wurde. Damals wurden Jugendämter, in deren Zuständigkeitsbereich sich ein Fördergebiet aus der Bund-Länder-Vereinbarung „Die soziale Stadt“ befindet, angeschrieben und über die Möglichkeit zum Erstellen von lokalen Aktionsplänen für Toleranz und Demokratie informiert. In Kooperation mit öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, Quartiersmanagement, lokalen Initiativen und engagierten lokalen Akteuren seien regionale Handlungskonzepte in 59 von insgesamt 230 Gebieten aus dem Programm „Die soziale Stadt“ entstanden. Mit den lokalen Aktionsplänen seien nachhaltige Finanzierungskonzepte für integriertes Handeln in den sozialen Brennpunkten entwickelt worden. Auch wurden mit den lokalen Aktionsplänen Strategien zur Führung eines öffentlichen Diskurses zu Toleranz und Demokratie entwickelt und in Aktionen und Maßnahmen mit örtlicher Breitenwirkung umgesetzt. *Marieleuse Beck* verwahrte sich gegen die Behauptung, dass die Programme zum Passepartout für die Jugendarbeit würden. Dies werde auch durch Leitlinien und Bewilligungsverfahren verhindert.

**Auswahlkriterien**

In weiteren Fragen der CDU/CSU-Abgeordneten *Stephan Mayer* und *Martin Hohmann* ging es um die Auswahl von Mitgliedern des Programmbeirats und der Mitar-

beiter und Mitarbeiterinnen in den Projekten. Die Bundesregierung wurde aufgefordert mitzuteilen, ob diese Mitarbeiter auf linksextremistische Tätigkeiten in der Vergangenheit überprüft worden seien. *Marieleuse Beck* verwies auf die Eigenverantwortung der Träger, die die Einstellung vornehmen, wobei anhand entsprechender Personalbögen die Erfüllung der fachlichen Anforderungsprofile durch die Servicestelle von „Civitas“ geprüft werde. Geprüft werde auch, ob die Träger vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Eine linksextreme Betätigung sowohl für die Einstellung von Personen als auch für die Mittelzuweisung sei ein Ausschlusskriterium.

Der CDU/CSU-Abgeordnete Dr. *Ole Schröder* verwies auf Zusammenhänge zwischen Rechtsextremisten und islamistischen Extremisten, die der Antisemitismus als Gemeinsamkeit verbinde, und fragte die Bundesregierung, ob sie ihre Programme in Zukunft auch um die Zielgruppe der islamistischen Extremisten erweitern wolle. Dies wollte *Marieleuse Beck* nicht ausschließen, da die Programme vor allem auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus zielten und das Vorhandensein solcher Phänomene im islamistischen Umfeld auch Gegenstand des Programms sei.

Es gebe jedoch keine spezielle Ausrichtung auf islamistisch-extremistische Gruppen, ebenso wenig wie auf jugendliche Spätaussiedler, sondern die gesamte Gesellschaft solle in den Blick genommen werden.

Die Staatssekretärin verwies auf entsprechende Nachfragen darauf, dass sowohl das *Deutsche Jugendinstitut* in Leipzig als auch das *Institut für Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität

Bielefeld die Programme „Entimon“ und „Civitas“ wissenschaftlich begleiten. Auf den Programmwebsites sowie auf den Websites des BMFSFJ würden die Programmresultate veröffentlicht.

Auf die Frage der CDU/CSU-Abgeordneten *Dorothee Mantel*, ob medienwirksame Events das geeignete Mittel seien, um eine Sensibilisierung für die Problematik Extremismus zu erreichen, gab *Marieleuse Beck* zu bedenken, dass Wettbewerbe, Feste und Events durchaus ein taugliches Mittel der politischen Bildungsarbeit und zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements geeignet sein könnten, in der Regel die Projekte des Aktionsprogramms jedoch auf Langfristigkeit zielten.

Die in den Fragen zitierte Studie zu den Programmen umfasst über 80 Seiten. Autor ist der Wissenschaftler *Roland Roth*. Auf der Website der *Friedrich-Ebert-Stiftung* ist die Studie unter dem Titel „Bürgernetzwerke gegen Rechts“ abrufbar: [www.fes-online-akademie.de](http://www.fes-online-akademie.de)

AB-03-2

**BMBF stellt Programm für neue Legislaturperiode vor**

Nach der Bundestagswahl hat die in ihrem Amt bestätigte Bundesbildungsministerin *Edelgard Bulmahn* die Leitlinien ihres Arbeitsprogramms „Bildung, Forschung, Innovation – der Zukunft Gestalt geben“ für die neue Legislaturperiode vorgestellt. Nach ihren Plänen sollen Bildung und Forschung stärker miteinander verknüpft werden. Es gehöre außerdem zu den Zielen ihrer Politik, Talente zu fördern und Chancengleichheit zu verwirklichen. Die Zahl der Studienanfänger solle

weiter steigen, die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses international wettbewerbsfähig werden. Die Bundesbildungsministerin strebt danach, Deutschland innerhalb von zehn Jahren zu den fünf führenden Bildungsnationen voranzubringen.

Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer durchgreifenden Bildungsreform solle im Jahr 2003 ein Gipfel für Bildung und Betreuung sein. Die Bundesregierung stelle vier Milliarden Euro für den Aufbau zusätzlicher Ganztagschulen mit eigenem pädagogischen Profil bereit. Auch sollten gemeinsam mit den Ländern nationale Bildungsstandards geschaffen und eine unabhängige Evaluationsagentur zu deren Überprüfung eingerichtet werden. Für die berufliche Bildung kündigte *Edelgard Bulmahn* unter anderem die umfassende Novellierung des Berufsbildungsrechtes an.

Im Bereich der Weiterbildung gehe es darum, kontinuierliches Lernen zum Grundprinzip des Arbeitens zu machen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung veranstaltete im Frühjahr 2003 das 4. Zukunftsforum „Lernkultur für morgen“, zu dem mehr als 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Berlin kamen. Zu diesem Anlass forderte der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, *Uwe Thomas*, ein Umdenken in der Weiterbildung: Lebenslanges Lernen dürfe sich nicht auf Fortbildungskurse beschränken – es müsse am Arbeitsplatz selbst stattfinden. Die Firmen sollten Arbeitsplätze so gestalten, dass Arbeitnehmer beim Arbeiten zugleich lernen. Für den Aufbau einer notwendigen neuen Infrastruktur des Lernens sei die stärkere Verzahnung zwischen Ausbildung, Berufsleben und

Weiterbildung nötig. Gleichzeitig müsse der Gegensatz von Arbeiten und Lernen aufgehoben werden. Weiterbildungseinrichtungen sollten in diesem Zuge zu „Lerndienstleistern“ werden.

Mit dem 2001 ins Leben gerufenen Forschungs- und Entwicklungsprogramm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ unterstützt das BMBF die Initiative „Kontinuierliches Lernen“, in dem insbesondere Lernen im sozialen Umfeld gefördert wird. Das Bundesministerium fördert auch die „Stiftung Bildungstest“, um die Qualität von Weiterbildungsangeboten zu sichern. Gemeinsam mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds fördert das BMBF das Programm von 2001 bis 2003 mit Mitteln in Höhe von 49,3 Millionen Euro.

AB-03-3

### **BMBF sieht positive Effekte des EU-Programms SOKRATES**

Bei der nationalen Konferenz zur Zwischenevaluierung des EU-Bildungsprogramms SOKRATES stellte der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, *Uwe Thomas*, fest, dass mit dem EU-Programm SOKRATES das Bildungssystem in Deutschland modernisiert worden sei. Die Evaluation habe die positiven Effekte des Austauschprogramms für das deutsche Bildungssystem bewiesen.

Befragt wurden SOKRATES-Teilnehmer aus den Jahren 2000 bis 2002, die angaben, positive Impulse für ihre Arbeit und bessere Berufschancen gewonnen zu haben. Die Evaluation belegt zudem eine intensivere Kooperation von Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen über die Grenzen hinweg. Die Ergebnisse der Evaluation, so

Staatssekretär *Thomas*, werden wichtige Impulse für nationale Beratungen über die neue Generation der EU-Bildungsprogramme ab 2007 geben.

SOKRATES ist das EU-Bildungsprogramm für allgemeine Bildung. Von seinen acht Aktionen ist ERASMUS (für den Bereich der Hochschulen), gemessen an der Teilnehmerzahl, aber auch an den Wirkungen in den nationalen Bildungssystemen, der bedeutendste Programmteil. An ERASMUS nahmen bis Ende 2002 europaweit eine Million Studierende teil. Rund 17.000 deutsche Studentinnen und Studenten nutzten im Hochschuljahr 2001/2002 die Chance für ein ERASMUS-gefördertes Studium an einer europäischen Hochschule. Am ganzen SOKRATES-Programm waren im vergangenen Jahr rund 26.000 Deutsche beteiligt. Die EU stellt für SOKRATES in den Jahren 2002 bis 2006 1,85 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die *Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (Gemini)* im *Bundesausschuss politische Bildung (bap)*, an der auch der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* beteiligt ist, hat zur Konsultation über die Fortführung der EU-Förderprogramme Leonardo da Vinci, SOKRATES und Jugend nach 2006 eine Stellungnahme abgegeben (siehe dazu auch Nachricht AB-03-24).

AB-03-4

### **Aufregung über GATS**

Im Februar legte der *Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung* Beschlussempfehlung und Bericht zu einem Antrag der Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, mit dem gefordert worden war, Bildung

als öffentliches Gut und kulturelle Vielfalt zu sichern.

Der Antrag nimmt Bezug auf die im Rahmen der WTO über eine Weiterentwicklung des GATS geführten Verhandlungen, die das Ziel verfolgen, das Liberalisierungsniveau beim Welthandel mit Dienstleistungen, unter anderem Bildungsdienstleistungen sowie kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen, zu erhöhen. Die Antragsteller befürchten nun, dass diese Entwicklung zu einer Aushöhlung des öffentlichen Bildungswesens und zu einer Einschränkung der kulturellen Vielfalt in Deutschland führen könne. Sie fordern die Bundesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland und die Europäische Union im Zuge der laufenden GATS-Verhandlungen keine weiteren Liberalisierungsverpflichtungen für den Bereich der Bildungsdienstleistungen übernehmen, die über die bereits bei Aushandlung des GATS-Abkommens 1994 eingegangenen Verpflichtungen hinausgehen. Auch auf eine weitere Liberalisierung der kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen sollte aus Gründen der Bewahrung der kulturellen Vielfalt verzichtet werden.

Der Deutsche Bundestag hatte sich erstmals aufgrund des Antrags mit den anstehenden GATS-Verhandlungen befasst. Nach der Beratung durch die einbezogenen Ausschüsse kam man im federführenden Ausschuss überein, die Annahme des Antrags zu empfehlen. Ein Änderungsantrag, den die Fraktion der FDP in die Beratungen einbrachte, wurde abgelehnt.

In den Beratungen hatte die SPD darauf hingewiesen, dass der vorliegende Antrag sich mit den Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz decke und auch

bereits von der Bundesregierung inhaltlich in den bisherigen Entwurf der EU-Position eingebracht werden konnte. Die Fraktion der CDU/CSU behielt sich vor, einen Entschließungsantrag zur zweiten Lesung des Koalitionsantrags im Plenum einzubringen. Auch sie betonte, dass es wichtig sei, die staatliche Aufsicht und Regelungsbefugnis über das Bildungswesen in Deutschland zu erhalten. Als kritisch wurde die mögliche Verpflichtung des Staates zur Subventionierung ausländischer Anbieter von Bildungsdienstleistungen nach Artikel 12 GATS gesehen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, dass GATS grundsätzlich positiv zu bewerten sei, jedoch müsse das öffentliche Bildungswesen in der Hand des Staates bleiben, der vor allem für die Qualitätssicherung im Bereich der Bildung verantwortlich sein sollte.

Die Fraktion der FDP begründete ihren Änderungsantrag damit, dass GATS die Chance biete, die notwendige Reform des Bildungswesens in Deutschland in Gang zu setzen. Der Wettbewerb würde den dazu erforderlichen Reformdruck erzeugen. Sie kündigte an, auf der Grundlage ihres Änderungsantrags zur Zweiten Lesung des Koalitionsantrags einen Entschließungsantrag ins Plenum einzubringen.

Die Zweite Lesung, in der sowohl über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie einen neuen Antrag der Regierungsfractionen (GATS-Verhandlungen – Transparenz und Flexibilität sichern) als auch den FDP-Antrag entschieden werden sollte, führte zur Annahme der Beschlussempfehlung des Ausschusses und des Antrags der Fraktionen der SPD und des

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag der FDP wurde abgelehnt. Alle Reden zu diesem Tagesordnungspunkt wurden zu Protokoll genommen.

Zum Hintergrund: Die GATS-Verhandlungen sind Ausläufer des 1947 geschaffenen GATT (General Agreement on Trade and Tariffs), das zur 1995 ins Leben gerufenen WTO (World Trade Organisation) oder Welthandelsorganisation führte. Ihr trat die Europäische Gemeinschaft später als Einzelmitglied bei. Sie reklamiert jetzt für sich die Verhandlungsführerschaft für alle Mitglieder der EU. Ende Juni 2002 richtete die EU individuelle Forderungen an insgesamt 109 Länder, die sich auf bis zu zwölf Dienstleistungssektoren beziehen. Die EU selbst hat seit Juli 2002 Forderungen von 25 WTO-Mitgliedern erhalten, darunter auch solche, die sich auf die Abschaffung genereller EU-Vorbehalte für Dienstleistungen beziehen, die als öffentliche Aufgaben betrachtet werden. Bis zum 31. März 2003 sollten die WTO-Mitglieder ihre Verhandlungsangebote erarbeiten. Die EU-Kommission hatte am 7. Februar 2003 den Mitgliedstaaten der EU eine vertrauliche „initial draft offer“ zugesandt, in der weitreichende und neue Verpflichtungen zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors der Welthandelsorganisation in Genf angeboten werden. Sie hat aber in ihrer Verhandlungsposition die Bereiche Bildung, Kultur und audiovisuelle Dienstleistungen sowie Gesundheitsdienstleistungen von den Liberalisierungsverhandlungen ausgenommen. Die Regierungsfractionen haben mit ihrem im März vom Bundestag beschlossenen Antrag ausdrücklich betont, dass Bildung als öffentliches Gut und zur Sicherung kultureller Vielfalt erhalten bleiben müsse und die Europäische Kommission



und die Bundesregierung dazu aufgefordert, diese Position im Verhandlungsprozess beizubehalten.

Auch haben sie gefordert, dass die nationalen Parlamente künftig früher und umfassender informiert werden müssten, um die Vertragsangebote angemessen beraten zu können. Auf die EU-Kommission sollte darauf hingewirkt werden, geeignete Formen der Transparenz der GATS-Verhandlungen für eine breitenwirksame Partizipations- und Diskussionsmöglichkeit zu finden, indem beispielsweise alle relevanten Verhandlungsangebote und Verhandlungsforderungen auf einer Internetseite eingestellt werden.

Gewerkschaften wie die *GEW* und *ver.di* haben ebenfalls gefordert, den Bildungsbereich aus den GATS-Verhandlungen auszuklammern. Die Organisation *Attac* hat eine Anti-GATS-Kampagne gestartet.

AB-03-5

### **Netzwerke für Globales Lernen**

Im Februar 2003 erörterten über 120 Teilnehmende aus Bremen und Niedersachsen und aus Ländern der südlichen Hemisphäre zwei Tage lang die Rahmenbedingungen für Globales Lernen und Möglichkeiten, diese zu verbessern. Der Kongress wurde von einem Trägerkreis realisiert, der sich aus 23 Organisationen zusammensetzt.

Er steht im Zusammenhang mit dem Bildungskongress „Bildung 21 – Lernen für eine gerechte und zukunftsfähige Entwicklung“, der im Jahr 2000 in Bonn stattfand. Die Bonner Impulse sollten in Hannover auf Landesebene

und auf regionaler Ebene umgesetzt werden.

In einer Abschlusserklärung stellten die Teilnehmenden fest, dass Bildungsarbeit in und außerhalb der Schule einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Globalisierung leisten kann. Dabei sollten Chancen und Gefahren der Globalisierung für die unterschiedlichen Kulturen auf der Welt analysiert und im Hinblick auf mögliche Alternativen diskutiert werden. Nachhaltige Entwicklung sei ohne Gleichberechtigung der Geschlechter nicht zu erreichen.

Grundlage des Lernens müsse die Einsicht in die kulturelle Gebundenheit der eigenen Weltsicht sein. Themen sollten aus der Sicht verschiedener Interessenlagen beleuchtet und multiperspektivisch erschlossen werden. Globales Lernen habe dabei die besondere Aufgabe, den Leidtragenden der Globalisierung Gehör zu verschaffen.

Bildung dürfe dabei nicht auf die Erläuterung von Entwicklungszusammenarbeit verkürzt werden. Anzustreben sei vielmehr eine Abkehr von paternalistischen Hilfe-Denkmustern und eurozentristischen Sichtweisen.

So soll auch der Begriff „Entwicklungshilfe“ vermieden werden, denn unter dem Blickwinkel der Hilfe nehme man das Gegenüber bzw. die damit bedachten Länder nicht als Partner wahr.

Globales Lernen für nachhaltige Entwicklung müsse die Verflechtung von globalen und lokalen Entwicklungsfragen deutlich machen und mit anderen Arbeitsfeldern wie der Friedens- und Menschenrechtserziehung, der Umweltbildung, dem interkulturellen Lernen in der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zusammengeführt werden.

Gefordert wurde, die personellen und finanziellen Ressourcen zu stärken, um Globales Lernen in allen Bildungsbereichen zu ermöglichen. Die Inlandsarbeit der Nicht-Regierungsorganisationen sollte qualifiziert und stabilisiert werden. Auch seien die Flexibilisierung schulischer Strukturen und die Unterstützung innovativer Lern- und Schulformen notwendig. Angestrebt werden sollte der Aufbau von landesweiten Beratungsstellen für das Globale Lernen. Als wichtige Aufgabe für Globales Lernen sollte der gleichberechtigte Zugang zu modernen Kommunikationstechniken gefördert werden.

Weitere Forderungen des Kongresses zielten auf bildungspolitische Regelungen in Niedersachsen und Bremen, die insbesondere die Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Akteuren betreffen.

### **Bundespräsident zur Globalisierung**

In seiner neuen „Berliner Rede“ hat Bundespräsident *Johannes Rau* zur politischen Gestaltung der Globalisierung Stellung genommen. Auch er stellte die Frage nach Gewinnern und Verlierern der Globalisierung und den Chancen und Interessen, die in diesem Prozess gesehen werden müssten. Rau erinnerte an die Fragen, die eine breite, internationale Protestbewegung gegen die Globalisierung stelle. Diese Kritiker wehrten sich gegen Fehlentwicklungen und machten auf Gefahren aufmerksam. Globalisierung gestalten könne nur, wer klare Wertvorstellungen jenseits des Wirtschaftlichen habe. Man müsse sich darüber klar werden, wie Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen in Zeiten der Globalisierung gesichert und gefördert werden könnten. Für den globalen Markt seien Ordnungen nötig, die weltweit die Freiheit

der Menschen sicherten. Auch müssten alle an den Vorteilen teilhaben können, die die weltweite Arbeitsteilung mit sich bringe. Davon sei man jedoch noch weit entfernt.

Freiheit und Gerechtigkeit seien die Werte, an denen wir uns orientieren müssten, wenn wir die Globalisierung wirtschaftlich und politisch auf einen guten Weg bringen wollten. *Rau* sprach sich für eine Insolvenzordnung zur fairen Lösung von Schuldenproblemen in den Entwicklungsländern aus. Auch müssten die Märkte schrittweise für alle Produkte der Entwicklungsländer geöffnet werden. Er forderte die Stärkung der Vereinten Nationen zur Verbesserung der weltweiten Zusammenarbeit und einen wichtigen Beitrag der Europäischen Union zur Globalisierung.

AB-03-6

### **Bund will nationale Bildungsstandards**

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat eine Expertise zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards in Auftrag gegeben, die im Februar von Bundesbildungsministerin *Edelgard Bulmahn* gemeinsam mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, der hessischen Staatsministerin *Karin Wolff*, und Professor *Eckhard Klieme* vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung vorgestellt wurde. Die Bundesbildungsministerin betonte, dass es einen klaren Konsens zwischen Bund und Ländern über die Einführung nationaler Bildungsstandards gebe. Die Studie sei als hilfreiche Unterstützung für die bereits von den Ländern vorgesehene Entwicklung von Bildungsstandards zu werten.

Die Expertise zeigt unter Auswertung internationaler Erfahrungen, welchen Kriterien Kompetenzstandards genügen müssen. Die Standards beschreiben Kompetenzen, die alle Schulen ihren Schülerinnen und Schülern in den einzelnen Jahrgangsstufen vermitteln sollen, damit zentrale Bildungsziele erreicht werden. Sie müssen mit nationalen Testverfahren überprüft werden können. Mit diesen prüfbareren Kompetenzstandards sollen Voraussetzungen für eine stärkere individuelle Förderung der Schüler in allen Schulformen und auf allen Stufen des Schulsystems geschaffen werden. Davon verspreche man sich eine Qualitätsverbesserung des Bildungssystems.

Die Schulen sollen in Zukunft eigenständig darüber entscheiden, wie sie die festgelegten Bildungsziele erreichen wollen. *Bulmahn* wies den Schulen mehr Eigenverantwortung bei der Gestaltung des Unterrichts zu. Es müsse nicht länger in Lehrplänen detailliert festgeschrieben werden, was Schüler lernen sollen. Bildungsstandards würden vielmehr beschreiben, was Schüler können müssten.

Die Entwicklung, Einführung und Evaluierung nationaler Kompetenzstandards erfordere eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern. Ein voll ausgebautes Bildungsmonitoring setze Strukturen voraus, die zum großen Teil erst noch zu schaffen seien. *Edelgard Bulmahn* bot den Ländern an, sie bei der Gründung einer nationalen Agentur für die Entwicklung für Standards und Evaluation zu unterstützen.

AB-03-7

### **Bundestag diskutierte Reformen der beruflichen Bildung**

Am 3. April 2003 befasste sich der Bundestag mit den Problemen auf dem Lehrstellenmarkt und den Möglichkeiten, die Berufschancen von Jugendlichen durch berufliche Aus- und Weiterbildung zu verbessern. Bei der Debatte kündigte *Edelgard Bulmahn*, Bundesministerin für Bildung und Forschung, eine Novelle des Berufsbildungsgesetzes an, mit dem die berufliche Aus- und Weiterbildung modernisiert und vor allem mehr Betriebe für die betriebliche Ausbildung gewonnen werden sollten. Für 2003, so die Ministerin, sei ein erheblicher Rückgang bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen zu verzeichnen. So sei damit zu rechnen, dass am Ende des Vermittlungsjahres 2002/2003 einer großen Zahl von Jugendlichen kein Ausbildungsplatz angeboten werden könne.

*Edelgard Bulmahn* verwies auf die Anstrengungen der Regierung, den Weg für mehr Lehrstellen freizumachen. Mit Kreditangeboten für neue Lehrstellen durch das Programm Kapital für Arbeit und dem Abbau von bürokratischen Hemmnissen wie durch die Aussetzung der Ausbilddereignungsverordnung würden die Voraussetzungen bereits erheblich verbessert. Die Bundesregierung werde auch in diesem Jahr 14 000 zusätzliche Ausbildungsplätze finanzieren. Allerdings sei die Wirtschaft in der Pflicht, denn sie trage im dualen System der Berufsausbildung die Hauptverantwortung für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen und gering Qualifizierte müssten eine Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhalten.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, *Katherina Reiche*, warf der Bundesregierung vor, mit ihrer Politik eine große Zahl von Unternehmenspleiten provoziert zu haben, die zu einem weiteren Verlust von Ausbildungsplätzen führten. Die Bundesregierung habe die Lehrstellenproblematik verschlafen und sich zu lange mit scheinbar positiven Statistiken geschmückt. In diesem Jahr müsse man mit einer Angebotslücke von rund 148 700 Lehrstellen rechnen. Die Situation sei so dramatisch wie nie zuvor und hätte schon längst zum Handeln Anlass gegeben. *Reiche* sprach sich gegen eine Lehrstellenabgabe aus und verwies auf die Notwendigkeit, betriebliche Bündnisse für Ausbildung zu schließen und die Tarifpartner zu flexiblen Regelungen zu ermuntern.

Sie kritisierte das JUMP-Programm der Bundesregierung als „Irrweg“, für das viel Geld bei wenig Wirkung aufgebracht worden sei.

Die FDP hatte in einem eigenen Antrag eine zweijährige Grundausbildung mit Qualifizierungsbausteinen und einen lebenslang gültigen Ausbildungspass gefordert. *Cornelia Pieper* (FDP) wies in der Debatte darauf hin, dass eine Reform der beruflichen Bildung überfällig sei und die Berufsausbildung internationalisiert werden sollte, indem bestimmte Teilqualifikationen im Ausland erworben werden und mit einem Credit-Point-System für die Berufsausbildung anerkannt werden sollen.

### **Ausbildungsoffensive 2003**

Angesichts der angespannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt starteten Bundesbildungsministerin *Edelgard Bulmahn* und Bundeswirtschaftsminister *Wolfgang Clement* gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften die „Ausbil-

dungsoffensive 2003“. Damit sollen Betriebe für zusätzliche Lehrstellen gewonnen werden. Ministerin und Minister betonten nach dem Gespräch, dass es in den vergangenen Jahren noch stets gelungen sei, die Schere zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage zu schließen. Zurzeit fehlen rund 58 000 Lehrstellen. Bundesregierung und Sozialpartner vereinbarten in einer gemeinsamen Erklärung Initiativen zur Gewinnung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze. Die Wirtschaftsverbände bekundeten die Bereitschaft, gemeinsam mit den Gewerkschaften Anstrengungen zu unternehmen, den Anteil ausbildender Betriebe in Deutschland, der derzeit bei rund 30 Prozent liegt, zu steigern. Die Bundesregierung werde ihrerseits ausbildungshemmende Bestimmungen abschaffen und die Berufsausbildung weiter modernisieren.

### **Neuer Berufsbildungsbericht**

*Edelgard Bulmahn* legte Ende April den neuen Berufsbildungsbericht vor, der vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Nach den Daten dieses Berichts sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2002 im Vergleich zum Vorjahr um rund 42 000 auf knapp über 572 000. Die Anzahl der am 30. September 2002 unvermittelten Bewerber und Bewerberinnen erhöhte sich bundesweit um 2 921 auf insgesamt 23 383. Gleichwohl sei es, so der Bericht, gelungen, bis zum 31. Dezember 2002 einen annähernden Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu erreichen. Die Ministerin bekräftigte bei der Vorlage des Berichts noch einmal nachdrücklich, dass der derzeitige Schwund an Ausbildungsplätzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres rückgängig gemacht und mehr Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden müssen.

Der Berufsbildungsbericht ist im Internet abzurufen unter [www.berufsbildungsbericht.info](http://www.berufsbildungsbericht.info)

AB-03-8

### **Jugendhilfeorganisationen zur Situation am Arbeitsmarkt**

#### **AGJ zum Hartz-Konzept**

Die *Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)* hat im Februar ein Diskussionspapier veröffentlicht, das zum Hartz-Konzept und seiner gesetzlichen Umsetzung Stellung nimmt. Die AGJ verweist auf das Problem der Arbeitslosigkeit, von dem junge Menschen viel zu häufig betroffen seien. Das Hartz-Konzept, dessen zentrales Element die Kooperation verschiedener Akteure bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit sei, könne hilfreich sein, um Jugendliche in das gesellschaftliche Leben und in die Arbeitswelt zu integrieren. Allerdings sei eine jugendspezifische Kooperation im Hartz-Konzept nicht vorgegeben, sondern müsse bei der Umsetzung der Vorschläge noch verankert werden.

Ein Risiko sieht die AGJ darin, dass im Rahmen der Hartz-Vorschläge neue Kooperationsstrukturen aufgebaut werden sollen, ohne zu klären, welchen Stellenwert bewährte Strukturen zukünftig haben werden. Auch dürfe die Reform der Arbeitsmarktpolitik nicht zu einer verdeckten Sparoperation der Bundesregierung verkümmern. Die Vorschläge der Hartz-Kommission dürften nicht allein bei den Arbeitslosen ansetzen und deren Rechte abbauen oder Pflichten einseitig ausweiten. Unternehmen und ihre Verbände müssten ebenso in die Verantwortung genommen werden, wenn ein Konzept für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt gelingen

solle, das Menschen neue Chancen geben könne.

Jugendhilfe befinde sich mit ihren Angeboten an vielen Schnittstellen, die es ermöglichten, jungen Menschen zum Beispiel den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern. Es sei Aufgabe der Jugendhilfe, für die unterschiedlichen Schnittstellen geeignete Übergangskonzepte zu entwickeln. Voraussetzung sei, dass sich die einzelnen Institutionen ihres Bildungsauftrags bewusst sind. Die Jugendhilfe verfüge über jahrelange Erfahrung in der Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen und habe vielfältige kreative Ansätze entwickelt, die im Rahmen von Lösungsstrategien schwer vermittelbarer Jugendlicher in den Arbeitsmarkt Berücksichtigung finden sollten. Auch der Schulsozialarbeit komme in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu. Der Jugendhilfe sei es jedoch aufgrund des schnellen Gesetzgebungsverfahrens kaum möglich gewesen, sich im Vorfeld einzubringen, weshalb es umso notwendiger sei, dass sie frühzeitig an der Umsetzung vor Ort konstruktiv beteiligt werde.

#### **BAG JAW zu Hartz**

Auch die BAG JAW – *Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit* hat zu den Empfehlungen der Hartz-Kommission Stellung genommen. Sie sieht im Zusammenhang mit den Hartz-Empfehlungen folgende Elemente für die eigene Arbeit als bedeutsam an:

- Personalservice-Agenturen
- Jobcenter
- Aufnahme der Berufsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz.

Die BAG JAW sieht in diesem Bereich Möglichkeiten und die Notwendigkeit, die Träger der Ju-

gendsozialarbeit mit ihrem Know-how und ihren Erfahrungen zu beteiligen. Die Hartz-Empfehlungen seien, ebenso wie die „Hartz-Gesetze“, von einer negativen bis diffamierenden Haltung gegenüber Bildungs- und anderen freien Trägern geprägt. Das sei ungerechtfertigt, denn nicht zuletzt seien es Bildungsträger und Träger der Jugendsozialarbeit, die seit vielen Jahren ein effektives System zur beruflichen Qualifizierung und zur beruflichen Integration junger Menschen mitgestaltet hätten. Die Organisationen der Jugendsozialarbeit könnten durch ihre Kompetenz in der fachlichen Durchführung ebenso wie in der persönlichen Beratung und Betreuung zum Erfolg der vorgesehenen Maßnahmen beitragen. Allerdings müsse das Prinzip „Ausbildung für alle“ ebenso beibehalten werden wie der sozialräumliche Bezug der Angebote und ihre Vernetzung zu einem durchschaubaren System.

Die BAG JAW stellt fest, dass zugleich mit dem Umsetzungsbeginn der „Hartz-Reform“ ein Kahlschlag bei den Angeboten der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe für benachteiligte Jugendliche festzustellen sei. Wenn Politik hier nicht schnellstens gegensteuere, sei durch die Mittelreduzierung der *Bundesanstalt für Arbeit* und ihre Auswirkung auf komplementäre Programme ein Desaster zu erwarten. Der Verlust von Fachkompetenz zur Förderung benachteiligter Jugendlicher, der momentan durch die Zerschlagung gewachsener Strukturen erfolge, könne nicht in dem Maß und in so kurzer Zeit wieder aufgebaut werden, wie die bereits jetzt absehbare Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit dies erforderlich erscheinen lasse. Wenn Politik hier nicht gegensteuere, würden die positiven Elemente der „Hartz-Emp-

fehlungen“ durch die finanzpolitischen Vorgaben in der Praxis in ihr Gegenteil verkehrt und die Jugendarbeitslosigkeit werde dramatisch ansteigen.

AB-03-9

#### **Zehn Jahre Bildungsfreistellungsgesetz in Rheinland-Pfalz**

Im April erinnerte das *Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur*, Rheinland-Pfalz, mit einer Pressemitteilung an das zehnjährige Bestehen des Bildungsfreistellungsgesetzes, das am 1. April 1993 in Rheinland-Pfalz in Kraft trat. Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, rheinland-pfälzischer Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur, würdigte das Bildungsfreistellungsgesetz als „Meilenstein in der rheinland-pfälzischen Weiterbildungspolitik“. Es habe sich rundum bewährt und zusammen mit dem Weiterbildungsgesetz von 1995 eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, das Prinzip des Lebenslangen Lernens aller zu verankern.

Nach dem Gesetz haben Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf Freistellung von der Arbeit, um sich bei fortlaufendem Arbeitsentgelt beruflich und gesellschaftspolitisch weiterzubilden.

Zöllner wies darauf hin, dass die Bildungsfreistellung in Rheinland-Pfalz im Unterschied zu anderen Bundesländern kein Konfliktfeld sei. Er führte dies auf die besonderen Regelungen des rheinland-pfälzischen Freistellungsgesetzes zurück. Danach befindet ein gemeinsames Gremium aus Vertretungen der Spitzenorganisationen von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, der Kammern sowie des Landes-

beirats für Weiterbildung über grundsätzliche Fragen der Anerkennung. Zum anderen können Arbeitgeber mit weniger als 50 Beschäftigten einen Lohnkostenzuschuss des Landes für die freigestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Anspruch nehmen.

In den vergangenen zehn Jahren habe sich gezeigt, dass die Bereitschaft zur Freistellung für Weiterbildungszwecke nach dem Bildungsfreistellungsgesetz grundsätzlich vorhanden sei. 600 000 Beschäftigte haben nach Angaben des Ministers in diesem Zeitraum auf der Grundlage des Gesetzes an anerkannten Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen. Es habe sich aber auch gezeigt, dass die Freistellungen zu keinen unangemessenen Kostenbelastungen für die Wirtschaft geführt haben.

Beachtlich dabei sei, dass gerade Klein- und Mittelbetriebe ihre Beschäftigten unter anderem auch für solche Schulungen freistellen, die zur Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit nützlich sind.

Zöllner warb aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Freistellungsgesetzes eindringlich für die Weiterbildung, für die Rahmenbedingungen und Anreizsysteme verbessert werden müssten, damit sie mit den gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten können.

AB-03-10

### **Protest gegen Kürzungen im außerschulischen Bildungsbereich in Brandenburg**

Vertreter und Vertreterinnen aller Landesorganisationen der Weiterbildung haben im Februar 2003 in einer Pressemitteilung

auf die Folgen der radikalen Einsparpläne der Landesregierung Brandenburg aufmerksam gemacht. Die Landesregierung hat sich entschlossen, in 2003 massive Kürzungen der Mittel für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, insbesondere für die politische Bildung, vorzunehmen. Im Bereich der Jugendbildung wird mit 41 Prozent gerechnet, im Bereich politische Bildung mit 33 Prozent und in der regionalen Grundversorgung mit Erwachsenenbildung mit 33 Prozent gegenüber den bisherigen Förderungsvolumina. Die Träger zeigten sich besorgt, dass diese Kürzungen eine verheerende Wirkung auf die Strukturen der Weiterbildung im Lande haben würden. So gelte für die Volkshochschulen, dass sie mit einer Reduzierung des Grundangebots um ein Drittel bei gleichzeitiger Erhöhung der Teilnahmeentgelte die Kürzungen ausgleichen müssten, was zu einer weiteren Vertiefung der Chancenungleichheit führen werde. Die Bildungslandschaft der freien Träger in Brandenburg werde zudem weiter reduziert, weil kleinere Träger gezwungen sein werden, ihre Arbeit einzustellen. Insbesondere für die Jugendbildung sei nicht mehr gewährleistet, dass die Jugendbildungsreferenten und -referentinnen in den sechs Jugendbildungsstätten des Landes weiter finanziert werden könnten. Auch die Arbeit mit Jugendlichen aus Brandenburg könne wegen fehlender Projektmittel nicht mehr gewährleistet werden. Die begonnenen Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischer Bildung würden gefährdet. Mindestens eine Jugendbildungsstätte sei von den Einsparungen in ihrer Existenz bedroht.

Heimbildungsstätten, die seit Jahren nur etwa 20 Prozent ihrer Finanzierung aus Landesmitteln

abdeckten, müssten ihr Angebot deutlich umstellen, beispielsweise auf frei finanzierte Angebote für zahlungskräftige Schichten, oder über die Schließung der Bildungsstätte nachdenken. Mit den Landesmitteln werden bislang vor allem Pädagogen bezahlt, die das Programm der Einrichtung planen und umsetzen.

Insbesondere kleinere Bildungsträger würden durch die Kürzungen gezwungen, ihre Angebote zurückzufahren, was die Angebotsvielfalt im Land weiter einschränken werde.

Die Unterzeichner der Erklärung stellten fest, dass die Sparpläne der Landesregierung weder zu den politischen Erklärungen der Landesregierung und der Parteien passen, noch die Schwächen des öffentlichen Bildungswesens, die durch die PISA-Studie deutlich geworden wären, berücksichtigten.

AB-03-11

### **Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg will mit Spezialprojekten Integration fördern**

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg will mit zwei Spezialprojekten die Integration von Zuwanderern unterstützen. Von der *Landesstiftung Baden-Württemberg* werden ihr dafür in den kommenden drei Jahren eine Million Euro zur Verfügung gestellt.

Zugewanderte sollen beim ersten Projekt mit einem speziellen Kursangebot über die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen in Deutschland informiert werden. Geplant ist, Kursbausteine zusammen mit kommunalen Trägern und Einrichtungen landesweit anzubie-

ten. Im Rahmen des Projekts sollen auch die Kursleiter qualifiziert werden. Die Kurse sind nicht als Ersatz für die obligatorischen Orientierungskurse geplant, sondern ein Zusatzangebot auf freiwilliger Basis, das sich an Ausländer oder Aussiedler mit mindestens elementaren Deutschkenntnissen richtet.

Mit dem zweiten Projekt soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass bei einem ausländischen Bevölkerungsanteil von über 12 Prozent in Baden-Württemberg die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe dem Islam anhängt. Das Projekt „Christen und Muslime – demokratisches Zusammenleben in Baden-Württemberg“ soll dazu beitragen, dass der demokratische Dialog geführt und der Verständigungsprozess gefördert werden. Geplant ist außerdem eine Islamausstellung, die durch zusätzliche Lernmodule wie Besuche islamischer Vereine und Moscheen, Exkursionen, Info-Materialien, Modell- und Multiplikatorenseminare, ergänzt wird.

Die *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* wird in einigen Bereichen verändert. Sie wird künftig statt bisher fünf Abteilungen vier Abteilungen mit thematischen Schwerpunkten und zwei Querschnittsabteilungen umfassen, die sich um den zentralen Service und das Marketing kümmern. Die neue Struktur ist auch eine Reaktion auf die Finanznot, die sich aus der Kürzung der Sachmittel des Etats für die Landeszentrale ergibt. Seit 1996 wurden der Landeszentrale die Sachmittel um 40 Prozent auf rund eine Million Euro gekürzt. Nach bisher sieben Stellen, die gestrichen werden mussten, werden im Jahr 2003 zwei weitere Stellen folgen. *Siegfried Schiele*, Direktor der Landeszentrale für politische Bil-

dung, sieht, dass auf der einen Seite die Aufgaben für politische Bildung in einer globalisierten Welt immens wachsen, andererseits bereite ihm angesichts der Kürzungen die Zukunft der politischen Bildung große Sorge.

AB-03-12

### **AGJ-Plädoyer für Ausbau der Kinder- und Jugendhilfeforschung**

Die *Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe* hat im April den Stellenwert der Kinder- und Jugendhilfe betont, den sie im zurückliegenden Jahrhundert als eigener Leistungsbereich und unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Grundversorgung in Form familienunterstützender, -ergänzender und -ersetzender Hilfen für Kinder und Jugendliche erreicht habe. Ohne die Kinder- und Jugendhilfe sei die Bildungs- und Soziallandschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr vorstellbar. Allerdings würden die mit der quantitativen und qualitativen Expansion der Kinder- und Jugendhilfe einhergehenden Entwicklungen und Problemlagen bislang nur unzureichend empirisch beobachtet und dokumentiert. Die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe entwickle sich auf der Grundlage von Empfehlungen, die zu einem großen Teil auf empirisch abgesicherte Standortbestimmungen verzichteten.

Die AGJ hält deshalb den Ausbau der Forschungsbemühungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe auf allen Ebenen für dringend geboten. Sie empfiehlt den Trägern und Organisationen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, zukünftig drei Prozent ihres finanziellen Budgets für grundlagen- wie für praxisbezogene Forschungsvorha-

ben zu reservieren und sich nachhaltig für die Etablierung von mit den Forschungsinstitutionen gemeinsam getragenen Forschungs-Praxis-Transferstellen zu engagieren. Wirklichen Handlungsbedarf sieht die AGJ auch im Hinblick auf den effektiven Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis der Jugendhilfe. Alle Beteiligten in Forschung und Praxis müssten sich dringend um diesen Transfer bemühen. Erst so könne die Nachhaltigkeit von Forschungsergebnissen im Hinblick auf den jeweiligen Erkenntnisgewinn voll ausgeschöpft werden und sei die Theorie- und Praxisbedeutsamkeit von Forschung langfristig zu evaluieren.

Das „Plädoyer der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe für einen Ausbau der Kinder- und Jugendhilfeforschung“ ist im Wortlaut abzurufen bei Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, [www.agj.de](http://www.agj.de)

AB-03-13

### **Politische Bildung an Schulen in Baden-Württemberg**

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat auf Antrag der CDU-Fraktion in einer Stellungnahme dargelegt, welchen Stellenwert die politische Bildung und der Gemeinschaftskundeunterricht an baden-württembergischen Schulen einnehmen. Die CDU hatte den Antrag damit begründet, dass der erste Jugendlandtag von Baden-Württemberg in einer Resolution die Stärkung des Gemeinschaftskundeunterrichts gefordert hatte.

In der Stellungnahme der Landesregierung wird die besondere Bedeutung des Gemeinschaftskundeunterrichts betont. Politische Bildung werde sich im allgemeinbildenden Bereich nach der

Bildungsreform im Jahre 2004 jedoch nicht mehr ganz überwiegend nur im Fach Gemeinschaftskunde vollziehen, sondern werde in erweiterte Fächerverbände mit affinen Fächern eingebunden, die auch einen Beitrag für die politische Bildung leisten könnten. So findet politische Bildung an der Hauptschule im Fächerverbund Geschichte/Gemeinschaftskunde statt, künftig vorgesehen ist auch der Fächerverbund Welt-Zeit-Gesellschaft, der die Fachinhalte aus Geschichte, Gemeinschaftskunde/Politik, Erdkunde und Wirtschaftslehre vernetzen soll.

Im Gymnasium werden die Fächer Erdkunde und Gemeinschaftskunde zusammen mit Wirtschaft den Fächerverbund „EPW“ bilden. Die Landesregierung sieht in den Fächerverbänden die Möglichkeit zu Synergieeffekten, da bisher thematische Überschneidungen oder gar identische Inhalte in beteiligten Fächern häufig isoliert voneinander unterrichtet wurden.

Auf die Frage, ob und wie kommunalpolitische Themen, Vereine, Parteien und deren Jugendorganisationen, Jugendgemeinderäte sowie andere Träger politischer Bildung in den Unterricht einbezogen werden, teilt die Landesregierung mit, dass den Lehrkräften überlassen bleibt zu entscheiden, inwieweit sie zusätzlich Träger politischer Bildungsarbeit in den Unterricht einladen oder Lerngänge durchführen. Dies geschehe nach informellem Kenntnisstand vielfältig. Als Beispiel wird dazu die Einladung von Jugendoffizieren vermerkt.

Eine besondere Perspektive für die Einbeziehung der nachgefragten Inhalte und Bildungsträger sieht die Landesregierung im so genannten „schuleigenen cur-

riculum“, das ab Herbst 2004 ein Drittel der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit umfassen soll und von den Schulen und Lehrkräften vor Ort definiert wird. Dieses schuleigene curriculum soll gerade auch für aktuelle und lokale Bezüge offen sein.

Die Antwort der Landesregierung erschien als Drucksache 13/1649.

AB-03-14

#### **40 Jahre Deutsch-Französisches Jugendwerk**

Das *Deutsch-Französische Jugendwerk* feiert in diesem Jahr sein 40jähriges Bestehen. Es wurde aufgrund einer gemeinsamen politischen Initiative der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik durch das Abkommen vom 5. Juli 1963 errichtet. Das Abkommen wurde in Durchführung des Vertrages über die Deutsch-Französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 unterzeichnet und durch die Abkommen vom 22. Juni 1973 und vom 25. November 1983 geändert.

Das DFJW fördert seit 1963 jedes Jahr über 7 000 Jugendprojekte zwischen Deutschland und Frankreich. Schüler- und Studentenaustausch, Partnerschaften von Städten und Regionen, Praktika, Berufsaustausch, Seminare, Sportbegegnungen, Deutsch- und Französischkurse, Forschungsarbeiten sind die Schwerpunkte des Programms. Seit 1963 haben über sieben Millionen Jugendliche an über 200 000 vom DFJW geförderten Begegnungen teilgenommen.

Den Auftakt der Veranstaltungen zum 40. Geburtstag bildete das Jugendparlament, das im Januar

2003 in Berlin tagte. 500 Schüler beider Länder waren dazu eingeladen, sich mit den von Studenten verschiedener Fachbereiche im Tandem erarbeiteten Reformvorschlägen für den Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag von 1963 auseinander zu setzen. Im Juli (am 5. Juli wurde das DFJW gegründet) organisiert das DFJW ein Forum, auf dem eine Bestandsaufnahme der interkulturellen Arbeit des DFJW vorgenommen werden soll. Gemeinsam soll überlegt werden, welche Perspektiven sich in Pädagogik und Sprache für die Weiterentwicklung des Austauschs bieten.

Während der Herbstferien (Ende Oktober/Anfang November) wird ein europäisches Jugendfestival mit Unterstützung des DFJW stattfinden. Ein Rockfestival mit Workshops zu Kultur und Sport sowie mit Debatten zum Thema Europa ist geplant. Mehr als 3 000 Jugendliche werden in Aix-en-Provence, dem Ort des Jugendfestivals, erwartet.

AB-03-15

#### **Wehrbeauftragter legte Jahresbericht 2002 vor**

Dr. *Willfried Penner*, Wehrbeauftragter der Bundesregierung, hat im Frühjahr seinen Jahresbericht 2002 vorgelegt, der einen Überblick über die Situation der Soldaten gibt. Der Wehrbeauftragte hat die Aufgabe, zum Schutz der Grundrechte der Soldaten und zur Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der inneren Führung beizutragen. Er prüft die ihm gemeldeten Vorgänge in der Bundeswehr, wobei im Jahr 2002 eine Steigerung der Eingaben in der Größenordnung von 31,6 Prozent zu verzeichnen war.

Im Bericht verweist der Wehrbeauftragte auf den Veränderungs-

prozess, der alle Bereiche der Bundeswehr vom Auftrag über die Struktur bis hin zur Ausrüstung erfasst. Im Mittelpunkt stehen dabei die Umsetzung der im Jahr 2000 eingeleiteten Reform der Streitkräfte und das erweiterte Aufgabenspektrum im Rahmen internationaler Einsätze.

Der Bericht resümiert Erkenntnisse, die aus Eingaben von Soldaten, Gesprächen mit Soldaten und anderen Erkenntnisquellen gewonnen wurden.

Wie jeder Bericht enthält auch der Jahresbericht 2002 einen eigenen Abschnitt zur politischen Bildung, zu der die Bundeswehr gesetzlich verpflichtet ist. Der Wehrbeauftragte sieht in politischer Bildung eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen. Jedoch könne die Bundeswehr Wissens- und Bildungslücken, die auf Versäumnissen der elterlichen Erziehung, der Schule und der Gesellschaft beruhen, nicht vollständig schließen.

Der Bericht verweist auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Rahmenbedingungen politischer Bildung für die verschiedenen Dienstgrade. Während bei Mannschaftsdienstgraden staatsbürgerlicher Unterricht und später Seminare im Vordergrund der Ausbildung stehen, werden Vorgesetzte zusätzlich in der Vermittlung von Themen der politischen Bildung geschult. Im Bericht wird auf die gegenwärtige Situation der politischen Bildung in der Bundeswehr nicht weiter Bezug genommen, es wird nur angemahnt, dass die Erfüllung des Auftrags zur politischen Bildung weder durch Berufung auf dienstliche Zwänge noch durch finanzielle Probleme zu kurz kommen dürfe.

In einem weiteren Abschnitt geht es um Vorkommnisse mit rechts-

extremistischem Hintergrund in der Bundeswehr. Gegenüber den Jahren 2000 und 2001 hat sich die Zahl solcher „Vorkommnisse“ auf 111 reduziert, wobei sich als Beteiligte überwiegend Grundwehrdienstleistende oder freiwillig zusätzlichen Wehrdienst leistende Soldaten dabei hervortaten. Überwiegend handele es sich dabei um Propagandadelikte wie den „Hitler-Gruß“, „Sieg-Heil-Rufe“, Schmierereien sowie das Abspielen von Musik mit einschlägigem Inhalt. Viele der Täter waren alkoholisiert.

Der Bericht weist darauf hin, dass alle Verstöße konsequent verfolgt und das Erforderliche veranlasst worden seien; Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hätten in der Bundeswehr keinen Platz.

AB-03-16

### **Veränderungen des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes**

Das Bundeskabinett beschloss im März den Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung. Kern des neuen Kriegsdienstverweigerungsgesetzes ist, die Verfahren für die Kriegsdienstverweigerung zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird spätestens Anfang 2004 gerechnet.

Soldatinnen und Soldaten, gediente Wehrpflichtige und vorangekündigte Wehrpflichtige werden in Zukunft den ungedienten Wehrpflichtigen gleichgestellt. Es wird nur noch ein einheitliches Kriegsdienstverweigerungsverfahren beim *Bundesamt für den Zivildienst* geben. Auch wird künftig auf die Vorlage des Führungszeugnisses verzichtet.

Auf Ausschüsse und Kammern für Kriegsdienstverweigerung

wird ebenfalls künftig verzichtet. Das Verfahren wird sich im Wesentlichen am bisherigen Anerkennungsverfahren des Bundesamtes für Zivildienst orientieren, nach dem ein schriftliches Verfahren erfolgt, in dem die ernsthafte Gewissensentscheidung dargelegt werden muss. Nur wenn Zweifel bestehen, wird der Antragsteller bzw. die Antragstellerin vom Bundesamt für den Zivildienst zu einer mündlichen Anhörung eingeladen. Bislang mussten Anträge von Soldatinnen und Soldaten, gedienten Wehrpflichtigen (Reservisten) und so genannten „vorangekündigten“ Wehrpflichtigen nach einem besonderen Verfahren durch Ausschüsse bzw. Kammern für Kriegsdienstverweigerung entschieden werden.

Die Neuregelung des Gesetzes sieht die Straffung der Rechtsvorschriften von bisher 23 auf nun 13 Paragraphen vor. Der Gesetzentwurf ist geschlechtergerecht ausformuliert.

Die Bundesregierung nahm im März zu einer Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion Stellung, die Auskunft über Situation und Zukunft des Zivildienstes verlangte. Mit Bezug auf den Koalitionsvertrag, der eine Überprüfung der Wehrpflicht bis spätestens 2006 ankündigte, wollte die FDP von der Bundesregierung wissen, ob mit der Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht zu rechnen sei und welche Konsequenzen dies für den Zivildienst habe. Die Bundesregierung ziehe sich immer weiter aus der Finanzierung des Zivildienstes zurück. Für die Träger der Zivildienststellen bedeute dies fehlende Planungssicherheit.

Die Bundesregierung verweist darauf, dass zur Zeit weder Dienstzeitkürzungen noch Änderungen der Tauglichkeitskriterien ge-



plant seien, um die Zahl der Wehr- bzw. Zivildienstleistenden zu regulieren. Sie sieht auch die Voraussetzung für Wehr- bzw. Zivildienstgerechtigkeit als erfüllt an, auch wenn die FDP in ihrer Anfrage darauf verwies, dass in der momentanen Situation etwa die Hälfte aller jungen Männer eines Jahrgangs weder Wehr- noch Zivildienst leiste.

Die Einsparungen im Haushalt 2003 haben auch Auswirkungen auf die Besetzung der Zivildienststellen, insbesondere bei den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege. Einige Zivildienststellen mit insgesamt 69 Zivildienstplätzen haben wegen der Kürzungen der anteiligen Finanzierung durch den Bund um Beendigung ihrer Anerkennung als Beschäftigungsstelle des Zivildienstes gebeten. Die Bundesregierung relativiert die von der FDP in ihrer

Anfrage geäußerte Befürchtung, dass die Einsparungen im Haushalt 2003 und die dadurch provozierte Reduzierung der Zahl von Zivildienstleistenden sich auf die Situation von Pflege- und Betreuungsbedürftigen auswirken werde. Diese Situation sei vielmehr bestimmt durch die Ausstattung mit hauptamtlichem Personal und die Fachausrüstung. Den Zivildienstleistenden fehle die fachliche Qualifikation für den Pflegeberuf, sie dürften zudem nicht an Stelle hauptamtlicher Pflegekräfte eingesetzt werden, sondern nur zur begleitenden Unterstützung. Die Bundesregierung sehe gleichwohl den wichtigen Beitrag der Zivildienstleistenden zur Sicherstellung der Pflege und Betreuung hilfsbedürftiger Menschen. Deshalb habe sie bei der Umsetzung der Sparmaßnahmen Anstrengungen unternommen, um eventuelle negative

Auswirkungen auf diesen Bereich so gering wie möglich zu halten. Es sei mit den Wohlfahrtsverbänden eine Steuerung der Einberufung der Zivildienstleistenden erarbeitet worden, durch die sichergestellt werde, dass die einberufenen Zivildienstleistenden vorrangig im Bereich der Pflege und Betreuung eingesetzt werden. So habe die Bundesregierung durch flankierende Maßnahmen zusammen mit den den Zivildienst tragenden Verbänden und Organisationen erreicht, dass eventuelle negative Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf diesen Bereich entweder vermieden oder deutlich abgemildert werden konnten.

Die Antwort der Bundesregierung ist erschienen als Bundestagsdrucksache 15/721.

AB-03-17

## Aus dem AdB

### Bundesjugendministerin Schmidt im Haus der Jugendarbeit

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Renate Schmidt*, besuchte am 25. Februar 2003 das *Haus der Jugendarbeit* in Berlin, in dem der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* zusammen mit anderen Verbänden der Jugendarbeit und Jugendhilfe residiert. Sie besichtigte die Räumlichkeiten, in denen die im Verein *HdJ e. V.* zusammengeschlossenen Einrichtungen *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten*, *Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe*, *Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendschutz* und *Deutscher Bundesjugendring* seit dem Wechsel von Bonn nach

Berlin ihren Sitz haben. Vertreter und Vertreterinnen dieser Organisationen führten auch das Gespräch mit der Bundesministerin, an dem darüber hinaus der VPK – ein privater Jugendhilfeträger, der seine Geschäftsstelle eben-



Bundesjugendministerin Renate Schmidt mit dem AdB-Vorsitzenden Peter Ogrzall

falls am Mühlendamm 3 hat – beteiligt war.

Für den AdB nahmen die Vorsitzenden *Peter Ogrzall* und Dr. *Bernhard Schalhorn* und die Geschäftsführerin *Mechthild Merfeld* teil. *Mechthild Merfeld* begrüßte in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Vorsitzende des HdJ die Ministerin, die in einer Rede die politischen Schwerpunkte ihres Ministeriums erläuterte. Als Thema für das Gespräch hatten die beteiligten Organisationen „Jugendhilfe und Bildung“ vorgeschlagen. Die Ministerin betonte, dass es ihr darum gehe, Jugendhilfe und Jugendarbeit in die Ganztagschule einzubinden. Sie verwies auf das Regierungsprogramm zur Errichtung von



AdB-Geschäftsführerin Mechthild Merfeld (rechts) eröffnet das Gespräch mit Ministerin Renate Schmidt (links)

Ganztagschulen und stimmte mit den beteiligten Organisationen in der Bewertung der Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote der verschiedenen Jugendhilfeorganisationen ein. In Kooperation von Schule und Jugendhilfe sollten die unterschiedlichen Bildungsziele und Kompetenzen in gemeinsamen Angeboten zusammengeführt werden.

Bundesjugendministerin Renate Schmidt schlug in dem Gespräch eine gemeinsame Veranstaltung vor, auf der die Kooperation von Schule und Jugendhilfe als gleichwertige und gleichberechtigte Partner von den zuständigen Ministerinnen und den Verbänden thematisiert werden sollte.

AB-03-18

### Online-Datenbank der AdB-Mitgliedseinrichtungen

Über die AdB-eigene Homepage [www.adbildungsstaetten.de](http://www.adbildungsstaetten.de) können seit kurzem Informationen über thematische Schwerpunkte der im AdB vertretenen Bildungsinstitutionen und ihre räumlichen Kapazitäten abgerufen werden.

Suchfunktionen erleichtern den Zugang zu den Angaben, die bei der Wahl eines Hauses entscheidungsrelevant sind. Interessierte können sich so über Angebotschwerpunkte politischer Bildung informieren oder ein geeignetes Haus für die Realisierung eigener Veranstaltungen suchen. Wer über die Datenbank hinausgehende Informationen zu den einzelnen Häusern wünscht, wird über Links direkt zu den Homepages der beteiligten Bildungseinrichtungen geführt.

Die Homepage wurde von *Boris Brokmeier* und *Elisabeth Weeber* zusammen mit der Agentur *Chili Con Graphics* entwickelt.

AB-03-19

### Russische Studenten und Studentinnen informierten sich über Modelle demokratischer Jugendbildung

Vom 24. Januar bis zum 21. Februar 2003 dauerte der Aufenthalt einer Gruppe von neun jungen Russen und Russinnen, die an der Moskauer geisteswissenschaftlich-sozialen Akademie (früher: Russisches Jugendinstitut) studie-

ren. Sie kamen nach Deutschland auf Einladung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)*, der seit 1995 im Rahmen eines mit der Moskauer Akademie vereinbarten Hospitationsprogramms ausgewählten russischen Studierenden Einblick in die Praxis außerschulischer Jugendbildung in Deutschland ermöglicht. Die Studierenden besuchten verschiedene Bildungsstätten des AdB, um sich dort über vorher verabredete Schwerpunkte der Jugendbildung zu informieren und die Arbeit der gastgebenden Bildungseinrichtung kennen zu lernen. Die Hospitation begann mit einer zweitägigen Einführung und endete mit der gemeinsamen Auswertung in Berlin.

In diesem Jahr standen folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt der Hospitationen:

- Verbindung von beruflicher Bildung und demokratischer Partizipation in der JBST Ottersleben
- Partizipation von Jugendlichen und ökologisches Engagement in der Akademie Frankenwarte, Würzburg
- Gewalt unter Jugendlichen/ Modelle der Mediation in der JBS Lidice-Haus, Bremen.

Gemeinsam nahmen die Hospitierenden im Anschluss daran in der HVHS Alte Molkerei Frille an einem Gender Training teil; sie informierten sich über die Anwendung von Gender Mainstreaming in Theorie und Praxis und lernten Ansätze geschlechtsbezogener Bildungsarbeit kennen.

Auf einer Fachveranstaltung in Moskau, an deren Vorbereitung sie beteiligt sind, werden die Hospitierenden im Herbst demonstrieren, was sie während ihres Aufenthaltes in Deutschland gelernt haben. Der AdB will mit die-

sem aus Mitteln des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* geförderten Programms zum Aufbau demokratischer Jugendarbeit in Russland beitragen.

AB-03-20

### **Jugendarbeit muss sich durch Lebensnähe und Praxisorientierung auszeichnen – Mongolische Fachkräfte hospitierten beim AdB**

Am 22. Mai endete der mehrwöchige Hospitationsaufenthalt mongolischer Fachkräfte der Jugendarbeit, die auf Einladung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* in verschiedenen Mitgliedseinrichtungen des AdB hospitiert hatten. Während ihres Aufenthalts informierten sie sich über Ansätze politischer Jugendbildung, um zu prüfen, wie sie ihre Erfahrungen in Deutschland für die Praxis der Jugendbildung und Jugendarbeit in der Mongolei nutzen können. Der AdB kooperiert bereits seit 1995 mit mongolischen Partnern.

Am 20. Mai 2003, zur Zeit, in der die Auswertung der Hospitationen in Berlin stattfand, besuchten die mongolischen Gäste die Geschäftsstelle des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* am Mühlendamm, um dem AdB-Vorstand, der gerade tagte, über ihre Eindrücke während des Aufenthaltes in Deutschland zu berichten. *Moritz v. Engelhardt*, der als ehemaliger AdB-Vorsitzender maßgeblichen Anteil am Aufbau der Zusammenarbeit mit der Mongolei hatte und auch in diesem Sommer wieder für einige Wochen dort als Senior Experte tätig sein wird, leitete die Auswertung.

Die mongolischen Fachkräfte waren in zwei Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe informierte sich über Bildungsangebote und Projekte, die sich an den spezifischen Lebensbedingungen von Jugendlichen in der Stadt orientieren, die andere Gruppe richtete ihr Augenmerk auf Bildungsangebote für Jugendliche auf dem Land, wobei, darauf wiesen die mongolischen Gäste hin, „Land“ in der Mongolei eine ganz andere Di-

mension habe als in der geografisch viel kleineren und erheblich dichter besiedelten Bundesrepublik Deutschland. Aber man hatte gleichwohl auch hier Projekte gesehen, die in modifizierter Form in der Mongolei realisiert werden könnten, wie beispielsweise eine mobile Bildungseinrichtung, die in der mongolischen Steppe gut eingesetzt werden könnte.

Die mongolischen Gäste zeigten sich besonders beeindruckt von Angeboten, in denen berufliche Arbeit in Werkstätten mit politischer Bildung verbunden wird, wie sie vor allem bei dem Besuch in Köln erfahren wurden. Beeindruckt zeigte man sich aber auch von Ansätzen, mit denen die Jugendlichen befähigt werden sollen, sich an der Regelung der sie betreffenden Angelegenheiten selbstverantwortlich zu beteiligen. Das war vor allem bei Veranstaltungen mit Schülervvertretungen und bei Seminaren der Fall, in denen es um die Qualifizierung zu Streitschlichtern ging. Positiv vermerkt wurde die Beteiligung der Jugendlichen an der Organisation und Realisierung der für sie geplanten Veranstaltungen. Positiv wurde auch wahrgenommen, dass der Staat die Praxis der Jugendarbeit nicht kontrolliert und die Qualitätskontrolle vor allem durch die Teilnehmenden erfolgt.

Insgesamt bewerteten die mongolischen Gäste ihren Aufenthalt als sehr interessant und ergebnisreich. Es gebe zwar viele Unterschiede, bedingt durch die sehr unterschiedlichen Bedingungen und kulturellen Traditionen in den beiden an diesem Austausch beteiligten Ländern, aber man habe auch viele Gemeinsamkeiten entdeckt. In beiden Ländern gelte, dass die Arbeit mit Jugendlichen nur erfolgreich sein könne, wenn sie sich durch Lebensnähe



Mongolische Fachkräfte auf Besuch beim AdB



Bei dem Auswertungsgespräch im HdJ

und Praxisorientierung auszeichnen.

Die mongolischen Gäste äußerten neben ihrem Dank für die Unterstützung dieser Kooperation auch die Erwartung an die deutsche und die mongolische Regierung, dass die bisherige erfolgreiche Kooperation mit dem AdB weiter gefördert werde.

AB-03-21

### **Haustechnikertagung zu Brandschutz und Betriebssicherheit**

Die neue Betriebssicherheitsverordnung und damit im Zusammenhang stehende Weiterbil-



Die Teilnehmer an der Haustechnikertagung vor dem Europahaus Aurich

dungsmöglichkeiten für technische Mitarbeiter in Bildungsstätten und praktische Übungen zum Brandschutz standen im Mittelpunkt der diesjährigen Haustechnikertagung des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB)* vom 1. bis 4. April im *Europahaus Aurich*

Die seit Beginn des Jahres geltende Betriebsicherheitsverordnung löst eine Reihe von bisher bestehenden Gesetzen und Unfallverhütungsvorschriften ab, fasst diese zusammen und legt sie neu aus. Diese EU-weit umgesetzte Verordnung gilt für alle Arbeitsstätten und stellt den Arbeitgeber vor die Aufgabe, sog. Gefährdungsanalysen der im Betrieb vorhandenen Arbeitsplätze vorzunehmen. Ähnlich wie bereits im Bereich des Lebensmittelrechts soll nunmehr von starren Überprüfungs- und Kontrollpflichten abgesehen werden, und jeder Betrieb soll in die Lage versetzt werden, ein eigenes Sicherheitsmanagement zu entwickeln.

Die Teilnehmer der Tagung diskutierten sehr engagiert mit den Referenten des TÜV-Nord über die neuen Regelungen und die Konsequenzen für die Bildungsstätten. Die Haustechniker sehen aufgrund der auf sie zukommenden Aufgabe, die Gefährdungsanalysen zu erstellen, weiteren Qualifizierungsbedarf und sind skeptisch, ob ihre Arbeitgeber die Kosten für die Schulungen übernehmen werden.

Die Teilnehmer unternahmen am Donnerstag eine Exkursion zur Fachhochschule in Wilhelmshaven, wo sie durch den dortigen Leiter der Sicherheitstechnik in den vorbeugenden Brandschutz eingewiesen wurden. Insbesondere der organisatorische Brandschutz stellt einen zentralen Bereich dar, der durch die Mitar-



Übung für den Ernstfall

beiterinnen und Mitarbeiter im Hause beeinflussbar ist. Er beinhaltet das Erstellen von Hinweisblättern und Brandschutzordnungen für die Angestellten im Hause sowie das Benennen von Brandschutzbeauftragten.

Der theoretischen Unterweisung folgte auf dem Gelände einer Raffinerie eine praktische Brandschutzübung mit allen Teilnehmern unter fachlicher Anleitung. In einer zwei Quadratmeter großen Metallwanne wurde Brand beschleunigende Flüssigkeit entzündet, die sofort mannshohe Flammen und heftigen Rauch entwickelte. Geübt wurde hier der richtige Gebrauch von Handfeuerlöschern. Es zeigte sich, dass die fachgerechte Handhabung der Geräte (Entriegelung und Löschvorgang) von den meisten Haustechnikern nicht beherrscht wurde und diese Übung nützliche Kenntnisse vermittelte und durch eigenes Trainieren verfestigte.

Derartige Übungen dürfen nur an dazu bestimmten Orten mit ausgewiesenem Fachpersonal vorgenommen werden.

Am Ende waren alle Teilnehmer zufrieden über die neu gewonnenen Erkenntnisse und die Möglichkeit, an einer praktischen Brandübung teilgenommen zu haben. Als sehr wichtig benannten sie den informellen Austausch über ihre Tätigkeiten und Probleme in den jeweiligen Häusern, da es für sie kaum Anlässe der kollegialen Kommunikation gibt.

Bericht: Boris Brokmeier

AB-03-22

### **AdB-Jugendbildungsreferenten und -referentinnen erörtern aktuelle Methoden für die Auseinandersetzung mit Gewalt und Rassismus**

Die diesjährige Frühjahrstagung der Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten fand vom 17. bis 21. März im *Europa-Institut* in Bocholt statt und setzte sich im Schwerpunkt mit aktuellen Methoden außerschulischer Jugendbildungsarbeit zu Gewalt und Rassismus auseinander.



Jugendbildungsreferenten und -referentinnen in der Diskussion

Vorgestellt wurde den Teilnehmenden das Anti-Bias-Training, eine in den USA entwickelte Methode, die den Abbau der Mechanismen, die jeder Form von Diskriminierung zu Grunde liegen, zum Ziel hat. Einige methodische Elemente dieses Trainings wurden beispielhaft ausprobiert, um die pädagogische Qualität besser einschätzen und beurteilen zu können.

An einem Nachmittag unternahmen die Jugendbildungsreferenten/-innen eine Exkursion in die niederländische Bildungsstätte Odyssee bei Nimwegen, um das Konzept nicht formaler Erwachsenenbildung in den Niederlanden kennen zu lernen. Eindrucksvoll schilderte *Theo van der Heyden* die Fusionsprozesse der dortigen Heimvolkshochschulen zu mittlerweile einem Träger, der landesweit sechs Einrichtungen betreibt.

Die nächste Tagung der Jugendbildungsreferenten/-innen im Herbst wird sich mit der Evaluation der politischen Bildungsarbeit im Rahmen des JBR-Pro-

gramms befassen und mit geeigneten Instrumenten eine Bewertung der über viele Jahre im AdB geleisteten Arbeit vornehmen.

Bericht: Boris Brokmeier

AB-03-23

### **AdB beteiligte sich an GEMINI-Stellungnahmen**

Der *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* hat nicht nur die Geschäftsführung des *Bundesausschuss politische Bildung (bap)* inne, sondern arbeitet auch in der *Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung* im bap (GEMINI) mit.

GEMINI hat im Frühjahr vor dem Hintergrund der gegenwärtig durchgeführten Evaluation der politischen Jugendbildung und der Reform des Kinder- und Jugendplans ein Positionspapier zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Kontext des Kinder- und Jugendplans formuliert.

Nach Meinung der beteiligten Träger (neben dem AdB noch die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, die Evangelische Trägergruppe, der Verband Ländlicher Heimvolkshochschulen und Arbeit und Leben) ist der Kinder- und Jugendplan ein zentrales förderpolitisches Instrument zur Umsetzung jugendpolitischer Ziele und zur Anregung fachlicher Innovation, das auf die Kooperation mit freien Trägern angelegt ist. Demnach übernehmen die bundesweit arbeitenden Träger auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips abgestimmte Aufgaben, die mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden müssten.

Politische Jugendbildung versteht sich dabei als struktureller Bestandteil und kontinuierliche Aufgabe einer demokratischen Kultur. Es könne nicht vorausgesetzt werden, dass ein funktionierendes demokratisches System die Einstellungen und Verhaltensweisen selbstverständlich hervorbringe, die es für seinen Fortbestand benötige. Ihren Beitrag zur Zukunft einer demokratischen Gesellschaft leiste die politische Jugendbildung dadurch, dass sie eine Einübung zivilisatorischer Grundqualifikationen ermögliche, zur Partizipation befähige und mit den elementaren Normen einer toleranten Gesellschaft vertraut mache.

Dafür müssten die bundeszentralen Träger jedoch über eine leistungsfähige Infrastruktur sowie über effiziente Instrumente zur innovativen Anregung und Steuerung der Praxis politischer Jugendbildung verfügen. Hierzu sei es unbedingt erforderlich, die verschiedenen Organisationen sowohl auf der Ebene der Zentralstellen als auch auf der Ebene der einzelnen Bildungsstätten und Einrichtungen mit den not-

wendigen personellen Ressourcen auszustatten. Nur so könnten Innovation, Flexibilität, Qualitätsmanagement und Evaluation in fachlich abgesicherter Weise und auf der Grundlage anerkannter Standards erfüllt und damit ein qualitativ hochwertiges Angebot politischer Jugendbildung aufrecht erhalten werden.

Die aktuellen Erfahrungen mit den neuen Richtlinien des KJP zeigten, dass die Abschaffung der bisherigen stellenbezogenen Personalkostenförderung von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten die Verwirklichung der von den Beteiligten geteilten Zielvorstellung massiv gefährdet. Systeme des Qualitätsmanagements und der Selbstevaluation und die damit erreichten Qualitätsstandards könnten künftig vielfach nicht mehr gewährleistet werden. Zudem seien Pluralität und notwendige Vielfalt des Angebots durch diese drohenden Entwicklungen nachhaltig gefährdet.

Dem BMFSFJ wird deshalb vorgeschlagen, über „kluge Lösungen zu verhandeln, die es ermöglichen, die Vielfalt und Breite der Angebote politischer Jugendbildung in einer pluralen Trägerschaft auch weiterhin in der erreichten Qualität zu gewährleisten und im Hinblick auf aktuelle Erfordernisse flexibel weiter zu entwickeln. Eine wesentliche Voraussetzung dafür wäre, hinreichend Zeit für eine Auswertung der Ergebnisse der Evaluation des Programms Politische Bildung zu schaffen und in diesem Zusammenhang den vorgesehenen Wechsel im Hinblick auf die Förderung von Personalkosten für Jugendbildungsreferentinnen und -referenten um ein Jahr zu verschieben.

In einer anderen Stellungnahme der GEMINI geht es um Aussagen

zur Konsultation über die Fortführung der EU-Förderprogramme LEONARDO da Vinci, SOKRATES und JUGEND nach 2006. Die beteiligten Träger hatten den Fragenkatalog gemeinsam beantwortet. Sie stellen in ihrer Antwort fest, dass der Erfolg der Europäischen Union maßgeblich von der Akzeptanz und Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger abhängt. Deshalb sollten auch die Förderprogramme der Europäischen Union im Bereich Bildung und Jugend dazu beitragen, das Engagement junger Menschen für ihre Lebenswelt und damit für ein friedliches und demokratisches Europa zu fördern und ihnen helfen, Kompetenzen zu erlangen, die für die Gestaltung eines solchen Europas notwendig sind. Erwartet wird von den Förderprogrammen, die aktive Bürgerschaft junger Menschen zu fördern. Dem nicht-formellen und informellen Lernen müsse eine stärkere Bedeutung zukommen. Auch sollten das unterschiedliche Bildungsverständnis und die spezifischen Methoden der formalen und nicht-formalen Bildungseinrichtungen bzw. der Jugendhilfe berücksichtigt werden.

GEMINI spricht sich dagegen aus, den Erfolg von Bildungsprogrammen und -maßnahmen allein an der beruflichen Verwertbarkeit der Ergebnisse festzumachen. Der besonderen Rolle der Jugendpolitik und der Träger der Jugendhilfe sollte Rechnung getragen werden. Auch werde von den Förderprogrammen erwartet, dass sie die Schere zwischen gut Aus- und Weitergebildeten und Menschen mit minimalen Bildungschancen verringern helfen.

GEMINI erhofft sich von der Fortschreibung der Programme nach 2006 die Unterstützung möglichst vieler niederschwelliger Maßnahmen ohne hohe adminis-

trative und finanzielle Hürden. Die größten Schwächen der Programme liegen zurzeit nach Auffassung von GEMINI im administrativen Aufwand und den Verfahren, vor allem im Zusammenhang mit der Finanzierung, sowie in den langen Zeiträumen im Hinblick auf Antrags-, Bewilligungs- und Zahlungsverfahren.

*Die komplette Stellungnahme ist auf der Website des bap ([www.bap-politischebildung.de](http://www.bap-politischebildung.de)) abzurufen.*

AB-03-24

## **Berichte aus den Kommissionen**

### ***Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit***

Nachzutragen ist der Bericht über die Sitzung der *Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit*, die sich vom 28. bis 30. August 2002 im *Maximilian-Kolbe-Haus* in Danzig traf. Dort stellte *Pater Roman Deyna* die Einrichtung vor, die im Mai 1992 gegründet wurde und als Zentralstelle im *Deutsch-Polnischen Jugendwerk* fungiert. Sie wird von Franziskanern und Minoriten geleitet und organisiert Schüleraustauschprogramme zwischen Danzig und dem Bistum Essen, aber auch kulturelle Bildungsprojekte und über den deutsch-polnischen Rahmen hinaus trilaterale Programme mit ostmitteleuropäischen Ländern.

Das *Maximilian-Kolbe-Haus* ist eine Mitgliedsinstitution der *Föderation polnischer Begegnungsstätten (fpds)* mit der der AdB bereits zusammengearbeitet hat.

In dieser Organisation gab es in den letzten beiden Jahren große Veränderungen. Die Zahl der deutsch-polnischen Begegnungsprogramme hat sich erheblich re-

duziert, stattdessen wurden stärker innerpolnische Themen angeboten und die Kontakte zu osteuropäischen Ländern intensiviert. Grund für den Rückgang der deutsch-polnischen Programme ist das ständig schwindende Interesse deutscher Gruppen. Für die Bildungsangebote können in Polen in Zeiten der Wirtschaftskrise viele Menschen weder Zeit noch Geld aufbringen. Die in der fpds zusammengeschlossenen Einrichtungen haben sich deshalb auf ihr Überleben konzentriert und hatten keine Kraft mehr, auch noch den Verband zu unterstützen. Die Föderation ist jetzt dabei, neue Strukturen zu entwickeln und sich neu zu definieren.

*Marek Hola*, Sozialdezernent der Stadt Danzig und Mitglied des Stadtrates, arbeitet seit vielen Jahren mit Nicht-Regierungsorganisationen zusammen und hat auch Erfahrungen mit demokratischer Jugendbildung. Er informierte die Kommission über die aktuelle Situation demokratischer Jugendbildung in Polen. Solidarität und Subsidiarität seien die Grundlagen, auf denen die Arbeit der Nicht-Regierungsorganisationen in Polen beruht. *Marek Hola* schätzt die Zahl von Organisationen, Initiativen oder Einrichtungen, die sich sowohl auf Jugend als auch auf Bildung und auf Demokratie beziehen, auf rund 100.

*Marek Hola* bezeichnete in dem Gespräch als wichtige Aufgabe demokratischer Jugendbildung in Polen, demokratisches Bewusstsein und demokratische Werte zu vermitteln. In Polen sei das Vertrauen zum Staat, in das Recht und die demokratischen Strukturen erschüttert.

Es gehe daher um die Unterstützung einer Bildungsarbeit, die nicht nur Wissen, sondern auch demokratische Fertigkeiten ver-

middle. Notwendig sei zudem die Kooperation zwischen Schule und außerschulischer Bildung.

Aktuell werde die Arbeit jedoch erschwert durch die Wirtschaftskrise. Die Transformationsprozesse hätten zu großen Enttäuschungen geführt und Verschlechterungen für die Kinder insbesondere auf dem Land gebracht. Eine Gefahr für die Arbeit der NGOs sei, dass in Polen versäumt wurde, eigene Strukturen zu entwickeln, und die NGOs zu stark von Subventionen insbesondere aus den USA abhängen. Ein Problem sei zudem, dass sich die polnische Mentalität nur schwer mit Dachverbänden arrangieren kann, dass es Misstrauen gegen jede Form des Zentralismus gibt. Diese Formen der Kooperation würden aber in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, da Anträge bei der EU Vernetzungen, Zusammenarbeit und Verbandsstrukturen voraussetzen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Sitzung war die Beschäftigung mit der weiteren Entwicklung des Europäischen Bildungsnetzwerks DARE, das Anfang August im *Internationalen Haus Sonnenberg* gegründet wurde. Die AdB-Kommission für Europäische und Internationale Arbeit war an den Vorbereitungen dieser Gründungskonferenz beteiligt. Sie wurde über die Ergebnisse der Konferenz und die seitherigen Entwicklungen unterrichtet. In der Diskussion ging es vor allem um die Frage, ob diese neue Gründung nicht als Konkurrenz zu bereits bestehenden europäischen Bildungsverbänden gesehen werden muss. Gerade die Gesprächspartner aus Polen unterstrichen jedoch, dass ein solches Netz für die ostmitteleuropäische Region ein wirkliches Bedürfnis sei. Polen werde in den kommenden Jahren der EU beitreten, aber die Kenntnis euro-

päischer Themen wie die Kenntnis der europäischen Länder sei nicht sehr entwickelt. Deshalb sei der Austausch von Erfahrungen im Rahmen eines solchen Netzes außerordentlich wichtig.

AB-03-25

### **Kommission Mädchen- und Frauenbildung**

Die Sitzung der *Kommission Mädchen- und Frauenbildung* fand im September 2002 im *Lidice Haus* in Bremen statt. Prof. Dr. *Uwe Siebert* von der Universität Kiel und *Elisabeth Tuider* aus Hamburg informierten die Kommissionsmitglieder über Managing Diversity als Aspekt der Genderpädagogik. Dabei ging es vor allem um ein von der Universität Kiel entwickeltes Ausbildungskonzept.

Die Strukturdebatte im AdB und Gender Mainstreaming, verbunden mit dem geplanten Gender-Projekt, standen im Mittelpunkt der weiteren Beratungen der Kommission. Dr. *Hannelore Chiout* berichtete, was die Geschäftsstelle und der Vorstand in dieser Angelegenheit bereits unternommen hatten. Die Kommission war sich darin einig, dass bei dem Prozess der Implementierung von Gender Mainstreaming zwischen dem Projekt zur Qualifizierung der politischen Bildung in den Bildungsstätten einerseits und dem verbandlichen Entwicklungsprozess andererseits unterschieden werden müsse.

Zur Entwicklung innerhalb des Verbandes befasste sich die Kommission mit der Frage, wie weit sich Gender Mainstreaming in den Verbandsstrukturen und Gremien, in der Organisation und der Kultur und den Inhalten der Verbandsarbeit niederschlägt. Zwischenzeitlich war eine Steuerungsgruppe eingerichtet worden, die den innerver-



bandlichen Entwicklungsprozess begleiten soll. Nach Auffassung der *Kommission für Mädchen- und Frauenbildung* sollte das Thema Gender Mainstreaming nicht gänzlich auf die Steuerungsgruppe delegiert werden.

Das Projekt zur Qualifizierung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus den Einrichtungen, die für Gender Mainstreaming qualifiziert werden sollen, wurde in der Zwischenzeit von Mitgliedern der *Kommission für Mädchen- und Frauenbildung* skizziert. Die Kommission erörterte das weitere Verfahren bei der Entwicklung des Projekts und gab dazu Anregungen.

AB-03-26

#### **Kommission Erwachsenenbildung**

Die *Kommission Erwachsenenbildung* kam vom 30. September bis 2. Oktober 2002 in Goslar zusammen. Haus Zeppelin, Ort der Sitzung, wurde vorgestellt und besichtigt.

Nach einem Bericht über den Stand der Diskussion im Vorstand, in dem es um die Perspektiven der Kommissionsarbeit ging, erörterte die Kommission Konsequenzen aus dem Workshop Öffentlichkeitsarbeit, an dem zwei ihrer Mitglieder teilgenommen hatten.

Die Erörterung der Frage, wie die Kommission ihr Selbstverständnis definiert und welche Aufgaben sie bis zum Ende der Sitzungsperiode wahrnehmen will, gab Anlass, über neue Themen in der Erwachsenenbildung nachzudenken. Es wurde vorgeschlagen, den AdB stärker in die inhaltlichen Diskussionen zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 einzubeziehen. Die Kommission schloss sich dem Vorschlag an, das Thema 17. Juni 1953 in die Jahrespla-

nung 2003 des AdB aufzunehmen und zu einer Konferenz einzuladen. Erste Anregungen zur Gestaltung dieser Konferenz wurden diskutiert.

Die Kommission befasste sich mit Gender Mainstreaming und dessen Bedeutung für die Verbandsarbeit. Berichtet wurde über einen Kongress in Leipzig, zu dem das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* eingeladen hatte. Die Kommission schlug vor zu klären, wie über formale Änderungen hinaus die vorgesehene Steuerungsgruppe zu Gender Mainstreaming produktiv werden könne. In der Beurteilung der Aufgaben, die von der Steuerungsgruppe wahrzunehmen seien, schloss sie sich der Einschätzung der *Kommission Mädchen- und Frauenbildung* an. Sie empfahl allerdings, die Aufgaben der Steuerungsgruppe zu präzisieren und in den eigenen Reihen mit einem ersten Gender-Training zu beginnen, das im Dezember stattfinden sollte.

AB-03-27

#### **Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik**

Die *Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik* traf sich zu ihrer Sitzung vom 16. bis 18. Oktober 2002 in der *Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar*. Ulrich Ballhausen, Mitglied der Kommission und Leiter dieser Einrichtung, stellte das Haus zusammen mit seiner Mitarbeiterin vor. Dabei ging es insbesondere um die von der Bildungsstätte realisierten kommunalen Projekte.

Ulrich Ballhausen berichtete der Kommission über verschiedene Aktivitäten des Vorstands in den vergangenen Monaten.

Schwerpunkt der Kommissionsitzung war jedoch das Thema Gender Mainstreaming, das den ganzen zweiten Tag in Anspruch nahm. Referentin zu diesem Tagesordnungspunkt war *Claudia Lutze* vom *Jagdschloss Glienicke* in Berlin. Sie erläuterte Inhalt und Bedeutung des Prinzips Gender Mainstreaming und definierte dieses Prinzip als Querschnittsaufgabe in allen öffentlichen Einrichtungen. Die Kommission diskutierte im Anschluss an die Ausführungen von *Claudia Lutze* über den Stellenwert der geschlechtsspezifischen Arbeit im Hinblick auf die Förderung der Jungenarbeit.

In drei Arbeitsgruppen setzten sich die Mitglieder der Kommission anhand von Fallbeispielen aus dem Bildungskontext mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming im jeweiligen Fall auseinander. Dabei ging es um Gender Mainstreaming in den Bildungsstätten, Gender Mainstreaming in Seminaren und Veranstaltungen in Gremien wie den Kommissionen.

Weitere Themen dieser Sitzung waren das Entimon-Projekt des AdB, das die „Auseinandersetzung mit dem Islam in Jugendbildung und anderen Feldern der Jugendhilfe“ in den Mittelpunkt stellt, und die Zukunft des JBR-Programms. Die Kommission informierte sich über den aktuellen Stand dieser Angelegenheiten ebenso wie über andere Aktivitäten des Verbandes.

AB-03-28

#### **Kommission Bildungspolitik und außerschulische Bildung**

Die Sitzung der *Kommission Bildungspolitik* fand am 11./12. Februar 2003 in der *Europäischen Akademie Berlin* statt. Die Kommission befasste sich dabei insbe-

sondere mit dem Beschluss des Vorstands zur künftigen Kommissionsarbeit. Sie problematisierte noch einmal die Entscheidung des Vorstands, die Kommission Bildungspolitik nach Ablauf der Sitzungsperiode nicht wieder zu berufen, sondern Bildungspolitik zukünftig als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Verbandsarbeit wahrzunehmen. Auch die Absicht, Ad hoc-Arbeitsgruppen künftig als bildungspolitische Steuerungsinstrumente des Verbandes einzusetzen, wurde von der Kommission kritisch hinterfragt. Arbeitsgruppen könnten jedenfalls die kontinuierlichen Kontakte als Voraussetzung für vertrauensvollen Erfahrungsaustausch nicht in dem Maße herstellen, wie eine Kommission, deren Mitglieder über einen längeren Zeitraum zusammenarbeiten.

Weitere Punkte dieser Sitzung betrafen bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Ländern, zu denen von den Mitgliedern der Kommission Hinweise und Einschätzungen gegeben wurden. Generell musste festgestellt werden, dass sich die Situation für die Bildungsstätten als Konsequenz von Gesetzesnovellen und Mittelkürzungen bis hin zur Existenzgefährdung ver-

schärft hat. Auch traditionsreiche Institutionen stehen mittlerweile zur Disposition. Kritik an deren Arbeit wird dabei nicht als Grund angegeben, sondern länderspezifisch ist angesichts der Finanzsituation in den öffentlichen Kassen die Tendenz zur Beschränkung auf die Finanzierung gesetzlich vorgeschriebener Pflichtleistungen zu beobachten, zu denen außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung nicht unbedingt gehört. Auch wenn viele Versuche zur Einsparung bisheriger Ausgaben unternommen wurden, komme man mittlerweile an einen Punkt, an dem gefragt werden müsse, wie weit man den Level noch senken könne, wenn man sinnvoll weiterarbeiten wolle. Die Kommission erörterte im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt Vor- und Nachteile von Budgetierung und verschiedene Qualitätssicherungsverfahren. Mit Blick auf die Perspektive, dass es künftig keine Kommission Bildungspolitik mehr geben wird, regte die Kommission an, einmal jährlich ein bildungspolitisches Kolloquium des AdB zu veranstalten, das dem systematisierten Austausch über die bildungspolitischen Entwicklungen in den Ländern und daraus resultierenden

Konsequenzen für die Einrichtungen dienen sollte. Es bestand Konsens darüber, dass im Mittelpunkt des Kolloquiums bildungs-, förderungs-, träger- und verbandspolitische Aspekte gleichermaßen erörtert werden sollten mit dem Ziel, Anhaltspunkte dafür zu liefern, wie der AdB in der bildungspolitischen Diskussion steuernd tätig werden könne.

Die Kommission benannte aus ihren eigenen Reihen eine Vorbereitungsgruppe, die das Konzept für das erste bildungspolitische Kolloquium entwickeln soll. Am zweiten Tag ihrer Sitzung führte die Kommission ein Gespräch mit dem CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten *Werner Lensing* (Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung), mit dem sie aktuelle bildungspolitische Fragen diskutierte.

In dem Gespräch ging es um den Stellenwert von Weiterbildung und politischer Bildung in der Bildungspolitik auf Bundesebene. Politische Bildung wurde von *Werner Lensing* als Querschnittsaufgabe definiert, die auch in anderen Ausschüssen ihren Platz findet. Er berichtete der Kommission über die Arbeit der verschiedenen Enquete-Kommissionen, die sich mit der Entwicklung der Wissenschaften und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft befassen. Dabei gehe es um sehr komplexe Fragen, die in der parlamentarischen Routine nicht erledigt werden könnten. *Werner Lensing* verwies bei dem Gespräch jedoch auch auf die begrenzte Zuständigkeit des Bundes im Bereich der Kulturpolitik. Der Bund könne eigene Kompetenzen hier vor allem im Bereich der beruflichen Weiterbildung wahrnehmen.



AdB-Kommission Bildungspolitik im Gespräch mit MdB Werner Lensing (5. von links)

## Erweiterungsbau von Burg Liebenzell

Anfang Februar wurde der Startschuss für ein Projekt gegeben, das bereits lange vorher geplant war. Das Land Baden-Württemberg fördert einen Neubau des *Internationalen Forums Burg Liebenzell*, mit dem auch die Einrichtung eines Jugendmedienzentrums einhergeht. Das Internationale Forum erhält für den Erweiterungsbau 2,56 Millionen Euro.

Zum ersten Spatenstich fanden sich zahlreiche Gratulanten ein, die *Peter A. Witte*, Vereinsvorsitzender des *Internationalen Forums* (und lange Jahre stellvertretender Vorsitzender des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*) zum Erfolg seiner Bemühungen um das Projekt beglückwünschten. *Peter A. Witte* erinnerte an die gemeinsamen Anstrengungen zur Realisierung des Neubaus und freute sich über die neuen Möglichkeiten, die sich für die Bildungsarbeit ergeben werden. Neben den Landesmitteln werden für das Projekt auch Gelder aus der Stiftung Deutsche Jugendmarke und Spenden und Sponsorengelder eingesetzt.

Seit dem Jahr 2000 sind die Zahlen von Angeboten und Teilnehmenden in Liebenzell kontinuierlich gestiegen. Neben *Peter A. Witte* zeigte sich auch sein Nachfolger in der Leitung des *Internationalen Forums*, *Wolfgang Schütze*, davon überzeugt, dass mit dem Erweiterungsbau neue Gäste für Burg Liebenzell gewonnen werden können.

Am 5. Juli 2003 soll der Grundstein für den Erweiterungsbau gelegt und gleichzeitig das 50-jährige Bestehen des von *Gustav-Adolf Gedat*, der am 10. Februar 2003 100 Jahre alt geworden wäre, gegründeten *Internationalen*

*Forums Burg Liebenzell* gefeiert werden.

AB-03-30

## Brand in Jagdschloss Glienicke

Anfang April wurde die *Internationale Begegnungsstätte Jagdschloss Glienicke* von einem verheerenden Brand heimgesucht. Der Dachstuhl des Südflügels brannte völlig aus. Alle wichtigen Unterlagen und Computerdateien wurden durch den Brand vernichtet. Gleichwohl sollen die Tagungen weitergehen, wenn auch anfangs noch keine Übernachtungsmöglichkeiten geboten werden können. Die Fortbildungen werden in den Kavaliersflügel und den Marstall, zwei benachbarte Gebäude, verlegt.

Über die Ursachen des Brandes konnte zunächst nichts gesagt werden. Mittlerweile sind sie jedoch geklärt. Ein Kurzschluss, der durch eingedrungenes Regenwasser in den veralteten Leitungen entstand, führte zunächst zu einem Schwelbrand, der sich durch den verspäteten Einsatz der Feuerwehr dann zu einem Dachbrand ausdehnen konnte.

Das Jagdschloss Glienicke gehört zum Weltkulturerbe der UNESCO. Es wurde 1684 erbaut. Die Sanierungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen, aber der Betrieb läuft weiter.

AB-03-31

## Droht dem Internationalen Haus Sonnenberg das Aus?

Der Vorstand des *Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg* musste bereits im Dezember

2002 aufgrund gravierender Liquiditätseingänge Insolvenz anmelden. Danach wurde ein Sanierungskonzept entwickelt, das die Hausbank und das *Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst* von der Zukunftsfähigkeit der Einrichtung überzeugen konnte, so dass der Insolvenzantrag zurückgezogen wurde. Nachdem bereits damit begonnen worden war, Elemente dieses Sanierungskonzepts umzusetzen, machte die Sparpolitik der aus den Landtagswahlen in diesem Frühjahr hervorgegangenen neuen Landesregierung in Niedersachsen allen Bemühungen einen Strich durch die Rechnung. Die neue Landesregierung hatte angekündigt, dass der seit über 50 Jahren von allen niedersächsischen Regierungen (unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit) bewilligte institutionelle Zuschuss für den Sonnenberg in den nächsten 18 Monaten schrittweise abgebaut werden soll. Da der Sonnenberg in der aktuellen Sanierungsphase einen solchen Einschnitt nicht überleben kann, blieb Anfang Mai kein anderer Weg mehr, als erneut Insolvenz anzumelden.

Alle Appelle von befreundeten Persönlichkeiten und Organisationen, darunter auch dem Vorstand des AdB, an die Landesregierung, in Gesprächen die Möglichkeiten für das Überleben des Sonnenbergs zu sondieren, waren bislang erfolglos.

Der Tagungsbetrieb wird bis auf weiteres fortgesetzt, auch wenn zurzeit unklar ist, welche Veranstaltungen im weiteren Verlauf des Jahres noch realisiert werden können.

AB-03-32

**AdB Mitveranstalter der Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung**

Vom 7. bis 11. Juli 2003 wird in Heppenheim am Rande des Odenwaldes die Sommerschule Politische Jugend- und Erwachsenenbildung stattfinden, die vom *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten* in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung*, dem *Bildungswerk der Humanistischen Union* und dem *Haus am Maiberg*, Heppenheim, veranstaltet wird. Zielgruppen sind haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zeitgeschichtlicher Museen und Gedenkstätten sowie politisch-bildend Tätige in Initiativen, Verbänden und anderen Institutionen der zivilen Gesellschaft.

Ihnen soll die Sommerschule ein Diskussionsforum für aktuelle Probleme und Selbstverständnisse politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bieten und Anregungen und Weiterbildung vor allem in Fragen der Methoden geben, wobei diese nicht nur vorgestellt, sondern auch praktisch erprobt werden sollen. Zudem ist die Sommerschule eine Börse für neue Projekte, Ideen und Praxiserfahrungen und ermöglicht den trägerübergreifenden Austausch unter Kolleginnen und Kollegen.

Anmeldungen sind zu richten an das *Bildungswerk der Humanistischen Union* – wiss. päd. Arbeitsstelle, Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen, Tel: 0201 – 227982, Fax: 0201 – 235505, E-Mail: arbeitsstelle@hu-bildungswerk.de oder den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Boris Brokmeier, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,

Tel.: 030-40040100, Fax: 030-40040122, E-Mail: geschaeftsstelle@adbildungsstaetten.de.

AB-03-33

**Neue Publikationen aus dem AdB und seinen Mitgliedseinrichtungen**

**AdB-Broschüre zum Jahresthema 2003**



Im April erschien die neue Broschüre des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten*, die unter dem Thema „Migration – Integration – Kulturelle Vielfalt“ eine Auswahl von Bildungsangeboten vorstellt, die von den Mitgliedsinstitutionen des AdB zum Thema entwickelt wurden. Die Auseinandersetzung mit Ursachen und Folgen von Migrationsbewegungen steht im Jahr 2003 im Mittelpunkt der inhaltlichen Verbandsdiskussion.

Die Broschüre umfasst 98 Seiten, auf denen in kurzen Beschreibungen dargestellt wird, wie verschiedene Aspekte der Migrationsthematik in der Praxis politischer Bildung vermittelt und bearbeitet werden. Ergänzt werden

die Beispiele durch eine Übersicht über die beteiligten Bildungseinrichtungen.

Die Broschüre ist über die Geschäftsstelle des *Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten* gratis erhältlich.

Die *Hanns-Seidel-Stiftung* hatte dem Hamburger Institut GMS den Auftrag erteilt, eine Generationenstudie 2002 zu erarbeiten. Das Ergebnis der Untersuchung liegt nun in einer Publikation vor, die die Sicht der Generationen aufeinander und daraus resultierende Erwartungen in den Mittelpunkt stellt.

Bezug: *Hanns-Seidel-Stiftung e. V.*, Lazarettstraße 33, 80636 München.

*Ulrich Eith* und *Beate Rosenzweig* sind Herausgeberin und Herausgeber des Buches „Die Deutsche Einheit“, in dem Dimensionen des Transformationsprozesses in Deutschland und Erfahrungen in der politischen Bildung thematisiert werden. Das Buch erschien im *Wochenschau Verlag* in der Reihe *Wiesnecker Beiträge zu Politik und politischer Bildung* als Band 1.

*Cornelia Scholz-Rüger*, *Günther Vieser* und *Edgar Weick* haben die Schrift „Nach – Falkenstein – Rufe“ herausgegeben, in der sich Kooperationspartner und -partnerinnen und Freunde und Freundinnen sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ende Dezember 2001 geschlossenen *Hessischen Erwachsenenbildungsstätte Falkenstein* in Beiträgen äußern. Sie erinnern sich an ihre Erfahrungen mit und in Falkenstein und beschreiben, was die Zusammenarbeit mit dieser hessischen Bildungseinrichtung für ihr persönliches und berufliches Leben bedeutete.

### **Neue IB-Publikationen**

Eine ganze Reihe neuer Publikationen erschien beim *Internationalen Bund – IB – freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.* Im Rahmen seiner Kampagne „Schwarz – Rot – Bunt. IB pro Demokratie und Toleranz“ gab der IB für die Erzieher und Erzieherinnen in seinen Kindertagesstätten ein Praxishandbuch unter dem Titel „Materialien zur interkulturellen Bildung und Erziehung“ heraus. Es handelt sich dabei um ein Handbuch, das Spiele, Übungen und Geschichten zum Vorlesen beschreibt, mit denen das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen und Menschen unterstützt wird.

**Das Praxishandbuch ist zu bestellen beim Internationalen Bund, Zentrale Geschäftsführung, Ressort Bildung und Soziale Arbeit, Burgstraße 106, 60389 Frankfurt/Main.**

Unter dieser Adresse ist eine weitere Broschüre zu beziehen, die das Ergebnis einer Studie über die Wirkungen von Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus dokumentiert. Es geht um zehn ausgewählte Projekte des IB, die daraufhin untersucht wurden.

Das Projekt wurde vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* durch das Programm „Entimon“ gefördert.

**Die Broschüre ist kostenlos beim IB erhältlich.**

Weiter gibt es beim IB im Rahmen der Kampagne eine Handreichung „Materialien für den politischen Unterricht in der beruflichen Bildung“, die speziell auf den Unterricht bzw. Seminare mit benachteiligten und bildungsungewohnten Jugendlichen ausgerichtet ist. Es handelt sich dabei um einen Ordner, der ein curriculares Konzept und umfangreiche Unterrichtsmaterialien enthält,

die speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen in der beruflichen Bildung entwickelt wurden, jedoch auch für vergleichbare Zielgruppen geeignet sind. Die Lernreihen sind mit didaktisch-methodischen Empfehlungen für die Lehrkräfte versehen und unkompliziert vorzubereiten.

Die Materialien bestehen aus einem Einstiegsspiel und sechs Unterrichtsreihen. Zwar ist der Ordner zurzeit vergriffen, man kann ihn aber auch im Internet auf der Homepage des IB abrufen unter der Adresse [www.internationaler-bund.de/ib/unterrichtsmaterialien/index.htm](http://www.internationaler-bund.de/ib/unterrichtsmaterialien/index.htm).

Zu den Materialien bietet der IB inzwischen auch begleitende Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren an, die in der *Internationalen Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar* stattfinden, die sich direkt über der Gedenkstätte Hadamar befindet.

Die Doppelausgabe 147/148 der „Deutschen Studien“, die von der *Ost-Akademie Lüneburg* herausgegeben werden, setzt sich mit dem Weg zu Gesamteuropa auseinander. Es geht um Perspektiven der Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen EU-Kern-europa und den Beitrittsländern sowie die Kooperation der Europäischen Union mit der Russischen Föderation.

**Bezug: Ost-Akademie, Herderstraße 1-11, 21335 Lüneburg; E-Mail: [ost-akademie@uni-lueneburg.de](mailto:ost-akademie@uni-lueneburg.de).**

Drei neue Ausgaben des Rundbriefs „Rissener Einblicke“ liegen vor, der von *Haus Rissen* herausgegeben wird. Sie enthalten wie immer Artikel zu aktuellen Themen aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

In Ausgabe 2-3/2003 von Februar/März geht es vor allem um die Irak-Politik der USA und aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die zuletzt erschienene Ausgabe 4-5/2003 von April/Mai greift dieses Thema wieder auf, ergänzt durch Beiträge zu anderen Themen der Innen- und Außenpolitik.

**Bezug: Haus Rissen, Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, Rissener Landstraße 193, 22559 Hamburg.**

In Nr. 1 des „SeminarBriefs“, den die *Politische Akademie Biggensee* herausgibt, werden Artikel abgedruckt zu Themen, die in den Veranstaltungen der Akademie eine Rolle spielten: „Kriegsäch tungspakt“, „Außen- und Sicherheitspolitik“, „Spätaussiedler“, „Preußen – Deutschland – Polen“ sind Stichworte zu den Inhalten.

**Bezug: Politische Akademie Biggensee, Seminar für Staatsbürgerkunde e. V. Olpe, Ewiger Straße 7-9, 57439 Attendorn.**

KDA – Momente aus Kirche und Arbeitswelt ist der Titel der Zeitschrift, die der *Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt* herausgibt. Wurde in Nr. 5/2002 noch das Hartz-Konzept mit seinen Folgen thematisiert, so geht es in Nr. 1/2003 um das Verhältnis zwischen Männern und Frauen und Gender Mainstreaming als neues Konzept gegen die Geschlechterhierarchie. Immer sind in jeder Ausgabe auch Nachrichten über die Aktivitäten der Kirchlichen Dienste dokumentiert.

**Bezug: Stimme der Arbeit Verlag, Blumenstraße 1, Postfach 1113, 73085 Boll.**

## Personalien

**Dr. Hartmut Marhold** trat zu Beginn des Jahres die Nachfolge von **Gerhard Eickhorn** als Direktor der Europäischen Staatsbürger-Akademie an.

AB-03-35

**Prof. Dr. Werner Michl** vertritt seit Anfang 2003 die Mitgliedsorganisation Outward Bound im AdB.

AB-03-36

Nach dem Ausscheiden von **Uta Denzin-von Broich-Oppert**, die Anfang 2003 in den Ruhestand trat, wurde **Rosi Peisker** von den Kollegien der fusionierten Einrichtungen Haus am Rupenhorn und Internationale Bildungsstätte Jagdschloss Glienicke als Vertreterin für den AdB benannt.

AB-03-37

**Dr. Hans-Detlef Rothensee**, Dozent und Jugendbildungsreferent in Haus Rissen, trat Ende 2002 in den Ruhestand.

AB-03-38

Im Januar 2003 starb **Dominee Menno Jan Jakob Gaaikema**, Mennonitenpfarrer und Pionier der Jugend- und Erwachsenenbildung. Ihm ist es im Wesentlichen zu verdanken, dass 1956 in Aurich die Deutsch-Niederländische Heimhochvolksschule, das heutige Europa-Haus Aurich, gegründet wurde, dessen Vorstand er lange Jahre angehört hat.

AB-03-39

Nach dem Tod von **Israel Szabo** im vergangenen Jahr ist der Verlust eines weiteren Vertreters der deutsch-israelischen Zusammen-

arbeit im Bereich des Jugendaustauschs zu beklagen. **Amnon Noy**, der zu den Mitbegründern des Jugendforums der Israelisch-Deutschen Gesellschaft gehörte, starb im Januar 2003.

AB-03-40

Nach der letzten Bundestagswahl wurde das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung neu berufen. Ihm gehören folgende Bundestagsabgeordnete an:

Für die SPD:

- **Dr. Lale Akgün**
- **Dr. Hans-Peter Bartels**
- **Gerd Friedrich Bollmann**
- **Sebastian Edathy**
- **Dieter Grasedieck**
- **Kerstin Griese**
- **Klaus Hagemann**
- **Ernst Kuchler**
- **Hedi Wegener**
- **Andrea Wicklein.**

Für die CDU/CSU:

- **Dr. Wolf Bauer**
- **Verena Butalikakis**
- **Vera Dominke**
- **Julia Klöckner**
- **Michael Kretschmer**
- **Dorothee Mantel**
- **Dr. Norbert Röttgen**
- **Thomas Silberhorn**
- **Angelika Volquartz.**

Für Bündnis 90/Die Grünen:

- **Grietje Bettin**
- **Winfried Hermann**

und für die FDP:

- **Ernst Burgbacher.**

AB-03-41

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Renate Schmidt**, berief eine Sach-

verständigenkommission zur Erarbeitung des Siebten Familienberichts. Ihr gehören folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an:

- **Prof. Dr. Jutta Allmendinger**, Direktorin des IAB Nürnberg (Arbeitsmarkt und Arbeitsqualität“)
- **Prof. Dr. Hans Bertram**, Humboldt-Universität Berlin (Vorsitzender der Kommission)
- **Prof. Dr. Wassilios Fthenakis**, Institut für Frühpädagogik München (Kinder und Eltern)
- **Prof. Dr. Helga Krüger**, Universität Bremen (weibliche Lebensentwürfe)
- **Prof. Dr. Uta Meier**, Universität Gießen (Hauswirtschaft)
- **Dr. Katharina Spieß**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Volkswirtschaft)
- **Prof. Dr. Marc Szydlik**, Universität Erfurt (Generationenbeziehungen).

AB-03-42

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe wählte auf ihrer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Der bisherige Vorsitzende **Reiner Pröiß** wurde wieder gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden **Heinz Fracke** und **Norbert Struck**. Außerdem wählte die Versammlung zu weiteren Vorstandsmitgliedern: **Sophie Gräbsch-Wagener**, **Prof. Dr. Thomas Rauschenbach**, **Dagmar Szabados**, **Prof. Dr. Reinhard Wabnitz** und **Heinz-Hermann Werner**.

AB-03-43

Der Vorstand der BAG JAW berief im März **Paul Fülbi** zum neuen Geschäftsführer und **Manfred Weißkopf** zum stellvertretenden Geschäftsführer der Organisation. **Paul Fülbi** trat

bereits 1987 als Referent für Jugendberufshilfe in die BAG JAW ein, bei der er zuletzt als stellvertretender Geschäftsführer tätig war.

AB-03-44

**Werner Neumann**, der bislang als Dozent an der Zivildienstschule in Braunschweig tätig war, wurde nunmehr zum offiziellen Zivildienstschulleiter in Braunschweig bestellt.

AB-03-45

**Prof. Dr. Max Fuchs**, Direktor der Akademie Remscheid, wurde er-

neut zum Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates gewählt.

AB-03-46

Der Nutzerbeirat des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung wählte **Dr. Susanne May** von der Münchner Volkshochschule zur Vorsitzenden. Ihr Stellvertreter wurde **Dr. André Schläfli**, Schweizer Vereinigung für Erwachsenenbildung.

AB-03-47

Bundestagsvizepräsidentin **Antje Vollmer** wurde zur neuen Schirmherrin der National Coalition be-

stimmt. Sie übernahm das Amt von **Anke Fuchs**.

AB-03-48

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages hat beschlossen, dass es auch in dieser Legislaturperiode eine Kinderkommission im Deutschen Bundestag geben wird. Deren Vorsitz hat zur Zeit **Marlene Rupprecht**, SPD, inne. Weitere Mitglieder der Kinderkommission sind **Ingrid Fischbach**, CDU/CSU, **Ekin Deligöz**, Bündnis 90/Grüne und **Klaus Haupt**, FDP.

AB-03-49

## Bücher

### **Michael Günther: Werner Rietz. Ein Leben für die politische Bildung – Münster 2002, Agenda Verlag, 147 Seiten**

Werner Rietz kann als eine Gründerperson bezeichnet werden, an der Gründung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten 1959, damals zuerst noch Jugendbildungsstätten, war er zum Beispiel beteiligt. Auch die Bestandteile des Vlothoer „Bildungskonzern(s)“<sup>1</sup> verdanken seiner Initiative entweder die Existenz oder tatkräftige Mitwirkung: Stätte der Begegnung,

Westfälisches Kooperationsmodell, Stiftung Mitarbeit, Gesamteuropäisches Studienwerk und Europäische Staatsbürgerakademie sind nur einige der von ihm ins Leben gerufenen Einrichtungen und schließlich ist da noch der Jugendhof Vlotho, dem er als Leiter viele Jahre vorstand.

Rietz war in der Nachkriegszeit offenbar ein „Hans Dampf in allen Gassen“, ein Mann voller Initiativen und Ideen, der Finanzierungswege erschloss, Personen begeisterte und zusammenbrachte, Politiker ansprechen konnte; dies vor allem machte seinen Ruhm aus. Ein Theoretiker war er weniger; den nicht vielen schriftlichen Zeugnissen, die es wohl gibt und die dieser hier zu besprechende Band in Bruchstücken zur Kenntnis bringt, kann man aber entnehmen, dass Rietz durchaus sehr achtbare und ernst zu nehmende Auffassungen zur

Demokratie und zur politischen Bildung vertrat, welche auch heute noch nicht an Zustimmungsfähigkeit verloren haben dürften. So etwa wenn er schreibt, dass „ein Schwerpunkt in der politischen Bildung in der Aufgabe liegen muss, den Einzelnen bewusst werden zu lassen, dass er, der Einzelne, nicht Objekt der ‚Obrigkeit‘, sondern selbst Subjekt, und zwar der eigentliche Motor der Freiheit ist, der durch seinen Wahlakt die ‚Obrigkeit‘ erst konstituiert.“ Sein didaktisches Grundverständnis offenbart Rietz in der sich anschließenden Erklärung: „Durch geeignete Erlebnisse und Erfahrungen, *nicht durch Belehrung und Schulung*, muss der Einzelne seine Macht *und Verantwortung* erkennen und gebrauchen lernen.“ (alles S. 81., Hervorhebung im Original) Hier schimmert deutlich der jugendbewegte und reformpädagogische Impuls der zwanziger Jahre durch.

<sup>1</sup> Den Begriff benutzen sowohl *Hermann Giesecke* wie *Ulf Lüers* in ihren Erinnerungen; vgl. *Hermann Giesecke*: Mein Leben ist lernen. Erlebnisse, Erfahrungen und Interpretationen, Weinheim und München 2000, *Ulf Lüers*: Zwischen Verführung und Selbstbestimmung. Biografische Reflexionen über 40 Jahre konfliktorientierte Jugendarbeit, Wiesbaden 1997, S. 32ff.

Für Rietz hat das Geschäft der politischen Bildung in der Nachkriegszeit begonnen mit dem „Gespräch aus der Ferne“, einer von Hans Dahmen zunächst in bescheidener Form herausgegebenen Zeitschrift, in der man – in Dahmens eigenen Worten – „nach dem Zusammenbruch 1945 ..... den Sinn des furchtbaren Geschehens in seinen letzten Zusammenhängen zu ergründen und eine Überwindung der tiefen Wirrnisse anzubahnen“<sup>2</sup> suchte. Rietz schlug vor, dass man sich nicht nur lesend und schreibend zur Kenntnis nehmen, sondern auch treffen sollte: das war der Start der „Stätte der Begegnung. Selbsthilfewerk für politische Bildung“, die insbesondere mit dem Mittel der Begegnungsseminare und der klassischen Arbeitsgemeinschaft, in der man sich austauschte, politische und moralische Bewältigungsversuche initiierte. Dazu wurden Angehörige ganz unterschiedlicher Gruppen von „Betroffenen“ zusammengebracht: Flüchtlinge und Einheimische, Widerständler und ehemalige Nazis, Sozialisten und Konservative.<sup>3</sup> Nicht nur das Publikum war bunt gemischt, im Mitarbeiterkreis engagierten sich neben den Älteren auch junge kritische Leute, wie das Beispiel von Hermann Gieseke zeigt, dessen Erinnerungen in diesem Band ausschnittsweise wieder abgedruckt sind.

Der Tenor der in der Zeitschrift wie in den Begegnungsseminaren geführten Diskurse war aber dennoch eher geprägt vom bildungsbürgerlichen kulturkonservativen Geist und der Gemeinschaftsrhetorik der 20er Jahre,

2 Hans Dahmen: *Das Zeitalter der Begegnung und des Gesprächs*, Nürnberg 1956, S. 14

3 Vgl. hierzu auch: *Stätte der Begegnung* (Hrsg.): 40 Jahre Stätte der Begegnung, Neuss 1991

die in den 50er Jahren in vielen Debatten, z. B. über das Abendland, die technische Zivilisation und die drohende Vermassungsgefahr noch nachwirkten.<sup>4</sup> Angesichts einer bis heute nicht abschließbaren öffentlichen Auseinandersetzung über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen bleibt aber an dieser Stelle kritisch zu fragen, ob die Fakten und Ereignisse der Jahre 1933 – 1945 in diesen Angeboten der politischen Bildung wirklich zur Kenntnis genommen wurden oder ob sie nicht übersprungen wurden und vorschnell eine neue, Verzeihung und Entlastung heischende Gemeinsamkeit postuliert und angestrebt wurde.

Es handelt sich aber – so kann man einwenden – bei diesem Band um keine im engeren Sinne wissenschaftliche und systematisch vorgehende Erwachsenenbildungshistoriografie. Dieses Buch ist in erster Linie gedacht als eine Ehrung, es sammelt – neben einigen Auszügen aus Rietz' Briefen und schriftlichen Beiträgen – Texte zur Person, die ihn vergegenwärtigen und würdigen: Nachrufe, Erinnerungen und Lesebilder von Wegbegleitern, KollegInnen, FreundInnen, Zeitgenossen, ergänzt um einige Fotos. Das alles ist aber als interessantes Quellenmaterial zur Geschichte der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu bewerten, das wissenschaftlich genutzt werden kann.

Der Herausgeber Michael Günther skizziert in seinem Einleitungsbeitrag mit groben Strichen

4 Vgl. Paul Ciupke: Zwischen Abendlandmythos und Vermassungsgefahr. Diskurse der Nachkriegsjahre, den Arbeitsplänen der Volkshochschule abgelesen, in: Paul Ciupke/Franz-Josef Jelich (Hrsg.): *Ein neuer Anfang. Politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Essen 1999, S. 13-28

den biografischen Werdegang der Hauptperson, dabei fällt natürlich sofort die NS-Vergangenheit von Rietz ins Auge. Günthers Rechercheergebnisse in komprimierter Form: 1941 trat Rietz in der SS-Leibstandarte Adolf-Hitler ein. Parteimitglied muss er wohl schon vorher gewesen sein, dies ergibt sich aber nur aus indirekten Hinweisen. Von 1933 bis 1937 studierte Rietz Agrarökonomie in Berlin, zugleich baute er den Studentischen Grenzlanddienst (manchmal auch freiwilliger studentischer Landdienst genannt) auf, der insbesondere in den ostdeutschen Grenzgebieten sowie in Polen, in Westpreußen und im Posener Raum die deutschen Bauern und das deutsche Volkstum unterstützen sollte. Nach dem Examen wirkte er als Landesjugendwart in der Landjugend und engagierte sich für eine bessere Ausbildung der Landwirte. 1939 geht Rietz in die annektierten polnischen Westgebiete nach Posen, den sog. Warthegau, um dort als „Landesabteilungsleiter“ zu wirken. Er wird, wie Günther schreibt, „zum Beauftragten des Reichsbauernführers (Das war damals Darré, P.C.) für 'Nachwuchsgewinnung und Berufserziehung' ernannt“ (S.11). Kritik an der Gauleitung zwingt ihn angeblich, 1941 in die SS einzutreten, um sich auf diese Weise vor Repressalien durch die Kritisierten – in erster Linie offenbar der Gauleiter – zu schützen. Nur kurz bleibt Rietz in der Ukraine, als Fahrer wie versichert wird, um dann zum SS-Hauptamt versetzt und dem „Reichsnährstand“ überstellt zu werden, er wird im Weiteren „mit dem Aufbau des Arbeitsgebietes 'Berufsführung und Schulung' im Reichsamt für das Landvolk betraut.“ (ebenda) In den letzten beiden Kriegsjahren kehrt Rietz zur „kämpfenden Truppe“ zurück und wird schließlich SS-Unterscharführer in der Waffen



SS. Soweit die knappen Angaben des Herausgebers in der Einleitung.

Die Jahre 1939 bis 1945 werden im Hauptsächlichen durch ein Gespräch der Ehefrau Gretel Rietz mit der Tochter Ulrike Rietz und dem Herausgeber illustriert. Dieses Gespräch vermittelt weitere biografische Hinweise, aber in zum Teil derart distanzloser und unkritischer Weise, dass die Leserin und der Leser sich zutiefst irritiert fühlen müssen. Hier liegen zentrale Mängel dieses Bandes. Denn so manche Namen, etwa die von Heinz Höppner, Otto Ohlendorf oder Herbert Backe, welche von Gretel Rietz genannt werden, und manche weiteren zur Kenntnis gegebenen Details lassen die Augenbrauen hochfahren und verlangen nach Erläuterungen und Erklärungen, die aber nicht gegeben werden.

Ein paar eigene einfache Recherchen in einschlägigen historischen Untersuchungen zeigen alsbald, dass das Umfeld, in dem sich Rietz bewegte, in mehrerlei Hinsicht hochkontaminiert war. Hier nur einige Beispiele: Heinz Höppner war nach den Worten von Gretel Rietz offenbar ein Vertrauter und vermittelte Werner Rietz in der schon genannten Konfliktsituation mit der Gauleitung an Otto Ohlendorf weiter. Wer war Heinz Höppner bzw. Rolf-Heinz Höppner? Dieser fungierte zunächst als stellvertretender Leiter der Umsiedlungszentrale (auch Amt für die Umsiedlung der Polen und Juden) in Posen und des Sicherheitsdienstes, damit unterstand er unter anderem der von Eichmann geführten Abteilung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), später wurde er unter Kaltenbrunner Leiter des Amtes IIIA des RSHA in Berlin. Berüchtigt ist Höppner, weil er im Sommer 1941 in einem Brief an Eichmann diese

Überlegung formulierte: „... Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitsfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.“<sup>5</sup>

Otto Ohlendorf, Amtschef im Reichssicherheitshauptamt, wirkte 1941 – 42 als SS-Einsatzgruppenführer in Südrussland und der Ukraine. Als Hauptangeklagter im Nürnberger SS-Einsatzgruppenprozess 1947/48 bekannte er sich schuldig der Ermordung von mehr als 90000 Menschen und wurde 1951 in Landsberg hingerichtet.<sup>6</sup> Rietz besuchte Ohlendorf noch kurz vor der Hinrichtung und setzte sich (nach den Worten von Ulrike Rietz, S. 24/25) für einen fairen Prozess und für eine Begnadigung Ohlendorfs ein, in Kooperation übrigens mit Helene Elisabeth Prinzessin von der Isenburg, der Gründerin und ersten Präsidentin der „Stillen Hilfe“. Die Stille Hilfe kümmert sich – bis heute – um verurteilte Nazi-Verbrecher oder in Untersuchungshaft befindliche Verdächtige. Sie soll aber auch nicht nur menschliche und geldliche Hilfe geboten haben, sondern stellte und stellt insgesamt eine Organi-

5 Zitat aus *Christian Gerlach*: Die Bedeutung der deutschen Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes an den Juden 1942. Das Generalgouvernement und die Westukraine, in: *ders.* Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 177; vgl. außerdem *Götz Aly*: „Endlösung“ Völker-verschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 2002, S. 91; *Michael Wildt*: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 489 und S. 699

6 Siehe dazu auch: *Robert W. M. Kempner*: SS im Kreuzverhör, Nördlingen 1987, S. 17-105

sation mit „vergangenheitspolitischer Mission“<sup>7</sup> und zur Bekämpfung der „Siegerjustiz“ dar.

Herbert Backe, über den Gretel Rietz beschwichtigend sagt, er sei „der einzige Minister, der nicht der Partei angehörte“ (S. 23), trat bereits 1922 in die SA ein, wurde 1932 für die NSDAP MdL in Preußen und schließlich – zunächst als Stellvertreter Darrés, später als sein Nachfolger – der starke Mann im Reichsernährungsministerium, der die „Erzeugungsschlachten“ an der bäuerlichen Heimatfront wie in den besetzten Gebieten schlug – ohne Rücksichten auf die autochthone Bevölkerung. Auch Backe gilt als überzeugter Rassist, der die Vernichtung der mitteleuropäischen Juden als Teil der Ernährungspolitik Deutschlands und der Wehrmacht betrachtete.<sup>8</sup>

Backe, Ohlendorf und Hoepfner gehörten zum innersten Kreis überzeugter Nationalsozialisten, die rassistische und völkische Überzeugungen mit dem ordnungspolitischen Gedanken einer räumlichen und wirtschaftlichen Neustrukturierung Mittelosteuropas nach den deutschen Interessen verbanden. In diesem Programm verzahnten sich der Krieg, die Vernichtung der Juden, die Vertreibung der polnischen und ukrainischen Bevölkerung, die Neuansiedlung volksdeutscher Umsiedler aus Bessarabien, dem Baltikum und anderswo, die Ernährungs- und Plünderungspoli-

7 *Norbert Frei*: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 166  
8 Vgl. z. B. den entsprechenden Eintrag in: *Hermann Weiß* (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1998, S. 27f, außerdem die Studie von *Christian Gerlach*: Die Bedeutung der deutschen Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes an den Juden 1942, a.a.O., S. 167-257

tik des NS-Reiches und die Förderung der Landwirtschaft.

Es ergeben sich bezüglich Werner Rietz viele Fragen, wenn diese Personen als Referenzen genannt werden und es bleibt der grundsätzliche Argwohn, was denn Rietz eigentlich in Posen und anderswo ganz genau gemacht hat. Der Herausgeber hat offensichtlich die Brisanz vieler Aussagen von Gretel und Ulrike Rietz nicht erkannt oder – vielleicht angesichts seiner Verehrung – nicht erkennen wollen.

Eine nur oberflächliche historische Einordnung der Aufgabengebiete, derer sich Werner Rietz in der NS-Zeit angenommen hatte, kommt schnell zu einem anderen Eindruck als dem, der in den Seiten dieses Besprechungsbandes vermittelt wird. Der studentische Landdienst vor 1939 war keine harmlose bündische Hilfe für arme Bauern im Posener Gebiet und in Westpreußen, sondern ideologisches Aufrüstungsprogramm für die deutsche Minderheit in Polen, die zugleich Hitlers Faustpfand für den Überfall und die Annexion der polnischen Westgebiete war. Nach 1939 bildete die Tätigkeit von Rietz dort ein objektives Glied in der Kette von Vertreibung und Vernichtung der Juden und Polen und der Germanisierung und Neuordnung des jetzt so genannten Warthegaus als Teil des Dritten Reiches. Auch sein folgendes Engagement für eine bäuerliche Berufserziehung kann nicht einfach den Rang zeitloser beruflicher Bildung reklamieren, sondern muss im Kontext einer kritischen Ernährungslage im deutschen Krieg gegen Europa interpretiert werden. Um aber Genaueres in Erfahrung zu bringen, hätte Michael Günther die Archive befragen oder einen professionellen Historiker beauftragen müssen. Dies hat er offen-

sichtlich nicht hinreichend, bzw. gar nicht getan.

Aber noch nicht alle Zweifel und Fragen provozierenden Äußerungen sind hier aufgeführt. Werner Rietz konnte dreimal aus alliierter Kriegsgefangenschaft entkommen, Gretel Rietz schildert diese Fluchten als „Bravourstücke“ eines Tausendsassas. Anschließend lebte er bis 1947 unter falschem Namen, bis er sich mittels eines falschen Zeugnisses als Rietz wieder legalisieren lassen konnte. Diese damals von etlichen anderen, man kann auch sagen von belasteten Personen geübte Praxis des Untertauchens war wohl weniger eine Folge fehlender ordentlicher Entlassungspapiere, sondern einer anderen Sorge geschuldet, dass nämlich – wie Ulrike Rietz im Interview selbst äußert – „die Alliierten oder wer auch immer, seinen wahren Namen und seinen Beruf oder seine politische Arbeit kennen lernten oder auch Mutters Stellung, das wäre wirklich gefährlich gewesen.“ (S. 32) Hier drängen sich einige Anschlussfragen auf: Was also gab es denn Problematisches in Rietz' politischer Arbeit? Was sollte denn möglichst dem Vergessen anheim fallen?

Der Herausgeber hat vermutlich der Person Rietz mit diesem Band und ganz speziell mit diesem Interview keinen Gefallen getan; was als Ehrung gedacht war, kommt als Bumerang einer doch größtenteils unerschlossenen und unbegriffenen Lebensgeschichte und politischen Vergangenheit zurück.

Man kann aber auch in diesem Stück offensichtlich ziemlich unbefangenen Umgangs mit komplexen Vergangenheitsfragen ein Stück Naivität vermuten, das umso erstaunlicher ist, als in den letzten Jahren oftmals verdiente

Demokraten der Nachkriegszeit mit Funden zu ihrer Berufs- und Politikkarriere im Nationalsozialismus konfrontiert wurden, die dann in der öffentlichen Diskussion zum Verlust von Achtung und Reputation geführt haben: die Journalisten Peter Grubbe und Werner Höfer, der Germanist Schwerte, der eigentlich Schneider hieß, die Historikergrößen Conze und Schieder.

Wenn man nun etwas generalisieren will, dann kann man der Historiografie der politischen Bildung und Erwachsenenbildung attestieren, sich bisher nur in überaus bescheidenem Maße um die diversen Fragen ihrer personellen und sachlichen Existenz und Kontinuität 1933 bis 1945 gekümmert zu haben. In der Regel wird diese Zeit aus normativen oder sonstigen Gründen ausgeklammert, man betrachtet sie nicht als relevant für eine sich demokratisch und damit als Gegenpart zur Diktaturerfahrung definierende Bildungsarbeit nach 1945.

Von einigen Personen ist bekannt, dass sie sich exponiert haben: der Sozialdemokrat Paul Steinmetz etwa, der vor 1933 an der HVHS Dreißigacker in Meiningen bei Eduard Weitsch tätig war, brachte es zum Obersten des Reichsarbeitsdienstes, bevor er nach 1945 langjähriger Leiter der HVHS Hustedt in Niedersachsen wurde. Andere wie Knud Ahlborn (VHS-Klappholttal auf Sylt) oder Bertha Ramsauer (HVHS Edewecht bei Oldenburg) beispielsweise traten in die NSDAP ein, um – wie sie es sahen – ihre Institutionen zu retten. In der Geschichte der Erwachsenenbildung wird allerdings weitgehend ignoriert, dass bereits die übergroße Zahl der Heimvolkshochschulen (insbesondere ländliche und evangelische) der Weimarer Zeit völkisch und deutsch-national orientiert war.

Nach 1945 kamen aber auch zum Teil Personen in Funktionen, die vorher HJ-Führer waren (im Jugendhof Vlotho etwa) oder beim BDM führende Funktionen übernommen hatten. Nicht unumstritten ist auch Max-Hildebert Boehm, der 1951 die Ost-Akademie in Lüneburg (damals noch Nordostdeutsche Akademie) aufbaute und leitete. Boehm war bereits in der Weimarer Zeit einer der führenden Grenzland- und Volkstumskämpfer, er hatte unter anderem einen Lehrauftrag an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. 1933-1945 lehrte er in Jena Volkstums- und Grenzlandkunde, nach 1945 wurde er entlassen.<sup>9</sup> Der rechtskon-

servative Boehm steht zweifellos für politisch-kulturelle Kontinuitäten von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis in die 60er Jahre der Bundesrepublik.

Welche Traditionsbrücken und -brüche repräsentiert nun Werner Rietz? Dass er sich nach 1945 ehrlich der Demokratie zugewandt und dort Verdienste erworben hat, hat bisher niemand ernsthaft bestritten. Aber die Umtriebigkeit Rietzens, die sich vor allem im Gründen von Institutionen und im Sammeln von Personen ausdrückt, kann – und das ist zugegebenermaßen eine etwas spekulative Interpretation – auch auf eine innere Ruhelosigkeit, ja vielleicht sogar auf eine Leerstelle deuten. Rietz ist engagiert und setzt sich vorbehaltlos für Engagement ein, seine inhaltlichen Vorstellungen bleiben aber z. T. blass. Rietz will nach innen hin politische Dialoge eröffnen und versöhnen, sein Hauptthema und Antrieb scheint das Scheitern der Weimarer Demokratie gewesen

zu sein. Die eigentlichen Gründe für das Desaster des Nationalsozialismus bleiben unscharf und dessen verbrecherischer Kern, die weltanschaulich und ordnungspolitisch motivierte Ermordung und Vertreibung der europäischen Juden und der mittelosteuropäischen Bevölkerungen wird von ihm offensichtlich externalisiert. In dem von Michael Günther herausgegebenen Band wird jedenfalls nicht hinreichend ersichtlich, wie sich Rietz damit nach 1945 auseinander gesetzt hat, eine ernstzunehmende substanzielle politische Jugend- und Erwachsenenbildung kann und sollte aber nicht auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit und Positionierung zu den NS-Verbrechen verzichten.

9 Vgl zu Boehm jetzt auch: Ulrich Prehn: Volk und Raum in zwei Nachkriegszeiten. Kontinuitäten und Wandlungen in der Arbeit des Volkstumsforschers Max Hildebert Boehm, in: Habbo Knoch (Hrsg.): Das Erbe der Provinz. Heimatkultur und Geschichtspolitik nach 1945, Göttingen 2011, S. 50-72

Paul Ciupke

### Über die Schwierigkeiten der Erinnerung. Ein Schriftwechsel zur Rezension der Biographie von Werner Rietz

Neuß, 09.09.02

Sehr geehrter Herr Ciupke,

von Frau Pistohl, AdB, hörte ich, dass Sie gebeten wurden, die Biographie von Werner Rietz zu besprechen, dies aber ablehnten – wenn ich es richtig verstanden habe, – weil Sie Bedenken hätten wegen der zu wenig beleuchteten Vergangenheit von Werner Rietz in der Zeit des Nationalsozialismus.

Obwohl ich im Einzelnen nicht weiß, worin Ihre Bedenken bestehen, möchte ich doch den Versuch machen, durchaus verständliche Vorbehalte auszuräumen. Nachdem Sie das Buch „Jugendhof Vlotho 1946-1966“ in der Zeitschrift „ausserschulische bildung“, Ausgabe 4/96, besprochen haben und sich intensiv mit der Stätte der Begegnung befassten, erscheinen Sie mir prädestiniert dafür zu sein, die Biographie von Werner Rietz zu rezensieren.(...)

Zunächst muss ich ein wenig zu meiner Person sagen, weil immerhin der Verdacht aufkommen könnte, dass hier ein alter Nazi einen anderen rein zu waschen versucht.

Hinsichtlich des Nationalsozialismus habe ich jedoch eine reine

Weste. Ich stamme aus einer gemischt jüdischen Familie. Meine Mutter war Jüdin, ihr Vater Kurt Hensel Mathematikprofessor in Marburg an der Lahn und Dekan der mathematischen Fakultät. Es spielte keine Rolle, dass seine Vorfahren seit Generationen zum Protestantismus übergetreten waren. Wegen seiner Abstammung wurde er vorzeitig pensioniert, seine Pension gekürzt, sein Vermögen weitgehend eingezogen, schließlich musste er den Judenstern tragen. Seine Frau Gertrud wurde 1942 für einen Transport nach Theresienstadt aufgerufen. Meine Mutter hat zwei Jahre später die gleiche Aufforderung erhalten.

Ich selbst habe mit einem halben Jahr Arbeitsdienst, zwei Jahren Militärdienst vor dem Krieg, den Feldzügen bis 1944 – immer aktiv im Einsatz zur „Frontbewährung“ für Mischlinge – und fünf Jahren Gefangenschaft in Russland immerhin 12 Jahre dem Hitlerwahnsinn geopfert. Ich habe also keinerlei Grund, ehemalige Nazis zu exkulpieren. Das Gegenteil trifft zu.

Ich hatte schon während meiner Studienzeit die Stätte der Begegnung in Vlotho verschiedentlich besucht, gelegentlich ein Referat gehalten, wurde in den Vorstand gewählt. Nach dem

Rücktritt von Werner Rietz hat man mich zu seinem Nachfolger als Vorstandsvorsitzenden nominiert. Mit Werner Rietz und seiner Frau hatte ich einen vierwöchentlichen Urlaub in Spanien verbracht. Werner Rietz hat freimütig auch von seiner Vergangenheit im Dritten Reich erzählt. An seinem Verhalten fand ich nichts auszusetzen.

Wir hatten, als das Buchprojekt startete, ein Redaktionskollegium gebildet. Die Teilnehmer meinten, das Buch müsse auch die Nazivergangenheit von WR umfassen. Ich habe deshalb diese Zeit von WR so gut es ging recherchiert.

Ich hielt mich im Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, Lindenallee Berlin, auf, habe das Archiv für „Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR“ in der Glinkastr., Berlin, besucht, das Tschechische Militärgeschichtliche Archiv in Prag kontaktiert, die Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs, das Militärarchiv des Bundesarchivs, das Militärarchiv in Freiburg, das Bundesarchiv Zentralnachweisstelle Abteigarten Aachen befragt. Nach menschlichem Ermessen habe ich alle Stellen angesprochen, die Material aufbewahren, das Werner Rietz belasten könnte. Es hat sich nichts gefunden.

Es bleibt also dabei, dass Werner Rietz die Grundausbildung in der SS Leibstandarte Adolf Hitler mitmachte, wenige Wochen am Russlandfeldzug teilnahm und dann zum „Reichsnährstand“ in Berlin überstellt wurde, um an seinem „Bäuerlichen Berufserziehungswerk“ weiter zu arbeiten. Das hat mit dem Nationalsozialismus kaum etwas zu tun und seine Arbeit wäre selbst heute eine begrüßenswerte Initiative.

Auch der Umstand, dass er überhaupt zur SS kam, ist ehrenhaft. In der Biographie schildert seine Frau Gretel seinen Versuch, sich der Rache der „Goldfasanen“ zu entziehen, auf Seite 23 ff. (Im „Lebensweg“ Seite 11).

Manche erwarten, dass ehemals aktive Nazis wenigstens an einer Stelle ihres neuen Lebens mit ihrer Vergangenheit abrechnen. Aber für Werner Rietz war das kein Thema. Seine damalige Tätigkeit hatte mit dem nationalsozialistischen Geist wenig zu tun. Als junger Mann hätte er in einer Demokratie diese Aufgabe genau so engagiert angepackt.

Nach dem Krieg war er besessen von der Aufgabe, der Demokratie mit dem „mündigen Bürger“ eine tragfähige Basis zu verschaffen, damit sich ein Weimar nicht wiederholen könne.

Abgesehen davon, dass sich bei Werner Rietz kein dunkler Punkt der Nazi-Vergangenheit aufspüren lässt, sollte man – bei ihm und auch ganz allgemein – vor allem die Lebensleistung betrachten, bei Rietz sein jahrzehntelanges Bemühen, die Demo-

kratie zu festigen. Er hat rund ein Dutzend Institutionen gegründet oder mit anderen aus der Taufe gehoben. Er hat für die von ihm als wichtig erkannten Ziele geeignete Personen aufgespürt, zusammengebracht, Wege zur Finanzierung gefunden und auch das gesellschaftliche Umfeld so beeinflusst, dass die jungen Pflänzchen gediehen.

Ich bin überzeugt, dass sich auch bei weiteren Recherchen nichts Belastendes für Werner Rietz in der Nazi-Zeit findet. Er gehört zu den wenigen, die diese Zeit mit wachen Sinnen erlebt und die richtigen Schlüsse daraus zogen: „Weimar darf sich nicht wiederholen.“ Die meisten Menschen haben sich nach dem Desaster des Zweiten Weltkriegs nur um ihr eigenes Fortkommen gekümmert. Demgegenüber setzte sich Werner Rietz für eine bessere politische Ordnung ein. Die Lebensleistung zählt und nicht eine evtl. Äußerung, die ein Zwanzigjähriger in einem heute kaum mehr rekonstruierbaren Kontext gemacht haben könnte.

Wir rufen immer nach Menschen, die nicht nur reden, sondern als Tatmenschen die Dinge in Bewegung bringen, die eigentlichen Unternehmer. Werner Rietz war ein Unternehmer auf dem Gebiet der politischen Bildung, aber ohne das hohe Ansehen und die materiellen Wohltaten zu erfahren, die den Unternehmern der Wirtschaft zuteil werden. Er lebte von einem unbedeutenden Gehalt bzw. Pension und wohnte in einem kleinen Siedlungshaus.

Daher sollte man, so meine ich, wenigstens die Leistung solcher Gründernaturen anerkennen. Um sein Ansehen in der Öffentlichkeit hat er sich nicht gekümmert. Wenn ich nicht dieses kleine Büchlein geschrieben hätte, wäre er nach dem Tod seiner Mitstreiter praktisch vergessen. Das Bundesverdienstkreuz wurde ihm nicht verliehen und der Magistrat der Stadt Vlotho lehnt es ab, eine Straße nach ihm zu benennen.

Bundespräsident Johannes Rau hat sich anders verhalten. Als er Kultusminister in Nordrhein Westfalen war, lernte er Werner Rietz kennen und hat die Stätte der Begegnung in Vlotho verschiedentlich besucht. Deshalb auch sein mitfühlender Brief an die Familie anlässlich des Todes von Rietz. Der Bundespräsident geht in seinem Vorwort zu diesem Buch auf den oben genannten Punkt besonders ein und sagt, dass Werner Rietz „tatkräftig beim Bau des neuen demokratischen Hauses der Deutschen mitgeholfen hat“.

Es würde mich freuen, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen bin ich  
Ihr Michael Günther

Essen, 19.09.02

Sehr geehrter Herr Dr. Günther,

vielen Dank für Ihr Schreiben. Im Augenblick bin ich sehr stark in berufliche Verpflichtungen verwickelt, komme gerade von zwei Seminaren zurück und fahre am Freitag bereits mit einer Seminargruppe für 10 Tage nach Kroatien. Seien Sie mir nicht böse, wenn ich heute nur kurz antworte.

Zunächst möchte ich Ihnen versichern, dass es von meiner Seite keinerlei Zweifel an Ihrer Haltung zum Nationalsozialismus gibt, wie käme ich auch dazu.

Ich habe auch nicht eine Rezension Ihres Buches zu Werner Rietz abgelehnt. Allerdings habe ich, nachdem ich die Texte gelesen hatte, Frau Pistohl signalisiert, dass ich keine nur zustimmende Meinung über Rietz in eine Besprechung schreiben könnte, mir vielmehr besonders hinsichtlich seiner NS-Vergangenheit viele Fragen offen blieben.

Damit meine ich, dass es eine Reihe von ihnen natürlich nicht verschwiegener Tatbestände gibt, die als solche weiterer Aufklärung bedürfen. Vielleicht haben Sie in den letzten Jahren die Debatte der Historiker verfolgt, in der es um die plötzlich entdeckte NS-Vergangenheit solch angesehener Sozialhistoriker wie Conze und Schieder ging, die immer als Wegbereiter einer

modernen demokratischen Sozialgeschichte in der Nachkriegszeit galten und nun aufgrund von Archivfunden als Vordenker einer völkisch-rassistischen Neuordnung in Mittel-Ost-Europa bewertet werden mussten.

Wenn Rietz in der Nachkriegszeit unter falschem Namen lebte, wenn er Mitglied der NSDAP und der SS-Leibstandarte Adolf Hitler war, wenn er sich nach dem Kriege auch für Ohlendorf einsetzte, dann sind das zunächst Daten und Hinweise, die alle Alarmglocken klingen lassen. In dem Buch erläutern Sie, im Gegensatz zu Ihrem Schreiben, diese Tatbestände nicht weiter, der Leser/die Leserin bleiben im Unklaren, ob Sie nach Klärung gesucht haben.

Der studentische Landdienst im Osten war natürlich nicht nur ein Programm des Altruismus, sondern ein politisches Instrument der Revision der Versailler Verträge und der Vorbereitung der Vertreibung der polnischen und jüdischen Bevölkerung, mag auch Rietz an so etwas nicht gedacht haben. Man darf doch aus der Retrospektive nicht nur das persönliche Gutwollen anerkennen wollen, sondern muss auch den „objektiven“ historischen Kontext mitberücksichtigen, selbst oder gerade dann, wenn es um Personen geht, deren demokratische Wendung nach 1945 unzweifelhaft ist.

Bevor ich selber eine Tätigkeit im „Bäuerlichen Berufserziehungswerk“ als begrüßenswert kennzeichnen würde, würde ich zunächst wissen wollen, was dort wirklich propagiert und getan wurde. Ich vermute, dass es sehr stark um nationalsozialistische Weltanschauungsvermittlung ging.

Ich kann die Interviewpassagen mit Frau Gretel Rietz nur mit vielen Fragezeichen versehen und hätte das in einer Rezension zum Ausdruck gebracht.

Darüber hinaus müsste aus der Sicht einer reflektierten Erwachsenenbildungsgeschichtsschreibung auch die Praxis des Begegnens und Austauschens in den 50er Jahren im Hinblick auf ihr pädagogisches und erinnerungspolitisches Verständnis kritisch befragt werden.

Nachdem ich einige dieser Punkte Frau Pistohl angedeutet habe, bat sie mich, die Rezension zurückzustellen.

Das ist auch heute noch der Stand der Dinge.

Mit freundlichen Grüßen aus Essen  
Paul Ciupke

Neuss, 21.09.02

Sehr geehrter Herr Ciupke,

ich habe mich gefreut, dass Sie trotz Zeitknappheit wegen der Reisevorbereitungen für die Kroatien-Reise mir einen ausführlichen Brief zur Werner Rietz' Biographie schrieben.

Ihre Einwände zu dem Buch bestehen völlig zu Recht. Aber ich stecke auch in einem Dilemma. Einmal werde ich alle Umstände und Einzelheiten der Tätigkeit von Werner Rietz im Nationalismus nicht klären können. Und zweitens sehe ich mit Schrecken, wie sich der Akzent des Buches verschieben könnte.

Ich wollte die Lebensleistung von Werner Rietz festhalten: seinen Einsatz für die Festigung der Demokratie, sein Bemühen, den Menschen zum aufrechten Demokraten zu erziehen, die Frage zu klären, wie Gewissen entsteht, wie sich in der frühkindlichen Phase ein tragfähiges Fundament für den späteren Menschen herausbildet, usw. Und, vor allem, sein Talent, Institutionen zu gründen, die etwas beisteuern zur Lebensfähigkeit und Lebendigkeit der Demokratie.

Das Redaktionskollegium – siehe die Danksagung am Schluss des Buches – wies mich darauf hin, dass der potenzielle Leser auch etwas über die Zeit von WR im Dritten Reich erfahren müsse. Ich habe mir das Material, soweit auffindbar, beschafft, aber nichts Belastendes gefunden. Auch glaube ich kaum, dass darüber hinaus noch dunkle Punkte auftauchen. Allerdings klingen die Verbindungen zu den Nazis, sein Eintritt in die SS Leibstandarte Adolf Hitler etc. reichlich schlimm. In dem Interview mit seiner Frau Gretel sagte diese spontan: „Werner war nie für den Nationalsozialismus, das kann keiner gedacht haben.“ (S. 34)

In dem Beitrag über den „Freiwilligen Studentischen Landdienst“ (S.42f) heißt es, dass dieser keine Parteiorganisation wie der NS Studenten**bund** war, sondern von der Studentenschaft organisiert und finanziert wurde. Für den Nationalsozialistischen Studenten**bund** – eine Parteigliederung – mag das gelten, was Sie in Ihrem Brief vermuten. Es muss aber nicht auf den von Werner Rietz gegründeten „Freiwilligen Studentischen Landdienst“ zutreffen, in dem sich vor allem die Studenten aus den

aufgelösten Bündeln der Jugendbewegung heimisch fühlten und der deshalb von der Partei beargwöhnt wurde.

Im Buch berichtet Frau Lisa Röcke über ihre Eindrücke vom „Freiwilligen Studentischen Landdienst“ und schildert die Atmosphäre als „jugendbewegt“, „bündisch“, „romantisch“. (S. 44 – 48)

Eine ähnliche Schilderung erhielt ich von Frau Anita Wittkopf, die ich aber nicht übernommen habe, weil sie gegenüber der von Frau Röcke keine andere Sichtweise aufweist. Für Werner Rietz endete der studentische Landdienst mit dem Jahr 1937 (siehe auch S. 78, 1. Absatz).

Für die Gründe, warum Werner Rietz ab 01.04.1941 zur Waffen-SS kam, gibt es lediglich den Bericht seiner Frau Gretel (S. 34). Was sie erzählt, klingt aber plausibel, denn ihr Mann wurde nach der Grundausbildung und einem kurzen Einsatz in Russland, nachdem offenbar das Gewitter sich verzogen hatte, vom „Reichsnährstand“ angefordert und von der Waffen-SS vom Oktober 1941 an freigestellt, um im Ministerium seine Arbeit am Aufbau des „Bäuerlichen Berufserziehungswerkes“ fortzusetzen. Nach drei Jahren, ab September 1944, kehrte er zur Waffen-SS zurück (S.12).

Werner Rietz kannte Ohlendorf nicht. Den Kontakt vermittelte Heinz Höppner, ein SS-Offizier. Ohlendorf bringt in einer Blitzaktion Werner Rietz bei der SS-Leibstandarte Adolf Hitler unter, um ihn der Rache des Gauleiters zu entziehen.

So war Werner Rietz zunächst gerettet. Wenn Werner Rietz nach dem Krieg Ohlendorf im Gefängnis besucht und sich, wie seine Tochter Ulrike erzählt, für einen fairen Prozess eingesetzt hat, so nehme ich an, dass es sich bei Werner Rietz um einen Akt der Dankbarkeit handelte, Ohlendorf hatte ihm damals aus der Bredouille geholfen und Rietz wollte sich jetzt revanchieren.

Zu Ihrer Frage, warum Werner Rietz nach dem Krieg einen anderen Namen angenommen hat (S. 30):

Aus heutiger Sicht erscheint dieses Verhalten dubios, aber nur, weil man weiß, wie alles gelaufen ist. Nach 1945 sah das anders aus. Der Geist des Morgenthau-Planes – der Deutschland in einen Agrarstaat zurückverwandeln sollte – die Demontagen, das Abmontieren und Zerstören, – dauerten noch bis 1949 an. Im

Nürnberger Tribunal waren nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Gruppen, die „verbrecherischen Organisationen“, angeklagt. Diese Art der Gruppenanklage bekamen wir – die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – sogar noch 1949 zu spüren. Als unser sibirisches Lager im Oktober 1949 aufgelöst wurde, mussten alle SS-Angehörigen, die aufgrund ihrer Tätowierung leicht zu erkennen waren, weiterhin in Gefangenschaft bleiben und wurden erst 1955, nach dem Besuch Adenauers in Moskau, freigelassen. Die Schuld des Einzelnen spielte keine Rolle.

Ganz generell: Man kann die damalige Zeit nicht am heutigen Demokratie-Verständnis messen, das sich in dieser Form erst in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat. Die Paradigmen waren anders: Nach 1933 gab es Informationen über das, was wirklich geschah, nur spärlich oder überhaupt nicht. Gleichgesinnte ließen sich nur schwer ausmachen und konnten überdies Spitzel sein.

Die Erfahrungen mit der Weimarer Demokratie waren eher abschreckend: Die Superinflation 1923 beraubte das Besitzbürgertum weitgehend seines Vermögens, die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 die Arbeiterschaft eines großen Teils ihrer Arbeitsplätze. Der Staat versuchte in diesen entscheidenden Jahren seine Ausgaben zu mindern, indem er alle Gehälter, Pensionen, Zahlungen für Arbeitslose und Kriegsoffer, Diäten etc. um bis zu 20 % kürzte. Andererseits wurden die Sätze der Steuern auf Einkommen, Umsatz, Zucker, Tabakwaren, Kraftfahrzeuge, Zölle, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung etc. erhöht. Man muss sich fragen, wie die Deutschen heute, nachdem sie 50 Jahre die Segnungen einer guten Demokratie erlebten, reagierten, wenn man ihnen derartige Belastungen zumutete. Keine der demokratischen Regierungen, die sich auch immer schneller ablösten, fand damals einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere. Deutschland wurde schließlich unregierbar und die wichtigsten Beschlüsse konnten nur mit dem Notstandsparagrafen vom Reichspräsidenten durchgesetzt werden.

Alle späteren Generationen haben ja gut reden, was damals falsch gesagt oder wie falsch gehandelt wurde. Ich finde nach wie vor den Ausspruch von Ex-Bundeskanzler Kohl zutreffend von der „Gnade der späten Geburt“. Woher sollten denn die demokratischen Gesinnungen kommen, wenn in Deutschland von Generation zu Generation als Kardinaltugenden die Werte von Gehorsam und Ordnung weitergegeben wurden? Und bei den christlich inspirierten Menschen noch das Paulus-Wort hinzukam: „Jedermann sei Untertan der Obrigkeit.“

In Goethes Faust heißt es im Gespräch mit Wagner lapidar:

*„Mein Freund, die Zeiten der Vergangenheit  
Sind uns ein Buch mit sieben Siegeln.  
Was ihr den Geist der Zeiten heißt,  
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,  
In dem die Zeiten sich bespiegeln.“*

Ich habe das Mögliche getan, um die nationalsozialistische Vergangenheit von Werner Rietz aufzuhellen. Andererseits messe ich ihr aber auch kein überragendes Gewicht zu, wie das heute häufig gehandhabt wird. Was zählt, das ist die Lebensleistung. Da hat sich Werner Rietz enorme Verdienste erworben. Das wollte ich festhalten.

Ich habe schon Frau Pistohl geschrieben, dass ich auf eine unabhängige Besprechung des Buches großen Wert lege. Nur so lässt sich die Wahrheit finden.

Mit den besten Grüßen und nochmaligem Dank für Ihren trotz aller zeitlichen Bedrängnisse ausführlichen Brief bin ich Ihr

Michael Günther

**Siegfried Grillmeyer/Zeno Ackermann (Hrsg.): *Erinnern für die Zukunft – die nationalsozialistische Vergangenheit als Lernfeld der politischen Jugendbildung – Schwalbach/Ts. 2002, Wochenschau Verlag, 230 Seiten***

**Claudia Lenz/Jens Schmidt/Oliver von Wrochem (Hrsg.): *Erinnerungskulturen im Dialog – Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit – Hamburg und Münster 2002, Unrast Verlag, 256 Seiten***

„Schluss mit der unbequemen Vergangenheit, Schluss und kein ständiges Erinnern mehr.“ Auf diese Kurzformel lässt sich die vorherrschende Stimmung der

deutschen Bevölkerung zu Beginn des 21. Jahrhunderts bringen, wie Klaus Ahlheim und Bardo Heger letzt in ihrer Veröffentlichung „Die unbequeme Vergangenheit – NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns“ (vgl. die Vorstellung in AB 2/2002) resümiert haben. Die Studie der beiden Essener Hochschullehrer erbrachte dabei als Hauptbefund, dass auch bei Studierenden der Wunsch weit verbreitet ist, unter die nationalsozialistische Vergangenheit einen Schlussstrich zu ziehen. So lautet allenthalben das nationale Fazit, Deutschland müsste „endlich wieder ein ‘normales’ Volk“ werden, „das sich auch politisch-militärisch wie andere (Groß-)Mächte ‚engagieren‘ soll und darf.“

Dies ist der politisch-kulturelle Hintergrund, vor dem heutzutage die pädagogischen Bemühungen um „Erinnerungsarbeit“ in Sachen Nationalsozialismus stehen. Doch mit der verbreiteten Schlussstrich-Mentalität ist nur eine Schwierigkeit benannt. Hinzu kommen weitere Punkte wie der wachsende, generationsbedingte Abstand oder die Überfrachtung der Erinnerung mit politisch-moralischen Erziehungsabsichten. Zeno Ackermann schreibt dazu in dem von ihm mit herausgegebenen Sammelband zur politischen Jugendbildung: „Erinnerungsarbeit stellt keine Impfung gegen Extremismus dar und sie verliert ihren Sinn, wo sie zum kathartischen Ritual verkommt. Ein derartiger Ansatz würde es nicht nur unmöglich machen, der Vergan-

genheit gerecht zu werden, er würde auch Gefahr laufen, aktuelle politische, kulturelle und soziale Probleme misszuverstehen und so letztlich kontraproduktiv zu wirken. Generell ist eher Dialogbereitschaft gefordert als prädestinierte wert-erzieherische Lenkung. Statt kodifizierte Formen der Erinnerung einzuüben, sollten die ‚dritte‘ und ‚vierte‘ Generation bei der Suche nach eigenen Formen der Erinnerung kritisch begleitet werden.“

Wie eine solche Suche nach eigenen Formen in der außerschulischen politischen Jugendbildung gestaltet werden kann, hat in den letzten Jahren das Projekt DIDANAT – „Didaktik der Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit“ – untersucht und praktisch erprobt (vgl. die Projektvorstellung in Praxis Politische Bildung 3/01). Das Projekt steht in Verbindung mit dem Dokumentationszentrum, das Ende 2001 in Nürnberg am historischen Ort des Reichsparteitagsgeländes eröffnet wurde. Das Zentrum enthält nicht nur ein museums-pädagogisches Angebot, sondern stellt auch ein pädagogisches Begleitprogramm im Rahmen eines Lern- und Studienforums bereit. Dieses Programm legt besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen sowie auf Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung. Zu den festen Kooperationspartnern des Dokumentationszentrums gehört u. a. die Jugendakademie im C.-Pirckheimer-Haus (CPH) in Nürnberg, die Mitglied der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) ist. Ziel des vom CPH getragenen Projekts ist es, die didaktische Vermittlung des NS-Themas zu erörtern, dazu Pädagogen mit Fachwissenschaftlern zum gemeinsamen Austausch zusammenzubringen und entspre-

chende Seminarmodelle zu entwickeln. Das mehrstufige Unternehmen wird aus Bundesmitteln des Sonderprogrammes Jugend für Demokratie und Toleranz gefördert.

2002 hat die Jugendakademie des CPH im Wochenschau-Verlag eine Schriftenreihe gestartet, in der als erste Veröffentlichung Ergebnisse aus dem Projekt DIDANAT erschienen sind. In dem Sammelband werden konzeptionelle Fragen der Vermittlung deutscher Zeitgeschichte sowie praktische Beispiele, Medien, Methoden und Rahmenbedingungen (z. B. die Kooperation Schule/außerschulische Bildung betreffend) diskutiert. Im Projekt interessierte vor allem der Versuch, didaktische Wege zu wählen, die nicht nur die kognitive Wissensvermittlung in den Mittelpunkt stellen, sondern gleichzeitig affektive Zugänge eröffnen. Wie Siegfried Grillmeyer, Dozent am CPH, bei der Projektpräsentation betonte, ging es konkret darum, am Beispiel des Reichsparteitagsgeländes und der Propaganda des Dritten Reiches die damalige Faszination zu vermitteln, „ohne sie zu übertragen“. Am Nürnberger Beispiel, so Grillmeyer, spiegelt sich das Charakteristikum eines „Ortes der Täter“ wider – was andere didaktische Zugänge erfordere, als sie im Fall von Gedenkstätten und sonstigen „Orten der Opfer“ praktiziert werden. Im Rahmen der historisch-politischen Bildung wird mit einem solchen lokalen Angebot nämlich Neuland beschritten. Wie Matthias Weiß in seinem instruktiven Einleitungsbeitrag über „Erinnerung an den Nationalsozialismus und die dritte Generation“ festhält, „werden nun zum ersten Mal bauliche Überreste, die das Moment nazistischer Emphase erlebbar machen, zum offiziellen Erinnerungs-ort.“

Eine Horizonterweiterung bietet auch der Sammelband von Claudia Lenz u. a., der die Debatte der internationalen Fachtagung „Erinnerungs- und Gedenkkulturen im Dialog“ von Arbeit und Leben Hamburg aufgreift. (Ein Bericht über die Fachtagung vom November 2001 ist in Praxis Politische Bildung 1/02 erschienen.) Der Band will zur Diskussion darüber beitragen, welche gesellschaftliche Funktion Gedenk- und Erinnerungskulturen haben, wie historisch-politische Bildung verfährt und welche Intentionen dahinter stehen (sollen). Wie im CPH-Sammelband werden Praxiserfahrungen und innovative Beispiele vorgestellt. Darüber hinaus findet ein Vergleich europäischer Perspektiven statt. So gibt es Statements zur Vergangenheitsbewältigung aus dänischem, polnischem und französischem Blickwinkel sowie konkrete Informationen zu länderübergreifenden Ansätzen (Deutsch-Französisches Jugendwerk, Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz). Auch in anderer Hinsicht findet eine Erweiterung des Blickfelds statt, wenn etwa über die historisch-politische Bildung mit (türkischen) Migranten in Deutschland berichtet wird.

Den prekären Standort der Bildungsarbeit beschreiben die Autoren von Arbeit und Leben ähnlich wie die Kollegen und Kolleginnen aus dem Projekt DIDANAT. So heißt es in der Einleitung der Herausgeber: „Das Wirken der historisch-politischen Bildung sieht sich gegenwärtig mit einer ambivalenten Entwicklung konfrontiert. Einerseits lässt sich eine umfassende und weitreichende, häufig jedoch oberflächliche und selten fundiert-kritische Präsenz des Themas Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit feststellen, das mit der Wiederholung bestimmter eingeübter Rituale und Formeln ein-

hergeht. Andererseits bleiben diese Thematisierungen zunehmend folgenlos für die politische Praxis, ja es ist die Tendenz zur bewussten Aufhebung von Grundsätzen zu beobachten, die zuvor aus der Beschäftigung mit der verbrecherischen Vergangenheit abgeleitet wurden. Ein Beispiel hierfür ist die Legitimierung der deutschen Beteiligung an Angriffskriegen mit dem Verweis auf Auschwitz.“

Die beiden Veröffentlichungen sind aus der Arbeit von GEMINI, der Gemeinsamen Initiative der politischen Jugendbildung, bzw. dort engagierter Träger (AKSB, Arbeit und Leben) hervorgegangen. Sie geben einen exemplarischen Einblick in die Bildungspraxis und reflektieren in vorzüglicher Weise die praktischen Fragen außerschulischer politischer Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Zugleich geben sie Rückmeldungen und Denkanstöße aus dem pädagogischen Feld – die Zielrichtung, Wirksamkeit und Folgen offizieller Geschichtspolitik betreffend.

*Johannes Schillo*

**Tobias Debiel (Hrsg.): Der zerbrechliche Frieden. Krisenregionen zwischen Staatsversagen, Gewalt und Entwicklung – Bonn 2002, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 328 Seiten**

Seit dem Attentat auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 gelangen Krisenregionen wieder stärker in das Blickfeld politikwissenschaftlichen Interesses. Der Terror ist nicht mehr national eingrenzbare, weshalb nicht mehr Einzelstaaten interessant sind, sondern gleich ganze Regionen. Und wie es sich gehört, wird der 11. September thematisch vereinnahmt. Das steigert das Interesse, die Aktua-

lität und vielleicht sogar die Auflage.

Herausgeber Tobias Debiel spannt in seiner Einleitung einen großen recht theorielastigen Bogen unter der Fragestellung: „Haben Krisenregionen eine Chance auf tragfähigen Frieden?“ Die Antwort bleibt eher vage unter Hinweis auf die Einzelbeiträge des Sammelbandes. Ein wenig konkreter wird der Herausgeber in seinem Ausblick zum Abschluss des Buches. Nur, die weit verbreitete Ratlosigkeit spiegelt sich auch beim Wissenschaftler wider. Der Autor vermeidet den Begriff „internationaler Terrorismus“ und benutzt den zutreffenderen Begriff „transnationaler Terrorismus“ des 21. Jahrhunderts. Es handelt sich danach um Auswirkungen des Zerfalls staatlicher Autorität, der ein gewandeltes Sicherheitsverständnis folgt. Konsequenzen für die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik seien aber „bislang wenig durchdacht“ (S. 300). Glasklar konstatiert er: „Gerade Konflikte in der islamischen Welt (vor allem arabische Staaten, Iran, Pakistan; Indonesien) und der Israel/Palästina-Konflikt werden immer weniger in Hinsicht auf ihre lokalen Ursachen als vielmehr in Hinblick auf global angelegte Konfliktformationen betrachtet (zum Beispiel im Sinne von Huntingtons Dichotomie Westen versus Islam). Dem Israel/Palästina-Konflikt kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. ...“ (S. 306). Leider vermisst der Leser weitere Ausführungen gerade zu diesen genannten Konfliktregionen. Die Lektüre hätte spannend werden können...

Konsequenzen aus dem 11. September sieht der Autor für die im vorliegenden Band näher untersuchte Region Kaukasus, nur liest sich das Ganze sehr spekulativ. Lateinamerika, eine andere nä-

her untersuchte Region, sieht Debiel „von den Folgen des 11. September in vermittelter Weise betroffen“ (S. 308). Ein wenig konkreter äußert er sich zur Region des Horns von Afrika. Hier schätzt er andere Faktoren als die Armut für das Terrorismusproblem als relevanter ein. Neben den sozialpsychologischen Auswirkungen der Demütigung seien innergesellschaftliche Zustände der Ursprungsländer wirksam (S. 314ff).

Als „wichtige Antwort auf die jüngste Variante des transnationalen Terrors“ sieht er die Trockenlegung der sie ermöglichenden Finanzquellen, die juristische Ahndung der Taten z. B. durch den Internationalen Strafgerichtshof und langfristig angelegte Maßnahmen gegen das Staatsversagen und eine inhaltlich konsistente Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik (S. 317ff). Das alles liest sich schön wissenschaftlich formuliert. Für konkretes politisches Handeln lässt sich daraus recht wenig ableiten. Was sollen die Politiker tun, wenn die Wissenschaftler ratlos sind ...?!

Was für den Rahmen des Buches festgestellt wurde, gilt auch für den Folgeteil „Staatsversagen und die Transformation kriegszerrütteter Gesellschaften“. Alle drei Beiträge, Nicole Ball (Wiederaufbau kriegszerrütteter Gesellschaften: Welchen Beitrag können externe Akteure leisten?), Hans-Joachim Heintze (Unabhängigkeit der Justiz in Krisenregionen. Völkerrechtliche Herausforderung bei Staatsversagen und bewaffneten Konflikten) und Andreas Mehler (Dezentralisierung, Machtteilung und Krisenprävention. Konzeptionelle Überlegungen mit Bezug auf Afrika) sind eher allgemein gehaltene wissenschaftliche Kurzbetrachtungen.



Für den Leser, der für die hier näher betrachteten Krisenregionen (Kaukasus, Zentralamerika, Horn von Afrika) Hintergrundinformationen und Zusammenhänge erfahren möchte, ist der Teil „Krisenregionen zwischen Gewalt und Entwicklung“ mit insgesamt sechs Beiträgen am lesenswertesten. Rainer Freitag-Wirminghaus sieht im Kaukasus die Schwäche staatlicher Strukturen als Konfliktursache. Während sich in Armenien nach der Vertreibung der Aserbaidschaner ein monoethnischer und homogener Staat entwickelt habe, sind für Georgien und Aserbaidschan stark fragmentierte Gesellschaften charakteristisch. Die Rückkehr der alten Eliten aus der Sowjetzeit erbrachte zwar die Rettung der staatlichen Existenz, auch eine Orientierung an Europa, mündete aber in die Unfähigkeit zu entsprechenden inneren Reformen. David Darchiashvili stellt für Georgien einen interessanten Lösungsansatz vor: Mit seinem Konzept der „menschlichen Sicherheit“ strebt er die Zivilisierung des ethnischen Nationalismus im Land an.

Für Zentralamerika konstatiert Sabine Kurtenbach, es sei zwar als eine der wenigen Weltregionen erfolgreich befriedet worden. Gleichzeitig habe aber ein dramatischer Anstieg der Gewaltkriminalität in den 90er Jahren offenbart, dass die Konfliktursachen der Kriege geblieben seien, nämlich soziale Ungleichheit, fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten und staatliche Repression. Bernardo Arévalo de León beschreibt am Beispiel von Guatemala die prekäre Lage der Demokratie im schwachen Staat. Zwar sei die Hardware der Demokratie vorhanden, es werde aber mit der Software des Autoritarismus agiert.

Aufschlussreich in anderer Hinsicht ist der Beitrag von Axel

Klein für die Krisenregion am Horn von Afrika. Dort ist die Situation grenzüberschreitend verwoben und wenig durchschaubar. Immerhin bringen neue Praktiken traditioneller Konfliktregelung teilweise Erfolge. Die Ratlosigkeit des Europäers erschließt sich u. a. auch daraus, dass der Autor sich auffallend häufig im Konjunktiv ausdrückt. Ähnliches gilt auch für Äthiopien. Siegfried Pausewang konstatiert zwar eine musterhafte Verfassung, in der Praxis existiere die Demokratie aber nicht. Sein Fazit und Ausblick ist durch viele Fragen, Annahmen und Konjunktive gekennzeichnet.

Ein ratlos-geschaffter, weißer Arbeiter auf einer Baustelle in der Savanne auf dem Coverbild spiegelt vieles aus den Fallstudien wider. Ähnlich fühlte sich auch der Rezensent am Ende der Lektüre dieses Buches.

*Wolfgang Atzesberger*

### **Wolfgang Heuer: Couragiertes Handeln – Lüneburg 2002, zu Klampen Verlag, 359 Seiten**

Zivilcourage rangiert in Deutschland seit den 90er Jahren wieder unter den bevorzugten Schlagworten der politischen Kultur. Insbesondere seit dem „Aufstand der Anständigen“ vom Sommer 2000 ist der Bürgermut zu einem zivilgesellschaftlichen Leitbild avanciert, hat dabei aber auch seine frag- und diskussionswürdigen Seiten offenbart (vgl. dazu im Blick auf die außerschulische Bildung „Zivilcourage – Anmerkungen zu einem Leitbild der politischen Bildung“, in: Kursiv 3/02). Wolfgang Heuer hat sich in seiner materialreichen Abhandlung über „Couragiertes Handeln“, hervorgegangen aus einer wissenschaftlichen Arbeit an der FU Berlin, mit den hier zu Grunde

liegenden Annahmen auseinander gesetzt und vor allem den unterstellten Altruismus – Bürger setzen sich selbstlos für Mitbürger, speziell für gefährdete Minderheiten, ein – als Ansatzpunkt gewählt.

Die Auseinandersetzung wurde vom Autor in einem aufwändigen Forschungsvorhaben realisiert, das, der biografischen Mode folgend, zahlreiche narrative Interviews mit engagierten Einzelpersonen (Schwerpunkt: Bürgerbewegung der DDR und Umfeld) auswertete, um so habituelle Muster couragiert Handelnder zusammenzustellen. Die Untersuchung erfolgte allerdings mit einer gewissen antitheoretischen Wendung, in einem expliziten „Grenzbereich zwischen Wissenschaft und Kunst“, was zu einer wissenschaftlichen Unschärfe der Veröffentlichung führt, die vom Autor als Respekt vor dem individuellen Schicksal verteidigt wird: Die konkreten Personen sollen nicht durch theoretische Konstrukte vergewaltigt werden. Vielleicht hätte man sie da besser ganz in Ruhe gelassen?

Ein allgemeines Resultat kann man in der Studie dennoch feststellen. Laut Heuer sollen „die gängigen Annahmen, bei denen Zivilcourage und Altruismus in eins gesetzt werden, moralische Gründe als Ursachen für couragiertes Handeln angeführt werden und couragiertes Handeln als ein per se gutes und politisches Handeln interpretiert wird“, nicht haltbar sein. Die Personen haben vielmehr ihre eigenen Gründe – so das empirische Forschungsmaterial gemäß seiner hermeneutischen Aufbereitung. Ergebnis wie Konstruktion des Forschungsansatzes werfen freilich einige Fragen auf.

Dass die handelnden Personen Motive haben, die sich mit der

Begründung des Leitbilds nicht decken, verwundert kaum. Was Heuer hier thematisiert, ist die Tatsache, dass ein Postulat, in diesem Falle eine Bürgertugend, ans Handeln herangetragen wird, das selber anderen Gründen folgt. Diese Diskrepanz ist eine Selbstverständlichkeit: Das Sollen richtet sich ja gerade an einen Ist-Zustand, um ihn praktisch neu zu bestimmen; die Differenz von Sollen und Sein ist zwangsläufig gegeben (selbst wenn sie sich dann durch einen philosophischen Überbau überbrücken lässt). Jede Tugendlehre, natürlich auch die politische oder staatsbürgerliche, verlangt dem Einzelnen ein Tun ab, das dieser von sich aus nicht erbringt. Sonst wäre der moralische Anspruch, seine Begründung und Propagierung, überflüssig. Heuer erliegt hier einem Missverständnis, das durch die Aufwertung einzelner Beispiele, das Herausstellen vorbildlichen Handelns, entstehen kann. Das Leitbild Zivilcourage operiert gerne damit, dass Personen vorgestellt werden, die die Machbarkeit des Ideals couragierten Handelns demonstrieren (so explizit das Konzept „Schritte gegen Gewalt“ in den Informationen zur politischen Bildung aktuell, Bonn 2000). Dies dient aber der Illustration; der moralische Imperativ, der von der politischen Haltung des Staatsbürgers etwas fordert, soll damit nicht zurückgenommen werden. Appelle an die Zivilcourage gehen vielmehr davon aus, dass der Einzelne von sich aus fatalistisch, konformistisch oder egoistisch handelt.

Das Leitbild über sein seltenes oder zweifelhaftes Vorkommen in der Praxis zu demontieren, führt also zu einer unergiebigem Auseinandersetzung – ganz abgesehen davon, wie weit man Menschen im Rahmen von Oral History oder biographischen An-

sätzen Glauben schenken mag, wenn sie über ihre Motive Auskunft geben. Eine sinnvolle Auseinandersetzung müsste an den Elementen ansetzen, auf die sich das politisch-moralische Programm gründet. Dem geht Heuer aber eher aus dem Weg, wie die Konstruktion seiner Fragestellung zeigt. Er macht einige skeptische Anmerkungen zu Tradition und Funktion des Leitbilds. Das drängt sich hier ja auf, denn die Tatsache, dass Bismarck, Hitler oder Kennedy Zivilcourage gefordert haben, ruft gewisse Irritationen hervor und lässt den Wert einer solchen politischen Tugend fragwürdig erscheinen. Heuer stößt eingangs auf diesen Sachverhalt, doch führt ihn dies allein zu einem Definitionsproblem: „Was aber ist Zivilcourage, und wer definiert sie?“ Die Antwort ist einfach, definiert wird Zivilcourage nämlich vom Autor, und zwar auf zwei Seiten seiner Einleitung. Dass sie vom soldatischen Mut abzugrenzen ist, leuchtet dabei natürlich ein; ebenso die Ausgrenzung des individuellen Wagemuts, wie er heute bei Extremsportarten u. a. an der Tagesordnung ist. Es geht ja um eine staatsbürgerliche Haltung. Heuer will allerdings auch unerwünschte politische Einstellungen fernhalten: Zivilcourage „unterscheidet sich aufgrund der Orientierung an der Zivilität von dem Mut eines rechtsradikalen Schlägers durch ihre humane Orientierung“. Dass sie sich gleich zweimal aufgrund und durch Orientierung unterscheiden soll, mag die Absicht des Autors kraftvoll zum Ausdruck bringen, unerwünschte Implikationen aus dem Tugendschema auszuschließen. Schlüssig ist es nicht.

Zivilcourage als der „Mut zur abweichenden Meinung und Handlung und zugleich auch der Mut, die nicht immer vorhersehbaren Risiken und möglichen Nachteile

in Kauf zu nehmen“, kann ein Rechtsradikaler durchaus beanspruchen, wenn er sich etwa mutig, im Bewusstsein der strafrechtlichen Risiken gegen die „Auschwitzlüge“ stellt, die er als Anschlag auf das zivile Zusammenleben der deutschen Volksgemeinschaft empfindet und der er seine abweichende Meinung entgegenhält. Zu kritisieren wäre hier das, was ein solcher Mensch vertritt. Dass er couragiert handelt, wird man ihm kaum absprechen können. (Es sei denn, man ließe sich auf eine unsinnige Debatte darüber ein, wie riskant das Unterfangen des Einzelnen und wie wehrlos seine Kontrahenten im gegebenen Fall sind.) Dass ein solcher Rechtsradikaler sich letztlich von einem Konsens der schweigenden Mehrheit getragen fühlt, für die er stellvertretend und wohl auch vorbildlich handeln will, unterscheidet ihn nicht vom politisch anders orientierten Bürger, der seine Courage ebenso auf die Übereinstimmung mit den offiziellen politischen Werten gründen kann. Seit dem „Aufstand der Anständigen“ weiß der deutsche Staatsbürger ja, dass er explizit aufgerufen ist, in diesem Sinne tätig zu werden.

Die prekären Definitionsanstrengungen könnten also auf eine Widersprüchlichkeit der Zivilcourage aufmerksam machen. Diese Auseinandersetzung unterlässt Heuer, eher will er den Wert des Ideals untermauern, indem er die altruistische Komponente neu justiert. So schließt er seine allgemeine Einleitung mit einem Bekenntnis zu Kants angeblich heute noch aktuellem „Appell an Selbstverantwortung und Mut“ in der Schrift „Was ist Aufklärung?“. Hier werde wegweisend der Wahlspruch der Aufklärung „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ formuliert, und Heuer zitiert ausführlich den Anfang des Textes, lässt

aber wohlweislich die Fortsetzung weg. Der idealistische Philosoph entpuppt sich nämlich (anders als Heuer am Ende seines Buches interpretiert) im Fortgang seiner Argumentation als Gegner der demokratisch idealisierten Zivilcourage, wie wir sie heute kennen. Der „öffentliche Gebrauch der Vernunft“, das mutige, freie Rasonieren, soll laut Kant nur dem zustehen, der sich aus dem zivilgesellschaftlichen Zusammenhang löst und als „Gelehrter“ vors Publikum tritt. Das Engagement fürs freie Beurteilen der Verhältnisse ist an die spezielle Rolle des Publizisten gebunden, für den zivilen Status des Einzelnen, für seinen „Privatgebrauch“, gilt die strengste Unterordnung: „Hier ist es nun freilich nicht erlaubt zu rasonieren, sondern man muss gehorchen.“ Der Bürger dürfe sich nicht weigern, das ihm Auferlegte zu leisten; „sogar kann ein vorwitziger Tadel solcher Auflagen, wenn sie von ihm geleistet werden sollen, als ein Skandal bestraft werden.“ Bemerkenswert, schon das abweichende Meinen („Tadel“) verdient eindeutige Sanktionen. Nur außerhalb seines zivilen Kontextes darf der Bürger sich an einem Rasonnement beteiligen, das den praktisch geleisteten Gehorsam der Prüfung durch die Vernunft unterzieht. Zur Bekräftigung dieser Unterwürfigkeit fordert Kant Bürgermut.

Ganz fehl am Platze ist der Verweis auf Kant allerdings nicht. Denn hier wird Zivilcourage gewissermaßen so gefasst, wie sie dem Stand des absolutistischen Staates angemessen war – inklusive Ergebnissadresse an den damaligen Friedrich Wilhelm. Und damit kommt zugleich das grundsätzliche Problem zum Vorschein: Zivilcourage ist ein Leitbild, das automatisch ein Definitionsproblem aufwirft, weil es

eine von der staatlichen Autorität angeordnete Eigenmächtigkeit in Gang setzen soll.

*Johannes Schillo*

**Hartmut von Hentig: Der technischen Zivilisation gewachsen bleiben. Nachdenken über die Neuen Medien und das gar nicht mehr allmähliche Verschwinden der Wirklichkeit – Weinheim und Basel 2002, Verlagsgruppe Beltz, 328 Seiten**

Trotz eines anderen Titels hat der Autor „den im Wortsinn ‘Kern’ der schon 1987 erweiterten Auflage“ des Buches ‘Das allmähliche Verschwinden der Wirklichkeit. Ein Pädagoge ermutigt zum Nachdenken über die Neuen Medien’ (München 1984 bzw. 1987) beibehalten, „diese um ... bekannte Tatbestände oder durch die Entwicklungen überholte Auskünfte entlastet, ... ganze Abschnitte entweder ersatzlos gestrichen oder durch neue ersetzt oder ... ergänzt ..., ... das Ganze neu gegliedert und die pädagogische Auseinandersetzung mit den neuen Medien in den Rahmen gestellt, in dem allein sie dem unfruchtbaren Pro und Contra entgeht: einer Theorie der durch ihre Mittel bestimmten Zivilisation. Wie behaupten wir unsere Zwecke mit diesen oder gegen sie? ... Mit dieser Frage ‚weist der Autor‘ dem Streit um die Medienerziehung einen untergeordneten Platz an.“ (S. 10)

In philosophischer, politischer und pädagogischer Perspektive zeigt von Hentig in den drei Hauptkapiteln: ‚Der Auftrag der Menschenbildung heute: Der technischen Zivilisation gewachsen bleiben‘, ‚Erwartungen an die neuen Medien‘, ‚Erwartungen an die Bildungseinrichtungen‘, einem Epilog und der Do-

kumentation eines im Herbst 1997 in der ZEIT publizierten Streits zwischen Jürgen Rüttgers und ihm über das Thema ‚Schulen ans Netz‘ auf, dass die Fixierung auf die Neuen Medien bei einem Nachdenken über Zielperspektiven einer dringend notwendigen Bildungsreform den Blick verstellt für die zu erwartenden politisch-gesellschaftlichen Tendenzen der kommenden Jahrzehnte: „Unsere politischen Tagesthemen sind Gesundheit und Altersversorgung, öffentliche Sicherheit und rechtsradikale Gewalt, Entsorgung des Atom Mülls und Verkehrsinfarkt, Umweltverschmutzung und Arbeitslosigkeit – und jedes von ihnen hängt mit der ‚technischen Zivilisation‘ und ihrem heute stärksten Motor, der elektronischen Datenverarbeitung und -vermittlung zusammen. Das nötigt zu der Frage ‚Wie halten wir es mit dem Ganzen?‘, bevor wir unsere Erwartungen und unseren Einsatz auf den *einen* Faktor Informations- und Kommunikationstechniken ... konzentrieren.“ (S. 25) Denn: „Alle Vorbereitung auf die Informations- und Kommunikationstechniken, also auch die Medienkompetenz, verlangt eine Vorstellung davon, wie wir leben wollen – leben in der historisch gegebenen technischen Zivilisation.“ (S. 24)

Genau dies vernachlässigen bildungs- und wissenschaftspolitisch Verantwortliche ebenso wie Erziehungswissenschaftler(innen) und (Medien-)Pädagog(innen), welche ‚das Heil‘ gegenwärtiger und zukünftiger Erziehung und Bildung in der frühest möglichen Heranführung an die Neuen Medien (mit ihren jeweils neuesten Trends) und damit in der Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungstendenzen sehen. Dem hält von Hentig entgegen, dass derartige – letztlich eindimensionale – Bemühungen Mittel und

Zweck verwechseln. So führt er – bedauerlicherweise nicht immer stringent und nicht durchgehend theoriegeleitet – aus, dass es zunächst einmal darauf ankomme, sich Geschichte und Entwicklung der ‚technischen Zivilisation‘ zu vergegenwärtigen, die er an sechs (verdichteten) Prinzipien (exemplarisch) zu veranschaulichen sucht (S. 29-31):

- „die Akkumulation und Akzeleration der Mittel ...
- die Rationalisierung, Messung und Ökonomisierung der Abläufe ...
- die Objektivierung aller Erkenntnisse und Relativierung aller Bewertung ...
- die Anpassung der einzelnen an die Verhältnisse ...
- das Überwinden oder das Unterlaufen der historischen und geographischen Grenzen ...
- die Verdrängung der einzelnen Einrichtung durch allgemeine Systeme ...“ (S. 29-31)

Als dann skizziert er den ‚Auftrag der Pädagogik‘ gemäß seinen Überzeugungen, indem er aus zuvor dargebotenen zwanzig Merkmalen der gegenwärtigen Gesellschaft als ‚technischer Zivilisation‘ (S. 46-58) fünf so auswählt, dass der Zusammenhang erkennbar wird bzw. bleibt (S. 66-92):

1. „Die technische Zivilisation erhöht – fortwährend – die Wirksamkeit und die Macht der Mittel. Es gilt, der Mediatisierung unseres Lebens gewachsen zu bleiben“ (S. 66), was am Beispiel der Neuen Medien, insbesondere an der Verbindung von Telekommunikation und elektronischer Datenverarbeitung erläutert wird.

2. „Die technische Zivilisation zwingt den Menschen in immer höherem Maß das Gesetz ihrer eigenen Funktionalität auf. Es gilt, den Folgen der Rationalisie-

rung und Ökonomisierung gewachsen zu bleiben“ (S. 69), was am Beispiel des Schwundes der Berufsarbeit dargelegt wird.

3. „Die technische Zivilisation verändert das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft – in der Regel zu seinen Ungunsten. Es gilt, der Kollektivierung und Organisation unseres Lebens gewachsen zu bleiben wie der mit ihnen einhergehenden Vereinzelung“ (S. 76) – veranschaulicht am Beispiel der Bürokratie.

4. „Die technische Zivilisation führt zu einer Vermehrung der Beziehungen und Verantwortungen und einem Verlust an Übersicht und Entscheidungsfähigkeit. Es gilt, der Komplexität unserer Verhältnisse gewachsen zu bleiben“ (S. 83), was am Beispiel des Friedens und seiner Gefährdung konkretisiert wird.

5. „Die technische Zivilisation verändert unser Verhältnis zur Natur – zu der uns umgebenden und zu der in uns. Es gilt, der Objektivierung und Entfremdung gewachsen zu bleiben, die mit der Beherrschung der Natur einhergehen“ (S. 89), was am Beispiel der menschlichen Gesundheit dargetan wird.

Doch von Hentig setzt sich nicht nur mit den bedenklichen Ansinnen und ‚Taten‘ von Bildungspolitikern auseinander, sondern erhebt auch Einspruch gegen die mittlerweile weit verbreitete Favourisierung der Medienpädagogik und -erziehung einschließlich ihrer hauptsächlichen Zielperspektive ‚Medienkompetenz‘ (S. 195-196): „Eine Kompetenz, die den Bürger befähigt und damit befugt, intelligente Entscheidungen über Sinn und Funktion der Neuen Medien zu treffen, verlangt zumindest die folgenden zehn Fähigkeiten:

- eine Wahrnehmung des Kontextes: der technischen Zivilisation, ihrer Aufgaben und Tendenzen, ihrer Chancen und Probleme;
- ein klares Verständnis der Funktion und der Grenzen der Neuen Medien;
- die Kenntnis der jeweiligen Alternativen zu ihnen;
- eine Aufmerksamkeit für die ungewollten Nebenwirkungen, Kosten und Gefahren der Neuen Medien;
- ein Bewusstsein von ihrem hidden curriculum, also ihrer konditionierenden Wirkung auf uns;
- eine gute Kenntnis der Sachprobleme, die man mit Hilfe von Computer und Internet bearbeiten und lösen will: Nur wenn wir verständige Fragen an sie richten können, ‚beherrschen‘ wir sie und nicht sie uns;
- ein damit verbundenes Gefühl der Verantwortung für die Folgen öffentlicher Äußerungen, was die Erkenntnis voraussetzt, dass der ans Netz angeschlossene Computer Öffentlichkeit ist und herstellt;
- ein Bewusstsein von der politischen Wirkung der Neuen Medien, des durch sie bewirkten Wandels sowohl der Demokratie als auch der Privatsphäre;
- denken können ...; und kein Wissen für Wissen halten, das man nicht verstanden hat – weshalb verständig fragen können und auf Sprache achten das wichtigste Pensum der Bildung bleibt;
- eine von Ängsten, Verwirrung, falscher Ehrfurcht, gar Mystifizierung freie und sichere Handhabung der Apparate; dazu gehört: nicht hilflos werden, wenn die Medien mal nicht zur Verfügung stehen oder aus irgendeinem Grund ausfallen.“

Denn: Medienkompetenz „gibt ... (es) nicht für sich – nicht ohne

die Befähigung zum ‚Leben in der technischen Zivilisation mit dem Anspruch unserer Kultur‘ (S. 196).

Mit diesem Katalog zeigt der Autor, dass es ihm als Pädagogen und Erziehungswissenschaftler eben nicht um Erziehung als Anpassung an die Realität, sondern um Bildung geht, die die Menschen befähigt, die Gesellschaft in der sie leben, zu durchschauen, denkend sich Problemlösungen wie Alternativen zu erarbeiten, um (später) entsprechend handeln zu können. Von daher ist das Buch mindestens allen hier angesprochenen Berufsgruppen zu empfehlen. Auch wenn einige Passagen zuweilen ein wenig langatmig oder gar ‚theorielos‘ wirken, gelingt es von Hentig immer wieder, Probleme, Entwicklungen und Alternativen treffend und anschaulich zu beschreiben und seinen begründeten Standpunkt aufzuzeigen.

*Birgit Wellie*

**Hans-Peter Dürr/Marianne Österreicher: Wir erleben mehr als wir begreifen. Quantenphysik und Lebensfragen – Freiburg i. Breisgau 2001, Herder Verlag, 159 Seiten**

Das Taschenbuch in der Reihe Herder Spektrum greift in Gesprächs-/Interviewform zentrale Fragen aus der neuen Physik und deren Weltsicht auf, um daraus Antworten auf Sinnfragen des Lebens, auf Evolution und überhaupt unser Verständnis von der Entstehung der Welt zu geben.

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Physiker, Schüler und Freund von Werner Heisenberg, Träger des Alternativen Nobelpreises, wird von Dr. phil. Marianne Österreicher-Mollwo interviewt, um denjenigen, die nicht viel über Physik

wissen, ein mögliches Verstehen von der Quantenphysik und deren Konsequenzen für eine neue Sicht auf das Leben zu geben. Das Gespräch ist angelegt im Rahmen eines imaginären Spaziergangs am Meer, so dass die inhaltlich-wissenschaftlichen Beiträge von Dürr wohltuend durch die Beobachtungen aus der alltäglichen Natur ergänzt werden. Denn trotz der Anlage als Gespräch bleibt der Inhalt „schwere intellektuelle Kost“, wie es der Materie der Quantenphysik wohl eigen ist, und das Lesen kann nicht so einfach als Abendentspannungslektüre erledigt werden.

Was kann der/die Leser/in nun im Konkreten erfahren? Ich möchte hier nur einige interessante Aussagen wiedergeben, die hoffentlich den Anreiz bieten, sich intensiver mit dem Buch zu befassen.

1. „Wir sind uns einig, dass unsere Vorstellung von Erfahrung eng mit dem zusammenhängt, was wir Materie nennen.“ (S. 12) ...und zwar mit einer Materie, deren Form für uns sichtbar ist, greifbar, i. S. mit der Hand berührbar und daraus resultiert u. a. unsere Unsicherheit, unsere Abwehr vor allen Dingen, deren Formen nicht greifbar sind. Die Frage ist: wie können wir zusehensichtlich über etwas sprechen, ohne dass wir es fixieren, es greifen? Auch wenn es seine Erscheinungsform ändert, sobald sich unsere Aufmerksamkeit verändert.“ (S. 67)

Dürr sieht ein Hauptproblem unserer heutigen Weltsicht darin, dass wir ständig manipulieren müssen, um unser Sicherheitsbedürfnis und unsere Weltsicht aufrecht zu erhalten. Dagegen stehen aber seit mehreren Jahrzehnten die Ergebnisse u. a. der Quantenphysik, die die Existenz eines letztendlich kleinsten Teilchens, das den Baustein zu allem Lebendigen liefern soll, nicht be-

stätigen kann, im Gegenteil – in einfachen Worten ausgedrückt – nur noch Energie vorfindet, die sich in Wellen und Schwingungen ständig verändert und bewegt. Außerdem hat die Quantenphysik endlich das bestätigt, was östliche Traditionen und Weltsichten dem perspektivischen Weltbild des Westens immer wieder vor Augen gehalten haben: dass wissenschaftliche Forschung bzw. Betrachtung der Welt immer von der Wertebasis und der Weltsicht des Forschenden bzw. Betrachtenden geprägt ist und sich damit die Vorstellung von Objektivität als Illusion erweist. Dürr sagt hierzu: „Zu ihren wesentlichen Einsichten (der Quantenphysik, E. G.) gehört die Entdeckung, dass im subatomaren Bereich jedes Untersuchungsergebnis von der Methode und dem Instrumentarium abhängt, mit denen der Beobachter seine Frage an die Natur stellt... Für den Quantenphysiker ist es nun wesentlich, aussichtslose Fragen wie: wo verläuft die Grenze zwischen Ich und Welt? gar nicht mehr zu stellen.“ (S.18) Es folgt im weiteren Verlauf des Gesprächs eine differenzierte Betrachtung der Auswirkungen unserer Weltsicht, wie sie durch die Aufspaltung in eine Subjekt-Mensch und Objekt-Welt-NORMALität hervorgebracht wird.

2. Das führt ihn u. a. zu einem weiteren interessanten Aspekt aus meiner Sicht, dass wir im Rahmen dieser Weltsicht des Greifens und Manipulierens auch der Illusion verfallen, Entwicklung, Evolution müsste mit Genauigkeit vorhergesagt werden können. Dabei weist Dürr nach, dass, je feiner Strukturen werden, je komplexer Systeme sich entwickeln, desto weniger Genauigkeit möglich wird bzw. nicht wünschenswert wäre: „Um mich nur zu orientieren, brauche ich nie Genauigkeit. Höhere Genauigkeit

ist für die Orientierung eher schädlich, weil ich mich dann mit einer wachsenden Menge von Informationen befassen muss.“ (S. 85) Dazu bringt er vielfältige Beispiele aus dem Alltag unserer Wahrnehmung und Urteilsbildung, die sich in der Regel nicht erst auf die Beschaffung zahlreicher abgesicherter Informationen über eine Sache oder eine Person gründen, sondern auf Intuition und Assoziation. Deutlich wird dies – so bemerkt er, wenn wir vor einer Entscheidung stehen, wo sachlich informativ nichts für die eine oder andere Seite spricht. Etwas weiter im Text, daraufhin befragt, ob er nun die Genauigkeit denn verteufler, um zu umfassenden Einsichten zu gelangen, stellt er klar: „Sie ist Voraussetzung für unser eindrucksvolles mathematisches Begriffsgebäude. Es ist erstaunlich, wie wir mit Begriffen, die in diesem Sinne in der Natur gar nicht vorkommen, doch für uns äußerst brauchbare Landkarten für die Wirklichkeit malen konnten. Aber zu behaupten, dass die Landkarte direkt etwas mit der

Wirklichkeit zu tun hat, das ginge zweifellos zu weit.“ Er bringt dann das Beispiel einer Bergwanderung anhand einer Landkarte: „Niemand würde auf die Idee kommen, die Landkarte mit der Berglandschaft zu verwechseln. Um das zu erkennen, begeben Sie mich in die Wirklichkeit selber hinein, und was ich dann erlebe, ist reicher an Eindrücken, aber ungenauer im Detail. Warum ist es reicher? Es ist reicher, was die Beziehungsstruktur anbelangt.“ (S. 87)

3. Seine Gedankengänge übertragen auf eine zukünftige Gestaltung von Bildung, ausgelöst durch die Frage der Interviewerin: wie kann man das Wesentliche im Ungenauen finden?, werden deutlich in seiner Haltung, die im Gegensatz zum Normalfall des scharfen logischen Analysierens und Nachdenkens steht: „Ich würde im Wesentlichen ein Spielfeld für alle vorbereiten und durch geeignete Spielregeln einen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen sich, in einem kooperativen Zusammenspiel, Lernprozesse

wie Lebensprozesse voll und vielgestaltig entfalten können.“ Er führt dann weiter aus, dass die durchstrukturierten, im Detail festgelegten Schulbücher als Lernstoff ersetzt werden sollten: „Schreibt nur auf, was ihr für wesentlich haltet. Das kann viel mehr sein, als man je lernen kann. Aber überlasst es den Schulen und Lehrern, was sie auswählen wollen.“ (S. 88) Diese herausfordernde Haltung und Sichtweise ist in dieser kurzen Form sicherlich schwer nachvollziehbar, ist aus seiner Sicht allerdings konsequent hergeleitet.

So ist auch nicht verwunderlich, dass im gesamten Buch immer mal wieder Themen wie Meditation und Kontemplation, Begriffe wie Leerheit und östliche Sichtweisen auf die Welt berührt und Zusammenhänge aufgezeigt werden. Wie anfangs gesagt, ist dies ein Buch, das mit Konzentration zu lesen ist. Sein Inhalt lässt verstehen, dass wir mehr erleben, als wir begreifen.

*Elisabeth Glücks*

## Markt

### Termine

Der 3. Kinder- und Jugendhilfetag Baden-Württemberg findet vom 2. bis 3. Juli 2003 in Ulm statt. Er wird veranstaltet vom Forum Kinder- und Jugendpolitik freier Träger in Baden-Württemberg. Sein Motto ist „lokal, global & mittendrin – Kinder- und Jugendhilfe europäisch und lokal gestalten“.

**Informationen: Veranstaltungsbüro  
3. Kinder und Jugendhilfetag Baden-**

**Württemberg, Stadtjugendring Ulm,  
Markus Kienle, Platzgasse 18, 89073  
Ulm, e-mail: kienle@sjr-ulm.de.**

Der Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung – AUE e. V. veranstaltet seine Jahrestagung 2003 zum Thema „Profil und Qualität der Hochschul-Weiterbildung zwischen Wissenschaft und Wirtschaftlichkeit“ vom 18. bis 19. September in Dresden. Es schließt sich die AUE-Mitgliederversammlung am 19. September an.

**Nähere Informationen:  
www.aue-net.de.**

Vom 19. bis 21. November 2003 findet im Jugendpastoralinstitut im Kloster Benediktbeuern das 7. Symposium Jugendpastoral „Von Werte-Bastlern und Sinn-Suchern“ statt.

**Informationen: Jugendpastoralinstitut, Don-Bosco-Straße 1, 83671 Benediktbeuern, Tel. 08857/88-281, e-mail: jpi.voggeser@t-online.de.**

Der Termin für den 12. Deutschen Jugendhilfetag steht fest: Er wird vom 2. bis 4. Juni 2004 in Osnabrück unter dem Motto „leben lernen“ stattfinden.

**Informationen: Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), Sabine Kummetat, Tel. 030/400 40 219, e-mail: Sabine.Kummetat@agj.de.**

### **Zeitschriften zur politischen Bildung**

Die ersten beiden Ausgaben der Zeitschrift Praxis Politische Bildung sind mittlerweile erschienen.

- Nr. 1/03 behandelt das Thema Deutschland nach der Wahl.
- Nr. 2/03 stellt Schnittstellen der Bildungsarbeit dar.

**Die Zeitschrift Praxis Politische Bildung wird herausgegeben vom Bundesausschuss politische Bildung und ist zu beziehen über den Juventa-Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim, oder über den Buchhandel.**

Konfliktherd Islam? ist das Thema von Nr. 1/03 der im Wochenschau-Verlag erschienenen Zeitschrift „Politische Bildung“.

**Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Taunus.**

Im Wochenschau-Verlag erscheint auch die Zeitschrift kursiv, von der zwei in der Zwischenzeit veröffentlichte Ausgaben anzuzeigen sind:

- Nr. 4/02 behandelt den Zusammenhang von Psyche und politischer Bildung
- Journalismus und politische Bildung sind Thema von Heft 1/03.

**Bezug: siehe oben.**

Die zweite Ausgabe der vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung herausgegebenen Zeitschrift DIE in diesem Jahr konzentriert sich auf das Thema Politische Bildung.

**Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, oder über den Buchhandel.**

### **Neue Wochenschau-Ausgaben**

Vier neue Ausgaben der vom Wochenschau-Verlag herausgegebenen Publikation Wochenschau, die für den Einsatz im Politikunterricht konzipiert ist, liegen vor:

- Nr. 1/03 für die Sekundarstufe I behandelt das Thema „Nation – nationale Minderheiten“
- Nr. 1/03 für die Sekundarstufe II konzentriert sich auf das Thema Islam.
- Der Sozialstaat steht im Mittelpunkt von Nr. 2/03 für die Sekundarstufe I und
- in Nr. 2/03 für die Sekundarstufe II wird das Thema Gentechnologie dargestellt.

**Bezug: siehe oben.**

### **Informationen zur politischen Bildung**

Israel steht im Mittelpunkt von Nr. 278 der „Informationen zur politischen Bildung“, die im ersten Quartal 2003 erschienen. Die Informationen werden herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung.

**Bezug: über Franzis' print & media, Vertrieb, Postfach 20 07 54, 80007 München.**

### **Materialien für die Praxis politischer Bildung**

Im Wochenschau-Verlag erschien das von Siegfried Grillmeyer und Zeno Ackermann herausgegebene Buch „Erinnern für die Zukunft“. Es behandelt die nationalsozialistische Vergangenheit als Lernfeld der Politischen Jugendbildung.

**Bezug über den Wochenschau-Verlag (siehe oben) oder über den Buchhandel.**

„Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute?“ ist der Titel eines Buches, das von der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank herausgegeben wurde. Es handelt sich um ein Arbeitsbuch aus der Praxis für Schule und außerschulische Bildungsarbeit mit aktuellen theoretischen Bezügen zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Zivilcourage.

**Bezug: Brandes & Apsel Verlag oder den Buchhandel.**

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat zum Thema „Islam. Politische Bildung und interreligiöses Lernen“ Arbeitsmaterialien zusammengestellt, die zusammen mit einer CD-ROM gegen eine Gebühr zu bestellen sind bei

**bpb-Vertrieb/DVG, Postfach 1149, 53333 Meckenheim.**

### **Materialien zur internationalen Arbeit**

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) hat – im Wochenschau-Verlag – ein Praxishandbuch veröffentlicht, das von Lothar Harles und Peter Wirtz herausgegeben wurde. Unter dem Titel „Lernen

über Grenzen“ werden Erfahrungen aus der internationalen Jugendarbeit reflektiert und Anregungen für die Gestaltung politischer Bildung in diesem Bereich gegeben.

**Bezug:** über den Wochenschau-Verlag (siehe oben).

Das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschulverbandes hat eine CD-ROM zusammengestellt, die im Rahmen des Projekts „Bewusstsein für ein Europa von morgen – Chancen und Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union“ entstand. Die CD-ROM informiert über die Beitrittsländer und stellt deren Politik, Kultur und das Alltagsleben dort dar.

**Die CD-ROM ist kostenlos erhältlich unter [www.iiz-dvv.de](http://www.iiz-dvv.de).**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit – BAG EJSJA hat ein Materialienheft zur Jugendsozialarbeit in Europa zusammengestellt. Es ist Ergebnis von zwei Projekten, in denen es um Entwicklung und Aufbau einer Dialogplattform für die Jugendsozialarbeit in Europa und die Erarbeitung und Umsetzung von Partizipationsstrategien zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung von jungen Menschen ging.

**Bezug:** Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit – BAG EJSJA e. V., Wagenburgstraße 26-28, 70184 Stuttgart, e-mail: [mail@bagejsa.de](mailto:mail@bagejsa.de).

Der Internationale Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland e. V. (IJAB) hat eine neue Ausgabe des „Forum Jugendarbeit Internatio-

nal“ 2003 herausgegeben. Diese Publikation berichtet und informiert über Konzepte, Erfahrungen und Diskussionen in der internationalen Jugendarbeit und Jugendpolitik. Das neue Jahrbuch ist gegen eine Schutzgebühr schriftlich zu bestellen bei

**IJAB e. V., Redaktion „Forum Jugendarbeit International“, Heussallee 30, 53113 Bonn, Fax 0228/9506199.**

Die Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Weiterbildungsforschung e. V. wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem Management eines Projekts betraut, das die Thematik „Lernen im Wandel – Wandel durch Lernen: Lernkultur Kompetenzentwicklung“ in der betrieblichen und beruflichen Weiterbildung bearbeitet. Über Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte rund um die Entwicklung einer neuen Lernkultur informiert die Arbeitsgemeinschaft in einem Themendienst „Lernkultur Kompetenzentwicklung“.

**Bezug:** Scheben Scheurer & Partner, Agentur für Kommunikation GmbH, Kalscheurener Straße 6, 50354 Hürth b. Köln, Tel. 02233/96341-83.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat eine aktuelle Ausgabe des Nachschlages „Grund- und Strukturdaten“ veröffentlicht, in dem Zahlenmaterial zu den wichtigsten Belangen von Bildung und Forschung zusammengestellt ist. Die „Grund- und Strukturdaten 2001/2002“ können kostenlos unter der Telefonnummer 01805/262302 oder unter der e-Mail-Adresse [books@bmbf.bund.de](mailto:books@bmbf.bund.de) bestellt werden.

Beim Verlag Gruner+ Jahr erscheint die Zeitschrift GEO

WISSEN, ein Magazin, das sich mit den verschiedensten Wissensbereichen beschäftigt. Die im März herausgekommene Ausgabe behandelt das Thema „Bildung – Wie das Lernen wieder Spaß macht“.

**Informationen:** [www.geo.de](http://www.geo.de) oder beim Verlag Gruner + Jahr, 20444 Hamburg.

### **Neues zur Geschlechterpädagogik**

Die Jahrestagung der AKSB von 2001 wurde in einer neuen Publikation dokumentiert, die unter dem Titel „Männer bilden, Frauen bilden“ Geschlechtergerechtigkeit und Bildungsgesellschaft in Zusammenhang bringt. Herausgeberin ist Ulrike Gentner. Die Publikation erschien in der AKSB-Schriftenreihe „Dokumente – Manuskripte – Protokolle“ als Nummer 29 und ist zu beziehen bei der

**Geschäftsstelle der AKSB, Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn, e-mail: [info@aksb.de](mailto:info@aksb.de).**

Aus Hessen kommt eine neue Mädchenzeitung, die das Ergebnis eines Projekts ist, das vom Jugendbildungswerk Darmstadt-Dieburg verantwortet wurde. Sie entstand in der außerschulischen Bildungspraxis mit Mädchen und richtet sich an andere Mädchen. Zu bestellen ist die Zeitung Görls bei

**Kinder- und Jugendförderung – Jugendbildungswerk, Rheinstr. 65, 64276 Darmstadt, e-mail: [goerls@eli.ladadi.de](mailto:goerls@eli.ladadi.de).**

### **Werte und Jugendschutz**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz (BAJ) hat unter dem Titel „Werte



haben Konjunktur“ Beiträge versammelt, die auf einem Symposium zum Thema „Paradigmenwechsel im Jugendschutz?“ vorgetragen wurden. Es ging um die Frage, ob die Vermittlung von Normen und Werten ein Thema ist, mit dem sich auch der Ju-

gendschutz auseinander setzen sollte. Thema war die Vermittelbarkeit und die Akzeptanz von Jugendschutz in einer durch Wertewandel und durch vielfältige strukturelle Veränderungen der Lebenskontexte gekennzeichneten Gesellschaft.

Die Publikation ist zu beziehen bei der

**Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V., Mühlendamm 3, 10178 Berlin, e-mail: [material@bag-jugendschutz.de](mailto:material@bag-jugendschutz.de).**

## Außerschulische Bildung

### 33. Jahrgang 2002

#### *Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten*

- Berichte aus den Kommissionen S. 44-45
- Fortbildungsangebote S. 45-46, 122, 206
- Internetplanspiel „Rechts rum?“ des aktuellen forums NRW e. V. S. 46
- AdB-Delegation in Spanien S. 119
- Austauschprogramm mit Givat Haviva S. 120
- AdB präsentiert sich auf bpb-mobil S. 120-121
- AdB-entimon-Projekt S. 121
- 50 Jahre Jugendhof Steinkimmen S. 121
- Ausstellung S. 122
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Stärken der außerschulischen Jugendbildung nutzen! S. 183-185
- Europäisches Bildungsnetzwerk – DARE – gegründet S. 203
- Hauswirtschaftstagung 2002 des AdB S. 203-204
- KAS: 40 Jahre Internationale Arbeit S. 204-205
- Villa Fohrde feierte 10jähriges Bestehen S. 205
- ESTA eröffnete Europa-Institut in Marienheide S. 205
- Stand Up – Festival gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie, Courage und Frieden S. 205-206
- Brokmeier/Pistohl, Europa und der AdB. Das Jahresthema – Thema des Jahres? S. 229-231
- Siebert, Europa-Haus Marienberg: Ein traditionsreicher Ort für europäische Jugendbildung S. 232-235
- Schlüsselbauer/Walter, Politische Jugendbildung in und für Europa S. 236-240
- Leibenguth-Nordmann, Europa... möglichst bürgernah. Netzwerkprojekte der Europäischen Staatsbürger-Akademie S. 241-244
- Siara-Decker, Fit für Europa S. 244-248
- Droste, Die erste Heimat ist eine Mutter, die zweite eine Stiefmutter. Bildungsarbeit mit Spätaussiedlern in der Politischen Akademie Biggesee S. 249-253
- Gandenberger, Warum ein Seminar über nationale Minderheiten in Europa? S. 254-256
- Bernardoni, Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa S. 257-260
- AdB-Jahresthema 2003 „Migration – Integration – kulturelle Vielfalt“ S. 273-274
- Mitgliederversammlung 2003 S. 274
- Workshop Integrierte Kommunikation S. 275
- Kommission Bildungspolitik S. 275-276
- AdB-Publikation zur Zusammenarbeit mit der Mongolei S. 276

#### *Arbeitsmarkt*

- NRW hat Haushaltssperre für Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgehoben S. 113-114

#### *Behinderung*

- Göthling, „Wir vertreten uns auch selbst!“ Netzwerk People First Deutschland e. V.: Politische Interessenvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten S. 145-147
- Hermes, Bürgerrechtspolitik statt Nischenpolitik S. 147-152
- Meister, Von der Fürsorge zur Selbstbestimmung. Oder: Das Erlebnis eines west-östlichen Kulturgefälles S. 152-155
- Blunk/Schymroch, Bildung für alle. Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderungen S. 155-160
- Fiege, Normalisieren statt getoisieren. Menschen mit Be-

hinderungen in Medienseminaren S. 161-165

- Brendel, Schön und gut. Bericht über eine Kooperation S. 166-172
- 2003: Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung S. 200

#### *Berufliche Bildung*

- Bundesregierung beschloss Berufsbildungsbericht 2002 S. 42

#### *Bildungsmarkt*

- Besucheranstieg auf Bildungsmesse in Hannover S. 41
- Bundesbildungsministerin kündigt „Stiftung Bildungstest“ an S. 41-42
- Deutsche Weiterbildungsanbieter sollen internationale Chancen nutzen S. 192
- Stiftung Warentest nimmt Weiterbildungsangebote unter die Lupe S. 192

#### *Bildungspolitik*

- Ambos/Conein/Nuissl-v. Rein, Lernende Regionen – ein innovatives Programm S. 5-9
- Bretschneider, Innenansichten einer Lernenden Region. Das BELOS-Netzwerk für Weiterbildung S. 9-13
- Lichtenberg, Netzwerk für eine Neue Lernkultur: Lernende Region Bergisches Städtedreieck S. 13-16
- EU-Bildungsminister verabschieden gemeinsames Arbeitsprogramm in Bildungspolitik S. 40
- Abschlusskongress Forum Bildung S. 40-41
- Bundesjugendkuratorium zum Verhältnis von Bildung zu Jugendhilfe S. 41
- Bundesbildungsministerin kündigt „Stiftung Bildungstest“ an S. 41-42

- Bundesregierung beschloss Berufsbildungsbericht 2002 S. 42
- Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung S. 42-43
- Bildungsdebatte im Deutschen Bundestag S. 110-111
- Stellungnahmen zur Bildungspolitik S. 111-112
- Behrendt, „PISA“ und die neue kompensatorische Aufgabe der außerschulischen Bildung S. 177-182
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Stärken der außerschulischen Jugendbildung nutzen! S. 183-185
- Deutsche Weiterbildungsanbieter sollen internationale Chancen nutzen S. 192
- Sicherung der Weiterbildungsqualität in den Ländern S. 192-193
- Expertenkommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens S. 193
- Konsequenzen aus der PISA-Diskussion S. 194-196
- Kohle, Vertrauen ist gut, Versprechen halten besser. Zur aktuellen Weiterbildungslage in NRW S. 265-266
- Koalitionsvereinbarung zu Bildungs- und Jugendpolitik S. 267
- Diskussion des neuen Regierungsprogramms S. 267-269
- OECD-Studie 2002 zur Bildungspolitik S. 269-271
- Haushaltsperspektive des BMBF S. 271

### **Bildungsstätten**

- Hauswirtschaftstagung 2002 des AdB S. 203-204

### **Bundeswehr**

- Bericht des Wehrbeauftragten 2001 S. 43-44

### **Didaktik/Methodik**

- Internetplanspiel „Rechts rum?“ des aktuellen forums NRW e. V. S. 46
- Breuning, Kompetenz in Lebenskunst, S. 69-73
- Mörchen, Statt trommelnder Dichter politische Bücher. Anmerkungen zu Veränderungen im Verhältnis zwischen Geist und Macht und Werkstattbericht über ein Münster-eifeler Literaturgespräch S. 74-77
- Schlamann, „Der Blick in den Kochtopf anderer Kulturen“ S. 77-83
- Fiesinger/Lück, Theaterarbeit als Methode der politischen Bildung S. 90-93
- Dieckmann, Bildung oder Wissen? Medienkompetenz als Bildungsziel S. 93-99
- Fiege, Theater als Form – Antifaschismus als Inhalt. Erfahrungen mit einem deutsch-polnischen Theaterprojekt S. 99-102
- Ausländer, Wo bleibt die Musik? Momentaufnahmen, ein passables Beispiel und eine Empfehlung S. 102-106
- Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Die Kunst der politischen Bildung. Ein Dialog zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung S. 107-109
- AdB-entimon-Projekt S. 121
- Blunk/Schymroch, Bildung für alle. Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderungen S. 155-160
- Fiege, Normalisieren statt getoisieren. Menschen mit Behinderungen in Medienseminaren S. 161-165
- Brendel, Schön und gut. Bericht über eine Kooperation S. 166-172
- Schnieders, Wohnungslos: Ein zu verändernder Zustand S. 173-176
- Passin, Lebenskunst als Kompetenzerwerb? S. 186-187

- Siebert, Europa-Haus Marienberg: Ein traditionsreicher Ort für europäische Jugendbildung S. 232-235
- Schlüsselbauer/Walter, Politische Jugendbildung in und für Europa S. 236-240
- Leibenguth-Nordmann, Europa... möglichst bürgernah. Netzwerkprojekte der Europäischen Staatsbürger-Akademie S. 241-244
- Siara-Decker, Fit für Europa S. 244-248
- Droste, Die erste Heimat ist eine Mutter, die zweite eine Stiefmutter. Bildungsarbeit mit Spätaussiedlern in der Politischen Akademie Biggensee S. 249-253
- Gandenberger, Warum ein Seminar über nationale Minderheiten in Europa? S. 254-256
- Bernardoni, Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa S. 257-260

### **Europa**

- Weißbuch zur europäischen Jugendpolitik. Entschließung zur jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU S. 37
- EU-Bildungsminister verabschieden gemeinsames Arbeitsprogramm in Bildungspolitik S. 40
- EU-Jugendministerrat will Beteiligungschancen der Jugend erweitern S. 114-115
- Europäische Kommission hat neue Projekte zum interkulturellen Dialog ausgewählt S. 116
- Europäischer Jugendkonvent in Brüssel S. 199-200
- 2003: Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung S. 200
- Europäisches Bildungsnetzwerk – DARE – gegründet S. 203
- Brokmeier/Pistohl, Europa und der AdB. Das Jahresthema – Thema des Jahres? S. 229-231

- Siebert, Europa-Haus Marienberg: Ein traditionsreicher Ort für europäische Jugendbildung S. 232-235
- Schlüsselbauer/Walter, Politische Jugendbildung in und für Europa S. 236-240
- Leibenguth-Nordmann, Europa... möglichst bürgernah. Netzwerkprojekte der Europäischen Staatsbürger-Akademie S. 241-244
- Siara-Decker, Fit für Europa S. 244-248
- Gandenberger, Warum ein Seminar über nationale Minderheiten in Europa? S. 254-256

#### **Freiwilligendienste**

- Aufwertung von Freiwilligendiensten S. 39
- Gesetz zu Freiwilligendiensten trat in Kraft S. 115-116
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements S. 198-199

#### **Gender Mainstreaming**

- Arbeit und Leben: Empfehlungen zur geschlechtergerechten Bildungsarbeit S. 43
- Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern S. 117-118
- Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in Baden-Württemberg S. 272

#### **Institutionen/Organisationen**

- DBJR-Stellungnahme zum elften Kinder- und Jugendbericht S. 112-113
- Forum Hochschule und Kirche S. 118
- AdB präsentiert sich auf bpb-mobil S. 120-121
- 50 Jahre Jugendhof Steinkimmen S. 121
- Ausstellung S. 122

- Göthling, „Wir vertreten uns auch selbst!“ Netzwerk People First Deutschland e. V.: Politische Interessenvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten S. 145-147
- DBJR-Spendenaufwurf für Hochwasser geschädigte Kinder- und Jugendeinrichtungen S. 202
- Europäisches Bildungszentrum – DARE – gegründet S. 203
- KAS: 40 Jahre Internationale Arbeit S. 204-205
- Villa Fohrde feierte 10jähriges Bestehen S. 205
- ESTA eröffnete Europa-Institut in Marienheide S. 205
- Siebert, Europa-Haus Marienberg: Ein traditionsreicher Ort für europäische Jugendbildung S. 232-235

#### **Integration**

- Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland S. 200-201
- Landesregierung Baden-Württemberg zur interkulturellen Kompetenz S. 201
- Droste, Die erste Heimat ist eine Mutter, die zweite eine Stiefmutter. Bildungsarbeit mit Spätaussiedlern in der Politischen Akademie Biggeseesee S. 249-253
- Gandenberger, Warum ein Seminar über nationale Minderheiten in Europa? S. 254-256
- Bernardoni, Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa S. 257-260
- AdB-Jahresthema 2003 „Migration – Integration – kulturelle Vielfalt“ S. 273-274

#### **Interkulturelles Lernen**

- Schlamann, „Der Blick in den Kochtopf anderer Kulturen“ S. 77-83
- Puls-Janssen, Kulturelle Bil-

- dung und politisches Lernen in Internationalen Jugendbegegnungen S. 83-89
- Europäische Kommission hat neue Projekte zum interkulturellen Dialog ausgewählt S. 116
- Schillo, Toleranz und Integration. Aktuelle Anforderungen an die politische Bildung S. 188-191
- Landesregierung Baden-Württemberg zur interkulturellen Kompetenz S. 201
- Dwertmann/Klasing, Partizipationserfahrungen von Mädchen und jungen Frauen. Beispiele aus der internationalen Bildungspraxis im LidiceHaus S. 261-264
- AdB-Jahresthema 2003 „Migration – Integration – kulturelle Vielfalt“ S. 273-274

#### **Internationales**

- v. Engelhardt, Überlegungen zum Aufbau eines Netzwerks „Demokratische Jugendbildung“ in der Mongolei S. 27-30
- Schillo, Politische Bildung und die neue Dimension des Terrors S. 31-34
- Schlamann, „Der Blick in den Kochtopf anderer Kulturen“ S. 77-83
- Puls-Janssen, Kulturelle Bildung und politisches Lernen in Internationalen Jugendbegegnungen S. 83-89
- Fiege, Theater als Form – Antifaschismus als Inhalt. Erfahrungen mit einem deutsch-polnischen Theaterprojekt S. 99-102
- Weltkindergipfel verabschiedete Agenda S. 114
- Mittel für deutsch-polnischen Jugendaustausch werden erhöht S. 116-117
- Gemeinsame Erklärung zur deutsch-tschechischen Zusammenarbeit S. 117
- AdB-Delegation in Spanien S. 119

- Austauschprogramm mit Givat Haviva S. 120
- Deutsch-kanadisches Austauschprogramm S. 201-202
- KAS: 40 Jahre Internationale Arbeit S. 204-205
- Dwertmann/Klasing, Partizipationserfahrungen von Mädchen und jungen Frauen. Beispiele aus der internationalen Bildungspraxis im LidiceHaus S. 261-264
- OECD-Studie 2002 zur Bildungspolitik S. 269-271
- Bundesregierung zur Umsetzung des UN-Frauenrechtsübereinkommens S. 271-272

### **Jugend**

- Jugend 2002: Ergebnisse der 14. Shell Jugendstudie S. 196-198

### **Jugendbildung**

- v. Engelhardt, Überlegungen zum Aufbau eines Netzwerks „Demokratische Jugendbildung“ in der Mongolei S. 27-30
- Puls-Janssen, Kulturelle Bildung und politisches Lernen in Internationalen Jugendbegegnungen S. 83-89
- Fiege, Theater als Form – Antifaschismus als Inhalt. Erfahrungen mit einem deutsch-polnischen Theaterprojekt S. 99-102
- Ausländer, Wo bleibt die Musik? Momentaufnahmen, ein passables Beispiel und eine Empfehlung S. 102-106
- AdB-entimon-Projekt S. 121
- Behrendt, „PISA“ und die neue kompensatorische Aufgabe der außerschulischen Bildung S. 177-182

### **Kinder- und Jugendpolitik**

- 11. Kinder- und Jugendbericht liegt vor: Grundgesetz soll um

- „Recht des Kindes“ erweitert werden S. 35-37
- Weißbuch zur europäischen Jugendpolitik. Entschließung zur jugendpolitischen Zusammenarbeit in der EU S. 37
- Politiktage in Berlin S. 38
- Landesjugendplan Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2002/2003 S. 38-39
- Aufwertung von Freiwilligendiensten S. 39
- Engagement gegen Rechtsextremismus S. 39-40
- Bundesjugendkuratorium zum Verhältnis von Bildung zu Jugendhilfe S. 41
- DBJR-Stellungnahme zum elften Kinder- und Jugendbericht S. 112-113
- Weltkindergipfel verabschiedete Agenda S. 114
- NRW hat Haushaltssperre für Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgehoben S. 113-114
- EU-Jugendministerrat will Beteiligungschancen der Jugend erweitern S. 114-115
- Gesetz zu Freiwilligendiensten trat in Kraft S. 115-116
- Neues Jugendschutzgesetz S. 116
- Europäische Kommission hat neue Projekte zum interkulturellen Dialog ausgewählt S. 116
- Mittel für deutsch-polnischen Jugendaustausch werden erhöht S. 116-117
- Gemeinsame Erklärung zur deutsch-tschechischen Zusammenarbeit S. 117
- Akzeptanz des Kinder- und Jugendreisens verbessern S. 199
- Europäischer Jugendkonvent in Brüssel S. 199-200
- DBJR-Spendenaufwurf für Hochwasser geschädigte Kinder- und Jugendeinrichtungen S. 202
- Koalitionsvereinbarung zu Bildungs- und Jugendpolitik S. 267
- Diskussion des neuen Regierungsprogramms S. 267-269

- Niedersächsischer Kinder- und Jugendplan 2002/2003 S. 271

### **Kooperation**

- Bonometti/Bövingloh, Ein Beispiel für landesweite Zusammenarbeit: Das brandenburgische Projekt „Bildung für Toleranz und Weltoffenheit“ S. 17-21
- Richter, Regionale Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen S. 21-26
- v. Engelhardt, Überlegungen zum Aufbau eines Netzwerks „Demokratische Jugendbildung“ in der Mongolei S. 27-30
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Stärken der außerschulischen Jugendbildung nutzen! S. 183-185
- Europäisches Bildungsnetzwerk – DARE – gegründet S. 203
- Leibenguth-Nordmann, Europa... möglichst bürgernah. Netzwerkprojekte der Europäischen Staatsbürger-Akademie S. 241-244

### **Kulturelle Bildung**

- Breuning, Kompetenz in Lebenskunst, S. 69-73
- Mörchen, Statt trommelnder Dichter politische Bücher. Anmerkungen zu Veränderungen im Verhältnis zwischen Geist und Macht und Werkstattbericht über ein Münster-eifeler Literaturgespräch S. 74-77
- Fiesinger/Lück, Theaterarbeit als Methode der politischen Bildung S. 90-93
- Fiege, Theater als Form – Antifaschismus als Inhalt. Erfahrungen mit einem deutsch-polnischen Theaterprojekt S. 99-102
- Ausländer, Wo bleibt die Musik? Momentaufnahmen,

- ein passables Beispiel und eine Empfehlung S. 102-106
- Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Die Kunst der politischen Bildung. Ein Dialog zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung S. 107-109

**Mädchen/Frauen**

- Studie zur Lebenssituation von Mädchen in Deutschland S. 117
- Dwertmann/Klasing, Partizipationserfahrungen von Mädchen und jungen Frauen. Beispiele aus der internationalen Bildungspraxis im LidiceHaus S. 261-264
- Bundesregierung zur Umsetzung des UN-Frauenrechtsübereinkommens S. 271-272

**Markt (Aktionen, Tagungen, Materialien und Medien)**

S. 56-58, 136-138, 220-221, 289-291

**Medienpädagogik**

- Dieckmann, Bildung oder Wissen? Medienkompetenz als Bildungsziel S. 93-99
- Fiege, Normalisieren statt gettoisieren. Menschen mit Behinderungen in Medien-seminaren S. 161-165

**Migration**

- Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland S. 200-201
- Bernardoni, Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa S. 257-260
- AdB-Jahresthema 2003 „Migration – Integration – kulturelle Vielfalt“ S. 273-274

**Neue Medien**

- Zukunft des eLearnings in Deutschland S. 193-194

**Ökologie**

- Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung S. 42-43
- Naturschutz soll gestärkt werden S. 202

**Partizipation**

- Politiktage in Berlin S. 38
- EU-Jugendministerrat will Beteiligungschancen der Jugend erweitern S. 114-115
- Göthling, „Wir vertreten uns auch selbst!“ Netzwerk People First Deutschland e. V.: Politische Interessenvertretung für Menschen mit Lernschwierigkeiten S. 145-147
- Hermes, Bürgerrechtspolitik statt Nischenpolitik S. 147-152
- Meister, Von der Fürsorge zur Selbstbestimmung. Oder: Das Erlebnis eines west-östlichen Kulturgefälles S. 152-155
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements S. 198-199
- Europäischer Jugendkonvent in Brüssel S. 199-200
- Dwertmann/Klasing, Partizipationserfahrungen von Mädchen und jungen Frauen. Beispiele aus der internationalen Bildungspraxis im LidiceHaus S. 261-264

**Personalien**

S. 47, 123, 208, 277-278

**Politische Bildung**

- Bonometti/Bövingloh, Ein Beispiel für landesweite Zusammenarbeit: Das brandenburgi-

sche Projekt „Bildung für Toleranz und Weltoffenheit“ S. 17-21

- Schillo, Politische Bildung und die neue Dimension des Terrors S. 31-34
- Internetplanspiel „Rechts rum?“ des aktuellen forums NRW e. V. S. 46
- Mörchen, Statt trommelnder Dichter politische Bücher. Anmerkungen zu Veränderungen im Verhältnis zwischen Geist und Macht und Werkstattbericht über ein Münster-eifeler Literaturgespräch S. 74-77
- Fiesinger/Lück, Theaterarbeit als Methode der politischen Bildung S. 90-93
- Fiege, Theater als Form – Antifaschismus als Inhalt. Erfahrungen mit einem deutsch-polnischen Theaterprojekt S. 99-102
- Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, Die Kunst der politischen Bildung. Ein Dialog zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung S. 107-109
- Hermes, Bürgerrechtspolitik statt Nischenpolitik S. 147-152
- Meister, Von der Fürsorge zur Selbstbestimmung. Oder: Das Erlebnis eines west-östlichen Kulturgefälles S. 152-155
- Schnieders, Wohnungslos: Ein zu verändernder Zustand S. 173-176
- Passin, Lebenskunst als Kompetenzerwerb? S. 186-187
- Schillo, Toleranz und Integration. Aktuelle Anforderungen an die politische Bildung S. 188-191
- Schüsselbauer/Walter, Politische Jugendbildung in und für Europa S. 236-240
- Leibenguth-Nordmann, Europa... möglichst bürgernah. Netzwerkprojekte der Europäischen Staatsbürger-Akademie S. 241-244
- Droste, Die erste Heimat ist eine Mutter, die zweite eine

Stiefmutter. Bildungsarbeit mit Spätaussiedlern in der Politischen Akademie Biggensee S. 249-253

- Gandenberger, Warum ein Seminar über nationale Minderheiten in Europa? S. 254-256
- Bernardoni, Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa S. 257-260

### **Politische Kultur**

- Schlussbericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ S. 118
- Schillo, Toleranz und Integration. Aktuelle Anforderungen an die politische Bildung S. 188-191
- Jugend 2002: Ergebnisse der 14. Shell Jugendstudie S. 196-198
- Bundesregierung zur Umsetzung des UN-Frauenrechtsübereinkommens S. 271-272

### **Publikationen**

- Neue Publikationen von Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten S. 46, 121-122, 206-207, 276
- Bücher S. 48-55, 124-135, 209-219, 278-289
- AdB-Publikation zur Zusammenarbeit mit der Mongolei S. 276

### **Qualitätssicherung**

- Stiftung Warentest nimmt Weiterbildungsangebote unter die Lupe S. 192
- Sicherung der Weiterbildungsqualität in den Ländern S. 192-193

### **Rechtsextremismus**

- Engagement gegen Rechtsextremismus S. 39-40
- AdB-entimon-Projekt S. 121
- Stand Up – Festival gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie, Courage und Frieden S. 205-206

### **Region**

- Ambos/Conein/Nuissl-v. Rein, Lernende Regionen – ein innovatives Programm S. 5-9
- Bretschneider, Innenansichten einer Lernenden Region. Das BELOS-Netzwerk für Weiterbildung S. 9-13
- Lichtenberg, Netzwerk für eine Neue Lernkultur: Lernende Region Bergisches Städtedreieck S. 13-16
- Bonometti/Bövingloh, Ein Beispiel für landesweite Zusammenarbeit: Das brandenburgische Projekt „Bildung für Toleranz und Weltoffenheit“ S. 17-21
- Richter, Regionale Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen S. 21-26

### **Schule**

- Behrendt, „PISA“ und die neue kompensatorische Aufgabe der außerschulischen Bildung S. 177-182
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, Stärken der außerschulischen Jugendbildung nutzen! S. 183-185
- Konsequenzen aus der PISA-Diskussion S. 194-196

### **Soziales Lernen**

- Schnieders, Wohnungslos: Ein zu verändernder Zustand S. 173-176
- Droste, Die erste Heimat ist ei-

ne Mutter, die zweite eine Stiefmutter. Bildungsarbeit mit Spätaussiedlern in der Politischen Akademie Biggensee S. 249-253

### **Sozialpolitik**

- Sozialbericht 2001 S. 42

### **Stichwortregister 2001**

S. 59-64

### **Veranstaltungen**

- Fortbildungsangebote S. 45-46, 122, 206
- Hauswirtschaftstagung 2002 des AdB S. 203-204
- Stand Up – Festival gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie, Courage und Frieden S. 205-206
- Workshop Integrierte Kommunikation S. 275
- Fortbildungsangebot Open space-Training S. 277

### **Weiterbildung**

- Ambos/Conein/Nuissl-v. Rein, Lernende Regionen – ein innovatives Programm S. 5-9
- Bretschneider, Innenansichten einer Lernenden Region. Das BELOS-Netzwerk für Weiterbildung S. 9-13
- Lichtenberg, Netzwerk für eine Neue Lernkultur: Lernende Region Bergisches Städtedreieck S. 13-16
- Richter, Regionale Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen S. 21-26
- Fortbildungsangebote S. 45-46, 122, 206
- Blunk/Schymroch, Bildung für alle. Erwachsenenbildung für Menschen mit Behinderungen S. 155-160

- Deutsche Weiterbildungsanbieter sollen internationale Chancen nutzen S. 192
- Stiftung Warentest nimmt Weiterbildungsangebote unter die Lupe S. 192
- Sicherung der Weiterbildungsqualität in den Ländern S. 192-193
- Expertenkommission zur Finanzierung Lebenslangen Lernens S. 193
- Zukunft des eLearnings in Deutschland S. 193-194
- Siara-Decker, Fit für Europa S. 244-248
- Kohle, Vertrauen ist gut, Versprechen halten besser. Zur aktuellen Weiterbildungslage in NRW S. 265-266



**Ausserschulische Bildung 1-2003**

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

**Herausgeber:**

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Peter Ogrzall und Dr. Bernhard Schalhorn

**Redaktion:**

Ingeborg Pistoht

**Redaktionsbeirat:**

Jürgen Fiege, Gertrud Gandenberger, Dr. Peter Leibenguth-Nordmann, Gabriele Schlamann, Heinz-Wilhelm Schnieders

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers und der Redaktion.

**Redaktionschluss:**

15.04.2003

**Redaktions- und Bezugsanschrift:**

AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,  
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12  
www.adbildungsstaetten.de  
E-mail: weeber@adbildungsstaetten.de,  
pistoht@adbildungsstaetten.de

**Herstellung:**

Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische  
Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft  
Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

**Bezugsbedingungen** (gültig ab Ausgabe 1-2003)

**Einzelheft** € **6,00**

**1-3 Abonnements** (jährlich) € **16,00**

**ab 4 Abonnements** (jährlich) € **12,00**

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,  
Referendare, Arbeitslose** (jährlich) € **12,00**

(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)

(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.





